

Europäische Bank

European Bank
Banque européenne

Европейский банк

für Wiederaufbau

for Reconstruction

pour la reconstruction

реконструкции и

und Entwicklung

and Development

et le développement

развития





Einsatzländer

Stand 31. Dezember 1997

- Albanien
- Armenien
- Aserbaidschan
- Bosnien und Herzegowina
- Bulgarien
- Estland
- Georgien
- Kasachstan
- Kirgisistan
- Kroatien
- Lettland
- Litauen
- EJR Mazedonien
- Moldau
- Polen
- Rumänien
- Russische Föderation
- Slowakische Republik
- Slowenien
- Tadschikistan
- Tschechische Republik
- Turkmenistan
- Ukraine
- Ungarn
- Usbekistan
- Weißrußland



Vertretungen der EBWE (Anschriften s. S. 115)

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) wurde 1991 errichtet. Sie soll den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und privates und unternehmerisches Handeln in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) fördern, die den Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet sind und sich von ihnen leiten lassen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Interessen der Länder in unterschiedlichen Übergangsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 26 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorgebundener Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt. Die Bank läßt sich in ihrer gesamten Geschäftstätigkeit von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten.

Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, daß sie Kofinanzierung und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen und anderen internationalen und nationalen Organisationen zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine im Hinblick auf die Umwelt verantwortungsbewußte und nachhaltige Entwicklung.

Inhaltsverzeichnis

2 Eckdaten	21 Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1997	53 Finanzergebnisse und Jahresabschluß
4 Begleitschreiben	Einführung	103 Projektbewilligungen 1997
5 Das Jahr im Rückblick	Finanzinstitute	112 Gouverneure
Finanzergebnisse	Privatisierung und Umstrukturierung	113 Direktoren
Erfolge der Geschäftstätigkeit	Infrastruktur	114 Kontaktaufnahme mit der EBWE
Entwicklungen in der Region	Sonstige Schlüsselsektoren	116 Weitere Informationen
Die Reaktion der EBWE	Kofinanzierung	117 Hinweise für Leser
Entwicklungen der Institution	Technische Hilfe	
Blick in die Zukunft	Projektbewertung	
14 Umfeld für die Geschäftstätigkeit	Beschaffung und Auftragsvergabe	
Tendenzen im Übergangsprozeß	43 Umwelt	
Tendenzen bei der makroökonomischen	47 Reaktorsicherheit	
Entwicklung	50 Fonds für Technische Zusammenarbeit	
Beitritt zur Europäischen Union		

1997 highlights

Результаты работы 1997

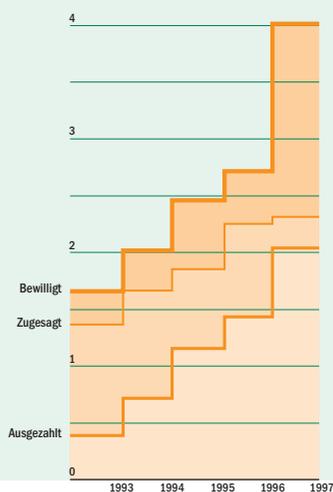
Eckdaten für 1997

Некоторые основные данные за 1997

- Die Verdoppelung des Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Ecu trat im April in Kraft – ein Beweis dafür, daß die Anteilseigner das weitere Engagement der EBWE für den Übergangsprozeß unterstützen.
- Mit 193,8 Millionen Ecu stieg der Betriebsgewinn der EBWE gegenüber 1996 fast auf das Doppelte, hauptsächlich aufgrund von Aktienverkäufen und einer überdurchschnittlichen Leistung der Finanzabteilung.
- Mit der Zeichnung von 108 Projekten im Gesamtwert von 2,3 Milliarden Ecu übertraf die EBWE ihr Zusagenziel von 2,2 Milliarden Ecu.
- Zusagen im Privatsektor lagen 1997 dem Volumen nach bei 76 Prozent und der Anzahl nach bei 86 Prozent. Damit stieg der Privatsektoranteil des zugesagten Portfolios auf 67 Prozent – ein Niveau, das deutlich über dem von der EBWE geforderten Mindestanteil von 60 Prozent liegt.
- Die Bruttoauszahlungen lagen mit 2,0 Milliarden Ecu 50 Prozent über denen des Vorjahres. Die Nettoauszahlungen stiegen jedoch nur um 8 Prozent. Dies war auf ein hohes Rückzahlungsvolumen besonders in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres zurückzuführen.
- Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der Bank gingen nicht über das Budget hinaus und lagen unter Ausschluß der Auswirkungen einer geringen Abrechnungsänderung hinsichtlich einer Rücklage für Bonuszahlungen im Jahr 1997 leicht unter den Aufwendungen für 1996.
- Im Rahmen der vorsichtigen Rückstellungsgrundsätze der Bank wurden die Gesamtrückstellungen um 177,7 Millionen Ecu erhöht. Damit erreichten die gesamten Rückstellungen und Rücklagen eine Höhe von 508,0 Millionen bzw. 11 Prozent der ausgezahlten umlaufenden Kredite und Kapitalbeteiligungen.
- Erste Auszahlungen wurden für Projekte in Bosnien und Herzegowina sowie in Tadschikistan vorgenommen. Im Geschäftsjahr fanden somit Auszahlungen in allen 26 Einsatzländern statt.
- Die Bank erweiterte ihre Rolle im Rahmen der Reaktorsicherheit durch die Übernahme der Verwaltung des mit 700 Millionen dotierten Tschernobyl-Sarkophag-Fonds, der im Dezember 1997 seine Tätigkeit aufnahm.
- Mit der Eröffnung von ständigen Vertretungen in Tiflis (Georgien), Skopje (EJR Mazedonien) und Jekaterinburg (Rußland) ist die Bank bis auf eine Ausnahme in allen Einsatzländern präsent.

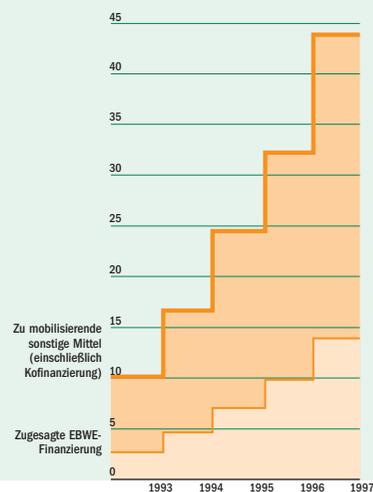
Jährliche Bewilligungen, Zusagen und Auszahlungen

Stand 31. Dezember 1997 (Milliarden Ecu)



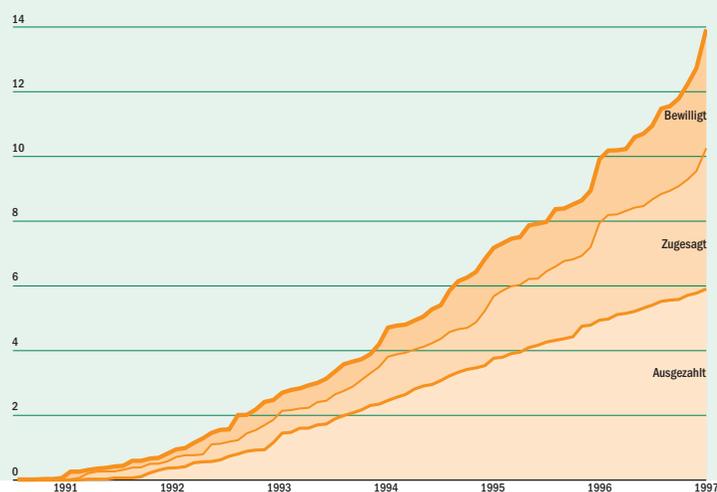
Kumulative zu mobilisierende Mittel

Stand 31. Dezember 1997 (Milliarden Ecu)



Kumulative Bewilligungen, Zusagen und Auszahlungen

Stand 31. Dezember 1997 (Milliarden Ecu)



Finanzergebnisse

Millionen Ecu	1997	1996	1995	1994	1993
Betriebsgewinn	364,0	243,7	241,2	170,7	191,3
Aufwendungen und Abschreibungen	152,1	146,4	158,3	145,8	147,5
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen	193,8	97,3	82,9	24,9	43,8
Wertberichtigungen für Verluste	177,7	92,4	75,4	23,9	39,7
Überschuß für den Zeitraum	16,1	4,9	7,5	1,0	4,1
Genehmigtes Stammkapital	20.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Eingezahltes Kapital	4.877	2.965	2.965	2.965	2.965
Eingegangene Teilzahlungen (kumulativ)	2.949	2.916	2.842	2.273	1.728
Gesamte Rückstellungen und Reserven	508	263	165	81	54
Gesamte Aktiva	13.495	10.964	8.728	7.528	7.036

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit**Ausgewiesene Zahlen¹**

Anzahl	1997	1996	1995	1994	1993
Neue bewilligte Projekte	143	119	134	109	91
Neue zugesagte Projekte	108	95	110	91	73

EBWE-Finanzierung für das Geschäftsjahr

Millionen Ecu	1997	1996	1995	1994	1993
Bewilligungen	4.014	2.827	2.855	2.409	2.276
Zusagen	2.315	2.188	2.000	1.878	1.794
Nettoauszahlungen	1.250	1.162	988	591	435

Mobilisierung von Ressourcen

Millionen Ecu	1997	1996	1995	1994	1993
Für Bewilligungen	7.535	4.673	6.084	4.501	5.439
Für Zusagen	4.210	3.819	4.972	3.317	3.379

¹ Angaben für 1993–96 entsprechen den für diese Jahre ausgewiesenen Zahlen. Spätere Änderungen, beispielsweise aufgrund von Wechselkursen, Stornierungen, Syndizierungen oder Umstrukturierungen werden nicht berücksichtigt.

Kumulative Bewilligungen 13,93 Milliarden Ecu

Finanzierung durch das Direktorium der EBWE bewilligt, ausgewiesen abzüglich Stornierungen. Bewilligung führt nicht immer zur Unterzeichnung.

***Kumulative Zusagen 8,90 Milliarden Ecu (netto)
10,26 Milliarden Ecu (brutto)***

Finanzierung, die nach der Bewilligung unterzeichnet wurde und für die eine Zusage ausgewiesen ist. Nettozahlen abzüglich Stornierungen und Rückzahlungen.

***Kumulative Auszahlungen 4,58 Milliarden Ecu (netto)
5,91 Milliarden Ecu (brutto)***

Finanzierung, die nach der Unterzeichnung eines Projekts ausgezahlt wurde. Nettozahlen für alle bisherigen Auszahlungen abzüglich Rückzahlungen.

An die Gouverneure

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank sowie Abschnitt 11 der Satzung legt das Direktorium dem Gouverneursrat den beigefügten Jahresbericht der Bank für das Jahr 1997 vor.

Zum Jahresbericht gehört der genehmigte und geprüfte Jahresabschluß, der gemäß Artikel 27 des Übereinkommens sowie Abschnitt 13 der Satzung vorzulegen ist. Gemäß Artikel 10 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank enthält er außerdem einen gesonderten Abschluß für die Sonderfonds und befaßt sich mit der Auswirkung der Geschäftstätigkeit der Bank auf die Umwelt. Zu diesen Informationen ist die Bank gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verpflichtet.

Im September 1997 beendete Jacques de Larosière seine offizielle Amtszeit als Präsident der EBWE und wurde vom Gouverneursrat bis Januar 1998 wiedergewählt. Über vier Jahre leistete Präsident de Larosière einen außerordentlich wichtigen Beitrag für die EBWE und trug maßgeblich zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Institution bei. Herr de Larosière verbesserte nicht nur die operative Effektivität der Bank. Es war vor allem seinem Einsatz zu verdanken, daß die EBWE ihr Stammkapital verdoppeln konnte.

Seit Februar 1998 ist Charles Frank amtierender Präsident der EBWE. Er wurde im September 1997 zum Ersten Vizepräsidenten der Bank ernannt.

Präsident (Amtierend)

Charles Frank

Direktoren

Byongwon Bahk
Jan Bielecki
Staffan Crona
Torsten Gersfelt
Wilhelm Jaggi
Michail Jernow
Roger Lavelle
Sylvain Lemoyne de Forges
Heiner Luschin
Michael McCulloch
Patrice Muller
Kari Nars
Philippe Petit-Laurent
Jurij Polunejew
Enzo Quattrocioche
Karen Shepherd
Bernard Snoy
Kazuhito Tatebe
Miguel Valle
Pim van Ballekom
Stefanos Vavalidis
Günter Winkelmann
nicht besetzt

Stellvertretende Direktoren

Jim Short
Bojidar Kabaktschijew
Baldur Erlingsson
Tony Brown
Mehmet Kaytas
Michail Tatjantschenko
Walter Cernoia
Lucien Bernadine
Amos Rubin
Alex Gibbs
Tom MacDonald
Rolf Næss
Vassili Lelakis
Maria Sultanoiu
Pasquale Terracciano
nicht besetzt
Georges Heinen
Takashi Kurai
Carlos Escribano
Kees Spaans
nicht besetzt
Jörg Ranau
Károly Soós

L'année en bref Review of the year

Das Jahr im Rückblick

Im Jahr 1997 konsolidierte die EBWE ihre finanzielle Position und übertraf ihre Geschäftsziele. Aufgrund dieser Leistungen machte die Bank in dem Bemühen, ihren Einsatzländern im Übergangsprozeß zur Marktwirtschaft beizustehen, weitere Fortschritte. Die Bank ließ sich in ihrer gesamten Tätigkeit von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit leiten und förderte ökologisch verantwortungsbewußte Projekte. Die Geschäftstätigkeit stand im Zeichen der Strategie des kontrollierbaren Wachstums der EBWE und orientierte sich weiterhin an der Verpflichtung der Bank zur finanziellen Eigenständigkeit.

Finanzergebnisse

Die Finanzergebnisse übertrafen die Erwartungen, hauptsächlich aufgrund höherer Einkünfte insbesondere aus dem Aktienbestand der EBWE und einer überdurchschnittlichen Leistung der Finanzabteilung. Mit 193,8 Millionen Ecu gelang es der Bank, ihren Betriebsgewinn fast zu verdoppeln. Der Beitrag der Abteilung Banking zu den Bruttoeinkünften der Bank belief sich auf 50 Prozent, verglichen mit 48 Prozent im Vorjahr.

Bei den Zusagen und im Projektbestand war ein kräftiger Zuwachs zu verzeichnen. Der Wert der Zusagen stieg gegenüber 1996 um 6 Prozent, während die Bewilligungen um 42 Prozent zunahmen. Dies spiegelt die erhöhte Nachfrage nach den Dienstleistungen der Bank zum Jahresende 1997 wider. Die Bank bleibt ihrer Strategie des kontrollierbaren Wachstums weiterhin verpflichtet. Trotz der Turbulenzen in den globalen Märkten blieb die Qualität des Portfolios stabil, ein Zeugnis für die Einhaltung der Prinzipien solider Bankarbeit durch die EBWE.

Die Erfolge des Jahres 1997 gingen Hand in Hand mit andauernder straffer Budgetdisziplin und Kosteneindämmung. Im vierten Jahr in Folge gab es kein reales Wachstum im Verwaltungsbudget, das nicht voll ausgeschöpft wurde, und keinen nennenswerten Anstieg der Verwaltungsaufwendungen. Im Jahresverlauf unternahm die Bank beträchtliche Anstrengungen, die Produktivität zu erhöhen, um den wachsenden Anforderungen an die Überwachung des Portfolios gerecht werden zu können.

Die EBWE hat mit 177,7 Millionen Ecu ihre Rückstellungen fast verdoppelt. Dabei spielten das sich herausbildende Risikoprofil, das Wachstum des Portfolios und das ungewisse Umfeld der Geschäftstätigkeit eine Rolle. Zum großen Teil war die Zunahme einer einmaligen Rückstellung für das bestehende Portfolio zuzuschreiben, die vorgenommen wurde, um Aktivitäten sowohl im Staats- als auch im Privatsektor einzuschließen.

Der Gewinn nach Wertberichtigungen betrug 16,1 Millionen Ecu für das Geschäftsjahr, verglichen mit 4,9 Millionen Ecu für 1996. Die gesamten Rücklagen (einschließlich Rückstellungen) wurden weiter erhöht und lagen zum Jahresende 1997 bei 508,0 Millionen Ecu, gegenüber 263,3 Millionen Ecu im Vorjahr.

Im April 1997 trat die Verdoppelung des Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Ecu in Kraft, ein Zeugnis dafür, daß die Anteilseigner sich zur fortgesetzten Unterstützung des Reformprozesses durch die EBWE verpflichtet haben. Die Bank ist nunmehr in der Lage, ihre Strategie des kontrollierbaren Wachstums fortzusetzen und das Ziel der finanziellen Eigenständigkeit weiterzuverfolgen.

Verdoppelung des EBWE-Stammkapitals in Kraft getreten

Erfolge der Geschäftstätigkeit

Im Jahr 1997 erhöhte die EBWE ihre Bewilligungen, Zusagen und Auszahlungen für die Einsatzländer beträchtlich und übertraf damit ihre Geschäftsziele für das Berichtsjahr.

Das Direktorium der Bank bewilligte 143 Projekte, die sich auf über 4,0 Milliarden Ecu beliefen. Viele davon wurden im vierten Quartal bewilligt, und es wird erwartet, daß eine wesentliche Anzahl im ersten Quartal 1998 gezeichnet wird. Die Gesamtzahl der Bewilligungen liegt 23 Prozent über der für 1996 und übertrifft den Wert der Bewilligungen für 1996 um etwa 1,2 Milliarden Ecu. Zum Jahresende 1997 lagen die kumulativen Bewilligungen durch das Direktorium bei insgesamt 13,9 Milliarden Ecu.

Der Wert der im Jahresverlauf gezeichneten Projekte betrug insgesamt mehr als 2,3 Milliarden Ecu und übertraf damit die Zielgröße von 2,2 Milliarden Ecu. Diese Zunahme, die sechste in aufeinanderfolgenden Jahren, entspricht der Bankstrategie des kontrollierbaren Wachstums. Die 108 gezeichneten Projekte erhöhten die Gesamtsumme gezeichneter Aktivitäten – abzüglich Rückzahlungen und Stornierungen – auf 8,9 Milliarden Ecu.

Die Bruttoauszahlungen für Projekte lagen 1997 bei 2,0 Milliarden Ecu und damit 50 Prozent höher als im Jahr 1996. Für Aktienanlagen wurden 379,1 Millionen Ecu ausgezahlt, fast 82 Prozent mehr als 1996. Zum Jahresende umfaßte der umlaufende Bestand insgesamt 4,6 Milliarden Ecu, davon Darlehen im Wert von 3,6 Milliarden Ecu, Beteiligungsinvestitionen im Wert von 946,4 Millionen Ecu und projektbezogene Schuldtitel im Wert von 32,5 Millionen Ecu.

Auszahlungen von 2,0 Milliarden Ecu im Jahr 1997

Prioritäten der Geschäftstätigkeit

Die Erfolge der Geschäftstätigkeit der EBWE im abgelaufenen Jahr ergaben sich aus ihren Prioritäten.

- **Konzentration auf die Entwicklung des Privatsektors**
Von allen anderen internationalen Finanzinstitutionen ist die Internationale Finanz-Corporation die einzige, die wie die EBWE den Privatsektor in den Mittelpunkt stellt. Im Jahr 1997 erhöhte sich der Anteil des Privatsektors an den kumulativen Zusagen der EBWE auf 67 Prozent. Damit unterschritt die Bank die in ihrem Mandat festgeschriebene Höchstgrenze, derzufolge nicht mehr als 40 Prozent ihrer Zusagen dem staatlichen Sektor zukommen sollen, deutlich. Im Jahr 1997 entfielen 80 Prozent der Direktoriums-bewilligungen und 76 Prozent der neuen Zeichnungen auf den Privatsektor.
- **Notwendigkeit, in allen Einsatzländern tätig zu sein**
Als Teil ihres Mandats ist die EBWE verpflichtet, in allen 26 Einsatzländern tätig zu sein. Die Bank vermehrte den Anteil neuer Zusagen in Ländern der frühen und mittleren Übergangsphasen und erhöhte damit den Gesamtanteil von 32 Prozent im Jahr 1996 auf 44 Prozent im Jahr 1997. Auf Rußland entfielen 32 Prozent der Zusagen der Bank, und der Anteil der Länder in den fortgeschrittenen Übergangsphasen lag bei 24 Prozent.
- **Notwendigkeit, örtliche Privatunternehmen zu erreichen**
Zum Jahresende 1997 hatte die EBWE Zusagen von über 2,3 Milliarden Ecu in Rahmenfazilitäten gezeichnet, unter anderem in Kreditlinien, private Beteiligungsfonds und Handelsförderungsprogramme. Über diese Fazilitäten ist die EBWE in der Lage, Finanzierungen für Projekte zu mobilisieren, die für eine effektive Direktbeteiligung der Bank zu klein sind.
- **Bedeutung von Finanzintermediären**
Im Jahr 1997 wurden 52 Aktivitäten im Finanzsektor für insgesamt 477 Millionen Ecu gezeichnet. Mit diesen Neuzusagen hat die Bank eine Gesamtsumme von 2,9 Milliarden Ecu im Finanzsektor erreicht, letzterer ist damit der größte Einzelsektor für EBWE-Finanzierung geworden. Zum Jahresende 1997 umfaßte er 29 Prozent des gesamten Wertes der Geschäftstätigkeit.

■ **aktivere Vorgehensweise bei Beteiligungs-investitionen**

Aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Beteiligungsinvestitionen in Firmen, die in der Region tätig sind, hat sich im Jahr 1997 der Beteiligungsanteil der Bankzusagen gegenüber 1996 von 15 Prozent auf 19 Prozent vergrößert.

Umwelt und Reaktorsicherheit

Ein besonderes Merkmal der Geschäftstätigkeit der EBWE ist die Notwendigkeit, eine umweltgerechte und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

- Der Schwerpunkt wurde besonders auf Förderung der Energiewirksamkeit und Investitionen in die Kommunal- und Umweltnfrastruktur gelegt. Im Jahr 1997 machte die EBWE bei der Umsetzung dieser Prinzipien beträchtliche Fortschritte und stellte die Infrastruktur, die für die Entwicklung des Privatsektors und die Umwelt entscheidend ist, in den Mittelpunkt. Mitarbeiterressourcen in diesen Sektoren wurden vermehrt, und der Anteil des Privatsektors an den Infrastrukturaktivitäten nahm beträchtlich zu.
- Im Jahr 1997 wurden sechs Umweltprojekte mit einer Gesamtzusage der EBWE von mehr als 180 Millionen Ecu gezeichnet. Umweltkomponenten anderer Projekte umfaßten Investitionen in die Emissionsverringertechnik und Abwasser-aufbereitung sowie Aufwendungen zur Einhaltung von umweltbezogenen Verpflichtungen im Rahmen von Umweltaktionsplänen. Im Jahr 1997 schlossen die Beteiligungsprojekte der Bank knapp über 200 Millionen Ecu solcher Ausgaben ein. Insgesamt beliefen sich die Umweltinvestitionen der Bank 1997 auf 17 Prozent aller Zusagen.

Ein weiteres besonderes Merkmal der Geschäftstätigkeit der Bank ist die Rolle, die sie bei der Reaktorsicherheit spielt. Als Verwalterin des Reaktorsicherheitskontos und des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds, der 1997 seine Tätigkeit aufnahm, empfängt die Bank von Geberländern Mittel, die für die Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke in der Region bestimmt sind. Neben der Bereitstellung von technischen und sonstigen Dienstleistungen arbeitet die EBWE an der Vorbereitung von Projekten, die einer Gruppe von Entscheidungsträgern als Vertreter der Geberländer zur Genehmigung unterbreitet werden.

Hauptgrundsätze der Geschäftstätigkeit

Im Jahr 1997 verstärkte die EBWE ihre Bemühungen, die Auswirkungen ihrer Projekte auf den Übergangsprozeß zu prüfen. Durch die Entwicklung von Indikatoren, die die Einschätzung des Förderungspotentials von Projekten für den Reformprozeß ermöglichen, kann die Bank besser fundierte Investitionsentscheidungen treffen. Diese „Reformindikatoren“ identifizieren besondere Projektmerkmale, die den Übergangsprozeß vorantreiben helfen, beispielsweise die Verstärkung des Wettbewerbs, die Verbreitung marktorientierter Finanzkenntnisse und Verfahren des Risikomanagements in örtlichen Banken, Verbesserungen in der Unternehmensführung, strengere Umweltnormen sowie die Stärkung der ordnungsrechtlichen Strukturen.

Die EBWE hält sich an die Prinzipien solider Bankarbeit und unterzieht jedes Projekt einer gründlichen Kredit- und Preisbewertung, um die Einhaltung dieser Prinzipien zu gewährleisten. Die Bank muß Risiken auf sich nehmen, um ihr Reformmandat zu erfüllen. Solide Bankarbeit erfordert, daß diese Risiken gebührend bewertet und durch Risikostreuung und Ausgewogenheit von Risiko und Rendite angemessen gesteuert werden.

Die Geschäftstätigkeit der EBWE umfaßt alle 26 Einsatzländer. Nur Rußland hat am Wert gemessen mehr als 20 Prozent der Zusagen, und Polen, Rumänien und Ungarn verfügen über jeweils 10 Prozent. Auf die übrigen Ländern entfallen jeweils 5 Prozent oder weniger. Das Portfolio ist über ein breites Spektrum von Branchen verteilt. Nur auf den Finanzdienstleistungssektor konzentrieren sich mehr als 20 Prozent, während auf alle anderen Branchen jeweils 10 Prozent oder weniger entfallen.

Ein weiteres Hauptprinzip der Geschäftstätigkeit der EBWE ist die „Additionalität“, die besagt, daß die EBWE andere Finanzierungsquellen ergänzt, anstatt mit ihnen in Wettbewerb zu treten. Als größte Einzelanbieterin von externer Finanzierung in der Region spielt die EBWE bei der Förderung weiterer Investitionen durch die Einbeziehung von Kofinanziers eine prominente Rolle. Im Jahr 1997 stellten die Partner der EBWE für jeden von ihr investierten Ecu zusätzliche 1,8 Ecu bereit.

Entwicklungen in der Region

In der Region insgesamt war 1997 ein reales Wirtschaftswachstum zu verzeichnen, und die Inlandsinvestitionen nahmen zu, wenn auch ungleichmäßig. Insbesondere konnte Rußland auf das erste Jahr positiven Wachstums zurückblicken. Die Inflationsrate verringerte sich weiter; neun Länder in der Region verzeichneten eine Rate von weniger als 10 Prozent, und 19 lagen unter 20 Prozent. Da das Geschäftsklima sich verbesserte und das Vertrauen der Anleger wuchs, flossen ausländische Direktinvestitionen weiterhin stetig in das Gebiet und erreichten 1997 einen geschätzten Umfang von 17,6 Milliarden Ecu. Allerdings erlitten einige Länder Rückschläge und gerieten in Schwierigkeiten, zum Beispiel durch das Entstehen von Handelsungleichgewichten und erneuten Preisdruck.

Der Anteil des Privatsektors an der Wirtschaftstätigkeit wuchs 1997 kräftig weiter und erreichte oder übertraf in 19 der EBWE-Einsatzländer die 50-Prozent-Grenze. Der schnellste Anstieg war in den Ländern zu verzeichnen, die bei der Einführung von Reformen im letzten Jahr besonders erfolgreich waren, zum Beispiel Aserbaidschan und Kasachstan. Die Privatisierung von Großunternehmen machte fast überall in der Region gute Fortschritte. Allerdings gab es in einigen Ländern, zum Beispiel in Zentralasien, Verzögerungen. Haushaltssubventionen wurden in der gesamten GUS zu großen Teilen abgebaut, obwohl sich die Steuerrückstände in einer Anzahl von Ländern vermehrten. Nach einer Reihe von Banken Krisen in mehreren Übergangsländern ist in fast jedem Land der Region ein Programm der Bankumstrukturierung entweder geplant oder in Angriff genommen worden. Bei der Verbesserung der Aufsichtskapazitäten von Zentralbanken wurden bedeutende Fortschritte erzielt.

Die folgenden 1997 gezeichneten Projekte hatten eine besonders bedeutsame positive Auswirkung auf den Übergangsprozeß. Alle bezogen sich ausschließlich auf örtliche Unternehmen und waren mit Risikokategorien verbunden, mit denen sich die EBWE laut Mandat befaßt:

Bosnische Banken (Kroatien, Hrvatska Banka, Market Banka, Micro-Enterprise Bank, Seite 24)

Hortex (Polen, Agrarindustrie, Seiten 31,45)

Ispat-Karmet (Kasachstan, Stahlwerkumstrukturierung, Seite 45)

Korado (Tschechische Republik, Verarbeitung, Seite 32)

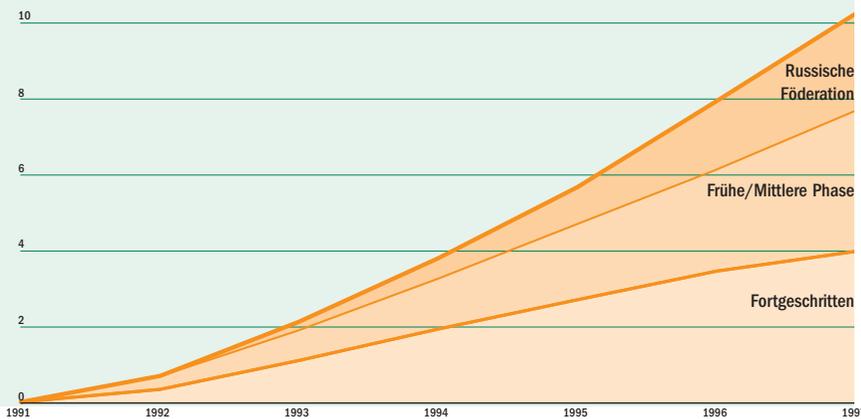
MobiFon (Rumänien, Telekommunikation, Seiten 27,34)

Sodi (Bulgarien, Chemikalien, Seite 44)

St. Petersburg, Wasser- und Umweltsektor (Rußland, Seite 29)

Kumulative Zusagen, nach Übergangsphasen

Stand 31. Dezember 1997 (Milliarden Ecu)



Frühe/Mittlere Phase: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Lettland, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland, Regional

Fortgeschritten: Estland, Kroatien, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn

Die Reaktion der EBWE

Strategien für alle Länder

Projekte der EBWE unterstützen EU-Erweiterung

Angesichts der Tatsache, daß der Übergangsprozeß in den Einsatzländern nicht gleichmäßig fortschreitet, hat die EBWE Strategien entworfen und umgesetzt, um den besonderen Bedürfnissen aller Länder entgegenzukommen. Sie reagiert weiterhin auf Marktveränderungen und konzentriert ihre Tätigkeit auf Bereiche, wo sie additional wirken und den Reformprozeß vorantreiben kann. Einerseits paßt sich die EBWE flexibel an stetige Fortschritte im Übergang an, andererseits berücksichtigt sie auch gewisse Rückschläge bei der Marktreform, und zwar entweder durch die Unterstützung erneuter Reformanstrengungen oder durch die Verminderung ihrer Aktivitäten in bestimmten Bereichen. Die Prognosen der mittelfristigen Strategie lassen vermuten, daß Länder in den frühen und mittleren Übergangsphasen etwa 40 Prozent der jährlichen Zusagen erhalten werden, während Länder in fortgeschrittenen Phasen und die Russische Föderation mit jeweils etwa 30 Prozent des Gesamtvolumens rechnen können.

EBWE fördert solide Geschäftstätigkeit

Unabhängig davon, in welcher Übergangsphase sie sich befinden, ist der Beitritt zur Europäischen Union für alle Anwärterländer eine natürliche Fortsetzung des Reformprozesses. In der mittelfristigen Strategie 1998–2001 der EBWE, die im September 1997 vom Direktorium der Bank gebilligt wurde, wurde diese

Fortsetzung des Reformprozesses anerkannt, außerdem bekräftigt sie die Absicht der EBWE, diesen Ländern durch die Förderung des Übergangs bei der Erfüllung der Kriterien für den Beitritt zu helfen. Die Vorbereitungen auf die Erweiterung der EU, die für die Region und die Mitglieder der EU von besonderer Bedeutung sind, wurden 1997 von der EBWE und der Europäischen Kommission erörtert.

Durch die Festigung der Märkte und Institutionen, insbesondere durch die Arbeit ihres Teams Finanzinstitute, kann die EBWE darauf hinwirken, Investoren Anreize zu geben und ein stabiles Investitionsklima zu schaffen. Die Bank hat bei der Arbeit mit mittelständischen örtlichen Betrieben die Führung übernommen. Diese sind für den künftigen Erfolg der Region von entscheidender Bedeutung, und obwohl die Risiken größer sind, sind die potentiellen Erträge entsprechend höher. Außerdem wird die Beteiligung an der Umstrukturierung von Großindustrien ein zunehmend wichtiges Betätigungsfeld für die Bank. In den fortgeschrittenen Ländern erhöhte sich der Wert gezeichneter Projekte von 3,5 Milliarden Ecu im Jahr 1996 auf 4 Milliarden Ecu zum Jahresende 1997.

Unter den Ländern in den frühen oder mittleren Übergangsphasen arbeitete die Bank mit den Ländern am effektivsten zusammen, deren Reformanstrengungen am intensivsten sind und die sich am ernsthaftesten für die Reformen engagieren. Der Wert gezeichneter Projekte erhöhte sich in diesen Ländern von 2,6 Milliarden Ecu im Jahr 1996 auf 3,7 Milliarden Ecu zum Jahresende 1997.

In der Russischen Föderation blieb die Nachfrage nach den Leistungen der EBWE 1997 unverändert hoch, und die Bank erweiterte ihr Projektspektrum. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Unternehmensführung, dem ordnungsrechtlichen Umfeld und dem Bankensektor gewidmet. Der Wert gezeichneter Projekte der EBWE in Rußland belief sich Ende 1997 auf 2,6 Milliarden Ecu, verglichen mit 1,7 Milliarden Ecu im Vorjahr.

Der Aufbau von Institutionen

Um solide Geschäftsgrundsätze in der Region zu fördern, veröffentlichte die EBWE 1997 eine Reihe von Richtlinien mit dem Ziel, Betrieben ein besseres Verständnis für die allgemeinen Besorgnisse potentieller Kreditgeber und Investoren zu vermitteln. In der

Broschüre *Sound business standards and corporate practices* (Solide Geschäftsgrundsätze und gute Unternehmenspraxis) wird die Notwendigkeit grundlegender Prinzipien der Unternehmensführung hervorgehoben, unter anderem einer transparenten Aktionärsstruktur, der Respektierung der Rechte von Minderheitsaktionären sowie eines gut funktionierenden Aufsichtsrats.

Die Bank unterstützt eine klare und widerspruchsfreie Rechnungslegung und Buchprüfung, solide Einkaufs- und Beschaffungsverfahren sowie die Bekämpfung von Betrug und Korruption. Insbesondere sind alle an Banken und Finanzinstitute in der gesamten Region ausgereichten Darlehen und Kreditlinien besonderen Bedingungen unterworfen mit dem Ziel, die Geldwäsche zu bekämpfen. Außerdem verfolgt die EBWE internationale Entwicklungen bei der Verhinderung von Korruption und Geldwäsche sehr aufmerksam und nimmt regelmäßig an der Arbeit des Europarats in Verbindung mit der Bekämpfung korrupter Praktiken teil.

Die EBWE hilft ihren Einsatzländern bei der Entwicklung eines rechtlichen Umfelds, das die Tätigkeit des Privatsektors und den Übergang zur Marktwirtschaft unterstützt. Durch die Bereitstellung von Beratung und Beistand in der Gesetzgebung ermöglicht die EBWE die Verwirklichung von Investitionen, die andernfalls aufgrund rechtlicher Hindernisse hätten scheitern können. Auf diese Weise wird die Qualität des rechtlichen Umfelds sowohl für die eigene Investitionstätigkeit der Bank als auch für sonstige Transaktionen verbessert.

Durch die Unterstützung der Entwicklung des Privatsektors wirkt die EBWE nicht nur auf Wirtschaftswachstum hin, sondern fördert außerdem eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards. Die von der Bank unterstützten Strukturreformen haben die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum der Steuereinnahmen und Ersparnisse und damit für Investitionen in Gesundheit, Bildung, Umweltschutz und andere sozialen Bereiche gelegt. Darüber hinaus tragen die EBWE-Investitionen in Kommunal- und Umweltinfrastruktur zu einer Verbesserung der Qualität von Gütern und Dienstleistungen bei, die sich unmittelbar auf das tägliche Leben auswirken.

Entwicklungen der Institution

Kapitalerhöhung

Im April 1997 trat infolge der einstimmigen Zustimmung der Gouverneure im Vorjahr die Verdoppelung der Kapitalbasis der EBWE auf 20 Milliarden Ecu in Kraft. Bis zum Jahresende hatte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder (48 von 60 Mitgliedern, die 85 Prozent des Bankkapitals vertreten) Zeichnungsurkunden zur Kapitalerhöhung hinterlegt. Damit erklärten sie sich mit der Bankstrategie des kontrollierbaren Wachstums einverstanden und bekräftigten ihre Zustimmung zum Beitrag der EBWE zum Übergangsprozeß. Die verstärkte Kapitalbasis versetzt die Bank in die Lage, ihr Mandat weiter umzusetzen und die sich entwickelnden Risiken im Bestand und in der Region abzufedern.

Durch die Weiterführung der Strategie des kontrollierbaren Wachstums stellt die Bank sicher, daß das erweiterte Kapital effektiv und wirkungsvoll eingesetzt wird, um die Grundlage für eine zukünftige finanzielle Eigenständigkeit zu schaffen. Im Rahmen ihrer satzungsgemäßen und finanzpolitischen Parameter fährt die Bank fort, ihre Verfahren für die Einschätzung von Kapitalverwendung und -adäquatheit zu verfeinern. Weitere Arbeit in diesem Bereich wird zur Entwicklung eines EBWE-Rahmenwerks der Kapitaladäquatheit auf Risikogrundlage führen (siehe „Grundsatzentwicklungen“ auf Seite 10).

Mitgliedschaft

Eine Anzahl von Ländern hat 1997 ihr Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet, und die EBWE hat dies zur Kenntnis genommen. Richtlinien und Verfahren zur Behandlung dieser Anfragen im Jahr 1998 wurden vom Direktorium erörtert.

Im Rahmen einer Sonderkapitalerhöhung hat die Republik Korea 1997 ihre Zeichnung des Grundkapitals der Bank um 7.000 Anteile erhöht. Diese Erhöhung bestand aus 3.500 Anteilen im Rahmen der ursprünglichen Kapitalisierung und 3.500 Anteilen im Rahmen der allgemeinen Kapitalerhöhung.

Überwachung von Artikel 1

Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung der Geschäftstätigkeit und der Kreditstrategien der EBWE in den Einsatzländern prüfte das Direktorium im Jahr 1997 das Engagement dieser Länder im Zusammenhang mit Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank. Insbesondere konzentrierte sich das Direktorium

Laut Artikel 1 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank ist es Ziel der EBWE, den Übergang zu einer offenen Marktwirtschaft und die private und unternehmerische Initiative in denjenigen Einsatzländern zu fördern, die sich auf die Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft verpflichtet haben und sich von ihnen leiten lassen.

auf die Verpflichtung der Länder auf die Prinzipien der Mehrparteiendemokratie und des Pluralismus. Wo das Direktorium den Eindruck gewann, daß der Fortschritt neuer Impulse bedurfte, ersuchte es den Präsidenten der Bank, den entsprechenden Behörden die Besorgnis des Direktoriums zu übermitteln. Es fiel auf, daß in vielen Ländern eine Stärkung der Demokratie nach Abschluß des zweiten oder dritten Wahlgangs zu beobachten war, und zwar nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch lokal, und daß eine Anzahl von Regierungswechseln ohne wesentliche negative Erschütterungen stattgefunden hatten. Ein bemerkenswertes Beispiel für den Fortschritt war in Bosnien und Herzegowina zu verzeichnen, wo die EBWE nach einer Rückkehr zu relativer Normalität in der Lage war, ihre geschäftlichen Aktivitäten erheblich zu verstärken und so zum Friedensprozeß beizutragen.

Außerdem tragen die Länderstrategien der EBWE dazu bei, daß die Direktoren das Engagement eines Landes im Hinblick auf Artikel 1 einschätzen können, einschließlich der wirtschaftlichen Aspekte des Artikels, die für die Ausübung der Geschäftstätigkeit der Bank von grundlegender Bedeutung sind. Die Bank erörterte Fragen, die sich aus dem Überwachungsprozeß ergaben, mit Regierungen und anderen Institutionen, unter anderem der Europäischen Union, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Europarat und Regierungsbeamten ihrer Mitgliedsländer.

Grundsatzentwicklungen

Nach einer mit dem Direktorium vorgenommenen Überprüfung veröffentlichte die EBWE im Jahr 1997 ein neues Grundsatzpapier zu Aktivitäten im Verkehrs- und Transportsektor. Eine Anzahl von weiteren operativen Sektoren wurden überprüft, unter anderem Telekommunikation, Agrarindustrie sowie Immobilien und Tourismus.

Die Finanzgrundsätze der EBWE wurden im Jahresverlauf im Zuge des fortgesetzten Bemühens um die Stärkung des Finanzmanagements und die Verbesserung der Kapitalnutzung der Bank überprüft. In diesem Zusammenhang wurden vorbereitende Schritte für die Entwicklung eines Rahmenwerks der Kapitaladäquatheit auf Risikogrundlage getan, die die Bank in die Lage versetzen würde, ihre Ressourcen maximal zu nutzen und gleichzeitig die Risiken ihrer Geschäftstätigkeit besser abzufedern. Weitere Arbeiten gelten im allgemeinen dem Bemühen, die finanzielle Eigen-

ständigkeit sicherzustellen, so zum Beispiel die Überwachung des Portfolioumschlags. Außerdem revidierte die Bank ihre Budgetierungsprinzipien, um der sich herausbildenden bestmöglichen Praxis zu entsprechen.

Veränderungen im Spitzenmanagement

Anfang 1997 ernannte das Direktorium Joachim Jahnke zum Vizepräsidenten für den Verantwortungsbereich Projektbewertung, Unterstützung der Geschäftstätigkeit und Reaktorsicherheit.

Im Juni legte Ron Freeman nach sechs Jahren hervorragender Tätigkeit für die EBWE sein Amt als Erster Vizepräsident nieder. Die Bank dankte Herrn Freeman, unter dessen Leitung die Abteilung Banking entscheidend dazu beigetragen hat, die EBWE zur größten Einzelkreditgeberin an den Privatsektor und Investorin in der Region zu machen. Sein Nachfolger wurde Charles Frank, der nach seiner Ernennung durch das Direktorium im September seine Tätigkeit bei der Bank aufgenommen hat.

Ende Dezember verließ Bart le Blanc, Vizepräsident für Finanzen und ehemaliger Generalsekretär, nach sechs Amtsjahren die Bank. Unter seiner Leitung wurden die Finanzpolitik und das Budgetierungsverfahren neu definiert, und die Bank dankte ihm für seinen bedeutenden Beitrag zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Bank. Sein Nachfolger wurde Steven Kaempfer, der nach seiner Ernennung durch das Direktorium im Januar 1998 seine Tätigkeit bei der Bank aufgenommen hat.

Präsident Jacques de Larosière wurde nach Ablauf seiner offiziellen Amtszeit vom Gouverneursrat für den Zeitraum vom 27. September bis zum 31. Januar 1998 wiedergewählt. Der Gouverneursrat würdigte Präsident de Larosières außerordentliche Leistung für die EBWE und hob dabei die Rolle hervor, die er für die Wiederherstellung des Vertrauens in die Institution und die Verbesserung ihrer operativen Leistungskraft gespielt hat. Besonders unterstrichen wurde sein einzigartiger Beitrag zum Erfolg der Kapitalerhöhung.

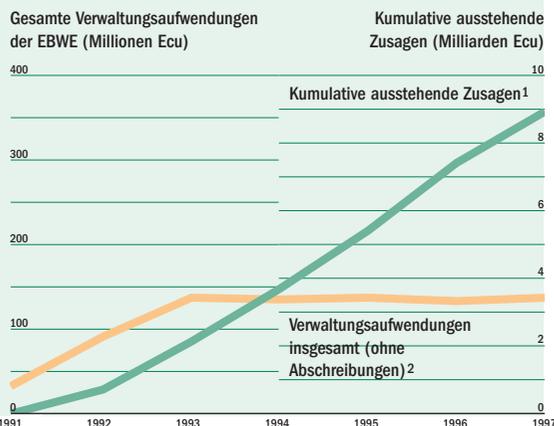
Ressourcenmanagement

Im vierten Jahr in Folge gab es nach Abschreibungen keinen realen Anstieg der allgemeinen Verwaltungsausgaben der EBWE, die mit 137,1 Millionen Ecu konstant blieben. Abgesehen von der Auswirkung einer Rechnungslegungsänderung hinsichtlich einer Rücklage

Präsident de Larosière verläßt die Bank

Verwaltungsaufwand gleichbleibend, Zusagen steigend

Kumulative ausstehende Zusagen und Verwaltungsaufwendungen



1 Zusagen ohne Stornierungen und Rückzahlungen

2 Wie in den Jahresabschlüssen für diese Jahre ausgewiesen

für Bonuszahlungen lagen die Verwaltungsausgaben etwa eine Million Ecu unter denen des Vorjahres. Gleichzeitig wurde die operative Geschäftstätigkeit, einschließlich der Projektüberwachung, verstärkt. Die Bank überwachte mit Erfolg ein Portfolio, das in der Anzahl von Aktivitäten 27 Prozent und im Wert 29 Prozent über den Projekten des Jahres 1996 lag. Mit insgesamt 469 in der Umsetzung befindlichen Projekten, die 10,3 Milliarden an EBWE-Finanzierung und 34,2 Milliarden an Gesamtprojektwert umfassen, ist es der Bank wohl bewußt, daß die Qualität der Überwachung von äußerster Wichtigkeit ist.

Überprüfung der Arbeitsverfahren der EBWE

Im Jahr 1997 nahm die Bank die umfassende Initiative einer auf Null basierenden Budgetierung (*Zero-Based Budgeting/ZBB*) in Angriff, mit deren Hilfe die Arbeitsabläufe und -verfahren der Bank revidiert wurden, um Möglichkeiten zu finden, die Produktivität zu erhöhen und die Rentabilität zu verbessern. Aufgrund der Überprüfung wurde eine Anzahl von Empfehlungen unterbreitet, unter anderem für eine erweiterte Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Linienmanager und für eine Rationalisierung des Projektbewilligungsverfahrens. Es wird erwartet, daß diese Empfehlungen in der ganzen Bank zu effizienteren Arbeitsabläufen führen und mehr Ressourcen für die Projektüberwachung freigestellt werden. Die ZBB-Initiative ist ein laufender Prozeß, der die Produktivität verbessern und das Wachstum der Aufwendungen eindämmen soll.

Ständige Vertretungen und Dezentralisierung

Bei der vollen Integration der örtlichen Vertretungen in die Geschäftstätigkeit der Bank wurden 1997 wesentliche Fortschritte erzielt. Insbesondere wurden die Vertretungen nicht nur für die Projektinitiierung, sondern mehr und mehr auch für Projektbeaufsichtigung und -überwachung genutzt. Diese stärkere Konzentration auf örtliche Aktivitäten gestattet der Bank, effektiv auf wechselnde Marktbedingungen zu reagieren.

Das allgemeine Ziel, auf das sich das Direktorium der Bank im Jahr 1997 einigte, ist die Beschleunigung dieses Prozesses verstärkter Effizienz und Produktivität durch weitere Dezentralisierung der Banktätigkeit und Rationalisierung der Entscheidungskriterien. Die örtlichen Vertretungen spielen bereits in allen Ländern eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Unterstützung für die Umsetzung der Bankgrundsätze, die die Umweltpolitik und die Offenlegung von Informationen betreffen.

Im Jahr 1997 eröffnete die EBWE neue Ständige Vertretungen in Tiflis (Georgien) und Skopje (EJR Mazedonien) sowie eine Regionale Vertretung in Jekaterinburg (Rußland). Mit einer Ausnahme ist die Bank inzwischen in allen 26 Einsatzländern vertreten, repräsentiert durch 28 Ständige und Regionale Vertretungen. Diese reichen von Vertretungen, die aktiv an der Geschäftstätigkeit teilhaben und von erfahrenen Berufsbankern geleitet werden, bis zu kleinen, erst vor kurzem etablierten Stellen, in denen ein Missionsberater beschäftigt ist.

Mitarbeiterstab

Zu den Mitarbeitern der Bank gehörten zum 31. Dezember 1997 804 Festangestellte, 122 vertragliche Mitarbeiter, 190 örtlich eingestellte Mitarbeiter in den Ständigen Vertretungen und 73 Beschäftigte im Direktorium. Von den letzteren wurden 35 Stellen extern finanziert. Die Bank verstärkte die Personalarbeit durch bedeutende Entwicklungen in der Schulung sowie im Leistungsbewertungssystem.

Im Zuge ihrer Verpflichtung zur Chancengleichheit beschloß die EBWE, dem Opportunity-2000-Programm beizutreten, das eine Verbesserung der Beschäftigungschancen von Frauen zum Ziel hat. Im Jahr 1997 wurde eine Task Force der Bank ins Leben gerufen, die diese Initiative vorantreiben soll.

Um die Kommunikation zwischen örtlichen Vertretungen und dem Hauptsitz zu verbessern, wurde Anfang 1997 ein Projekt für die Installation eines satellitengestützten Netzes initiiert, und ein Betreiber wurde zum Jahresende ausgewählt. Diese Kommunikationstechnik wird 1998 aktiviert. Sie wird den Ortsvertretungen den Online-Zugang zu den Systemen im Hauptsitz verschaffen. In einigen ausgewählten Büros wurden Video-Konferenzenanlagen eingerichtet.

Blick in die Zukunft

Im September 1997 gab das Direktorium der mittelfristigen Strategie der EBWE für den Zeitraum 1998–2001 seine Zustimmung. Im Zuge der Strategie des kontrollierbaren Wachstums sieht sie bedeutende neue jährliche Zusagen von Projekten in allen Einsatzländern der Bank vor. Es wird erwartet, daß sich etwa 40 Prozent der jährlichen Zusagen der Bank auf Länder in den frühen und mittleren Übergangsphasen konzentrieren und daß auf die Russische Föderation und Länder in den fortgeschrittenen Übergangsphasen etwa je 30 Prozent entfallen.

Neue Zusagen werden voraussichtlich um ungefähr 5 Prozent jährlich zunehmen, von über 2,3 Milliarden Ecu im Jahr 1997 auf mehr als 2,7 Milliarden Ecu im Jahr 2001. Damit wird der gesamte Bestand von 8,9 Milliarden Ecu (abzüglich Rückzahlungen) im Jahr 1997 auf schätzungsweise 14–15 Milliarden Ecu im Jahr 2001 ansteigen. Die mittelfristige Strategie konsolidiert die Prioritäten der Geschäftstätigkeit der Bank.

In ihrer zukünftigen Arbeit wird sich die EBWE weiterhin von den Prioritäten ihrer Geschäftstätigkeit leiten lassen, die der Bank einen klaren strategischen Ausblick geben und ihr zur gleichen Zeit gestatten, flexibel auf die ständig wechselnden Anforderungen des Übergangsprozesses zu reagieren. Gleichzeitig wird die Bank sich bemühen, ihr Mandat zu erfüllen, indem sie Aktivitäten in Übereinstimmung mit der Strategie kontrollierbaren Wachstums und der Verpflichtung zur finanziellen Eigenständigkeit entwickelt.

Die Turbulenzen an den Weltkapitalmärkten zum Jahresende 1997 unterstrichen die wichtige Rolle, die die EBWE als stabile, langfristige strategische Investorin zu spielen hat. Allerdings haben sie auch erneut daran erinnert, daß die Bank in einem schwierigen und ungewissen Umfeld tätig ist, in dem den Prinzipien solider Bankarbeit eine hohe Bedeutung beizumessen ist.

In der ersten Übergangsphase wurden diejenigen Aufgaben bewältigt, die schnell in Angriff genommen werden konnten, wie Privatisierung und Liberalisierung. Der Grundstein für ein marktwirtschaftliches System ist gelegt worden. Die Herausforderung der nächsten Phase besteht darin, diese Grundlagen zu festigen und auf ihnen aufzubauen sowie sicherzustellen, daß die Marktwirtschaft von Dauer ist und effektiv funktioniert. Bei der Ermutigung des Wettbewerbs und der Beeinflussung und Förderung guter Unternehmensführung fällt der EBWE eine wichtige Rolle zu. Angesichts ihrer Ausrichtung auf den Privatsektor und auf Projekte wird der Hauptbeitrag der EBWE darin bestehen, sich mit Strukturproblemen in Unternehmen und Märkten zu befassen. Die EBWE sucht Gelegenheiten, Kapitalbeteiligungen in sorgfältig ausgewählten Unternehmen mit guten Rentabilitätsaussichten zu tätigen. Außerdem bemüht sie sich um Möglichkeiten, Unternehmen mit Hilfe von Kapital, Technologie und Sachkenntnis umzustrukturieren.

Indem die EBWE dabei hilft, Normen zu setzen und sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor die richtigen Partner zu wählen, wird sie weiterhin die Förderung solider Geschäftsgepflogenheiten und die Eindämmung von Kriminalität und Korruption in den Vordergrund stellen.

Die Entwicklung der Kapitalmärkte wird durch ihren Beitrag zu verbesserten Besitz- und Führungsverhältnissen, die Unterstützung für die Vermehrung von Ersparnissen und durch ihre Hilfe für die Region, mit volatilen Kapitalflüssen fertigzuwerden, in den

zukünftigen Übergangsphasen eine grundlegende Rolle spielen. Durch Investitionen in lokale Banken, intermediär gelenkte Kapitalvergabe an örtliche Unternehmen und Förderung solider ordnungsrechtlicher Rahmenbedingungen wird die Bank ihre Arbeit mit dem Finanzsektor fortsetzen.

Die EBWE beobachtet Veränderungen im sozialen Umfeld des Reformprozesses sorgfältig und erstattet im *Transition Report* darüber Bericht. Obwohl viele Aktivitäten im sozialen Sektor außerhalb des Mandats der Bank angesiedelt sind, gibt es Gebiete, auf denen die EBWE eine positive lokale Auswirkung gehabt hat und weiterhin anstreben wird. Dazu gehören die Unterstützung der Umweltinfrastruktur (zum Beispiel, um die Bevölkerung mit sauberem Wasser und Kanalisationssystemen zu versorgen), Renten und Versicherungen sowie Finanzierung für den Wohnungsbau. Auch bei der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Hauptträger des Wachstums sind, fällt der Bank eine entscheidende Rolle zu.

Außerdem wird sich die EBWE im Zuge der Strategie des kontrollierbaren Wachstums bemühen, ihre Aktivitäten in allen Einsatzländern auszubauen. Die Jahrestagung 1998 in Kiew wird voraussichtlich das Interesse potentieller Investoren an der Ukraine und der Region im allgemeinen verstärken. Außerdem bietet die Tagung eine Gelegenheit zum Austausch von Informationen zwischen der internationalen Banken- und Geschäftswelt und Mitarbeitern der EBWE.

Die operativen und finanziellen Managementziele der EBWE erfordern eine sehr sorgfältige Nutzung ihrer knappen Kapitalressourcen. Um sicherzustellen, daß sie der Nachfrage nach ihren Leistungen auch künftig nachkommen kann, wird die Bank weiter nach Wegen suchen, den Gebrauch ihrer Ressourcen zu maximieren, und zwar durch Methoden wie vermehrte Kofinanzierung, Veräußerung oder Verbriefung von Ausleihungen und Aktienverkäufe. Alle diese Aktivitäten werden durch eine gleichbleibende und entschlossene Verpflichtung zu nachhaltiger Rentabilität und straffe Kontrolle der Verwaltungsaufwendungen untermauert.

Operational environment L'environment opérationnel Условия деятельности Umfeld für die Geschäftstätigkeit

Das Umfeld, in dem die EBWE tätig ist, differenziert sich zunehmend. Während die Herausforderungen, mit denen sich die Regierungen in der Region konfrontiert sahen, anfangs miteinander vergleichbar waren (im wesentlichen ging es um die Liberalisierung, Privatisierung sowie makroökonomische Stabilisierung), bildeten sich im Lauf der Zeit hinsichtlich der gewählten Methoden sowie der Reformfortschritte zunehmend Unterschiede heraus. Diese Unterschiede betreffen die Verteilung von Besitz und Einkommen, den verkleinerten Aufgabenbereich des Staates, das institutionelle Umfeld sowie die wirtschaftliche Leistungskraft.

Während in den meisten Ländern der Region generell die Grundlagen für eine Marktwirtschaft geschaffen worden sind, wird die derzeitige, zweite Phase des Übergangs darüber entscheiden, wie gut diese Märkte funktionieren. In dieser Phase müssen die den Markt tragenden öffentlichen und privaten Institutionen geschaffen und ausgeweitet werden. Marktgerechte

Gepflogenheiten müssen sich herausbilden und feste Wurzeln fassen, außerdem ist eine klare Abgrenzung der Rolle des Staates auf sozialem Gebiet sowie in anderen Bereichen erforderlich. Die Methoden, die die Länder zur Bewältigung dieser Aufgaben anwenden, werden die Qualität der Führung in Volkswirtschaft und Gesellschaft, das Investitionsklima und die Aussicht auf ein nachhaltiges langfristiges Wachstum bestimmen. In der zweiten Phase des Übergangs ist die Vielfalt der Entscheidungsmöglichkeiten und Ergebnisse größer als in der ersten, und die EBWE sieht sich gefordert, ihre Strategien flexibel an eine Vielzahl von operativen Umfeldern anzupassen.

Hintergrund dieses Abschnitts ist die Analyse der Probleme der Volkswirtschaften in der Region durch die EBWE. Er basiert insbesondere auf Informationen aus dem *Transition Report 1997* der Bank.

Tendenzen im Übergangsprozess

Reformindikatoren

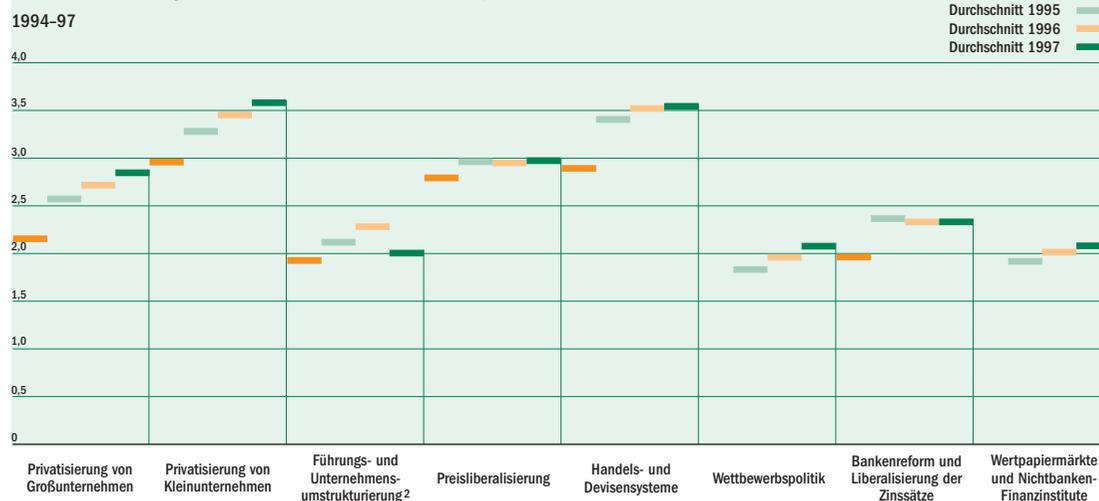
Ein globales (wenn auch wenig spezifisches) Maß für den im Lauf der vergangenen vier Jahre erzielten allgemeinen Fortschritt ist der Durchschnitt der

Übergangsphase in den Einsatzländern der EBWE, 1997¹

Länder	BIP-Anteil des Privatsektors in % Mitte 1997 (ungefähre EBWE-Schätzung)	Unternehmen			Märkte und Handel			Finanzinstitute		Rechtsreform
		Privatisierung von Großunternehmen	Privatisierung von Kleinunternehmen	Führung und Umstrukturierung	Preisliberalisierung	Handels- und Devisensysteme	Wettbewerbspolitik	Reform des Bankwesens und Zinsliberalisierung	Wertpapiermärkte und Nichtbanken-Finanzinstitute	Umfang und Wirksamkeit der rechtlichen Bestimmungen für Investitionen
Albanien	75	2	4	2	3	4	2	2	2 -	2
Armenien	55	3	3	2	3	4	2	2 +	1	3
Aserbaidshjan	40	2	3	2	3	2 +	1	2	1	1
Bulgarien	50	3	3	2 +	3	4	2	3 -	2	3
EJR Mazedonien	50	3	4	2	3	4	1	3	1	2
Estland	70	4	4 +	3	3	4	3 -	3 +	3	4
Georgien	55	3 +	4	2	3	4	2	2 +	1	2
Kasachstan	55	3	3 +	2	3	4	2	2 +	2	2
Kirgisistan	60	3	4	2	3	4	2	3 -	2	2
Kroatien	55	3	4 +	3 -	3	4	2	3 -	2 +	4
Lettland	60	3	4	3 -	3	4	3 -	3	2 +	3
Litauen	70	3	4	3 -	3	4	2 +	3	2 +	3
Moldau	45	3	3	2	3	4	2	2	2	2
Polen	65	3 +	4 +	3	3	4 +	3	3	3 +	4
Rumänien	60	3 -	3	2	3	4	2	3 -	2	3
Russische Föderation	70	3 +	4	2	3	4	2 +	2 +	3	3
Slowakische Republik	75	4	4 +	3 -	3	4	3	3 -	2 +	3
Slowenien	50	3 +	4 +	3 -	3	4 +	2	3	3	3
Tadschikistan	20	2	2	1	3 -	2	1	1	1	na
Tschechische Republik	75	4	4 +	3	3	4 +	3	3	3	4
Turkmenistan	25	2	2	2 -	2	1	1	1	1	na
Ukraine	50	2 +	3 +	2	3	3	2	2	2	2
Ungarn	75	4	4 +	3	3 +	4 +	3	4	3 +	4
Usbekistan	45	3 -	3	2	3 -	2 -	2	2 -	2	2
Weißrußland	20	1	2	1	3	1	2	1	2	2

¹ Eine ausführliche Erklärung des Klassifizierungssystems findet sich im *Transition Report 1997*. Die Werte sind als qualitative Indikatoren zu interpretieren und nicht als quantitativ genaue Schätzungen. Kategorie 1 bedeutet im allgemeinen geringe Fortschritte. Die meisten fortgeschrittenen Industrieländer sind für fast alle Reformindikatoren der Kategorie 4+ zuzuordnen. Die Tabelle bewertet den gegenwärtigen Stand, nicht das Tempo der Veränderung. Zum Beispiel wurde Slowenien, wo es kein umfassendes Privatisierungsprogramm gab, im Bereich der Privatisierung kleiner Unternehmen mit 4+ eingestuft – ein Ergebnis der Tatsache, daß die kleinbetriebliche Tätigkeit in Slowenien schon vor Beginn des Übergangsprozesses weitgehend privat war.

Durchschnittliche jährliche EBWE-Reformindikatoren, nach Dimensionen¹



- Die gegenüber früheren Jahren größere Zahl von Abnahmen ergibt sich aus dem neuen Einstufungssystem, das die Skala von 1 bis 4 um Plus- und Minuswerte ergänzt. Diese werden mit +/-0,33 bewertet. In einigen Ländern spiegelt ein Absinken der Durchschnittswerte einen realen Rückschritt der Politik wider, so in der Slowakischen Republik, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrußland. In anderen Fällen entspricht dies der Tatsache, daß einige Länder bei bestimmten Bewertungen Grenzwerte auswiesen. Die feineren Unterschiede wurden bei der ursprünglichen Einstufung jedoch nicht berücksichtigt.
- Der Rückgang in diesem Bereich im Jahr 1997 gegenüber 1996 ist lediglich auf die feineren mit Plus- und Minuswerten gekennzeichneten Unterschiede zurückzuführen, weniger auf eine Umkehr der früher auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte.

Reformindikatoren für die Region insgesamt. Die Reformindikatoren der EBWE (siehe Tabelle) weisen im Durchschnitt für die Region auf einen stetigen Fortschritt von Jahr zu Jahr hin, der sich jedoch allmählich verlangsamt.

Bankenreformen machen Fortschritte

Im Jahr 1997 machten 15 Länder bedeutende Fortschritte bei den marktorientierten Reformen, vier weitere verzeichneten – gemessen an diesen Indikatoren – Abweichungen von den Marktprinzipien, und in sechs Ländern waren nur geringfügige Änderungen festzustellen. Insbesondere Bulgarien, wo die Reformen zuvor zum Stillstand gekommen waren, erzielte beachtliche Fortschritte; das gleiche gilt auch für Aserbaidschan und Turkmenistan, wo die Ausgangsbedingungen relativ schlecht waren. In Ungarn, wo die Marktwirtschaft bereits weitgehend Fuß gefaßt hat, wurden in mehreren Reformbereichen weitere bedeutsame Fortschritte erzielt, ebenfalls in Georgien und Rumänien, die insgesamt weniger fortgeschritten sind. In Weißrußland verzeichnete das Klassifizierungssystem der EBWE Rückschläge bei den Marktreformen auf den Gebieten Unternehmensführung und Umstrukturierung sowie im Handels- und Devisensystem. Rückschritte gab es außerdem in Usbekistan (Außenhandel und Banking), in der Slowakischen Republik (Unternehmensführung) und in Tadschikistan (Liberalisierung der Preise).

Die Veränderung bei den Durchschnittsergebnissen zu den einzelnen Übergangskomponenten zeigt – wie in dem Schaubild der durchschnittlichen jährlichen Reformindikatoren der EBWE nach Dimensionen dargestellt –, daß 1997 bei der Privatisierung der Groß- und Kleinunternehmen sowie der Reform des Bankwesens die größten Fortschritte erzielt wurden. Im Verlauf des Übergangs bildeten sich einige interessante Tendenzen heraus.

In den Bereichen, in denen der Übergang in erster Linie eine Liberalisierung bedeutete – wie etwa bei der Abschaffung staatlich vorgeschriebener Preisbegrenzungen, der Freigabe des Außenhandels und des Devisenmarkts –, wurden zu Beginn des Übergangs beträchtliche Fortschritte erzielt, die sich erst in der letzten Zeit auf hohem Niveau stabilisiert haben. Die Bereiche, in denen sich der Übergang vor allem in einer Umverteilung von Vermögenswerten niederschlug – zum Beispiel die Privatisierung der Groß- und Kleinindustrie –, zeitigten in dem von den Reformindikatoren erfaßten Zeitraum die größten Veränderungen.

In anderen Bereichen, in denen der Übergang tiefgreifende Strukturreformen erfordert – wie etwa bei der Umstrukturierung von Unternehmen, der Reform des Bankwesens, dem Aufbrechen der Monopole und der Errichtung von Wertpapiermärkten und Nichtbanken-Finanzinstituten – wurden weniger rasche, aber

beachtenswerte Fortschritte erzielt. Dennoch verschlechterte sich das Durchschnittsergebnis im Bereich der Umstrukturierung von Unternehmen 1997 geringfügig, da hier in Usbekistan und Weißrußland Rückschritte zu verzeichnen waren.

Umfang des Privatsektors

Der Anteil des Privatsektors an der Wirtschaftstätigkeit stieg weiterhin rasch an. Bis Mitte des Jahres 1997 hatte der Anteil des Privatsektors am BIP in 19 der 26 Einsatzländer der EBWE die 50-Prozent-Marke erreicht bzw. überschritten. In einigen fortgeschrittenen Ländern ist der Umfang des Privatsektors bereits so hoch wie in bestimmten OECD-Ländern oder sogar höher. Durch die fortschreitende Privatisierung von ehemaligem Staatsbesitz nähern sich Estland, die Slowakische Republik, Ungarn und die Tschechische Republik rasch der Wachstumsgrenze des Privatsektors. Folglich läßt sich eine Ausdehnung des Privatsektors in diesen Ländern nur durch Neugründungen oder höhere Wachstumsraten in privaten Unternehmen erreichen, nicht mehr durch die Privatisierung verbleibender staatlicher Betriebe.

In den Ländern, die die Reformen im vergangenen Jahr mit besonderer Entschlossenheit durchführten, ist die größte Ausdehnung des Privatsektors zu beobachten. Dies gilt unter anderem für Aserbaidschan (mit einem Zuwachs von 25 auf 40 Prozent) und Kasachstan (mit einem Anstieg von 40 auf 55 Prozent). Diese Entwicklung ist auf Privatisierungsinitiativen in der Groß- und Kleinindustrie beider Länder zurückzuführen. Auch in Armenien, Georgien, Kirgisistan und der Russischen Föderation wurde der Privatsektor relativ stark ausgeweitet; in allen Fällen war dies mit stetigen Fortschritten in der Privatisierung von Großunternehmen verbunden. In der Ukraine erklärt sich die Ausweitung des Privatsektors durch die fast abgeschlossene Privatisierung der Kleinunternehmen und weitere Fortschritte bei der Massenprivatisierung.

Privatisierung

Die umfassende Privatisierung von Großunternehmen wurde in weiten Teilen der Region weiterhin rasch vorangetrieben. In einer Reihe von Ländern, darunter Georgien, Kasachstan, Lettland, Litauen, Moldau, die Russische Föderation, die Slowakische Republik und die Tschechische Republik, wurden Massenprivatisierungsprogramme durchgeführt. Die meisten dieser Privatisierungen erfolgten bargeldlos und mit der gleichzeitigen Übergabe zahlreicher Unternehmen an die neuen Besitzer durch Verteilung von Anteilscheinen. Diese Länder konzentrieren sich nun auf den Verkauf

der verbleibenden Staatsunternehmen bzw. der staatlichen Anteile an privatisierten Unternehmen. Dabei wird eine Vielzahl bargeldgestützter Verfahren angewendet. Estland und Ungarn machten weitere Fortschritte im Direktverkauf von Zielunternehmen, wobei der Schwerpunkt zunehmend auf Energieversorgungsunternehmen und die Infrastruktur gelegt wurde.

In einer Reihe von Ländern, unter anderem Bulgarien und Rumänien, wurde die Massenprivatisierung 1997 wieder aufgenommen. Auch hier wurden Großunternehmen im Direktverkauf veräußert. Nach längeren Verzögerungen werden nun auch in Aserbaidschan, Kroatien und Polen Massenprivatisierungspläne durchgeführt. Selbst in Ländern wie Tadschikistan und Turkmenistan, wo der Übergangsprozeß noch in den Kinderschuhen steckt, wurden begrenzte Programme genehmigt. Verzögerungen und Rückschläge aus sehr unterschiedlichen Gründen führten in Albanien, Kirgisistan und Usbekistan zu einer Verlangsamung der Massenprivatisierung. Weißrußland schiebt eine umfassende Privatisierung weiterhin auf.

Die sehr unterschiedlichen Programme der Übergangsländer für Großprivatisierungen führten in fast allen Bereichen dieses Prozesses zu vielfältigen Ergebnissen; dies betrifft den Anteil der in der Privatisierung befindlichen Staatsunternehmen, das Ausmaß der verbleibenden staatlichen Anteile, die Konzentration oder Streuung der Besitzverhältnisse in neu privatisierten Unternehmen, die Verteilungskonzepte (Insider oder Outsider), die Zulassung und Beteiligung von Ausländern sowie die Struktur von intermediären Institutionen. Die Unterschiede in diesen Bereichen werden in Zukunft wahrscheinlich zu Differenzen im institutionellen Aufbau und in der Entwicklung der Übergangsländer führen, da die Besitzverhältnisse für die Ausprägung volkswirtschaftlicher Ordnungen von entscheidender Bedeutung sind. Allerdings ist dieser Prozeß in einem so frühen Stadium, daß sich die Auswirkungen dieser verschiedenartigen Privatisierungsprogramme auf den Verlauf des Reformprozesses noch nicht systematisch bestimmen lassen.²

Unternehmensführung und Finanzdisziplin

Im vergangenen Jahr zeigte sich deutlich, daß die anfängliche Form der Unternehmensführung im Lauf der Zeit nicht zwangsläufig unverändert bleibt. In Polen wurde die Vorherrschaft von Insidern durch Anwendung vielfältiger Privatisierungsvarianten reduziert. Durch Direktverkäufe und internationale Ausschreibungen wurden Anteile an Schlüsselunternehmen an strategische Investoren verkauft.

Privatsektor wächst weiter

Weitere Fortschritte bei der Massenprivatisierung

² Näheres zu diesem Thema siehe Kapitel 4 und 5, *Transition Report 1997*.

In Rußland entwickelten sich Großbanken und finanziell-industrielle Gruppen (FIG), zum Teil mit der Unterstützung ausländischer Investoren, zu wichtigen Akteuren im Barverkauf staatlicher Anteile an Großunternehmen. Sie wurden auch im Sekundärmarkt für Aktienbeteiligungen am zunehmend belebten Wertpapiermarkt aktiv. Dies hatte Bemühungen zur Folge, die Insiderkontrolle in diesen Unternehmen durch eine Verteidigung der Rechte von Minderheitsaktionären zu schwächen.

In der Tschechischen Republik haben die geplante Privatisierung der staatlichen Anteile an den Großbanken und die Umwandlung von Investmentfonds in Holding- und Investmentfondsgesellschaften möglicherweise beträchtliche Auswirkungen auf die ursprünglichen Formen der Unternehmensführung, die sich aus der Privatisierung durch Anteilscheine ergaben. Darüber hinaus verringert sich aus der Sicht der ausländischen Investoren das Risiko; dies könnte dazu führen, daß strategische Investoren aus dem Ausland in Ländern wie Bulgarien, Lettland, Litauen, Moldau und Rumänien in den kommenden Privatisierungsphasen eine größere Rolle spielen.

Staatliche Subventionen, vormals ein Werkzeug der Lockerung von Budgetbeschränkungen, wurden in allen GUS-Ländern beträchtlich abgebaut; in einigen Fällen mit außerordentlicher Geschwindigkeit. Allerdings ging die Verringerung der Haushaltssubventionen häufig mit einer Steigerung außerplanmäßiger Subventionen und anderer Finanzpolster einher, durch die die Finanzdisziplin geschwächt wurde.

In einigen Ländern wuchsen die Steuerrückstände beträchtlich an. Ende 1996 hatte die Summe der Steuerrückstände in Moldau 10,2 Prozent des BIP und in Bulgarien 13,4 Prozent des BIP erreicht. Die Russische Föderation verzeichnete neben hohen Steuerrückständen eine zunehmende Ausweitung des Tauschhandels. Bis Ende 1996 erreichte die Summe der Steuerrückstände (einschließlich der an nicht im Haushalt enthaltene Fonds zu zahlenden Beträge) 10 Prozent des BIP.³ Der Tauschhandel nahm in der Russischen Föderation beunruhigende Ausmaße an; Schätzungen zufolge wurden im ersten Quartal 1997 bis zu 70 Prozent des gesamten Industrieabsatzes im Rahmen von Tauschgeschäften getätigt. Auch in der Ukraine sind die Steuerrückstände hoch, und der Tauschhandel ist weit verbreitet. In mehreren GUS-Ländern wuchsen sich auch Rückstände bei der Bezahlung von Energierechnungen zu einem beträchtlichen Problem aus.

³ Im ersten Quartal 1997 erhöhte sich die Summe der Steuerrückstände weiter, im zweiten Quartal verringerte sie sich. Dies ist darauf zurückzuführen, daß eine kleine Anzahl der größten Unternehmen mehrere Einzelzahlungen geleistet hatten, um Außenstände abzubauen.

Bankenreform

Die Welle aufsehenerregender Bankkrisen der letzten Jahre in mehreren Übergangsländern übte auf die Region insgesamt einen starken Einfluß aus. Nach einer Anfangsphase raschen und nahezu unregulierten Wachstums kamen Länder in allen Übergangsphasen zu der Erkenntnis, daß der Bankensektor konsolidiert werden muß.

Fast alle Länder in der Region initiierten Programme für die Bankenumstrukturierung oder kündigten zumindest entsprechende Pläne an. Außerdem wurden bei der Stärkung der Aufsichtsvollmacht der Zentralbanken, der Straffung der Rückstellungsbestimmungen und der Erhöhung der Mindestkapitalausstattung, um das erneute Auftreten systembedingter Probleme in diesem Sektor zu verhindern, beträchtliche Fortschritte erzielt. Eine verbesserte Aufsicht ist jedoch naturgemäß eine langfristige Aufgabe, zu deren Bewältigung die Entwicklung guter zwischenmenschlicher Fähigkeiten ebenso wichtig ist wie die Verbesserung der ordnungsrechtlichen Strukturen.

Trotz der jüngsten Fortschritte ist das Bankensystem in den meisten Übergangsländern nach wie vor grundsätzlich unterentwickelt. Die meisten Banken in der Region sind noch immer schwach und ungenügend kapitalisiert. Würden die international anerkannten Regeln für Kreditausfallsrückstellungen und Sofortabschreibungen ordnungsgemäß angewendet, so gäbe es in keinem Land des Ostseeraums oder der GUS – mit Ausnahme Rußlands – einen Bankensektor, der auch nur an die Größe einer mittelgroßen westlichen Bank heranreichte.

Die grundlegende rechtliche und institutionelle Infrastruktur, die die Tätigkeit der Banken unterstützt, ist noch immer weitgehend unterentwickelt. Bei der Erarbeitung und Durchsetzung von Kreditsicherheits- und Konkursgesetzen wurden nur schleppende Fortschritte erzielt. Bisher wurden weder international anerkannte Rechnungslegungsnormen noch moderne Portfolio- oder Managementinformationssysteme in breitem Maßstab eingeführt. Vor allem aber haben die Banken in großen Teilen der Region noch nicht die Fähigkeiten entwickelt, die sie für die grundlegenden Funktionen der Finanzvermittlung benötigen. Die Qualität des Bankwesens ist nach wie vor ein Bereich, in dem die EBWE einen maßgeblichen Beitrag zum Übergangsprozeß und zur Stärkung der Widerstandskraft der Reformländer gegen künftige Finanzkrisen leisten kann.

Tendenzen der makroökonomischen Entwicklung

Wirtschaftswachstum und Stabilisierung

Im Jahr 1997 stellte sich in der Region insgesamt nach einer sieben Jahre andauernden Rezession wiederum ein wirtschaftliches Wachstum ein. Im Vergleich zu 1996 verlangsamte sich das durchschnittliche Wachstum in Osteuropa geringfügig, beschleunigte sich dagegen in den baltischen Ländern. In der GUS kam der Konjunkturabschwung zum Stillstand. Diese Wende ist im wesentlichen das Ergebnis der verbesserten Leistung Rußlands, das 1997 zum ersten Mal ein Wachstum erzielte. Es besteht die Hoffnung, daß auch die Ukraine 1998 ein positives Wachstum erreichen wird.

Neun der 26 Volkswirtschaften in der Region weisen nun eine Wachstumsrate von mindestens fünf Prozent auf, in 14 Ländern liegt die Rate bei über drei Prozent. Das Wachstum in vielen fortgeschrittenen Reformländern wird derzeit durch die Inlandsnachfrage und insbesondere durch den privaten Verbrauch vorangetrieben, während anfänglich Exporte die treibende Kraft waren. Umfangreiche Investitionen sind für die Steigerung der Nachfrage in Polen, der Slowakischen Republik und Slowenien ein wichtiger Faktor.

Dennoch war das wirtschaftliche Wachstum in den einzelnen Ländern unterschiedlich, in einigen gab es sogar schwerwiegende Rückschläge. In vier GUS-Ländern blieb das Wachstum bisher aus, und Albanien, Bulgarien und Rumänien, die die Rezession bereits überwunden hatten, erleben derzeit einen Konjunkturabschwung. In der Tschechischen Republik wurde das Wachstum im Jahr 1997 durch fiskalische und monetäre Sparmaßnahmen aufgrund der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte beträchtlich abgebremst.

Im Jahr 1997 betrug das BIP für die Region etwa eine Billion US-Dollar: Dies entspricht bei einer Bevölkerung von 400 Millionen einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. 2.500 US-Dollar. In Dollar bedeutet dies eine Steigerung um etwa 50 Prozent seit 1994. Diese Entwicklung ist im wesentlichen das Ergebnis einer beträchtlichen realen Aufwertung der Währungen. Bezogen auf die Kaufkraftparität liegt das Pro-Kopf-Einkommen wahrscheinlich weit über 2.500 US-Dollar, da die Wechselkurse trotz der realen Aufwertung im Vergleich zur Kaufkraftparität noch immer niedrig sind und ein wesentlicher Teil der Produktion nicht gemessen wird. Dennoch gibt es nach wie vor breite Schichten der Bevölkerung, die mit einem Pro-Kopf-Einkommen von wenigen Dollar pro Tag auskommen müssen.

Die Inflation entwickelte sich in der gesamten Region weiterhin positiv. In neun Ländern der Region liegt die jährliche Inflationsrate inzwischen unter 10 Prozent, und in 19 Ländern beträgt sie weniger als 20 Prozent. Allerdings gab es, wie auch im Falle des BIP-Wachstums, sowohl in Osteuropa als auch in der GUS Rückschläge. In Albanien und Bulgarien stieg die Inflationsrate infolge der Krisen im Finanzsektor steil an (obwohl sich die Lage gegen Ende des Jahres 1997 verbesserte). In Armenien, Rumänien und Tadschikistan war die höhere Inflation auf die expansive Steuer- und Geldpolitik zurückzuführen.

Die Aussichten für 1998 lassen auf eine Umkehrung des rückläufigen Wachstums in Osteuropa sowie auf ein positives Wachstum in der gesamten GUS hoffen. Für Rußland wird ein stabilerer Aufschwung erwartet. Diese Vorhersagen sind jedoch aufgrund der Verschlechterung der Zahlungsbilanz – einer der auffälligeren makroökonomischen Entwicklungen der letzten beiden Jahre – mit einigen Unsicherheiten behaftet. Zwei Drittel aller Übergangsländer wiesen 1996 Leistungsbilanzdefizite von mehr als 5 Prozent des BIP auf; bei der Hälfte von ihnen lag dieses Defizit sogar über 7 Prozent. Vorläufige Informationen für das Jahr 1997 legen nahe, daß sich diese Verschlechterung verlangsamt hat, obwohl es nicht zu einer bedeutenden Trendwende kam. Dieses außenwirtschaftliche Ungleichgewicht macht das Wachstum einiger Länder der Region anfällig gegenüber Entwicklungen und Stimmungen der internationalen Kapitalmärkte.

Wenn man die finanziellen Aspekte unberücksichtigt läßt, ist im allgemeinen davon auszugehen, daß die Krise in Asien nur begrenzte Auswirkungen auf das Wachstum in den Einsatzländern der Bank haben wird. Die direkten Handelsbeziehungen mit Ostasien machen nur einen kleinen Anteil des Handels der Region aus (weniger als 5 Prozent). Größere Auswirkungen hat jedoch möglicherweise die Abwertung der asiatischen Währungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Exporte aus den Einsatzländern der Bank, die für Drittmärkte bestimmt sind. Dieser Wettbewerb zwischen Erzeugnissen aus Asien und den Einsatzländern spielt in einigen Sektoren eine bedeutende Rolle, unter anderem in der Stahlindustrie, im Schiffbau, in der Textilindustrie sowie in der Fertigung elektronischer Bauteile. Schließlich trägt die Krise in Asien auch zur Senkung der Rohstoffpreise bei, zum Beispiel für Metalle sowie Erdöl und Erdgas. Dadurch werden sich die Terms of Trade für einige rohstoffreiche Länder in der Region verschlechtern, anderen werden sie allerdings zugutekommen.

Wiederaufnahme des Wirtschaftswachstums in der Region insgesamt

Im Jahr 1998 weiteres Wachstum erwartet

BIP nimmt seit 1994 um 50 Prozent zu

Direkte Auslandsinvestitionen

(in der Zahlungsbilanz ausgewiesene Zuflüsse, netto)

	1995	1996 (Revision)	1997 (Schätzung)	Kumulative direkte Auslands- investitionen 1989-97	Kumulative direkte Auslands- investitionen 1989-97 pro Kopf	Direkte Auslands- investitionen pro Kopf 1997
	(in Millionen US-Dollar)				(in US-Dollar)	
Albanien	70	90	33	331	103	10
Bulgarien	82	100	430	855	103	52
Estland	199	110	200	936	644	138
Kroatien	81	349	500	1.115	233	105
Lettland	165	230	400	1.044	418	160
Litauen ¹	72	152	250	535	144	67
EJR Mazedonien	13	12	16	65	31	8
Polen	1.134	2.741	4.500	9.898	256	116
Rumänien	404	415	921	2.312	102	41
Slowakische Republik	134	177	50	703	130	15
Slowenien	170	180	340	1.083	543	170
Tschechische Republik	2.720	1.264	1.000	8.120	789	97
Ungarn	4.410	1.986	2.100	15.360	1.506	206
<i>Osteuropa und die baltischen Länder</i>	9,654	7,601	10,709	42,090	365	93
Armenien	19	22	26	70	19	7
Aserbaidshjan	284	661	1.006	1.993	262	132
Georgien	6	25	65	104	19	12
Kasachstan	859	1.100	1.300	4.367	252	75
Kirgisistan	61	31	50	197	443	11
Moldau	73	56	71	232	54	17
Russische Föderation	2.021	2.040	3.600	9.443	64	24
Tadschikistan	13	13	20	75	13	3
Turkmenistan	233	129	102	6.464	37	22
Ukraine	300	500	760	2.030	343	8
Usbekistan	- 24	50	60	216	9	3
Weißrußland	7	75	125	292	29	12
<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>	3.852	4.702	6.107	18.587	65	22
Gesamt	13.506	12.509	17.595	61.662	154	44

¹ Die Angaben für Litauen für 1995 und 1996 schließen Beteiligungskapital und thesaurierte Gewinne ein; nicht jedoch zwischenbetriebliche Schuldtiteltransaktionen.

Kapitalzufluß

In einigen Übergangsländern kam es zu beträchtlichen Kapitalzuflüssen, mit denen die wachsenden Leistungsbilanzdefizite finanziert werden konnten. Der mittel- bis langfristige Nettokapitalzufluß in die Reformländer stieg um mehr als das Doppelte (von 16,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 1991 auf 38,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 1996). Schätzungen zufolge liegen sie 1997 trotz der Finanzkrise in Asien bei über 50 Milliarden US-Dollar. Außerdem stieg der private Kapitalzufluß in die Übergangsländer steil an; während er sich 1991 auf weniger als 3 Milliarden belief, erreichte er 1996 nahezu 26 Milliarden US-Dollar. Dieser Mittelzufluß ist Ausdruck des wachsenden Vertrauens in die Region, er kann aber auch zu Problemen führen. Die reale Aufwertung der Währungen, die mit den Finanzströmen einherging, führte in einigen Ländern zu einer Reduzierung der Gewinnmargen.

Auswirkungen der
Finanzkrise Asiens

Der umfangreiche Kapitalzufluß birgt außerdem die Gefahr einer Inflation der Warenpreise und zunehmender Volatilität. Diese Erfahrung machte zum Beispiel die Tschechische Republik Mitte des Jahres 1997; in der zweiten Jahreshälfte gerieten auch die Devisenbestände Rußlands unter Druck. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von Kapitalflüssen bedarf es besonderer Vorsicht in den Ländern, in denen den wachsenden externen Finanzbedürfnissen ein rascher Anstieg des Inlandsverbrauchs (sowohl des privaten als auch der öffentlichen Hand) zugrundeliegt.

Obwohl wachsende Kapitalströme in vielen Fällen ein Ausdruck des Vertrauens sind, entstehen durch sie auch Verpflichtungen, denen sich die Länder nicht entziehen können. Insgesamt besteht in den Reformländern eine im Verhältnis zum BSP niedrige Verschuldung. Dennoch nimmt diese in einigen Ländern sehr rasch zu. In diesen Ländern, unter anderem Armenien,

Georgien, Kirgisistan, Moldau und Tadschikistan bedarf die gegenüber den Exporten wachsende Auslandsverschuldung besonderer Aufmerksamkeit, wenn sie sich mit dem Schuldendienst keine unlösbaren Aufgaben aufbürden wollen.

Die Finanzkrise in Asien hatte in allen Schwellenmärkten einen beträchtlichen Einfluß auf den Zugang zu Auslandskapital und die entsprechenden Kosten. Osteuropa und die GUS wurden auf zweierlei Weise beeinflusst: einerseits durch die zeitweilige Verringerung der Liquidität der internationalen Finanzmärkte und andererseits durch das erneute Risikobewußtsein gegenüber den Schwellenmärkten. Der Zugang zu ausländischer Fremdfinanzierung, der allmählich für nichtstaatliche und unterhalb der staatlichen Ebene tätige Kreditnehmer erleichtert wurde, ist seit Oktober 1997 beträchtlich eingeschränkt worden. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Aktienmarkts in Hongkong erhöhten sich die Margen der von Kreditnehmern emittierten gehandelten Schuldtitel in der gesamten Region erheblich. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich bei der Preisgestaltung der Kreditvergabe durch Geschäftsbanken.

Einige dieser Preiskorrekturen waren eine notwendige und heilsame Maßnahme, durch die die unverträglich niedrigen Werte des Sommers 1997 angepaßt wurden. Nach der ursprünglichen Marktkorrektur zeigte sich, daß die internationalen Finanzierungsquellen sehr wohl in der Lage waren, zwischen den Risiken in einzelnen Ländern zu unterscheiden. In den meisten Ländern bewegen sich die Margen für Anleihen nun wieder nach unten; in einigen Fällen erreichten sie nahezu dasselbe Niveau wie vor der Krise.

Erhöhte Vorsicht könnte sich 1998 negativ auf den gesamten Umfang der internationalen Finanzierung für kurzfristige Investitionen im Geldmarkt sowie an den Börsen auswirken. Dagegen wird Kapital mit langfristiger Bindung, wie etwa Direktinvestitionen im Ausland, Beteiligungsfonds und Projektfinanzierungen, wahrscheinlich nicht durch die infolge der asiatischen Krise veränderte Marktstimmung beeinflusst. Trotz einiger Verzögerungen bei bestimmten wichtigen Privatisierungsvorhaben in Rußland, die mit der Anspannung an den internationalen Finanzmärkten in Verbindung gebracht wurden, erwies sich 1997 als Rekordjahr für ausländische Direktinvestitionen in der Region, und den meisten Berichten zufolge besteht weiterhin großes Interesse und Engagement (siehe Tabelle).

Beitritt zur Europäischen Union

Unabhängig von ihrer jeweiligen Übergangsphase ist der Beitritt zur Europäischen Union für alle Anwärterländer eine natürliche Fortentwicklung ihrer Reformbemühungen. In der vom Direktorium der Bank im September 1997 gebilligten mittelfristigen Strategie für den Zeitraum 1998–2001 erkennt die EBWE diese Bestrebungen an und bestätigt, daß die Bank in ihrer Geschäftstätigkeit den Erweiterungsprozeß unterstützt, indem sie den Übergang fördert, und den beitriftswilligen Ländern dabei hilft, sich auf den Beitritt vorzubereiten.

Die Vorbereitungen auf die Erweiterung der Europäischen Union werden eine besondere Rolle für die Region spielen. Eine größere Mitgliederzahl bedeutet sowohl für die Einsatzländer der Bank – insbesondere für diejenigen, die einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt haben – als auch für die derzeitigen Mitglieder der Europäischen Union eine Ausweitung des Handels und der Investitionsmöglichkeiten. Die EBWE und die Europäische Kommission erörterten diese Themen 1997 vor dem Hintergrund der Strategie der Kommission für beitriftswillige Länder (Agenda 2000).

Eine verstärkte Zusammenarbeit, unter anderem mit anderen internationalen Finanzinstitutionen (EIB und Weltbank), wurde vereinbart, um die betreffenden Länder auf die Herausforderung des EU-Beitritts vorzubereiten. Insbesondere gilt das für Bereiche, in denen umfangreiche Investitionen erforderlich sind, wie zum Beispiel Umwelt, kommunale Infrastruktur, Agrarindustrie, Transport und Verkehr sowie die Förderung von KMU. In diesem Zusammenhang wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 wesentliche Vorarbeit geleistet. Sie galt der Kofinanzierung für 1998 und einer für 1998 vorgesehenen besonderen KMU-Fazilität. Im Jahr 1997 beliefen sich die gemeinsamen EU/EBWE-Projekte einschließlich der Phare- und Tacis-Finanzierung für technische Zusammenarbeit auf 240 Millionen Ecu.

Die EU-Beitrittsverhandlungen werden im März 1998 mit einer Gruppe von sechs Ländern aufgenommen: Estland, Polen, Slowenien, Ungarn, Tschechische Republik und Zypern. Außerdem haben Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakische Republik den Beitritt beantragt.

Обзор деятельности за 1997 год

Rückblick auf die Geschäftstätigkeit 1997

Review of 1997 operations

Einführung

Das Direktorium der EBWE bewilligte im Jahr 1997 143 Projekte in Höhe von insgesamt 4,0 Milliarden Ecu. Das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung des Werts der Projekte um fast 1,2 Milliarden Ecu oder 42 Prozent und spiegelt die stark zunehmende Nachfrage nach den Dienstleistungen der EBWE wider. Zahlreiche Projekte wurden im vierten Quartal bewilligt, und voraussichtlich wird eine beträchtliche Anzahl weiterer Projekte im ersten Quartal 1998 gezeichnet.

Im Jahr 1997
2,3 Milliarden Ecu
gezeichnet

Die im Jahr 1997 gezeichneten Projekte beliefen sich auf insgesamt 2,3 Milliarden Ecu. Damit wurde das Ziel der EBWE überschritten. Gleichzeitig stieg damit die Höhe der Bankzusagen für die Region im sechsten Jahr in Folge.

Die Auszahlungen von EBWE-Mitteln betragen 1997 2,0 Milliarden Ecu, das sind 49 Prozent mehr als im Vorjahr. In diesem Zusammenhang war auch ein beträchtlicher Anstieg an Auszahlungen für Kapitalbeteiligungen zu verzeichnen, die mit insgesamt 379,1 Millionen Ecu um fast 82 Prozent höher als im Vorjahr lagen.

Die EBWE erhöhte den Eigenkapitalanteil ihrer Zusagen im Jahr 1997 auf 19 Prozent gegenüber 15 Prozent im Vorjahr. Dieser Anstieg spiegelt die wachsende Eigenkapitalnachfrage des Marktes wider und die zunehmende Notwendigkeit, daß die Bank ihre

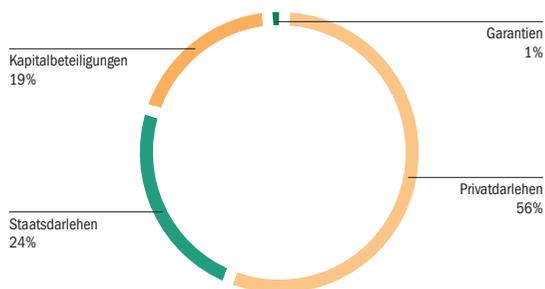
Finanzierungen in denjenigen Ländern korrigiert, die einen geringen Bedarf an EBWE-Darlehen haben.

In ihrem Bestreben, den Übergangsprozeß zu fördern, konzentrierte die EBWE im Jahr 1997 ihre Bemühungen auf bestimmte Sektoren: Finanzinstitute, Verkehrsinfrastruktur, Energieeinsparung sowie Kommunal- und Umweltinfrastruktur. Die in diesen Bereichen tätigen Teams wurden von der Bank personell verstärkt, in die betreffenden Länderteams wurden örtliche Fachkräfte aufgenommen. Im Jahr 1997 erhöhte die Bank erneut den Wert ihrer vom Direktorium genehmigten Investitionen für diese Sektoren, wobei sie den Schwerpunkt insbesondere auf die Länder im fortgeschrittenen Übergangsstadium legte. Darüber hinaus baute sie den privatwirtschaftlichen Anteil ihrer Tätigkeiten im Infrastrukturbereich beträchtlich aus.

Im Zuge der Förderung des Übergangs half die EBWE den fortgeschrittenen Ländern, die Kriterien für den EU-Beitritt zu erfüllen. Dabei konzentrierte sie ihre

Von der EBWE bewilligte Finanzierung, nach Typ

1997

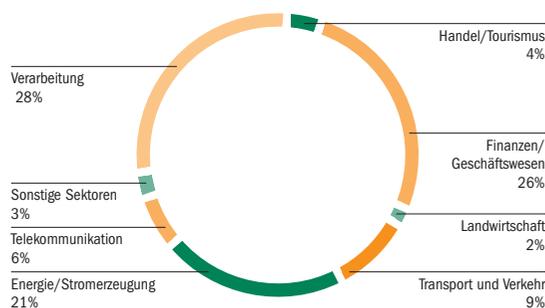


	1997			Kumulativ zum 31. Dezember 1997		
	Anzahl	Mio. Ecu	%	Anzahl	Mio. Ecu	%
Privatarlehen	47	1.307	56	210	5.100	50
Staatsdarlehen	16	550	24	99	3.302	32
Kapitalbeteiligungen	45	436	19	154	1.642	16
Garantien usw. ¹	1	21	1	6	212	2
Gesamt	108	2.315	100	469	10.257	100

¹ Garantien und sonstige nicht bilanzwirksame Posten

Bewilligte EBWE-Finanzierungen, nach Sektoren¹

1997



	1997			Kumulativ zum 31. Dezember 1997		
	Anzahl	Mio. Ecu	%	Anzahl	Mio. Ecu	%
Finanzen/Geschäftswesen	48	591	26	180	2.837	28
Transport und Verkehr	6	214	9	61	2.089	20
Verarbeitung	21	640	28	82	1.596	16
Energie/Stromerzeugung	13	497	21	41	1.394	14
Telekommunikation	5	144	6	31	934	9
Rohstoffindustrie	1	27	1	14	537	5
Handel/Tourismus	7	99	4	24	328	3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3	49	2	19	233	2
Sozialdienste	3	29	1	14	178	2
MEAL, Kofinanzierungs- linien und RWF ²	1	26	1	3	130	1
Gesamt	108	2.315	100	469	10.257	100

¹ Diese aggregierten Sektorgruppen stimmen nicht mit den auf den folgenden Seiten dargestellten Sektoren überein. So schließen beispielsweise „Finanzen/Geschäftswesen“ den Dienstleistungsbereich ein und sind nicht mit dem Sektor „Finanzinstitutionen“ gleichzusetzen.

² Kreditlinien mitteleuropäischer Exportkreditgesellschaften, Regionale Wagniskapitalfonds

Bemühungen insbesondere auf Bereiche, in denen umfangreiche Investitionen notwendig sind, zum Beispiel kommunale Infrastruktur, Umwelt, Energie und Agrarindustrie.

Wie geplant, erhöhte die Bank ihren Anteil an Neuzusagen für die Länder in frühen und mittleren Übergangsphasen, so daß die Gesamtsumme 1996 um 32 Prozent und im Jahr 1997 um 44 Prozent stieg. Der Anteil von Zusagen für Länder im fortgeschrittenen Übergangsstadium betrug 24 Prozent; dies ist im Vorjahresvergleich eine relative Abnahme, die auf den verbesserten Zugang zu Kapital zu sehr günstigen Bedingungen zurückzuführen ist.

Insgesamt waren 80 Prozent der im Berichtsjahr vom Direktorium bewilligten Projekte und 76 Prozent der 1997 neu unterzeichneten Projekte privatwirtschaftlich. Dies ist der höchste Prozentsatz an Neuzusagen im Privatsektor seit Errichtung der EBWE. Damit erreicht der Gesamtanteil an Zusagen für den Privatsektor 67 Prozent und liegt weit über dem im Mandat niedergelegten Ziel von 60 Prozent.

Durch die Zusagen der Bank wurden auch weiterhin Mittel aus anderen Quellen mobilisiert. Für jeden von der EBWE während des Jahres 1997 angelegten Ecu investierten ihre Partner zusätzlich 1,8 Ecu.

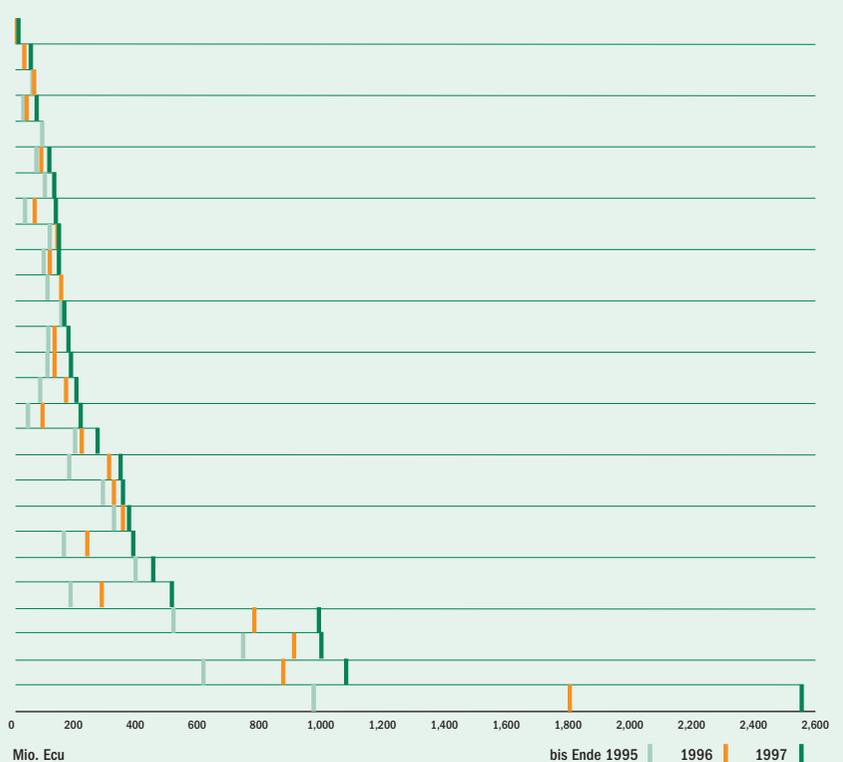
Das Einkommen aus der Geschäftstätigkeit der Bank stieg 1997 um über 68 Prozent auf 357 Millionen Ecu; das entspricht etwa 50 Prozent des Bruttoeinkommens der Bank. Wesentliche Faktoren dieses Anstiegs waren ein beträchtliches Wachstum an Investitionserlösen aus dem Verkauf von Aktienanlagen und Dividenden sowie nachhaltiges Wachstum bei den Zinseinkünften für Darlehen. Zur gleichen Zeit wurden die Kosten in der Abteilung Banking im Berichtsjahr niedriger gehalten als im Jahr 1996, was zu einer beträchtlichen Produktivitätssteigerung führte. Während sich im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr die Zusagen um 5,8 Prozent erhöhten, wurden die Nettokosten um 7,7 Prozent verringert.

Im Vergleich zu den Projekten des Jahres 1996 verwaltet die Bank erfolgreich einen im Hinblick auf die Zahl der Operationen um 27 Prozent größeren

Zugesagte EBWE-Finanzierung, nach Ländern

1997			Kumulativ zum 31. Dezember 1997			
Anzahl ¹	Mio. Ecu	%	Anzahl ¹	Mio. Ecu	%	
1	2	<1	2	9	<1	Tadschikistan
4	20	1	5	49	<1	Bosnien und Herzegowina
0	0	0	8	62	1	Albanien
4	34	1	7	68	1	Georgien
0	0	0	3	86	1	Armenien
2	29	1	5	111	1	Aserbaidtschan
2	30	1	8	126	1	Kirgisistan
2	72	3	4	132	1	Turkmenistan
1	1	<1	10	135	1	Litauen
2	28	1	9	138	1	Moldau
0	0	0	8	149	1	EJR Mazedonien
1	8	<1	6	155	2	Weißrussland
9	49	2	22	175	2	Estland
6	53	2	16	179	2	Region
3	32	1	15	198	2	Lettland
1	124	5	3	212	2	Kasachstan
5	52	2	18	268	3	Bulgarien
4	37	2	16	341	3	Kroatien
3	30	1	19	350	3	Slowenien
1	18	1	16	368	4	Slowakische Republik
3	150	6	11	382	4	Usbekistan
4	57	2	23	447	4	Tschechische Republik
6	229	10	19	508	5	Ukraine
13	210	9	59	986	10	Polen
6	89	4	46	992	10	Ungarn
6	206	9	35	1.074	10	Rumänien
21	756	33	78	2.556	25	Russische Föderation
108	2.315	100	469	10.257	100	Gesamt

Kumulative Zusagen, nach Land und Jahr
Stand 31. Dezember 1997



¹ Falls zahlreiche Teilkredite als Bestandteil einer Rahmenvereinbarung ausgereicht werden, können Operationen als Bruchzahlen geführt werden.

Bestand, gemessen am Wert der Projekte betrug die Steigerung 29 Prozent. Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig insgesamt 469 Projekte im Wert von 10,3 Milliarden Ecu an Mitteln der EBWE und 34,2 Milliarden Ecu insgesamt im Rahmen von laufenden Projekten umgesetzt werden, ist sich die Bank bewußt, daß die Qualität der Projektüberwachung eine entscheidende Rolle spielt. Im Rahmen einer Begutachtung durch die Risikomanagementabteilung der EBWE wurde die Qualität der Überwachung bei 94 Prozent der Projekte der Bank als durchschnittlich bzw. hoch eingestuft.

Finanzinstitute

Die EBWE hat sich zur Stärkung des Finanzsektors in den Einsatzländern verpflichtet. Zu diesem Zweck tätigt sie Direktinvestitionen in Finanzinstitute und stellt über Intermediäre vor Ort dem Unternehmenssektor Mittel zur Verfügung. Inwieweit die Bank solche Projekte entwickeln kann, hängt davon ab, wie weit der Übergang zur Marktwirtschaft in den einzelnen Ländern fortgeschritten ist. Maßgebliche Bereiche sind die makroökonomische Stabilisierung, die Umstrukturierung der Unternehmen sowie die Schaffung ausreichender rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen.

Im Jahr 1997 wurden 52 Operationen im Finanzsektor in Höhe von insgesamt 477 Millionen Ecu unterzeichnet. Mit diesen neuen Zusagen hat die EBWE im Finanzsektor insgesamt Vereinbarungen über 2,9 Milliarden Ecu unterzeichnet, was zum Ende des Geschäftsjahres 29 Prozent des gesamten Werts der Geschäftstätigkeit der Bank entsprach.

Direkte Kapitalbeteiligungen

Bis zum Jahresende 1997 hatte die EBWE sich am Aktienkapital von 38 Banken, vier Versicherungs-gesellschaften sowie zwei Leasingunternehmen beteiligt. Außerdem hatte sie sieben nachrangige Darlehen (im Wert von insgesamt 86 Millionen Ecu) ausgereicht, die von den Empfängern zur Vermehrung ihres Grundkapitals und zur Erweiterung der Geschäftstätigkeit verwendet wurden. Im Rahmen dieser direkten Kapitalinvestitionen entsendet die Bank häufig ein Mitglied in das aufsichtführende Gremium des Zielunternehmens, um dadurch die Transparenz der Unternehmensführung, die Verantwortlichkeit des Managements und die Umsetzung solider Bankarbeit zu unterstützen. Die direkte Beteiligung der EBWE trägt dazu bei, das Fachwissen in den Zielunternehmen zu fördern, anderen Akteuren am Markt die Prinzipien der soliden Banktätigkeit nahezubringen und den Wettbewerb im Finanzsektor voranzutreiben.

Gezeichnete Projekte der EBWE für Finanzinstitute

Kumulativ, Stand 31. Dezember 1997

	Anzahl der Projekte	Mio. Ecu	%
Rahmentätigkeit			
Kreditlinien	56	1.262	43
Mittel für private Kapitalbeteiligungen	35	379	13
Apex-Fazilitäten	6	310	11
Programme zur Handelsförderung	5	119	4
Bereitschafts- und Garantiefazilitäten	2	109	4
Sonderumstrukturierungsprogramme	3	81	3
Frühphasenkapitalbeteiligungen	4	50	2
Exportkreditfinanzierung, Kofinanzierungslinien	2	11	0
Multiprojektfazilitäten	3	7	0
Gesamt	116	2.328	80
Direkte Operationen			
Kapitalbeteiligungen an Banken	46	314	11
Kapitalbeteiligungen an Versicherungsunternehmen	5	6	0
Sonstige Kapitalbeteiligungen	5	7	0
Interbankdarlehen	15	267	9
Sonstige Darlehen	1	11	0
Dienstleistungen für Unternehmen	1	3	0
Gesamt	73	608	20
Operationen mit Finanzinstituten, Gesamt			
	189	2.936	100

Rahmentätigkeit

Bis Ende 1997 hatte die EBWE über 2,3 Milliarden Ecu in globale Operationen investiert, unter anderem in Kreditlinien, private Kapitalbeteiligungsfonds sowie Handelsförderungsprogramme. Durch diese Operationen wird die Bank in die Lage versetzt, Mittel für lokale Projekte zu mobilisieren, die für ein direktes Engagement der EBWE zu klein sind. Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Zugang zu Investitionen zu verschaffen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen der Bank im Bereich der Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung und des Wettbewerbs im Unternehmenssektor. Ist die EBWE Hauptinvestorin in einem Beteiligungsfonds, versucht sie, die Unternehmensführung zu stärken, indem sie sicherstellt, daß ein Vertreter der Fondsmanager in den Aufsichtsrat des Zielunternehmens aufgenommen wird.

Außerdem sollen globale Projekte die Entwicklung lokaler Finanzintermediäre dadurch unterstützen, daß sie beispielsweise die Fähigkeit einer Bank fördern, neue Projekte zu identifizieren und zu bewerten. Die EBWE fordert die lokalen Intermediäre dazu auf, sich bei der Bewilligung von Teildarlehen oder Kapitalinvestitionen an spezifische Vorgaben zu halten. Dies trägt zum Aufbau eines soliden Finanzsektors bei, indem sichergestellt wird, daß der Intermediär neben der Finanzierung von örtlichen Unternehmen die internen Verfahren stärkt und die Geschäftspraktiken verbessert.

Länder in fortgeschrittenen Phasen des Übergangs

In den fortgeschrittenen Übergangsländern konzentriert sich die EBWE auf die Förderung der Bankenprivatisierung durch direkte Kapitalbeteiligungen und die Entwicklung innovativer Finanzinstrumente, wie etwa nachrangigen Fremdkapitals mit Wandlungsoptionen. Die EBWE greift zunehmend auf nachrangiges Fremdkapital zurück, um die Rekapitalisierung der lokalen Finanzinstitute zu unterstützen. Sie hat entsprechende Vereinbarungen mit Banken getroffen, die auf diesem Gebiet bereits Erfolge erzielt haben. Außerdem greift sie auf nachrangiges Fremdkapital zurück, um den Vorprivatisierungsprozeß zu unterstützen, wodurch wiederum die Privatisierung gefördert werden soll. Weiterhin wird der Finanzsektor in diesen Ländern durch die Entwicklung der Hypothekenvergabe, für die die Bank Kreditlinien zur Verfügung stellt, und durch die Einrichtung von Investmentfonds, in die die Bank investiert, gefördert. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzinstitute erhöht, die ihrerseits für den Prozeß des EU-Beitritts eine entscheidende Rolle spielen.

Im Jahr 1997 schloß die EBWE in Ungarn ein Projekt mit Kereskedelmi és Hitelbank (K&H) ab. Dabei ging es um eine nachrangige Fremdkapitalfazilität in Höhe von 26,2 Millionen Ecu mit Wandlungsoption. Für die Europäische Bank ist dies die erste Transaktion dieser Art; sie erwies sich als effektive Möglichkeit, die Privatisierung von K & H zu unterstützen und ermöglichte es der Bank, sich im Zuge der Privatisierung am Stammkapital von K & H zu beteiligen. Nach der Umwandlung des Fremdkapitals in eine Eigenkapitalbeteiligung besitzen die EBWE und ihre strategischen Partner – Irish Life and Krediet Bank of Belgium – etwa 64 Prozent des gesamten Aktienkapitals von K&H.

In Estland wurden 1997 nachrangige Fremdmittelfazilitäten, zum Teil mit Wandlungsoptionen, mit Foreksbank, Hansapank, Hoiupank und Tallinna Pank (sowie mit einem Zweigunternehmen von Hansapank in Lettland) abgeschlossen. 1997 vergab die EBWE zwei Hypothekenfinanzierungskreditlinien in Estland – eine an Hoiupank (7,6 Millionen Ecu) und eine weitere an Uhispank (6,1 Millionen Ecu). Durch dieses Programm werden Banken und lokale Kreditnehmer bei der Entwicklung des Hypothekenmarkts unterstützt. Die Darlehen werden mit Laufzeiten von bis zu 15 Jahren ausgereicht.

Die EBWE hat auch ihr Engagement in der Slowakischen Republik verstärkt, indem sie Prva Komunalna Banka erstrangige Fremdmittel in Höhe von 10,1 Millionen Ecu einräumte. Dieses Darlehen soll das Institut in die Lage versetzen, die Mittelvergabe an örtliche KMU zu vermehren und deren Projekt-

finanzierungsbedarf besser zu decken. Darüber hinaus beteiligte sich die EBWE mit 8,8 Millionen Ecu am Kapital von Priemyselna Banka – damit verfügt sie nunmehr über einen Anteil von 20 Prozent an dieser Bank. Hierbei handelt es sich um die zweite slowakische Bank, an der sich die EBWE ohne Einschaltung eines strategischen Investors beteiligt hat.

In der Tschechischen Republik unterzeichnete die EBWE ihre erste Investition für Investmentfonds im Jahr 1997 in Höhe von 9,1 Millionen Ecu. Die beiden Fonds werden von Sportelni Investicni Spolecnost betrieben, der Vermögensverwaltung von Ceska Sportelna (der tschechischen Sparkasse). Durch diese Fonds erhalten Privatkunden in der Tschechischen Republik die Möglichkeit, örtlich verwaltete Investitionsprodukte als Alternative zu oder in Kombination mit Bankeinlagen zu erhalten. Durch die Verbindung ihrer Spareinlagen mit Girokonten erhalten Fondsinvestoren somit eine größere Flexibilität bei der Verwaltung ihrer Ersparnisse. Die Bank tätigte außerdem eine Investition über 7,6 Millionen Ecu in einen privaten Kapitalbeteiligungsfonds, der sich auf die Region Ostrava konzentriert und örtlichen Unternehmen dabei helfen wird, veraltete Maschinen oder Ausrüstungen, die durch das Hochwasser im Jahr 1997 beschädigt wurden, zu ersetzen.

In Polen hielt die EBWE durch ihre Beteiligung an Kapitalerhöhungen ihren Anteil von 9,8 Prozent am gesamten Aktienkapital von Kredyt Bank konstant. Außerdem hat die EBWE durch den Verkauf ihres Anteils bei Wielkopolski Bank Kredytowy an Allied Irish Bank zum ersten Mal Kapitalbeteiligungen in Polen veräußert.

In Kroatien billigte die EBWE 1997 ihre erste Investition über 4,5 Millionen Ecu in einen privaten Kapitalbeteiligungsfonds, der örtlichen KMU Beteiligungskapital zur Verfügung stellt. Darüber hinaus erfüllte sie ihre Zusagen im Rahmen der kroatischen Rahmenvereinbarung durch Erweiterung ihrer Kreditlinien auf Bjelovarska Banka und Medimurska Banka.

Länder in frühen und mittleren Übergangsphasen

In den Ländern in frühen oder mittleren Übergangsphasen konzentriert sich die EBWE darauf, KMU Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen und die lokalen Banken zu stärken. Die Bank setzte eine Reihe von KMU-Kreditlinien erfolgreich um und verstärkte ihre Bemühungen, durch regionale Kapitalbeteiligungsfonds Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Darüber hinaus nahm sie auch Kapitalbeteiligungen in einigen Banken in der Region vor. Dadurch unterstrich sie die Wichtigkeit solider Banktätigkeit und internationaler

EBWE fördert Privatisierung von Banken

EBWE unterstützt Entwicklung des Hypothekenmarkts

Rechnungslegungsnormen für diese neu gegründeten Institutionen. Außerdem setzte die EBWE ihr Handelsförderungsprogramm fort mit dem Ziel, die Einbeziehung der weniger entwickelten Übergangswirtschaften in den Weltmarkt zu erleichtern.

Zur Stärkung des lokalen Bankensektors und zur Unterstützung der örtlichen Finanzintermediäre wurde die EBWE 1997 mit drei Kapitalbeteiligungen im Finanzsektor von Bosnien und Herzegowina tätig. Durch die Investitionen in Market Banka und Hrvatska Banka in Mostar werden zwei wichtige lokale Institutionen unterstützt. Die Investitionen waren mit technischer Hilfe zur Stärkung der Tätigkeit beider Banken verbunden, insbesondere ging es dabei um eine Verbesserung des Kreditgenehmigungsverfahrens. Außerdem beabsichtigt die EBWE mit der Einrichtung der Micro-Enterprise Bank das Wachstum von Kleinstbetrieben zu fördern, die für die Entwicklung der lokalen Wirtschaft als lebenswichtig erachtet wird.

In der Ukraine tätigte die EBWE 1997 Transaktionen mit zwei lokalen Banken im Rahmen des Handelsförderungsprogramms, das der Entwicklung und dem Wachstum der Handelsbeziehungen zu den Nachbarn und den westlichen Ländern dient. Mit der Freigabe einer vierten Tranche der KMU-Kreditlinie in Höhe von 54 Millionen Ecu setzt die Bank außerdem ihre Unterstützung für die Entwicklung des örtlichen Privatsektors und den erleichterten Zugang zu Investitionen in Maschinen und Anlagen sowie langfristig benötigtem Betriebskapital fort.

In Bulgarien tätigte die EBWE 1997 neue Kapitalbeteiligungen an der United Bulgarian Bank und der First Invest Bank in Höhe von 10,3 Millionen bzw. 3,6 Millionen Ecu. Außerdem erhöhte die EBWE ihre Gesamtzusagen für die BNP-Dresdner Bank und die bulgarische Investitionsbank, um ihren Anteil am Kapital dieser beiden Institute konstant zu halten. Durch diese Investitionen wurde die EBWE zum größten Investor im bulgarischen Finanzsektor.

In Georgien zeichnete die EBWE 1997 ihre erste Kapitalbeteiligung, wobei sie 17,8 Prozent des Kapitals der United Georgian Bank (UGB) in Höhe von 9,1 Millionen Ecu übernahm. Die UGB wird als erste Bank in Georgien in ihrer Geschäftstätigkeit internationale Normen anwenden und ihren Kundendienst verbessern; dadurch geht sie anderen Einrichtungen mit gutem Beispiel voran. Darüber hinaus weitete die EBWE im Rahmen der Rahmenfazilität ihre Zusagen an andere georgische Banken aus, indem sie Kredite für die Intellectbank und Tbiluniversitybank bewilligte.

1997 tätigte die EBWE ihre erste Investition in einen privaten Kapitalbeteiligungsfonds, dessen Schwerpunkt auf Anlagen in den zentralasiatischen Republiken liegt.

Diese Investition umfaßte 13,4 Millionen Ecu. Der AIG-Fonds für Zentralasien wird insgesamt 13,6 Millionen Ecu in Unternehmen in Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan und Turkmenistan investieren. Die Bank sagte außerdem 10,8 Millionen Ecu für ihren ersten Fonds zu, der auf Unternehmen im Bereich Telekommunikation und Medien spezialisiert ist. Der Baring Communications Fund brachte Mittel in Höhe von insgesamt 11 Millionen Ecu auf, die in mitteleuropäische Unternehmen aus diesem Sektor investiert werden sollen. Der Fonds ist auf die Privatisierung von Unternehmen mit Eigenkapitalbedarf ausgerichtet, um den örtlichen Telekommunikationssektor umzustrukturieren, der für die örtlichen Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist.

Russische Föderation

Im Jahr 1997 trug die EBWE weiterhin zum Projekt für die Entwicklung von Finanzinstitutionen (FIDP) bei, in dessen Rahmen die Bank kreditwürdige Banken in Rußland identifiziert und entwickelt. Gemäß dem FIDP erhalten solche Banken technische Hilfe und Mittel, die Aussicht darauf haben, in naher Zukunft die internationalen Vorgaben für das Bankwesen zu erfüllen. Im Jahr 1997 stieg die Anzahl der beim FIDP akkreditierten Banken auf 39, von denen 12 bis zum Jahresende Direktmittel von der EBWE in Form von Interbankdarlehen, Handelsfinanzfazilitäten oder Kapitalbeteiligungen erhalten hatten.

Die sonstige Finanzierung der EBWE für russische Banken setzte sich 1997 in relativ bescheidenem Rahmen fort und umfaßte insgesamt 167 Millionen Ecu. Dies war der umsichtigen Nutzung von Kreditlinien durch die großen russischen Banken und der Zurückhaltung der EBWE im Hinblick auf die Risiken in diesem Sektor zuzuschreiben. Die EBWE stellte russischen Banken weiterhin mittelfristige Finanzmittel zur Verfügung. Diese Art der Finanzierung soll sich auch 1998 in größerem Umfang fortsetzen. Sie wird durch den vermehrten Rückgriff auf Syndizierungen und andere Methoden der Kofinanzierung konsolidiert.

Aufgrund der relativ niedrigen Kapitalisierung im russischen Bankensektor haben die Kapitalbeteiligungen der EBWE an russischen Banken weiterhin hohe Priorität. 1997 wurde eine Kapitalbeteiligung und eine Fazilität für ein Wandeldarlehen in Höhe von 54 Millionen Ecu mit Imkombank in Moskau vereinbart. Die Rolle der EBWE bei der Unterstützung von lokalen Banken in ihrem Bemühen, strategische Investoren anzulocken, hat zunehmend an Bedeutung gewonnen. Derzeit wird über Kapitalbeteiligungsinvestitionen in andere russische Banken diskutiert, an denen Kofinanzierungspartner beteiligt sein sollen.

Kapitalanlagen in russischen Banken haben Vorrang

Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

Für das größte Programm für Kleinst- und Kleindarlehen der EBWE, den Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation, war 1997 ein weiteres erfolgreiches Jahr, das durch ein kontinuierliches Wachstum im Kreditvolumen und intensivere Zusammenarbeit mit Partnerbanken in Rußland gekennzeichnet war. Bis zum Jahresende 1997 waren insgesamt 185 Millionen Ecu an über 15.000 Teilkreditnehmer ausbezahlt worden. Die Zahlungsrückstände blieben mit 1,8 Prozent für Kleinstdarlehen und 2,8 Prozent für Kleindarlehen niedrig. Insgesamt haben die Rückzahlungen 99,8 Prozent erreicht. Dieses stabile Leistungsergebnis hat den russischen Banken gezeigt, daß die Risiken der Kreditvergabe an Kleinst- und Kleinunternehmen kontrollierbar sind und daß dieses Geschäft gute Profite abwirft.

Das Programm wird inzwischen in 20 Regionen in ganz Rußland umgesetzt. Es hat sich als besonders geeignet für die Bedürfnisse der Unternehmer in Kleinstädten und abgelegenen Regionen erwiesen, in denen häufig keine andere Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung steht. Dies zeigt sich insbesondere in den abgewirtschafteten Kohlefördergebieten Sibiriens und den ehemaligen Garnisonsstädten im ganzen Land. Das Programm hat sich jedoch auch bei der Befriedigung der Bedürfnisse von Kreditnehmern in den wohlhabenderen Gebieten wie etwa Moskau und Omsk bewährt.

Der Erfolg des Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation bewirkte, daß viele der stärksten Banken des Landes, insbesondere solche mit landesweiten Zweigstellen, im Kleinst- und Kleinkreditgeschäft aktiv wurden. Schließlich wird dies dazu führen, daß diese Kreditform Kreditnehmern in allen Teilen des Landes zur Verfügung steht. Die EBWE beabsichtigt, sich die Nachfrage nach Kleinst- und Kleinkrediten zunutze zu machen und zusätzliche Programme in Ländern der frühen Übergangsphasen zu schaffen. Im November 1997 bewilligte das Direktorium der EBWE ein Programm für Kleinunternehmen in Kasachstan; weitere Initiativen sind im Jahr 1998 für Albanien, Rumänien, die Ukraine und Usbekistan geplant.

Privatisierung und Umstrukturierung

Frühphasenbeteiligung

Bei der Förderung der Privatisierung und Umstrukturierung von mittleren Unternehmen greift die EBWE auf eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten für Kapitalbeteiligungen zurück, die in ihrer Gesamtheit als Fonds für „Frühphasenbeteiligung“ bezeichnet werden. Zwei dieser von der EBWE entwickelten Instrumente sind die Sonderumstrukturierungsprogramme und Nach-Privatisierungsfonds, zu denen auch die Regionalen

Wagniskapitalfonds (RWF) in Rußland gehören. Die Nach-Privatisierungsfonds wurden eingerichtet, um vor allem denjenigen ehemals staatseigenen Unternehmen Kapital und Managementhilfe zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen einer Massenprivatisierung oder individueller Versteigerungen vollständig oder teilweise privatisiert wurden. Diese Fonds bemühen sich um Minderheitsanteile in Unternehmen, wobei der Fondsverwalter in der Entwicklung des Unternehmens eine proaktive Rolle spielt; er ist im Aufsichtsrat vertreten und unterstützt das Management. Die Programme für die Sonderumstrukturierung sind dagegen auf Unternehmen ausgerichtet, die einer umfassenderen Unterstützung bei der Umstrukturierung bedürfen, ehe sie in der Lage sind, zu akzeptablen kommerziellen Bedingungen Zugang zu marktgemäßen Finanzierungen zu erlangen.

Ende 1997 bestanden 22 Fonds für Frühphasenkapitalbeteiligung, die insgesamt über Kapital in Höhe von 988 Millionen Ecu verfügen. Darin eingeschlossen sind 595 Millionen Ecu von der EBWE zugesagtes Beteiligungskapital, 83 Millionen Ecu Ko-Investitionen von Fondsverwaltern und sonstigen Investoren, 27 Millionen Ecu, die in Form nachrangiger Kapitalbeteiligungen von Gebern zur Verfügung gestellt wurden, sowie 283 Millionen Ecu an Zuschüssen, die von Geberregierungen bereits zugesagt wurden oder deren Zusage unmittelbar bevorstand.

Die Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft und anderer Geber spielten weiterhin eine wichtige Rolle für den Erfolg der Frühphasenbeteiligungsfonds. Sie gestatteten der EBWE, ihre Investitionsgrenzen auszuweiten und somit zur ersten Investorin in Ländern und Unternehmen mit höherem Risiko zu werden. Die von den Gebern zur Verfügung gestellten Mittel für die technische Zusammenarbeit verringern das Eigenkapitalrisiko durch die Finanzierung von Vor-Investitionseinschätzungen; außerdem ermöglichen sie die Erfüllung der Sorgfaltspflicht sowie – nach Tötigung der Investition – die Unterstützung des Managements von Unternehmen.

Regionale Wagniskapitalfonds

Im Jahr 1997 trat das Programm für regionale Wagniskapitalfonds (RWF) aus der Anfangsphase in die Investitionsphase ein. Bis zum Ende des Jahres waren 11 RWF in Rußland (siehe nachstehende Tabelle) seit mindestens einem Jahr aktiv und hatten 37 Investitionen über insgesamt 46,4 Millionen Ecu unterzeichnet. Diese Projekte entfielen auf ein breites Spektrum unterschiedlicher Sektoren, wie Nahrungsmittel, Glasverarbeitung, Bekleidung, Forstwirtschaft, Baumaterial und Dienstleistungen. Auf Anfrage einiger Fondsgeber führte die Abteilung Projektbewertung der

Der Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation wurde 1997 von der Projektbewertungsabteilung der EBWE evaluiert (siehe Seite 39).

Zum Jahresende 1997 185 Millionen Ecu ausgezahlt.

Zu den Vorteilen von Frühphasenbeteiligungsfonds gehören die Einführung moderner Informationssysteme und -verfahren, die Förderung guter Unternehmensführung in den Zielunternehmen sowie die Verpflichtung zum Umweltschutz und zur Sicherheit am Arbeitsplatz.

EBWE anhand von sechs regionalen Wagniskapitalfonds eine Überprüfung durch (siehe Seite 39).

Regionale Wagniskapitalfonds	Geber
Black Earth	Europäische Gemeinschaft
Mittelrußland	Deutschland
Ferner Osten und Ostsibirien	Japan
Untere Wolga	Vereinigte Staaten von Amerika
Nordwestrußland	Finnland, Norwegen, Schweden
St. Petersburg	Deutschland
Smolensk	Europäische Gemeinschaft
Südrußland	Frankreich
Ural	Europäische Gemeinschaft
Westrußland	Italien
Westsibirien	Europäische Gemeinschaft

Nach-Privatisierungsfonds und Sonderprogramme für die Umstrukturierung

Unter Verwendung von Mitteln der Europäischen Gemeinschaft für die technische Zusammenarbeit wurden 1997 zwei neue Fonds unterzeichnet: der Nach-Privatisierungsfonds für Usbekistan, der zweite Frühphasenbeteiligungsfonds für Zentralasien sowie der bulgarische Nach-Privatisierungsfonds, bei dem es sich um den zweiten Fonds dieser Art auf dem Balkan handelt. Gemeinsam mit dem tschechischen Fonds für direkte Kapitalbeteiligungen werden beide Fonds ihre Geschäftstätigkeit Anfang 1998 aufnehmen. Während sich die meisten Sonderprogramme für die Nach-Privatisierungsfonds und Umstrukturierung noch in der Anfangsphase befinden, traten einige Fonds im Jahr 1997 in die Investitionsphase ein. Ende 1997 hatten die Nach-Privatisierungsfonds und die Sonderprogramme für die Umstrukturierung zehn Investitionen über insgesamt 16,4 Millionen Ecu unterzeichnet.

Nach-Privatisierungsfonds und Sonderprogramme für die Umstrukturierung	Geber
Nach-Privatisierungsfonds ¹ Bulgarien	Europäische Gemeinschaft
Nach-Privatisierungsfonds Kasachstan	Europäische Gemeinschaft
Direkter Kapitalbeteiligungsfonds ² Tschechische Republik	Europäische Gemeinschaft
Sonderprogramm für die Umstrukturierung Ungarn	Europäische Gemeinschaft
Sonderprogramm für die Umstrukturierung Lettland	Europäische Gemeinschaft/ Nordische Staaten ³
Nach-Privatisierungsfonds Litauen	Europäische Gemeinschaft/ Nordische Staaten ³
Sonderprogramm für die Umstrukturierung ¹ Polen	Europäische Gemeinschaft
Nach-Privatisierungsfonds Rumänien	Europäische Gemeinschaft
Nach-Privatisierungsfonds Slowakei	Europäische Gemeinschaft
Sonderprogramm für die Umstrukturierung Slowenien	Europäische Gemeinschaft
Nach-Privatisierungsfonds Usbekistan	Europäische Gemeinschaft

¹ Diese Fonds werden 1998 ihre Tätigkeit aufnehmen.

² Im Januar 1998 unterzeichnet.

³ Über den Sonderfonds für technische Hilfe im Ostseeraum.

Infrastruktur

Telekommunikation

Bei der Unterstützung des Sektors Telekommunikation und Medien hat die EBWE eine führende Rolle übernommen. Im Jahr 1997 zeichnete das Direktorium fünf Projekte in dieser Branche, mit denen Investitionen in Höhe von 144 Millionen Ecu verbunden sind. Damit stiegen die Zusagen der EBWE im Bereich Telekommunikation zum Ende des Jahres 1997 auf 934 Millionen Ecu. Das entspricht 9 Prozent des Bestands der Bank.

Angesichts der akuten Mängel bei grundlegenden Dienstleistungen im Bereich Telekommunikation in den Ländern der frühen und mittleren Übergangsphasen ist die EBWE durch direkte Unterstützung und Vorbereitung von Investitionsfinanzierungen aktiv an der Modernisierung und Privatisierung zahlreicher nationaler Betreiber beteiligt. Gegenwärtig arbeitet die Bank an der Privatisierung nationaler Telekommunikationsbetreiber in Armenien und Moldau mit. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit erhalten weitere Regierungen, die an der Privatisierung ihrer nationalen Telekommunikationsbetreiber interessiert sind, Unterstützung von der EBWE. Die Programme für die Technische Zusammenarbeit sehen Rechts- und Finanzberatung bei der Umsetzung der ordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen vor sowie bei der Erarbeitung internationaler öffentlicher Ausschreibungen und bei der Auswahl von strategischen Investoren. Außerdem gewährte die EBWE 1997 Unterstützung bei ordnungsrechtlichen Reformen im Telekommunikationssektor einiger Einsatzländer (siehe Seite 37). Sonstige Aktivitäten der EBWE umfaßten die Finanzierung lokaler Telefongesellschaften und Mobilfunk- und Satellitennetze.

An zwei der wichtigsten Telekommunikationsprojekte der EBWE des Jahres 1997 waren Privatunternehmen in Ungarn und Rumänien beteiligt.

Bei ihrer ersten Investition in einen privaten Fernsehsender mobilisierte die EBWE ein Darlehenspaket in Höhe von 24,8 Millionen Ecu zur Finanzierung der Anfangsphase von TV2, einem neu gegründeten terrestrischen Fernsehkanal. Die Bank stellt 12,4 Millionen Ecu zur Verfügung und hat weitere 12,4 Millionen Ecu durch eine Parallelsyndizierung mit zwei lokalen Geschäftsbanken, Országos Takarékpénztár és Kereskedelmi Bank Rt. und Kereskedelmi és Hitelbank Rt. arrangiert. Damit hat die EBWE zum ersten Mal eine Teilfinanzierung ausschließlich an ungarische Geschäftsbanken syndiziert.

Es wird erwartet, daß das Projekt dazu führen wird, daß mehr Unternehmen in Privatbesitz übergehen und der Wettbewerb auf dem ungarischen Markt für

elektronische Medien gefördert wird. Der Hauptträger des Projekts, Scandinavian Broadcasting System S.A., ist eine erfahrene kommerzielle Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, die auf einen multikulturellen Markt ausgerichtet ist. Der lokale Projektträger MTM Kommunikáció Rt hingegen ist die größte private Rundfunk- und Fernsehgesellschaft Ungarns.

Für Rumänien arrangierte die EBWE 1997 einen Kredit (173 Millionen Ecu), den sie auch teilweise finanzierte. Dieses Darlehen ist für die rasche Erweiterung von Connex GSM – einem der beiden Mobilfunknetze des Landes – bestimmt. Das Projekt wird in Rumänien, einem Land mit relativ schlechter Telefonversorgung, den Zugang zu Telekommunikationsdiensten ermöglichen. Darüber hinaus werden der Wettbewerb auf diesem Sektor und die nationale Volkswirtschaft insgesamt vorangetrieben. Das Projektfinanzierungspaket ist das umfassendste und langfristige seiner Art in Rumänien, das auf kommerzieller Basis und ohne staatliche Unterstützung abgewickelt wird. Die für den Netzbetreiber MobiFon S.A. bestimmten Mittel bestehen aus einem vorrangigen Darlehen über 123 Millionen Ecu, wovon die EBWE 59 Millionen Ecu zur Verfügung stellt, syndizierten Mitteln in Höhe von 64 Millionen Ecu, die von sieben Geschäftsbanken aufgebracht werden (siehe Seite [x]) sowie einem Paralleldarlehen im Wert von 41 Millionen Ecu und einem nachrangigen Darlehen der EBWE über 9,1 Millionen Ecu (siehe Seite 34).

Transport und Verkehr

1997 erzielte die EBWE bei zahlreichen neuen Verkehrsprojekten Fortschritte in sämtlichen Tätigkeitsbereichen auf diesem Sektor (Luftfahrt, Hafenanlagen, Eisenbahn, Straßenverkehr und städtischer Verkehr). Neuzusagen wurden vor allem für die Modernisierung der grundlegenden Infrastruktur in den Ländern der frühen Übergangsphasen gemacht.

Die aktualisierten Grundsätze der EBWE für Transport und Verkehr wurden im Februar 1997 vom Direktorium verabschiedet und im April veröffentlicht. In diesen Grundsätzen werden Bereiche identifiziert, in denen die Bank ihren komparativen Vorteil am besten nutzen kann, weiterhin wird geprüft, inwieweit der Bestand an Projekten im Bereich Transport und Verkehr dem Mandat der EBWE entspricht, die Finanzierung kommerzieller Infrastruktur wird untersucht und eine Zukunftsstrategie vorgestellt.

Im Jahr 1997 zeichnete die EBWE drei Projekte im Bereich Transport und Verkehr über insgesamt 116 Millionen Ecu. Damit stiegen die Gesamtzusagen der Bank in diesem Sektor auf 1,6 Milliarden Ecu oder 16 Prozent des Bestands zum Jahresende 1997.

43,5 Millionen Ecu stellte die EBWE 1997 für den internationalen Flughafen in Taschkent (Usbekistan) zur Verfügung. Die Mittel sind für dringende Reparaturen am nationalen und internationalen Terminal bestimmt sowie für Rollbahnen, Abstellflächen und spezielles technisches Gerät zur Verbesserung der Flug- und Arbeitssicherheit. Mit diesem Projekt wird der Übergangsprozeß durch die Förderung von Fertigkeiten und marktorientierten Management- und Betriebspraktiken vorangetrieben.

Für Turkmenistan stellte die EBWE zwei Darlehen über insgesamt 72,5 Millionen Ecu zur Beseitigung akuter Engpässe in der Straßeninfrastruktur zur Verfügung. Mit einem Kredit über 45,3 Millionen Ecu werden Ausbesserungsarbeiten an einem 350 Kilometer großen Teilstück der Hauptverbindungsstraße zwischen der Hauptstadt Ashgabat und dem Industriezentrum Mary aufgebracht, einer Stadt die an der wichtigsten Durchgangsstraße in Richtung Osten liegt. Das Projekt fördert den Übergangsprozeß durch eine Rationalisierung der Straßenbaufinanzierung und die Umstrukturierung von Straßenbau- und Straßenwartungsunternehmen und ebnet damit den Weg für die schließliche Privatisierung.

Ein Kredit in Höhe von 27,2 Millionen Ecu für das turkmenische Schiffahrts- und Hafenterminal soll Turkmenistan dabei helfen, den Zugang zu internationalen Märkten zu verbessern und zu diversifizieren. Im Rahmen des Projekts sind Ausbesserungsarbeiten an einem Cargo- und einem Trockengutterterminal sowie einem Fährterminal im Hafen von Turkmenbaschi am Kaspischen Meer vorgesehen. Neben der Verbesserung des administrativen Umfelds, in dem die Hafenbehörden tätig sind, wird das Projekt das turkmenische Schiffahrts- und Hafenterminal bei der Umwandlung in ein Privatunternehmen unterstützen.

Bei beiden Projekten in Turkmenistan sollen Straßen- und Tiefbauarbeiten international ausgeschrieben werden; damit werden zum ersten Mal Bauprojekte in diesem Land durch öffentliche Ausschreibungen vergeben. Auf diese Weise läßt sich wirksam demonstrieren, wie sich durch Ausschreibungen die Kosten mindern und die Qualität der Arbeiten der Bauunternehmen verbessern lassen.

Strom- und Energieversorgungsunternehmen

Der Reformprozeß im Energiesektor wurde 1997 fortgeführt, und das privatwirtschaftliche Interesse an diesem Bereich nahm weiterhin zu. Insbesondere erzielte Kasachstan Fortschritte bei der Privatisierung von Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung. Länder wie Polen, Ungarn und die Ukraine, die bei der ursprünglichen Reformrunde in der Region führend waren, konzentrierten ihre Bemühungen auf die Konsolidierung ihrer jüngsten Initiativen.

Hohe Investitionen in Transport und Verkehr in Zentralasien

MobiFon-Projekt unterstützt Erweiterung des Telekommunikationsnetzes in Rumänien

Weitere Fortschritte bei der Reform des Energiesektors

Im Zusammenhang mit der Reform der Energiepreise und Verbesserungen beim Einzug von Rechnungen gab es nach wie vor Probleme. In einigen Ländern erfolgte die Bezahlung noch immer im Rahmen von Tauschgeschäften. Allerdings gab es auch einige Fortschritte, insbesondere in Kasachstan, wo sich die durchschnittlichen effektiven Tarife um ungefähr 50 Prozent erhöhten. Diese Verbesserung war zum Teil auf die Einführung einer privaten kaufmännischen Geschäftsführung in einigen Energieversorgungszentren zurückzuführen.

Die EBWE setzte die Unterstützung der Reformbemühungen durch ihre Projekte fort. 1997 wurden fünf Energieprojekte unterzeichnet, deren Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien und Energieeinsparung lag.

In der fernöstlichen russischen Region Kamtschatka reichte die Bank ein hoheitliches Darlehen über 90,5 Millionen Ecu für die Entwicklung eines geothermischen Kraftwerks in Mutnowskij aus. Diese Anlage wird die Abhängigkeit der Region von teurem importiertem Erdöl verringern und dadurch die Versorgungslage im Energiebereich verbessern. Außerdem wird das Projekt zur Stilllegung eines umweltschädigenden mit fossilen Energien befeuerten Kraftwerks beitragen. Bei dem Vorhaben handelt es sich um eines der ersten unabhängigen Energieprojekte der Region.

In Aserbaidschan stellte die EBWE 1997 ein Darlehen über 19,6 Millionen Ecu für das örtliche EVU zur Verfügung. Mit diesen Mitteln sollen im Wasserkraftwerk Mingetschaur die bestehenden Generatoren ausgetauscht werden. Darüber hinaus sollen die Anlagen für die Übertragung des Stroms vom Kraftwerk zu den Abnehmern saniert bzw. neu installiert werden. Durch die erhöhte Bereitstellung von Energie durch Mingetschaur wird es möglich, die Stromerzeugung in anderen mit fossilen Energien befeuerten Kraftwerken in Aserbaidschan zu verringern, wodurch die Emission von Luftschadstoffen reduziert wird. Durch die verringerten Energieverluste im Überlandnetz kann mehr Energie eingespart werden.

Das Darlehen der Bank über 13,9 Millionen Ecu an Bosnien und Herzegowina wird an drei bosnische EVU weitergeben, um dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen an den kriegsbeschädigten Wasserkraft-, Übertragungs- und Verteilungsanlagen zu finanzieren. Die Elektrizitätsversorgung, die durch dieses Projekt sichergestellt wird, ist für die Wiederbelebung der Volkswirtschaft entscheidend und wird den Übergangsprozess im Land vorantreiben. Darüber hinaus erhält das Projekt von einer Reihe von Gebern beträchtliche Kofinanzierungsmittel in Form von Zuschüssen.

In Kirgisistan stellte die Bank ein Darlehen in Höhe von 22,4 Millionen Ecu für die Verbesserung des

Übertragungs- und Verteilungsnetzes in der Region Talas bereit, wodurch die Netzverluste verringert und die Zuverlässigkeit der Stromversorgung erhöht wurden. Mit diesem Darlehen wird auch die baldige Einführung des privaten Managements der Energieverteilung beschleunigt, um die Bezahlung von Stromrechnungen zu verbessern und geschäftliche Verluste abzubauen.

Außerdem stellte die EBWE der Republik Usbekistan in Zentralasien ein Darlehen über 25,2 Millionen Ecu zur Verfügung. Die Mittel gestatten es dem Ministerium für Elektrizität, Industrie und Elektrifizierung, den Wirkungsgrad in der Energieerzeugung zu verbessern und internationale Umweltnormen im Kraftwerk Syrdarja einzuhalten. Mit diesem Projekt wird der Elektrizitätssektor näher an den kommerziellen Betrieb herangeführt und die Umsetzung eines Programms zur institutionellen Reform beschleunigt.

Energieeinsparung

Im Jahr 1997 sagte die EBWE Mittel in Höhe von 88 Millionen Ecu für Projekte im Bereich der Energieeinsparung zu, in die insgesamt ca. 295 Millionen Ecu investiert werden. Zu den wichtigen im Verlauf des Jahres unterzeichneten Vorhaben gehören das erste staatlich garantierte Projekt zur Verbesserung der Fernwärme in Rumänien und die Unterstützung von Energiedienstleistungsunternehmen (ESCO) in Ungarn und Polen.

In Rumänien stellte die EBWE für ein Projekt zur Einsparung von Wärmeenergie ein Darlehen über 40,8 Millionen Ecu mit staatlicher Garantie zur Verfügung. Die Mittel werden an die Städte Buzau, Fagaras, Oltenita, Pascani und Ploiesti weitergegeben, die damit ihre Fernwärmeanlagen verbessern wollen. Das Hauptziel dieses Programms besteht in einer beträchtlichen Verringerung der Energieverluste in den Fernwärmenetzen, wodurch der Wirkungsgrad insgesamt erhöht wird. Das Programm zielt außerdem darauf ab, im Heizsektor des Landes die Einführung eines marktorientierten ordnungsrechtlichen Rahmens zu unterstützen, positive Umweltfolgen herbeizuführen und die grundlegenden Lebensbedingungen von etwa einer Million rumänischen Staatsbürgern zu verbessern.

Gemeinsam mit der Compagnie Générale de Chauffage (CGC) wurden 1997 im Rahmen einer Multiprojekt-fazilität¹ Finanzmittel für zwei ESCO in Ungarn und Polen durch die EBWE zur Verfügung gestellt. Diese ESCO wurden von der EBWE und Sponsoren aus dem Westen finanziert, um Einsparungspotentiale in

¹ Multiprojektfazilitäten (MPF) sind Rahmenvereinbarungen mit Partnern in der Industrie. Sie bieten die Möglichkeit, eine größere Anzahl untergeordneter Projekte nach Grundsätzen zu finanzieren, die von den Partnern zu Anfang vereinbart wurden.

kommunalen, kommerziellen und Industrieanlagen zu identifizieren und Energiesparmaßnahmen zu verwirklichen, ohne daß dadurch Kosten für die Verbraucher entstehen. Außerdem sollen die ESCO Energieeinsparungen gewährleisten, die es den Kunden erlauben, die Anfangsinvestitionen zurückzuzahlen. Für das ungarische ESCO Prometheus wurden insgesamt 16 Millionen Ecu an Fremdfinanzierungen und Kapitalbeteiligungen zur Verfügung gestellt. Ursprünglich hatte die Bank Prometheus 1995 mit einem Darlehen über 3,8 Millionen Ecu unterstützt. Das zweite Finanzierungspaket wurde aufgrund der 250prozentigen Erhöhung der Nachfrage nach Prometheus' Dienstleistungen seit dem ersten Darlehen der Bank bewilligt. Das zweite ESCO, das im Rahmen der Multiprojektfazilität von der EBWE finanziert wurde, ist CGC Termika. Dieses neu gegründete ESCO in Krakau, Polen, erhielt von der EBWE 10,5 Millionen an Fremdfinanzierungen und Beteiligungskapital.

Im Zusammenhang mit einer Transaktion in Polen unterzeichnete die EBWE Vereinbarungen, in deren Rahmen zur Gründung von ESCO International 12,1 Millionen Ecu in Form von Krediten und Beteiligungskapital zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln sollen Projekte zur Energieeinsparung in Polen und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas finanziert werden. Insgesamt werden ca. 50 Millionen Ecu für dieses Vorhaben eingesetzt. Die Kerntätigkeit des Unternehmens soll darin bestehen, im Auftrag seiner Kunden aus Kommunen und Industrie kleine und mittlere Heizkraftwerke zu planen, installieren und finanzieren. ESCO International befindet sich mehrheitlich im Besitz von Difko Energy A/S, einem Tochterunternehmen der dänischen Investitionsgruppe Difko A/S, die es gemeinsam mit ihrem Tochterunternehmen LR Energi betreibt. Zusätzlich erhält ESCO International Unterstützung von der dänischen Exportkreditgesellschaft Eksportkreditfonden.

Darüber hinaus wurde im Jahr 1997 in diesem Bereich der Vorschlag für die Gründung eines ESCO in der Ukraine namens UkrEsco unterbreitet. Für UkrEsco stellte das Direktorium der EBWE im November einen Staatskredit in Höhe von 27,2 Millionen Ecu zur Verfügung. Die Gründungsphase ist bereits angelaufen, und Anfang 1998 sollen alle diesbezüglichen Vorbereitungen abgeschlossen sein. Gemeinsam mit Mitteln aus Zuschüssen und technischer Hilfe des Tacis-Programms der Europäischen Gemeinschaft wird UkrEsco ca. 30 Millionen Ecu in verschiedene Energieeinsparungsprojekte in der ganzen Ukraine investieren. Es handelt sich um das erste in einem GUS-Land eingerichtete ESCO, und an ihm wird sich deutlich zeigen,

welche kommerziellen Möglichkeiten und welches Energieeinsparungspotential ESCO in diesen Märkten haben.

Kommunal- und Umweltinfrastruktur

Die EBWE reagierte 1997 auf die wachsende Nachfrage nach Investitionen in grundlegenden Kommunalleistungen wie Wasserversorgung, Kläranlagen, Abwasserbehandlung, Fernwärme, Müllabfuhr und Abfallbeseitigung. Im Jahresverlauf verdoppelte die Bank ihre Finanzierung für diesen Sektor und steigerte die gesamten Investitionen der EBWE bis Ende 1997 auf 405 Millionen Ecu, die zur Unterstützung entsprechender Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt über 1,1 Milliarden Ecu bestimmt waren.

Um die Grundversorgung in diesem Dienstleistungsbereich in der Region sicherzustellen, werden Schätzungen zufolge Investitionen von über 150 Milliarden Ecu für Kommunal- und Umweltinfrastruktur erforderlich sein. Diese Summen werden benötigt, um die oft unzureichende Qualität der Kommunalleistungen und das frühere Investitionsdefizit in der Wartung sowie die Umweltschäden in der Region zu überwinden. Diejenigen Länder, die sich um den Beitritt zur Europäischen Union bemühen, benötigen zusätzliche Investitionen, damit die Regierungen die Aufnahmekriterien erfüllen können.

Im Jahr 1997 konzentrierte die EBWE ihre Bemühungen zunehmend auf private und nicht-staatliche Kommunalinvestitionen. Dem Volumen nach machten sie über 40 Prozent der gesamten Neuzusagen des Berichtsjahres aus, im Vergleich zu vier Prozent im Jahr 1996. Diese Tendenz zeichnet sich noch deutlicher im Projektbestand der Bank ab. Etwa 70 Prozent der in Vorbereitung befindlichen Projekte liegen im Bereich nicht-staatlicher kommunaler Operationen. Diese Verschiebung ist auf die starke Nachfrage nach nicht-staatlicher Finanzierung für die Kommunen zurückzuführen und gründet auf der Additionalität der Bank in diesem Sektor, da sie als einzige internationale Finanzierungsinstitution in der Lage ist, das gesamte Spektrum privater und öffentlicher Geschäftstätigkeit sowie der Mittelvergabe an kommunale Körperschaften im nicht-staatlichen Rahmen abzudecken. Dieser veränderte Schwerpunkt ging mit einer Verlagerung der Tätigkeit auf die Länder einher, die sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemühen.

Eines der wichtigsten Projekte des Jahres 1997 war die Unterzeichnung einer Vereinbarung mit dem Wasser- und Abwasserunternehmen der Stadt St. Petersburg. Ein Kredit in Höhe von 64,2 Millionen Ecu soll für die Verbesserung der Wasserqualität und die Verminderung

Investitionen in kommunale Dienstleistungen fast verdoppelt.

Projekt St. Petersburg verbessert Wasser- und Abwasserdienste.

der Umweltverschmutzung des finnischen Meerbusens durch Abwässer genutzt werden. Einmalig ist an diesem Projekt, daß für diesen Kredit ausschließlich die Stadt St. Petersburg bürgt. Es wird erwartet, daß das Projekt, das die Kommerzialisierung der Wasser- und Abwasserbehandlung fördert, in anderen Teilen Rußlands Schule machen wird.

Unter den übrigen Projekten, die den Übergangsprozeß nachhaltig beeinflussen sollen, ist der Fonds für Umweltinvestitionen zu nennen. Dabei handelt es sich um den ersten „grünen“ Kapitalbeteiligungsfonds in der Region, mit dem der Aufbau einer Umwelttechnikindustrie und entsprechender Dienstleistungen unterstützt werden soll. Außerdem begann die EBWE 1997 eine wichtige Initiative zur Förderung der Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung und Schaffung kommunaler Infrastruktur. Durch das Programm für öffentliche und private Partnerschaft im kommunalen Bereich stellt die EBWE entsprechenden Kommunen Informationen und Beratungsleistungen über die private Finanzierung für Infrastrukturprojekte zur Verfügung und unterstützt diese bei der Entwicklung und finanziellen Gestaltung geeigneter Investitionsprojekte.

Im Bereich der Wasserwirtschaft stellte die EBWE im Rahmen des zweiten Entwicklungsprogramms für kommunale Versorgungseinrichtungen ein Darlehen über 67,9 Millionen Ecu zur Verfügung. Damit sollen zehn Kommunen in Rumänien sowie die Institutionalisierung kommunaler Kreditmöglichkeiten gefördert werden. Außerdem richtete die Bank in Moldau ein Programm zur Modernisierung der Wasserversorgung in Chisinau ein und gründete eine erfolgsabhängige Partnerschaft mit einem privaten Betreiber aus einem westlichen Land.

Die Verwirklichung von zwei der ersten Darlehen in diesem Sektor durch die EBWE, dem Projekt für Wasser und Umwelt in Tallin, Estland, sowie dem ersten Programm zur Entwicklung kommunaler Versorgungsunternehmen in Rumänien führte zu einer so deutlichen Verbesserung der Leistungen, daß drei der sechs beteiligten Wasserwirtschaftsunternehmen mit der Privatisierung beginnen.

Im Jahr 1997 setzte die EBWE ihre enge Zusammenarbeit mit bilateralen und multilateralen Gebern im Rahmen des Projektvorbereitungsausschusses fort. Unterstützt durch Mittel von externen Gebern arbeitet dieser Ausschuß bei der Identifikation und Entwicklung von Infrastrukturprojekten für die Umwelt eng mit der Bank zusammen und unterstützt sie bei der Mobilisierung von Kofinanzierungen durch Geberorganisationen, die sich am Ausschuß beteiligen (siehe Seite 46).

Sonstige Schlüsselsektoren

Natürliche Ressourcen

Im Berichtsjahr zeichnete die Bank im Bereich natürlicher Ressourcen drei wichtige Projekte, die sich auf insgesamt 235 Millionen Ecu an bankeigenen Investitionen belaufen, während die gesamten Projektkosten bei 1,0 Milliarden Ecu liegen. Diese Investitionen unterstreichen die Rolle der EBWE bei der Abwicklung von Großprojekten und bestätigen, daß die Bank in der Lage ist, beträchtliche Kofinanzierungsmittel von anderen kommerziellen und öffentlichen Finanzinstituten zu mobilisieren. Die Empfänger dieser Mittel waren sowohl lokale Unternehmen, darunter eine private Firma, wie auch ein vollständig in ausländischer Hand liegendes in Rußland tätiges Konsortium.

Die bedeutendste Investition war die Unterzeichnung des Projekts Sachalin II in Rußland. Mit einem EBWE-Darlehen über 105,1 Millionen Ecu wurde ein Beitrag zu einem Finanzpaket in Höhe von 319 Millionen Ecu geleistet, das gemeinsam mit der Overseas Private Investment Corporation, der amerikanischen Regierung und der Export-Import Bank of Japan durchgeführt wird. Die Mittel sind für die Erschließung der ölführenden Schicht bei Astoch vor der Insel Sachalin im Pazifik bestimmt. Sponsoren dieses Projekts, des ersten im Rahmen der Vereinbarung über die Produktionsbeteiligung im Gesamtwert von 779 Millionen Ecu, sind eine Reihe großer westlicher Öl- und Handelsunternehmen. Es ist das erste einer ganzen Reihe von Vorhaben unter Beteiligung russischer und ausländischer Unternehmen zur Entwicklung einer neuen Ölförderregion im Nordpazifik. In Übereinstimmung mit der Umweltpolitik der EBWE und ihren Grundsätzen zur Offenlegung von Informationen führte der Träger des Projekts auf der Insel eine Reihe öffentlicher Anhörungen durch. Die Finanzierung wurde mit strengen Umweltauflagen verknüpft.

In Usbekistan wird ein EBWE-Darlehen über 81,5 Millionen Ecu für den Ankauf und den Bau einer neuen Entschwefelungsanlage in der Raffinerie Fergana genutzt. Gleichzeitig werden Verbesserungen in den Bereichen Betriebssicherheit und Umwelt angestrebt (siehe Seite 43).

Agrarindustrie

1997 konzentrierte die EBWE ihre Tätigkeiten in diesem Sektor auf die Länder, in denen die Landwirtschaft eine entscheidende Rolle in der Volkswirtschaft spielt und wo ihre Geschäftstätigkeit voraussichtlich einen bedeutenden Einfluß auf den Übergangsprozeß haben wird. Mit der Zeichnung von 23 neuen Projekten für Gesamtinvestitionen in Höhe von 361,8 Millionen Ecu erweiterte die Bank ihren Bestand in der

Erste Entwicklung neuer
Ölregion im Pazifik

Agrarindustrie beträchtlich. Damit belaufen sich die Gesamtzusagen der EBWE in diesem Sektor auf 774 Millionen Ecu, die in 67 Projekten oder 8 Prozent des Portfolios investiert wurden.

Unter den fortgeschrittenen Übergangsländern konzentrierte sich die EBWE in ihren Aktivitäten im Jahr 1997 auf Polen, während in der Gruppe der frühen und mittleren Phasen Rumänien, die Ukraine und Zentralasien im Mittelpunkt der Tätigkeit im Sektor Agrarindustrie standen.

Eines der wichtigsten Betätigungsfelder der EBWE im Jahr 1997 war die Finanzierung für die landwirtschaftliche Erzeugung und die damit verbundene Verarbeitungsindustrie, insbesondere im Bereich Speiseöl. Die Bank erhöhte die bereits bestehende Finanzierung für die Ölpreßanlage in Dnipropetrowsk in der Ukraine und stellte im Rahmen eines EBWE-Darlehens zur Erweiterung der Produktion und des Absatzes von verfeinertem in Flaschen gefülltem Speiseöl 18,1 Millionen Ecu zur Verfügung. In Polen tätigte die EBWE gemeinsam mit Eridania Beghin-Say eine Kapitalbeteiligung in Höhe von 16,8 Millionen Ecu, um die Privatisierung des größten Speiseölherstellers in diesem Land zu finanzieren. Darüber hinaus stellte die Bank eine Kapitalbeteiligung von über 22,6 Millionen Ecu für die Finanzierung des Aufbaus und des Betriebs eines Unternehmens zur Herstellung von Speiseöl und Markennahrungsmitteln in Rußland bereit.

Im Getränkektor mobilisierte die EBWE 1997 ein syndiziertes Darlehen in Höhe von 30 Millionen Ecu sowie eine Kapitalbeteiligung über 7 Millionen Ecu, um die türkische Efes Beverage Group bei der Einrichtung einer neuen Brauerei – Knjas Rurik – im Zentrum Moskaus zu unterstützen. Außerdem finanzierte die Bank ihr erstes privates Industrieprojekt in Georgien; dabei reichte sie ein Darlehen in Höhe von 9,1 Millionen Ecu an den Mineralwasserhersteller Borschomi aus, ein Joint-Venture georgischer und westlicher Investoren. Mit diesen Geldern soll die Mineralwasser- und Glasflaschenproduktion in Georgien modernisiert werden. Die Bank verlängerte und syndizierte ein Darlehen in Höhe von 27 Millionen Ecu an Obolon, die führende Privatbrauerei der Ukraine. Zusätzlich wurde der Brauerei eine für drei Jahre gültige revolvierende Kreditfazilität in Höhe von 9 Millionen Ecu eingeräumt. Diese Finanzierung wird Obolon ermöglichen, ihre Produktionskapazität auszubauen, ihren Marktanteil zu erhöhen und Exportmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus arbeitet die EBWE verstärkt mit großen lokalen Nahrungsmittelherstellern zusammen, um diesen bei der Durchführung von Umstrukturierungsprogrammen zu helfen und die Privatisierung zu fördern. So kauften sich zum Beispiel die EBWE und die Bank

of America gemeinsam mit einem Anteil von 41 Prozent bei Hortex ein, dem führenden Markenfruchtsäftehersteller Polens und einem wichtigen Produzenten von Tiefkühlobst und -gemüse. Die Mittel werden zur Modernisierung und Umstrukturierung eines der größten polnischen Unternehmen genutzt. Außerdem wurden 9,1 Millionen Ecu in den führenden polnischen Teigwarenhersteller Danuta investiert.

Im Rahmen ihrer ersten direkten Kapitalbeteiligung an einem vollständig in ukrainischer Hand befindlichen Unternehmen stellte die EBWE 9,1 Millionen Ecu für Switotsch, den landesweit größten und ältesten Hersteller von Schokolade, Keksen und Süßwaren zur Verfügung. Damit soll das Unternehmen in die Lage versetzt werden, seine führende Marktposition beizubehalten.

Im Jahr 1997 erweiterte die EBWE ihre Multiprojekt-fazilitäten mit großen internationalen Firmen der Agrarindustrie wie Parmalat SpA und Carlsberg A/S. Die insgesamt über diese Multiprojektfazilitäten zur Verfügung gestellten Eigenkapitalbeteiligungen und kapitalähnlichen Beteiligungen für Kunden in der Agrarindustrie belaufen sich inzwischen auf 211 Millionen Ecu.

Zur weiteren Finanzierung von KMU in der Agrarindustrie setzte die EBWE im Jahr 1997 Kreditlinien und Kofinanzierungslinien über lokale Landwirtschaftsbanken fort. Zu den Partnern gehören derzeit Polnbanka in der Slowakischen Republik, Banca Agricola in Rumänien, die OTP Bank in Ungarn sowie Dalmatinska Banka und AOB in Kroatien. Bisher profitierten über 1000 Unternehmen der Agrarindustrie in der gesamten Region von diesen Kreditlinien. Außerdem ist die EBWE Mitsponsorin des führenden Kapitalbeteiligungsfonds für den Privatsektor in der Region. Der East Europe Food Fund hat bisher insgesamt Kapitalbeteiligungen in Höhe von mehr als 45 Millionen Ecu ausgereicht.

Im Rahmen ihres Programms für Großmärkte investierte die EBWE in die Infrastruktur für den Vertrieb und die Vermarktung von Frischwaren. Zwei neue Projekte für Georgien und Kroatien über 26 Millionen Ecu wurden 1997 von der EBWE gezeichnet. Das Kroatien-Projekt wird Mittel für die Errichtung bzw. Modernisierung von Großmärkten im Kommunalbesitz in sechs kroatischen Städten zur Verfügung stellen.

Um die Projektvorbereitung effektiver zu gestalten, unterzeichnete die EBWE 1997 eine Rahmenvereinbarung mit der FAO. Dadurch erhält die EBWE Zugang zum umfassenden Fachwissen dieser Organisation auf diesem Gebiet. Die Rahmenvereinbarung hat sich bereits bei der Bewertung der Durchführbarkeit von möglichen EBWE-Investitionen bewährt.

Hortex-Projekt fördert Modernisierung des führenden Agrarunternehmens in Polen

Großmarktprogramm erweitert

Immobilien und Tourismus

Durch die Unterstützung der Entwicklung moderner Geschäftseinrichtungen und Hotels spielt die EBWE eine beträchtliche Rolle für den Sektor Immobilien und Tourismus. Im Jahr 1997 schloß die Bank drei neue Projekte ab und erhöhte ihre Finanzierung für ein weiteres Projekt – damit beliefen sich ihre Zusagen auf insgesamt 33 Millionen Ecu. Zusammen mit diesen Neuzusagen zeichnete die EBWE insgesamt 272 Millionen Ecu für den Sektor Immobilien und Tourismus.

Neben der Direktfinanzierung stellt die EBWE auch Mittel über Kreditlinien zur Verfügung, und 1997 erstmalig auch über einen privaten Kapitalbeteiligungsfonds. Diese globalen Geschäfte sind im Sektor Tourismus besonders wichtig, da er von KMU beherrscht wird und Einzelprojekte im allgemeinen klein sind. Darüber hinaus kann sich die Beteiligung der Bank an Kapitalbeteiligungsfonds als Katalysator von Finanzierungen durch örtliche Investoren aus dem institutionellen Bereich erweisen, die langfristige Aktiva zur Deckung ihrer langfristiger Verbindlichkeiten benötigen.

Finanzierung für neues
Logistikzentrum in Moskau

Für den Bau und Betrieb eines hochmodernen Logistikzentrums in der Nähe des internationalen Flughafens Scheremetjewo in Moskau (65.000 m²) stellte die EBWE Faure & Machet S.A. 1997 15,2 Millionen Ecu zur Verfügung. Die Gesamtkosten werden auf 43,5 Millionen Ecu geschätzt, von denen die Bank Kapitalbeteiligungen in Höhe von 4,4 Millionen Ecu sowie ein langfristiges Darlehen über 11,0 Millionen Ecu bereitstellt. Darüber hinaus syndizierte die EBWE einen Kredit in Höhe von 15,3 Millionen Ecu über drei internationale Geschäftsbanken. Das Zentrum soll die komplette Bandbreite von Verkehrs-, Lager-, Vertriebs- und Logistikdienstleistungen für internationale und inländische Unternehmen abdecken und so die Engpässe im Vertriebssystem der Stadt Moskau beseitigen.

In Polen stellte die EBWE dem Unternehmen Pioneer Polish Real Estate Fund S.A. 1997 9,1 Millionen Ecu zur Verfügung. Dieses Unternehmen gehört zum Pioneer-Konzern, einer internationalen Fondsverwaltung mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Mit einem angestrebten Zeichnungskapital von 56 Millionen Ecu wird der Fonds in kommerzielle Immobilien in ganz Polen investieren. Damit wird er der erste speziell auf Immobilien ausgerichtete Kapitalbeteiligungsfonds sein, der sich mehrheitlich in der Hand einheimischer Investoren befindet. Vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Nachfrage nach modernen gewerblichen Immobilien wird der Fonds den dringend benötigten Zustrom von Investitionsmitteln für Neubauten sicherstellen – insbesondere geht es um

Finanzierungen für kleinere Projekte in den mittelgroßen Städten Polens. Die Investitionsaktivitäten dieses Fonds werden darüber hinaus die Entwicklung der Kapitalmärkte für bereits vorhandene Immobilien in Polen beschleunigen, da die mangelnde Liquidität am Immobilienmarkt bisher noch immer ein bedeutendes Investitionshindernis ist.

Im Bereich Tourismus stellte die EBWE 1997 einen Kredit über 7,2 Millionen Ecu für die Modernisierung des ehemaligen Hotels Kyrghyzstan zur Verfügung, die es zu einem Haus von internationalem Ruf machen soll. Mitträger dieses Projekts waren C.A.V. Ital, eine Gruppe italienischer Industrie- und Bauunternehmen, und Hyatt International. Das zukünftige Hyatt Regency Bischkek soll Geschäftsreisende und Touristen einen Anreiz geben, Kirgisistan zu besuchen. Bei diesem Projekt wird erstmals ein Hotel in Zentralasien mit begrenztem Rückgriff finanziert, ohne daß staatliche Garantien oder eine Absicherung durch Exportkredite vorhanden wären. Durch diesen privatwirtschaftlichen Modellfall für die Finanzierung von Hoteleinrichtungen in der Region sollen ähnliche Projekte gefördert werden. Gleichzeitig wird damit der Nachweis erbracht, daß staatlich abgesicherte Hotels für die Nutzung der begrenzten Garantiemöglichkeiten von Entwicklungsländern wenig geeignet sind. Die Gesamtinvestitionen für dieses siebte Projekt der EBWE im Hotelsektor belaufen sich auf 58,9 Millionen Ecu.

Die bisher größte Direktfinanzierung der Bank in diesem Sektor war die Modernisierung des Athénée Palace Hotels in Bukarest, Rumänien, das im Oktober 1997 unter dem Namen Hilton Athénée Palace wiedereröffnet wurde.

Fertigung und Vertrieb

Eines der wichtigsten Projekte der EBWE im Sektor Fertigung und Vertrieb war im Jahr 1997 eine Kapitalbeteiligung von 29,9 Millionen Ecu für Korado, einen Heizungshersteller in tschechischem Besitz und unter tschechischem Management. Die Mittel waren für die Teilfinanzierung des Baus einer neuen Produktionsanlage in der Tschechischen Republik vorgesehen. Im Rahmen einer Umweltprüfung und eines Öko-Audits zeigten sich Probleme in den Bereichen Wasserverschmutzung, Emissionen, Umgang mit gefährlichen Stoffen sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Im Zuge der Umsetzung eines abgestimmten Umweltaktionsplans werden diese Probleme angesprochen. Beim Betrieb der neuen Anlage werden moderne Lackier- und Schweißverfahren angewandt, wodurch die Emission von Lösungsmitteln und Schweißgasen beträchtlich verringert wird.

In Rußland stellte die Bank ein Darlehen in Höhe von 75 Millionen Ecu für Oskol Electrometallurgical Plant, den modernsten Stahlhersteller des Landes und Produzenten von Qualitätswalzstahlerzeugnissen bereit. Die Mittel sollen für die Modernisierung des bestehenden Walzwerks und den Bau und die Einrichtung eines neuen Walzwerks sowie die dafür benötigte Infrastruktur Verwendung finden. Die Gesamtkosten dieses Projekts werden mit 537,4 Millionen Ecu veranschlagt. Mit diesem Projekt erhält das russische Werk Hilfe bei der Umstrukturierung, und gleichzeitig wird damit die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs in internationalen und nationalen Märkten verstärkt. Außerdem wird die Unternehmensführung verbessert und die Einführung von westlichen Marketing- und Managementfertigkeiten gefördert.

Bei der erstmaligen Finanzierung eines privatwirtschaftlichen Industrieprojekts in Georgien stellte die EBWE einen Kredit in Höhe von 9,1 Millionen Ecu für die Umstrukturierung und Wiederbelebung der brachliegenden Mineralwasser- und Flaschenherstellungsindustrie des Landes zur Verfügung. Im Rahmen dieses Projekts wird modernes Verpackungsgerät in Georgien eingeführt, und das Werk Borschomi erhält Gelegenheit, sich wirksam am Wettbewerb im internationalen Mineralwassermarkt zu beteiligen.

Zur Unterstützung der Privatisierung und Modernisierung eines der größten Haushaltsgerätehersteller in Rumänien, Arctic S.A., stellte die EBWE eine Beteiligungs- und langfristige Kreditfinanzierung von 12,5 Millionen Ecu zur Verfügung. Arctic war eines der ersten Unternehmen in der Region, die FCKW-freie Kühlschränke in ihre Produktpalette aufnahmen; darüber hinaus hat das Werk einen beträchtlichen Marktanteil auf dem Binnenmarkt und tätigt umfangreiche Exporte in die Europäische Union. Das Ziel des Projektes besteht in der vollständigen Privatisierung dieses öffentlich notierten Spitzenunternehmens in Rumänien.

In Slowenien unterzeichnete die EBWE eine Eigenkapitalinvestition in Höhe von 12 Millionen Ecu für Merkur, die bisher größte Summe für ein nicht im Finanzsektor tätiges Unternehmen in slowenischer Hand. Merkur, ein Groß- und Einzelhandelsbetrieb für technische Erzeugnisse, Baumaterial, Eisenerzeugnisse und Elektrowaren, ist das größte Handelsunternehmen des Landes in diesem Bereich. Mit diesen Mitteln sollen vier neue Ladengeschäfte gebaut und eine ständige Betriebskapitalfazilität eingerichtet werden. Von diesem Projekt erwartet man sich eine Förderung des

Wettbewerbs sowie Hilfe bei der Entwicklung der Infrastruktur für Vertrieb und Handel in Slowenien.

Kofinanzierung

Gemäß dem Errichtungsübereinkommen legt die EBWE in ihrer Geschäftstätigkeit großes Gewicht auf die Heranziehung anderer Finanzierungsquellen und vermehrt dadurch die Gesamtressourcen, die ihren Einsatzländern zur Verfügung stehen. Die Hauptkofinanzierungspartner der Bank sind:

- Geschäftsbanken: durch Beteiligungen an EBWE-Darlehen, Übertragungen, Anleihen, Paralleldarlehen und Kreditlinien;
- offizielle Kofinanzierungsinstitutionen wie Regierungsbehörden und bilaterale Finanzinstitutionen;
- Exportkreditgesellschaften (ECA): durch Direktfinanzierung und Garantien für Exportkredite und Investitionsversicherungen;
- internationale Finanzinstitutionen: Privatarlehen für die wirtschaftliche und finanzielle Infrastruktur sowie staatliche Kreditvergabe für größere Projekte oder in Ländern, wo der Zugang zu privaten Quellen noch fehlt oder begrenzt ist.

Art der kommerziellen Kofinanzierungsmittel, nach Anteil 1997



Im Jahr 1997 beteiligten sich zehn weitere Geschäftsbanken an Darlehen der EBWE, so daß die Gesamtzahl der EBWE-Kofinanzierungspartner auf 115 stieg. Die Kofinanzierung der Geschäftsbanken während des Berichtsjahrs belief sich auf 937,3 Millionen Ecu. Trotz der Finanzkrisen in bestimmten Entwicklungsländern bestand auf seiten der Geschäftsbanken eine größere Bereitschaft, Ländern in den frühen und mittleren Übergangsphasen langfristige Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Im Berichtsjahr waren offizielle Kofinanzierungsinstitutionen an 30 Operationen beteiligt. Ihr Beitrag belief sich auf insgesamt 445,5 Millionen Ecu; dies ist das höchste Jahresvolumen, das seit Beginn der Geschäftstätigkeit der EBWE mit bilateralen Institutionen kofinanziert wurde. Die direkte bzw. indirekte Kofinanzierung über Exportkreditgesellschaften machte 260,9 Millionen Ecu aus. Andere internationale Finanzinstitutionen waren an acht Operationen mit einem Gesamtvolumen von 324,0 Millionen Ecu beteiligt.

Art der kommerziellen Kofinanzierungsmittel, nach Wert

1997	Mio Ecu
A/B-Darlehen/Beteiligungen	391,5
Paralleldarlehen	670,7
Exportkreditgesellschaften Direktkredite/Garantien	260,9
Darlehen von internationalen Finanzinstitutionen	324,0
Kapitalbeteiligungen	161,5
Zuschüsse	159,1
Gesamt	1.967,8

Ein A/B-Darlehen ist ein Kofinanzierungsmittel, bei dem die EBWE einen Teil des Darlehens (Teil A) aus eigenen Mitteln finanziert und den Rest (Teil B) an einen kommerziellen Darlehensgeber syndiziert.

Mit Ausnahme des Volumens der mobilisierten Mittel waren 1997 in allen Bereichen der Kofinanzierung Steigerungen zu verzeichnen. Das war das Ergebnis einer Verlagerung in Richtung auf kleinere kofinanzierte Projekte in weniger fortgeschrittenen Ländern, was einen Anstieg der Zahl syndizierter Projekte zur Folge hatte. Das verringerte Volumen spiegelt außerdem die zunehmende Bereitschaft des Marktes wider, die mittelfristige Kreditvergabe für einige der fortgeschrittenen Übergangsländer ohne die Unterstützung von internationalen Finanzinstitutionen und Exportkreditgesellschaften abzuwickeln. Gleichzeitig baut die Bank ihre Tätigkeit in den Ländern der frühen und mittleren Übergangsphasen sowie in Rußland aus. Daher vermittelt die Bank in den weiter fortgeschrittenen Ländern weniger Kredite über Kofinanzierung. In den Ländern, in denen der Übergang weniger fortgeschritten ist, entwickelt die EBWE auch in Zukunft Kofinanzierungen. Allerdings wird die Geschäftstätigkeit dort insbesondere in der Privatwirtschaft meist gering bleiben, solange der Markt die Risiken in diesen Ländern als relativ hoch einschätzt.

Die Länder, die 1997 den höchsten Anteil an offiziellen Kofinanzierungsmitteln erhielten, waren Rumänien (240,9 Millionen Ecu) und Rußland (169,9 Millionen Ecu). Außerdem profitierten auch Bosnien und Herzegowina, Kasachstan und Usbekistan wesentlich von dieser Art der Finanzierung.

Kofinanzierung für den privaten und staatlichen Sektor

1997

	Anzahl	Gesamtprojekt-kosten Mio. Ecu	EBWE-Mittel Mio. Ecu	Kofinanzierung Mio. Ecu	Kofinanzierung %
Privatsektor	73	2.492,9	650,8	1.236,9	63
Staatlicher Sektor	12	1.574,1	350,8	730,9	37
Gesamt	85	4.066,9	1.001,6	1.967,8	100

Geschäftsbanken

Die umfangreichste Kofinanzierung über Geschäftsbanken in Rußland war ein Darlehen im Wert von 204,5 Millionen US-Dollar für RAO Gazprom zur Finanzierung von vorrangigen Wiederaufbauinvestitionen in das integrierte Erdgas- und Pipeline-system. 18 führende internationale Banken aus 11 Ländern sind an der Dreijahres-Tranche der Geschäftsbanken beteiligt. Die Syndizierung war der Höhepunkt der drei Jahre währenden Arbeit mit Gazprom; bei diesem Projekt gingen Geschäftsbanken zum ersten Mal ein langfristiges Risiko in dem Unternehmen ein, ohne auf westliche Verträge zum Kauf von Erdgas zurückzugreifen. Das ursprüngliche Darlehen wurde auf 272,7 Millionen Ecu erhöht; es umfaßt eine EBWE-Tranche im Wert von 90,9 Millionen Ecu und eine Tranche der Geschäftsbanken über 181,8 Millionen Ecu.

Ein weiteres großes Kofinanzierungsprojekt des Jahres 1997 in Rußland war ein Darlehen über 28,5 Millionen Ecu für die Brauerei ZAO Knyaz Rurik – Efes, mit dem der Bau einer Brauerei auf der grünen Wiese finanziert werden soll. 9,1 Millionen Ecu aus diesem Darlehen wurden von der niederländischen Geschäftsbank Rabobank Nederland zur Verfügung gestellt.

Das slowenische Textilunternehmen Yulon erhielt ein Darlehen im Wert von 5,1 Millionen Ecu, das von der EBWE an zwei internationale Geschäftsbanken syndiziert wurde. Das Unternehmen wird die Finanzierung für den Erwerb eines neuen Maschinenparks nutzen, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Zuvor hatte die EBWE dem Unternehmen bereits ein Darlehen über 12,1 Millionen Ecu zur Umstrukturierung vermittelt.

Die aus mehreren Quellen stammende Darlehensfazilität der EBWE über 86,1 Millionen Ecu an MobiFon, die zur Finanzierung der Erweiterung ihres Mobilfunknetzes in Rumänien bestimmt ist, ist der erste syndizierte langfristige Kredit von Bedeutung für ein rumänisches Unternehmen im Privatsektor (siehe Seite 27). Die Fazilität umfaßt ein vorrangiges Darlehen von 123 Millionen Ecu, wovon die EBWE eine

Neunjahres-Tranche von 59 Millionen Ecu und sieben Geschäftsbanken eine Achtjahres-Tranche von 64 Millionen Ecu bereitstellen. Zwei Paralleldarlehen über insgesamt 41 Millionen von der Canadian Export Development Corporation und der Nordic Investment Bank stehen zu den gleichen Bedingungen zur Verfügung wie das EBWE-Darlehen. Außerdem reicht die EBWE ein nachrangiges Darlehen in Höhe von 9,1 Millionen Ecu an das Unternehmen aus. Durch diese Multiquellen-Fazilität wurde ein wichtiger Maßstab für zukünftige Geschäfte in Rumänien geschaffen.

Exportkreditgesellschaften

Im Berichtsjahr wurden beträchtliche Fortschritte in der Kofinanzierung durch Exportkreditgesellschaften erzielt. Bei der Unterstützung des Wasserkraftprojekts Daugava in Lettland griff die EBWE bei der

Kofinanzierung erstmals auf das Exportkreditverfahren ECLAT zurück. Bei diesem Projekt erhielt GEC-Alstom Neyrpic einen über ECLAT finanzierten Auftrag für die Reparatur von zwei Turbinen. Dieser Auftrag, zu 30 Prozent von der EBWE finanziert, wird von der Société Générale mit Unterstützung der amtlichen Exportkreditgesellschaft der französischen Regierung, COFACE, kofinanziert.

Vier ECLAT-Aufträge wurden im Rahmen des bulgarischen Eisenbahnmodernisierungsprojekts erfolgreich ausgeschrieben.

Zur Zeit werden die Angebote zu zwei Aufträgen ausgewertet, die im Rahmen des Energieprojektes Starobeschewo in der Ukraine mit Rückgriff auf ECLAT kofinanziert werden sollen. Im Rahmen des rumänischen Eisenbahnmodernisierungsprojekts haben ausgewählte Anbieter ihre Angebote für den ECLAT-finanzierten

ECLAT bietet dem Kunden kombinierte Finanzierungen durch die EBWE, Exportkreditgesellschaften und Geschäftsbanken für Aufträge, die im Rahmen einer internationalen Ausschreibung vergeben werden. ECLAT-Darlehen unterscheiden sich auch insofern von den Direktkredit der Exportkreditgesellschaften, als sie die Beschaffungsmöglichkeiten offenhalten und eine Straffung der Verwaltung ermöglichen.

Kofinanzierungspartner 1997

Geschäftsbanken

ABN AMRO Bank	Niederlande
Banca Commerciale Italiana	Italien
Bank Austria	Österreich
Bank Handlowy w Warszawie	Polen
Bank of America	USA
Banque Commerciale pour L'Europe du Nord	Frankreich
Bayerische Vereinsbank	Deutschland
Bikuben Girobank	Dänemark
Canadian Imperial Bank of Commerce	Kanada
The Chase Manhattan Bank	USA
Christiania Bank og Kreditkasse	Norwegen
CIBC	Vereinigtes Königreich
Citibank	USA
Crédit Lyonnais	Frankreich
Creditanstalt-Bankverein	Österreich
Dai-ichi Kangyo Bank Limited	Japan
De Nationale Investerings Bank	Niederlande
Den Danske Bank	Dänemark
Den Norske Bank	Niederlande
Dresdner Bank	Deutschland
Estonian Investment Bank	Estland
Generale Bank	Belgien
Hansapank	Estland
The Industrial Bank of Japan	Japan
Kereskedelmi és Hitelbank	Ungarn
MeesPierson	Niederlande
Morgan Guaranty Trust Company of New York	USA
Moscow Narodny Bank	Vereinigtes Königreich
Natexis Banque	Frankreich
National Westminster Bank	Vereinigtes Königreich
NBD Bank	Rußland
Országos Takarékpénztár és Kereskedelmi Bank	Ungarn
Rabobank Nederland	Niederlande
Raiffeisen Zentralbank Österreich	Österreich
Salomon Brothers	USA
Société Générale	Frankreich
Slowenská Pol'nohospodárska banka	Slowakische Republik
The Sumitomo Bank	Japan
Swiss Bank Corporation	Schweiz
Union Bank of Switzerland	Schweiz
Zivnostenska banka	Tschechische Republik

Offizielle kofinanzierende Organisationen

Außenministerium	Norwegen
Baltic Investment Special Fund (BISF)	Nordische Länder
Bundesamt für Außenwirtschaft	Schweiz
Bundeskanzleramt	Österreich
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	Deutschland
Caisse des Dépôts et Consignations (CDC)	Frankreich
Canadian Export Development Corporation	Kanada
Central European Initiative Fund (CEI)	Italien
Danish Environmental Protection Agency (EPA)	Dänemark
Department for International Development (DfID) ¹	Vereinigtes Königreich
Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG)	Deutschland
Europäische Kommission (EG Phare and Tacis)	Europa
Export-Import Bank of Japan (JEXIM)	Japan
Finanzministerium	Italien
Investment Fund for Central and Eastern Europe (IØ Fund)	Dänemark
Netherlands Development Finance Company (FMO)	Niederlande
Overseas Private Investment Corporation (OPIC)	USA
Regierung Belgiens	Belgien
Regierung Frankreichs	Frankreich
Regierung Japans	Japan
Regierung Kanadas	Kanada
Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation	G-7 und Schweiz
Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau	Schweiz
Swedfund	Schweden
Swedish International Development Corporate Agency	Schweden
Umweltbundesamt	Deutschland
Umweltministerium	Dänemark
Umweltministerium	Finnland
United States Agency for International Development (USAID)	USA
Wirtschaftsministerium	Niederlande
Internationale Finanzinstitutionen	
Europäische Investitionsbank (EIB)	Europa
Internationale Finanz-Corporation (IFC)	multilateral
Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA)	multilateral
Nordische Umweltfinanz-Corporation (NEFCO)	Nordische Staaten
Nordische Investitionsbank (NIB)	Nordische Staaten
Weltbank	multilateral
Weltbank - Treuhandfonds für Bosnien und Herzegowina	multilateral

¹ Ehemals: Overseas Development Association (ODA).

Auftrag zur Modernisierung von Reisezugwagen unterbreitet. Gegenwärtig unterstützt die EBWE die rumänische Eisenbahngesellschaft bei der Ermittlung der Finanzierungskosten. Die ECLAT-Kofinanzierungen durch Exportkreditgesellschaften für diese drei Projekte könnten sich auf bis zu 63,6 Millionen Ecu belaufen.

Im Jahr 1997 arbeitete die Bank eng mit der Berner Union zusammen. Bilaterale Treffen wurden veranstaltet, und die EBWE nahm an allen Sitzungen des Investitionsversicherungs- und des Exportkreditversicherungsausschusses teil. Darüber hinaus war sie bei den Sitzungen der Exportkreditgruppe der OECD vertreten. Diese befaßt sich mit der Projektfinanzierung durch Exportkreditgesellschaften und bemüht sich um größere Flexibilität für die von Exportkreditgesellschaften ausgereichten Finanzierungen. Darüber hinaus veranstaltete die EBWE bilaterale Sitzungen mit einer Vielzahl von Exportkreditgesellschaften.

Einer der aktivsten Kofinanzierungspartner des Jahres 1997 war die Export-Import Bank of Japan (JEXIM) (219,5 Millionen Ecu für vier Projekte). Zum ersten Mal beteiligte sich JEXIM an einer Kofinanzierung für ein EBWE-Projekt in Zentralasien, bei dem es um die Modernisierung der Raffinerie Fergana in Usbekistan geht. Mit Hilfe des EBWE-Darlehens im Wert von 81,5 Millionen Ecu und des JEXIM-Darlehens über ca. 80,9 Millionen Ecu kann Usbekneftegas inländisches Rohöl mit hohem Schwefelgehalt verarbeiten, das Sicherheitssystem der Anlage verbessern und die Umweltverschmutzung verringern. Ein bedeutender Durchbruch, der 1997 erzielt wurde, war die erste privatwirtschaftliche Kofinanzierung der EBWE mit JEXIM für das Ölprojekt Sachalin II in Rußland (siehe Seite 30). Bei einer der größten Kofinanzierungen der Europäischen Bank mit Exportkreditgesellschaften stellten JEXIM und die amerikanische Regierungsbehörde OPIC (*Overseas Private Investment Corporation*) gemeinsam 210,9 Millionen Ecu an Kofinanzierungsmitteln zu kommerziellen Bedingungen für das Ölförderprojekt zur Verfügung. JEXIM war darüber hinaus an der Kofinanzierung des kasachischen Stahlwerkprojekts Ispat-Karmet (31,8 Millionen Ecu) und des litauischen Straßenprojekts Via Baltica (10,1 Millionen Ecu) beteiligt.

Offizielle kofinanzierende Institutionen und internationale Finanzinstitutionen

Die Europäische Gemeinschaft unterstützte im Rahmen ihres Phare- und Tacis-Programms sieben Projekte im Wert von 83,3 Millionen Ecu durch Kofinanzierungen. Das Phare-Programm der Europäischen Gemeinschaft war an zwei rumänischen Projekten beteiligt – dem Programm II zur Entwicklung kommunaler EVU

(35,4 Millionen Ecu) und einer Kreditlinie für KMU zur Energieeinsparung (2,4 Millionen Ecu). Auch in Bulgarien war das Phare-Programm an der Kofinanzierung von zwei Projekten beteiligt. Dabei handelt es sich um das Energieprojekt Maritza Ost 2 (7,5 Millionen Ecu) und den Nach-Privatisierungsfonds (15 Millionen Ecu). In Bosnien und Herzegowina beteiligte sich die Europäische Gemeinschaft mit 15 Millionen Ecu am Nothilfeprojekt zum Aufbau des Energiesektors sowie mit 6 Millionen Ecu an der Bank für Kleinunternehmen. Die erste Kofinanzierung mit dem Tacis-Programm der Europäischen Gemeinschaft wurde in Turkmenistan zur Modernisierung des Hafens Turkmenbaschi (2 Millionen Ecu) im Rahmen des TRARECA-Programms der Europäischen Gemeinschaft verwirklicht.

Außerdem war die Bank an umfangreichen gemeinsamen Projekten mit der Europäischen Investitionsbank beteiligt, u. a. einem großen Bahnprojekt in Ungarn sowie Projekten in Estland, Polen und Rumänien.

Auch arbeitete die EBWE 1997 auf breiter Basis mit der Internationalen Finanz-Corporation zusammen, und Ende des Jahres befaßte sie sich mit der möglichen gemeinsamen Syndizierung von Darlehen für fünf Projekte.

Technische Hilfe

Das TAM-Programm und das BAS-Programm für die baltischen Länder

Zuschußmittel von der Europäischen Kommission, dem Privatisierungszentrum der Russischen Föderation, dem Nordischen Ministerrat sowie anderen bilateralen Gebern haben das TAM-Programm in die Lage versetzt, seit der Aufnahme seiner Tätigkeit im Juli 1993 340 Projekte in 15 Ländern in Angriff zu nehmen. Bisher haben diese Geber für das Programm über 31 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt, mit denen insgesamt mehr als 600 Projekte finanziert werden können.

In 190 Unternehmen wurden TAM-Projekte abgeschlossen, die diese in die Lage versetzten, im Jahr 1997 insgesamt einen Absatz in Höhe von 4,2 Milliarden US-Dollar zu erzielen. Der Absatz aller Unternehmen lag über dem zu Beginn des Programms. Dieses Ergebnis wurde ohne bedeutende Arbeitsplatzverluste erzielt; insgesamt hat sich die Zahl der Arbeitskräfte um weniger als 14 Prozent verringert (von 241.000 auf 208.000). Darüber hinaus ist es 49 dieser Betriebe gelungen, externe Finanzmittel von insgesamt mehr als 330 Millionen US-Dollar zu mobilisieren.

Die offizielle Auswertung des TAM-Programms durch die Europäische Kommission im April 1997 bewertete seine Durchführung mit „höchst zufriedenstellend“. Im Hinblick darauf hat die Kommission über das Phare-Programm weitere 10 Millionen Ecu für die

Das Programm TurnAround Management (TAM) hat den Zweck, Managementfachwissen für die Industrie zu vermitteln und neue Geschäftsmethoden für Direktoren und Spitzengremien von Industrieunternehmen in den Einsatzländern der EBWE zu entwickeln, um diese Firmen in der Marktwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen.

Unterstützung von 167 neuen Projekten in Mitteleuropa zur Verfügung gestellt. In den Ländern, die als nächste für den EU-Beitritt in Frage kommen (Estland, Polen, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn), konzentrieren sich TAM-Teams auf die Verbesserung der Produktion, des Arbeitsschutzes, des Gesundheitswesens und des Umweltstandards, um diese Länder in die Lage zu versetzen, den Beitrittsanforderungen zur EU gerecht zu werden. Auch die unabhängige Abteilung Projektbewertung der EBWE hat das TAM-Programm ausgewertet.

Das Programm für Unternehmensberatung für die baltischen Länder (BAS) ergänzt das TAM-Programm, da es sich mit der Reform kleinerer Betriebe befaßt. Dieses Programm steht unter der Leitung der TAM-Gruppe der Bank und stellt Unterstützung insbesondere für die Bereiche Marketing, Finanzmanagement und ISO-Qualitätsnormen für Kleinbetriebe in den baltischen Ländern bereit. Zum Jahresende 1997 hatte sich das BAS-Programm bei über 425 Betrieben mit mehr als 55.000 Beschäftigten und einem Gesamtumsatz von 1,6 Milliarden US-Dollar eingeschaltet. Eine Anzahl dieser Firmen sind Kunden von EBWE-finanzierten lokalen Finanzintermediären, und es ist ihnen gelungen, Zugang zu externen Mitteln in Höhe von 11 Millionen US-Dollar zu finden. Seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahr 1994 wird das BAS-Programm ausschließlich von den nordischen Staaten finanziert, die insgesamt bisher 4,3 Millionen Ecu zugesagt haben. Zur Absicherung der Tätigkeit des Programms im Jahr 1998 hat die Europäische Kommission der Bereitstellung von 2 Millionen Ecu zugestimmt.

Eine von der Projektbewertungsabteilung der Bank im Juli 1997 durchgeführte Beurteilung der Geschäftstätigkeit des BAS-Programms war die Grundlage für die Fortführung seiner Tätigkeit in den baltischen Staaten sowie die Ausdehnung seiner Aktivitäten auf andere Einsatzländer der EBWE.

Rechtsreformen

Die EBWE unterstützt die Einsatzländer bei der Entwicklung des rechtlichen Umfelds, das für die Tätigkeit des Privatsektors und den Übergang zur Marktwirtschaft erforderlich ist. Durch rechtliche Beratung und Unterstützung ermöglicht die EBWE die Verwirklichung von Investitionen, die aufgrund von rechtlichen Hürden womöglich sonst nicht zustande gekommen wären. Die Qualität des rechtlichen Umfelds verbessert sich auf diese Weise sowohl zugunsten der Investitionstätigkeit der Bank wie auch von Transaktionen im allgemeinen. Im Jahr 1997 konzentrierte sich die EBWE auf Initiativen zu Rechtsreformen in fünf Schlüsselbereichen.

Nach Maßgabe des von der Bank erarbeiteten Modellgesetzes über gesicherte Rechtsgeschäfte erhielten Georgien, Lettland, Rumänien, Tadschikistan und Ungarn besondere Unterstützung. Außerdem half die EBWE bei der Schaffung von Institutionen, die für die wirksame Umsetzung der in jüngster Zeit novellierten Gesetze über gesicherte Rechtsgeschäfte erforderlich sind. So hat zum Beispiel Ungarn mit Hilfe der EBWE als erstes Einsatzland ein zentrales und computergestütztes Register von Pfandrechten eingerichtet und gewährleistet dadurch eine höhere Effektivität des kürzlich novellierten Gesetzes über gesicherte Rechtsgeschäfte. Gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) entwickelt die EBWE ein Projekt, das Moldau 1998 bei der Einrichtung eines computergestützten Registers von Pfandrechten unterstützen soll.

Sonderunterstützung bei der Telekommunikationsgesetzgebung wurde Bosnien und Herzegowina (im Rahmen der Bemühungen der EBWE, beim Wiederaufbau der Telekommunikations-Infrastruktur zu helfen), Estland, Litauen und Polen gewährt. Die EBWE geht davon aus, daß sie im Jahr 1998 Albanien sowie weiteren Ländern in der Frühphase des Übergangs bei der Reform der Gesetze im Telekommunikationsbereich behilflich sein wird.

Die EBWE hat ihren Einsatzländern weiterhin bei der Entwicklung von Konzessionsgesetzen geholfen, die es Betreibern im Privatsektor leichter machen, Lizenzen für öffentliche Dienstleistungen oder Wirtschaftsgüter zu erlangen. Insbesondere unterstützte die EBWE die Kommission für Auslandsinvestitionen der Ukraine bei der Vorbereitung eines Gesetzes über Produktionsaufteilungsverträge (*production sharing agreements law*).

Nachdem Aserbaidschan von der EBWE technische Rechtshilfe erhalten hatte, verabschiedete das Land 1997 ein neues Konkursgesetz, das rationalisierte Verfahrensweisen für die Eigentumsübertragung insolventer Unternehmen sowie die Umstrukturierung insolventer, aber sanierungsfähiger Unternehmen erleichtert. Außerdem unterstützte die Bank Rumänien bei der Novellierung der Konkursgesetze und beriet eine Reihe anderer Länder auf diesem Gebiet.

Die Bank hat ihre Tätigkeit im Bereich der Gesetze zur Kapitalmarktregulierung ausgeweitet. Sie erarbeitet ein rechtstechnisches Hilfsprojekt, in dessen Rahmen eine Wertpapierkommission in der Tschechischen Republik eingerichtet werden soll. Ein ähnliches Projekt der Bank ist darauf ausgelegt, die Russische Föderation bei der Erarbeitung von Gesetzen zur Tätigkeit der Kapitalmärkte, unter anderem in den Bereichen Wertpapierabschlüsse, Investmentfonds, Konzernbildung und Clearinggesetze, zu unterstützen.

Zum Beispiel besteht das Morosow-Projekt, das unter der Schirmherrschaft der Akademie für Management und Markt in Moskau geführt wird, aus 41 Schulungszentren und 24 Geschäftsunterstützungszentren, die über ganz Rußland verteilt sind. Die Lehrkräfte und Berater dieser Zentren erhalten ihre Materialien und Lehrpläne von einer Zentralstelle, und die Verbreitung dieser Kenntnisse und Fertigkeiten findet in Partnerschaft mit KMU und Geschäftsunterstützungsorganisationen auf lokaler Ebene statt.

Projektbewertung ist die Einschätzung der Leistung abgeschlossener Projekte und Programme durch eine systematische Analyse ihrer Produktion oder Ergebnisse im Vergleich zu den geplanten oder erwarteten Ergebnissen. Außerdem umfaßt sie eine Bewertung der Kategorien der Geschäftstätigkeit und der Erfahrungsstrukturen.

Mit der Projektbewertung versucht die EBWE zu erfassen, inwieweit die Geschäftstätigkeit der Bank einer Vielfalt von qualitativen und quantitativen Vorgaben gerecht wird. Bei der Projektbewertung geht es darum, aus abgeschlossenen Projekten der EBWE und anderer internationaler Finanzinstitutionen entsprechende Lehren für die Gestaltung zukünftiger Aktivitäten zu ziehen. Um auch die Erfahrungen aus früheren Phasen des Projektzyklus zu berücksichtigen, bemüht man sich bei der Projektbewertung um Einsichten aus laufenden Projekten und derzeitigen Programmen.

Die Unabhängigkeit bei der Ausführung von Projektbewertungen sichert Objektivität und Transparenz.

Schulung und Weiterbildung

Das Schulungs- und Weiterbildungsprogramm der EBWE unterstützt Institute bei der Durchführung örtlicher Schulungen und anderer Dienstleistungen, um damit den Übergangsprozeß und die Arbeitsmöglichkeiten der Bank zu fördern. Im Jahr 1997 erhielten über 20.000 Firmenmanager und Banker entsprechende Unterstützung durch Schulungseinrichtungen und Beratungszentren.

Darüber hinaus veranstaltete die Bank in Zusammenarbeit mit dem Joint Vienna Institute (JVI) Seminare über praktische Unternehmensführung für führende Manager der Kundenfirmen der EBWE. Das JVI ist eine internationale Schulungseinrichtung, die von der EBWE, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), dem Internationalen Währungsfonds und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gegründet wurde. Das JVI wird von der Europäischen Gemeinschaft und verschiedenen bilateralen Gebern gefördert.

Vertrag zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der EBWE

Auf Selbstkostenbasis hat die EBWE auch 1997 technische Dienstleistungen für das Phare-Programm der Europäischen Gemeinschaft und seine Empfängerländer bereitgestellt. Auf Ersuchen von Phare haben Banker und Rechtsanwälte der EBWE aufgrund ihrer Erfahrungen in den Bereichen Privatisierung, Umstrukturierung und Banking diese Kunden über die Gestaltung bzw. Überwachung von Phare-Projekten beraten. Zu den 1997 abgeschlossenen Aufträgen gehörten das Massenprivatisierungsprogramm in Bulgarien, die Festigung des Finanzsektors in Bulgarien, der EJR Mazedonien, Ungarn und Polen sowie die Unterstützung regionaler Kapitalanlagegesellschaften in der Tschechischen Republik und Polen. Im Jahr 1997 ersuchte Phare die EBWE, neue Aufträge in vielen unterschiedlichen Bereichen zu erarbeiten und zu überwachen. Dazu gehörten die Schätzung des Investitionsbedarfs in Verbindung mit der Angleichung an EU-Normen, die Entwicklung eines Modells für die Kofinanzierung eines Entwicklungsprogramms für kommunale Versorgungsunternehmen in Rumänien, Unterstützung bei der Einrichtung einer Wertpapierkommission in der Tschechischen Republik sowie Hilfe für die Behörde für industrielle Entwicklung und Modernisierung in der Slowakischen Republik. Zum Jahresende 1997 gab es im Rahmen dieses

Vertrags 20 laufende Projekte. Durch die Förderung des Übergangsprozesses und die Vorbereitung auf einen späteren EU-Beitritt ergänzen diese Beratungsleistungen die Geschäftstätigkeit der EBWE und steigern den Erfolg von Projekten, die von Phare und der Bank durchgeführt werden.

Solche Aktivitäten sollen ab 1998 fortgeführt werden. Im Mittelpunkt steht dabei vor allem die Vorbereitung der Länder auf den Beitritt zur Europäischen Union.

Projektbewertung

Leistungsbewertung

Die Abteilung Projektbewertung der EBWE nimmt ein bis zwei Jahre nach vollständigem Mittelabfluß die Bewertung von Aktivitäten vor. Seit Errichtung der Bank im Jahr 1991 bis zum Jahresende 1997 legte die Abteilung 57 Berichte zur Leistungsbewertung von Projekten (*Operation Performance Evaluation Review/OPER*) im privaten und öffentlichen Sektor vor; das entspricht 58 Prozent derjenigen Aktivitäten, die für eine Abschlußbewertung in Frage kamen. Es ist hinzu-zufügen, daß die Bank bisher Mittel für 470 Projekte zugesagt hat. Unter Einschluß von Bewertungen für Großprojekte im Rahmen der technischen Zusammenarbeit (TC), den damit verbundenen Sonderstudien und Halbzeitbewertungen der Banktätigkeit wurden von der Abteilung Projektbewertung bisher insgesamt 88 auswertende Berichte vorgelegt. Im Jahresverlauf 1997 stimmte das Direktorium einer Aktualisierung der Bankgrundsätze zur Projektbewertung zu und berücksichtigte dabei die Erfahrungen der vergangenen vier Jahre sowie die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Finanzinstitutionen. Die Abteilung Projektbewertung soll zusätzliche thematische und auswirkungsorientierte Untersuchungen durchführen, die Bewertung der technischen Hilfe erweitern und eine größere Anzahl von Eigenbewertungen analysieren. Außerdem ist die Bewertung von Länderstrategien geplant.

Die Ergebnisse der Jahresübersichtsberichte (*Annual Evaluation Overview Reports/AEOR*) für den Zeitraum 1993–96 sowie die Leistung der Investitionstätigkeit, die 1997 bewertet oder geschätzt wurde, weisen darauf hin, daß das Portfolio, dem diese zugeordnet werden können, von annehmbarer Qualität ist. Die nachfolgende Tabelle, die unter anderem die Bewertungsergebnisse des Jahres 1997 einschließt, zeigt, daß der Prozentsatz der von der Projektbewertungsabteilung als „erfolglos“ beurteilten Projekte für den Zeitraum

¹ Sechs der 11 als „nicht erfolgreich“ bewerteten Projekte, die noch nicht abgeschlossen sind, werden von der Gruppe Gefährdete Vermögenswerte in der Projektbewertungsabteilung der Bank genauestens überwacht.

1993–97 im Vergleich zum Zeitraum 1993–96 unverändert 11 Prozent beträgt.¹ Die leichte Verschiebung bei der Anzahl der Projekte, die insgesamt mit „erfolgreich oder besser“ bewertet wurden, zur Kategorie „teilweise erfolgreich“ läßt sich vor allem durch eine verringerte Anzahl von Projekten mit der Bewertung „befriedigend“ oder besser für Unternehmens- oder Projektleistungen sowie ein leichtes Absinken der Bewertung der Auswirkungen auf den Übergangsprozeß erklären.

Ergebnisse der Leistungsbewertungen für die Investitionstätigkeit, 1993 bis 1997

Leistungsbewertung	1993–96		1993–97		1997	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Erfolgreich oder besser	40	65	58	59	18	50
Teilweise erfolgreich	15	24	29	30	14	39
Nicht erfolgreich	7	11	11	11	4	11
Gesamt	62	100	98	100	36	100

Die Klassifizierung der bewerteten Projekte stützt sich auf fünf strategische Leistungskriterien: Die Additionalität der EBWE (die Bank darf nur dann investieren, wenn nicht andere Mittel zu akzeptablen Bedingungen zur Verfügung stehen); die positive Auswirkung des Projekts auf den Übergangsprozeß unter Berücksichtigung von Umweltaspekten; Verwirklichung der Ziele; Geschäftsergebnis des Unternehmens bzw. Projekts sowie der Investitionsertrag des Projekts für die Bank. Die *positive Auswirkung* von Investitionen der Bank *auf den Übergang* ist ein wichtiger Bestandteil der umfassenden Bewertung jedes Geschäftsvorgangs. Bei der Analyse greift die Projektbewertungsabteilung auf eine feststehende Reihe von Übergangsindikatoren zurück, die von der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Bank gemeinsam mit der Abteilung Projektbewertung entwickelt wurde. Die Bewertungsergebnisse spiegeln bislang den positiven Einfluß wider, den die Bank seit ihrer Errichtung durch die Erfüllung ihres Mandats ausgeübt hat.

Es muß sichergestellt werden, daß die Projektbewertungsabteilung ermittelt, ob die Bank ihrem Mandat gerecht geworden ist (*Rechenschaftspflicht*); darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, daß im Projektbewertungsprozeß weiterhin wichtige Lehren formuliert werden, die sich aus der früheren Geschäftstätigkeit ziehen lassen. Durch die Weitergabe dieser Lehren an alle Mitarbeiter der Bank werden die

Banker in die Lage versetzt, ihre zukünftige Tätigkeit zu verbessern (*Qualitätsmanagement*). Darüber hinaus trifft die Abteilung regelmäßig mit Risikomanagement zusammen, um zu gewährleisten, daß die Lehren, die speziell mit Risikofragen zu tun haben, angemessen weitergegeben werden und Konsequenzen für die Planung und Struktur neuer Projekte haben. Die Mitarbeiter der Projektbewertungsabteilung verwenden schon während der Phase der Projekteinschätzung einen Großteil ihrer Arbeitszeit auf die Weitergabe von Bewertungsergebnissen an Mitarbeiter der Bank. Außerdem werden spezifische Workshops über neu gewonnene Einsichten veranstaltet.

Bewertung von Fonds

Auf Antrag der Versammlung der Geber des Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation und des Managements der Bank wurde der Fonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation 1997 von der Abteilung Projektbewertung der EBWE (PED) bewertet, nachdem er seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Gegenstand des Berichts ist eine Einschätzung des Einflusses auf den Übergangsprozeß sowie der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit des Fonds. Er enthält auch Empfehlungen zur Verwendung von Einrichtungen für die technische Zusammenarbeit und zu operativen Verbesserungen des Programms.

Die Projektbewertungsabteilung der EBWE führte eine Überprüfung der Regionalen Wagnisfonds anhand sechs solcher RWF durch. Sie kam zu dem Schluß, daß das Programm das Kriterium der Additionalität erfüllt, den Übergangsprozeß nachhaltig beeinflusst, wenn auch zu beträchtlichen Kosten, den Kriterien der soliden Bankarbeit im Hinblick auf einzelne Investitionen der Regionalen Wagniskapitalfonds entspricht und Umweltbelange in ausreichendem Maße berücksichtigt, obwohl bei einigen Inspektionen die Sorge zum Ausdruck kam, daß bestimmte Vorgaben in den Bereichen Umwelt und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz nicht konsequent eingehalten worden waren. Folgende Bereiche werden infolge der Überprüfung näher untersucht: Ungewißheit über die kontinuierliche Mittelbereitstellung durch eine Hauptfinanzierungsquelle, die Frage der ständigen Verfügbarkeit von ausreichendem und angemessenem Fachwissen über das Risikokapital für jeden Regionalen Wagniskapitalfonds, hinreichende Kommunikation der RWF untereinander und mit anderen geberabhängigen Programmen sowie die Angemessenheit der RWF-Investitionsstrategie.

Lehren aus der Investitionstätigkeit

Die nachfolgend dargestellten Einsichten stehen im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Bank zur Offenlegung von Bewertungsergebnissen und beziehen sich sowohl auf negative als auch auf positive Informationen, die in den vergangenen Jahren gesammelt wurden. Mit ihrer Hilfe soll die Gesamtqualität des zukünftigen Bestands der EBWE verbessert werden, indem Mitarbeiter aller Verantwortungsebenen Lehren aus erfolgreichen und fehlgeschlagenen Projekten ziehen.

Auswirkungen auf den Übergangsprozeß

Die Rolle der EBWE im Privatisierungsprozeß. In ihrer Rolle als Katalysator kann die EBWE den Vorgang der Privatisierung nachhaltig beeinflussen. Dies läßt sich am besten durch Projekte erreichen, a) die ein Umstrukturierungselement enthalten, das sie für einen strategischen Käufer interessanter machen soll, und b) bei denen die gesamte mit der Privatisierung verbundene Zielsetzung klar definiert ist.

Rolle des strategischen Partners. Bei der Privatisierung kann gemeinsam mit starken Partnern aus der Industrie ein merklicher positiver Einfluß auf den Übergangsprozeß erzielt werden, solange diese bereit sind, die unabhängige Geschäftstätigkeit eines privatisierten Unternehmens zu unterstützen und auf eine strenge Kontrolle nach dem Prinzip der Subsidiarität zu verzichten.

Überhöhte Besteuerung der Schlüsselsektoren des Landes. Ein für die Schlüsselindustrien eines Landes ungünstiges steuerliches Umfeld in der Form überhöhter Steuersätze kann möglicherweise Sachzwänge für die Beteiligung der Bank im Hinblick auf die Prinzipien solider Banktätigkeit zur Folge haben und die möglichen positiven Auswirkungen der weiteren Geschäftstätigkeit im Sektor auf den Übergangsprozeß verlangsamen.

Umwelt

Kriterien zur Bewertung von Umwelteinflüssen. Mit Hilfe von Industrie- und Umweltfachleuten sollte sich die Bank davon überzeugen, daß die Kriterien zur Bewertung von Umwelteinflüssen im Hinblick auf den Kunden und das Verhältnis zwischen dem Kunden und dem Lieferanten von Anlagen, Maschinen und Technik ausgerichtet sind.

Finanzierung der Komponenten von Umweltprojekten. Umweltaktionspläne und Vereinbarungen über die Komponenten von Umweltprojekten sollten ausreichende Anreize bieten und eine realistische und zuvor abgestimmte Finanzierung umfassen. Die Bank sollte privatwirtschaftliche Aktivitäten mit beträchtlichen Umweltfolgen sorgfältig prüfen und entscheiden, ob für bestimmte umweltbezogene Teilaspekte Zuschüsse beantragt werden sollten; dabei sollte eine angemessene Strukturierung angewandt werden, um etwaige Marktverzerrungen zu verhindern.

Bedeutung der rechtzeitigen Einbeziehung der Öffentlichkeit. Die rechtzeitige Hinzuziehung der Öffentlichkeit bei den wichtigsten Umweltfragen im Zusammenhang mit komplexen Projekten kann zu einer stärkeren Umweltorientierung der jeweiligen Aktivität beitragen. Dafür sollten genügend Zeit und ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Zugang der EBWE zu erstklassigem Fachwissen in den Bereichen Umwelt und Industrie trägt zur Verbesserung des Dialogs über die Vorzüge des Projekts und zur Abfederung von Risiken bei. Für die Durchführung von Öko-Audits und Programmen zur Behebung von Umweltfolgen sollte ein ausreichender Zeit- und Finanzrahmen vorgesehen werden.

Unternehmensführung

Strukturierung für Unternehmensreformen und wesentliche Aspekte der Unternehmensführung. Große Industriekomplexe behalten zu Anfang des Privatisierungsprozesses häufig die alte Geschäftsleitung und Unternehmenskultur bei, was für die strategischen Reformen ein schwerwiegendes Hindernis ist. Bei Projekten, die darauf abzielen, die Privatisierungspläne dieser Unternehmen und die Nach-Privatisierungsreformen zu unterstützen, sollten die komplexen Strukturen daher frühzeitig in unabhängige Einzeloperationen aufgeteilt werden. Frühzeitige Aufkäufe aus derartigen

Unternehmen erleichtern Neuerungen innerhalb der Geschäftsführung; außerdem fördern sie den Modellcharakter des Unternehmens, in dem das entsprechende Projekt durchgeführt wird.

Strukturierung partnerschaftlicher Allianzen. Geplante partnerschaftliche Allianzen für EBWE-Projekte müssen frühzeitig analysiert und mögliche Interessenkonflikte, die im Lauf der Zeit auftreten könnten, ausgeglichen werden. Eine gründliche und frühzeitige Analyse und Strukturierung ermöglicht eine Identifizierung der Risiken, außerdem läßt sich ein Ausgleich zwischen den Vereinbarungen der Aktionäre, den Verträgen über die technische Zusammenarbeit sowie ein gestaffelter Lösungsansatz zu Fragen wie den Minderheitsrechten erarbeiten. Durch solides Industriefachwissen auf Direktoriumsebene der Bank läßt sich bei komplexen technischen Projekten möglicherweise zwischen örtlichen und ausländischen Partnern vermitteln.

Bedeutung der Ethik in der Unternehmensführung. Es ist wichtig, bei der Analyse der Eigentums- und Handelsstrukturen während der Privatisierung oder der Phase unmittelbar danach ethische Aspekte zu berücksichtigen. In ihrer Rolle als Partnerin von Unternehmen, die gerade mit der Privatisierung begonnen oder sie abgeschlossen haben, und deren Geldgeberin ist die Bank bestrebt sicherzustellen, daß sich die Geschäftsleitung und die Partner von ethischen Grundsätzen leiten lassen und keine Seite die Rechte der anderen verletzt.

Lehren aus der Geschäftstätigkeit im Rahmen der technischen Zusammenarbeit

Bei der Auswertung der Tätigkeit im Rahmen der technischen Zusammenarbeit und diesbezüglicher Sonderstudien wurden wichtige Einsichten gewonnen, die den Bankern bei der qualitativen Verbesserung der Vorbereitung und Überwachung ihrer Aktivitäten im Bereich der technischen Zusammenarbeit als Leitlinien dienen können.

Industrielles Fachwissen. Durch häufigeres Hinzuziehen einzelner Industriefachleute während der Anfangsphase der Projektvorbereitung (schließlich sogar während der Festlegung der Rahmenbedingungen) ließe sich das Risiko von Mängeln im Projektentwurf von vornherein reduzieren.

Überwachung der technischen Zusammenarbeit. Die Bank muß sich dringend mit den Schwächen und Unzulänglichkeiten bei der Überwachung der technischen Zusammenarbeit im allgemeinen auseinandersetzen.

Verbesserung des Überwachungsprozesses. Aufgrund der häufig entscheidenden Bedeutung der technischen Zusammenarbeit für den Prozeß der Vorbereitung und Umsetzung von Investitionsprojekten, dem hohen Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit der Überwachung sowie der Verantwortung der Bank gegenüber den Geldgebern für die technische Zusammenarbeit ist während des Transaktionsprozesses besondere Aufmerksamkeit erforderlich.

Bedeutung der Verbesserung von Beschaffungsvorgängen bei Projekten der technischen Zusammenarbeit. Im Zuge der Bewertung von Projekten der technischen Zusammenarbeit hob die Projektbewertungsabteilung im Hinblick auf die Beschaffung folgende Kernpunkte hervor: a) Eine Einschätzung der Ergebnisse der technischen Zusammenarbeit erfordert, daß die Ziele in den bewilligten Leitlinien klar formuliert werden. b) Die Protokolle des Auswahlverfahrens der Ausschreibung und alle weiteren einschlägigen Unterlagen müssen in den Projektdokumenten enthalten sein. c) Die Verwaltung der Unterlagen über die technische Zusammenarbeit läßt oft zu wünschen übrig und sollte verbessert werden. Kommt es zu Veränderungen im Zuständigkeitsbereich der Mitarbeiter, ist besonders darauf zu achten, daß die Überwachungsaufgaben kontinuierlich ausgeübt werden. Und d) die Beschaffung im Rahmen der technischen Zusammenarbeit ist gelegentlich finanzierungsabhängig, wodurch die Preisgünstigkeit der technischen Zusammenarbeit gefährdet werden könnte.

Beschaffung und Auftragsvergabe

Die Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der EBWE beruhen auf den grundlegenden Prinzipien der Nicht-diskriminierung, Fairneß und Transparenz. Sie sollen die Wirtschaftlichkeit und Effektivität fördern und Kreditrisiken bei der Umsetzung der Mittelvergabe und Investitionstätigkeit der Bank verringern. Die Projektdurchführung auf der Grundlage der Beschaffungsgrundsätze der EBWE stellt die Wirtschaftlichkeit der eigenen Projekte der Bank sicher und fördert darüber hinaus:

- die Entwicklung eines öffentlichen Beschaffungswesens auf nationaler Ebene, das in seinen Grundsätzen und Verfahrensweisen dem höchsten internationalen Standard entspricht;
- mehr Beteiligung ausländischer Unternehmen an EBWE-finanzierten Projekten sowie ein stärkeres Engagement der internationalen Geschäftswelt in den Einsatzländern der Bank;
- die Einführung innovativer Modelle und Lösungen für die Auftragsvergabe, die auf einer intensiven Beteiligung des Privatsektors an der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen aufbauen.

Bei Projekten der öffentlichen Hand werden in der Beschaffung völlig andere Verfahren angewandt als bei privatwirtschaftlichen Vorhaben. Die Beschaffung für ein Projekt im Privatsektor erfolgt gemäß der besten Geschäfts- und Industriepraxis, ohne daß irgendwelche spezifischen Vorschriften angewandt werden. Durch das Verfahren zur Gewährleistung ihrer Sorgfaltspflicht stellt die EBWE sicher, daß Beschaffung und Auftragsvergabe ohne Interessenkonflikte ablaufen und im Interesse ihrer Kunden solide Einkaufsmethoden angewandt werden.

Das Beschaffungswesen im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Bank im öffentlichen Sektor wird durch die Beschaffungsgrundsätze und -verfahren der EBWE geregelt, die besagen, daß für Projekte der öffentlichen Hand im Normalfall das Verfahren der öffentlichen Ausschreibung gelten soll; andere Beschaffungsverfahren sind nur unter außergewöhnlichen Umständen in Betracht zu ziehen. Durch öffentliche Ausschreibungen wird gewährleistet, daß alle interessierten Anbieter unabhängig von ihrem jeweiligen Ursprungsland gleiche Chancen erhalten, sich an einer von der EBWE finanzierten Ausschreibung zu beteiligen. Um allen an dem Prozeß der Ausschreibung und Auftragsvergabe beteiligten Parteien zu helfen, stellt die Bank eine Reihe von Materialien zur Verfügung, unter anderem

Analyse der Aufträge für den öffentlichen Sektor, nach Ursprungsland des Vertragspartners

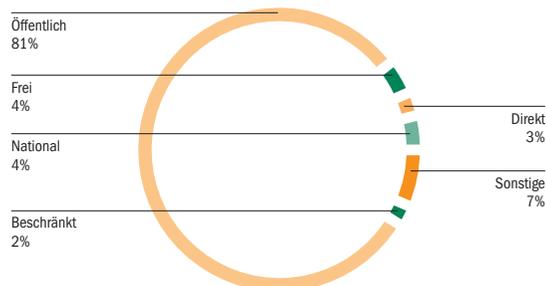
Land	1997 Mio. Ecu	1991-97 Mio. Ecu
Armenien	1,61	1,86
Belgien	7,82	14,99
Bermudas	-	1,74
Bosnien und Herzegowina	4,36	4,36
Bulgarien	0,28	22,88
Kanada	2,89	5,85
Kroatien	27,78	574,18
Dänemark	2,51	22,47
Deutschland	1.004,23	331,40
Estland	14,49	22,39
Finnland	5,33	63,93
Frankreich	17,06	140,34
Griechenland	0,69	3,90
Indien	2,56	2,56
Irland	0,64	8,62
Israel	1,25	1,25
Italien	36,34	211,63
Japan	1,39	23,96
Korea, Republik	-	23,58
Lettland	5,08	21,35
Litauen	17,95	38,37
EJR Mazedonien	0,23	38,72
Niederlande	3,06	14,36
Norwegen	2,10	23,59
Österreich	58,70	98,55
Polen	38,25	124,72
Rumänien	19,53	46,97
Russische Föderation	17,85	83,43
Schweden	7,12	58,12
Schweiz	21,10	35,79
Slowakische Republik	-	47,36
Slowenien	11,50	95,69
Spanien	-	32,90
Südafrika	-	2,23
Türkei	31,15	64,60
Tschechische Republik	10,56	56,67
Ungarn	0,34	117,45
USA	54,01	128,47
Vereinigtes Königreich	68,28	187,98
Weißrußland	0,99	2,12
Zypern	0,05	39,34
Sonstige	0,18	4,18
Gesamt	546,3	2.327,9

Standarddokumente zu Ausschreibungen und Beschaffungsrichtlinien. Aufforderungen zur Angebotsabgabe, Absichtserklärungen von Interessenten, Informationen über die Auftragsvergabe und weitere wichtige Informationen über Aufträge, die von der EBWE finanziert werden, werden von der Bank monatlich in den *Procurement Opportunities* veröffentlicht, die auch von der Web-Seite der Bank abgerufen werden können. Darüber hinaus informieren die Veröffentlichungen *Official Journal of the European Communities* und *United Nations Development Weekly* über das Beschaffungswesen.

Im Jahr 1997 unterzeichnete die EBWE 16 Projekte des öffentlichen Sektors im Gesamtwert von 1,3 Milliarden Ecu. Die Bank finanzierte 1997

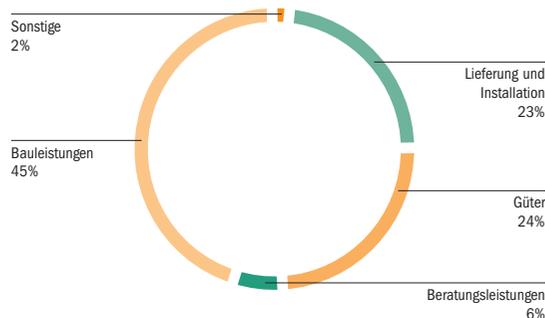
Beschaffungsmethode für Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1997

(nach Volumen)



Auftragsvergabe im öffentlichen Sektor 1997, nach Vertragstyp

(nach Volumen)



Definitionen zu den Beschaffungsmethoden

Öffentliche Ausschreibung:

Verfahren, in dessen Rahmen alle interessierten Lieferanten oder Vertragspartner in angemessener Weise über die Einkaufsbedingungen informiert werden und alle Anbieter die gleichen Chancen zur Angebotsabgabe erhalten.

Nationale freie Ausschreibung:

Ausschreibung gemäß nationaler, für die EBWE akzeptabler Verfahren, an der sich auch ausländische Firmen beteiligen können.

Freies Auswahlverfahren:

Verfahren zur Auswahl eines Beraters aus einer Menge von Vorschlägen, die von Firmen in der engeren Wahl unterbreitet wurden.

Direktvergabe:

Verfahren, das nur in Ausnahmefällen angewandt wird, bei dem ein einziges Unternehmen ohne vorherige öffentliche Bekanntmachung zur Angebotsabgabe aufgefordert wird.

Beschränkte Ausschreibung:

Die beschränkte unterscheidet sich von der öffentlichen Ausschreibung nur darin, daß der Kunde eine Vorauswahl unter qualifizierten Unternehmen trifft, die dann zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Definitionen zu den Vertragssarten

Bauleistungen:

Verträge für Bauarbeiten nach einem vereinbarten Plan, zum Beispiel Bau von Straßen und Gebäuden einschließlich der angegebenen Anlagen und Einbauten.

Lieferung von Gütern:

Vertrag für die Lieferung von Anlagen und Einrichtungen, deren Installation und Inbetriebnahme nur einen geringen Teil der Auftragssumme ausmacht.

Lieferung und Installation:

Vertrag für die Lieferung von Anlagen und Einrichtungen, deren Installation einen beträchtlichen Teil der Auftragssumme ausmacht.

Beratungsleistungen:

Beauftragung eines Beraters, dessen Aufgabe darin besteht, professionellen Rat zu geben und spezifische Aufgaben zu erledigen.

insgesamt 250 öffentliche Beschaffungsaufträge im Wert von 547 Millionen Ecu. Die Aufträge gingen an Lieferanten aus 53 Ländern, darunter 21 Einsatzländer der EBWE. Nach dem Wert wurden 81 Prozent aller öffentlichen Aufträge im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung vergeben.

Im Jahr 1997 wurden die Aufgabenbereiche Beschaffung und technische Hilfe umfassend reorganisiert. Der Schwerpunkt hat sich in Richtung Beratungs- und Dienstleistungen verlagert. Mit dem Ziel, qualitativ anspruchsvolle Dienstleistungen und professionelle Beratung für Kunden inner- und außerhalb der Bank bereitzustellen, erarbeitete die Beschaffungsabteilung 1997 eine neue Strategie und einen neuen Geschäftsplan mit folgenden Schwerpunkten:

- kontinuierliche Entwicklung der Grundsätze, Regeln und Methoden für die Beschaffung;
- Schulung von Mitarbeitern und Kunden;
- Einrichtung eines Qualitätssicherungssystems für die Beschaffung;
- umfassendere Nutzung von Informationstechnik einschließlich des Internets zur Veröffentlichung von Beschaffungsmöglichkeiten sowie weiterer hilfreicher Informationen.

Im Jahr 1997 wurden sechs Umweltprojekte mit einer Gesamtzusage der EBWE über 180 Millionen Ecu unterzeichnet. Umweltrelevante Bestandteile sonstiger Projekte umfaßten zum Beispiel Investitionen in emissionsreduzierende Technologien, Abwasserbehandlung sowie Umweltaufwendungen, um den in den Umweltaktionsplänen (*Environmental Action Plans/EAP*) eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Die Investitionsprojekte der EBWE enthielten 1997 knapp über 200 Millionen Ecu solcher Ausgaben für die Umwelt. Insgesamt beliefen sich die Umweltinvestitionen der Bank 1997 auf ca. 17 Prozent der gesamten finanziellen Zusagen.

Im Jahr 1997 erwarb die EBWE Geschäftserfahrung im Umgang mit den überarbeiteten umweltpolitischen Grundsätzen und Verfahren, die das Direktorium im September 1996 bewilligte, sowie mit den im April 1996 genehmigten Grundsätzen zur Offenlegung von Informationen. Insbesondere wurde die Additionalität der EBWE-Geschäftstätigkeit durch die weitere Förderung der effektiven Nutzung von Energie und Rohstoffen sowie durch Abfallwiederverwertung, Recycling und saubere Technologien verbessert.

Fragen der Sorgfaltspflicht im Hinblick auf die Umwelt werden normalerweise zu Beginn des Geschäftszyklus untersucht, damit genügend Zeit zur Verfügung steht, um Umweltprobleme und -chancen zu identifizieren, Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen zu planen und vor der Genehmigung durch das Direktorium eine Einigung über die vorgesehenen Maßnahmen zu erzielen. Die Umweltvorgaben im Zusammenhang mit Entlastungs- und Verbesserungsmaßnahmen und Überwachung werden in Darlehensverträge aufgenommen.

Im Zusammenhang mit den 1997 vom Direktorium bewilligten Projekten wurden 66 Umweltanalysen, einschließlich drei Umweltverträglichkeitsprüfungen und 35 Ökoaudits durchgeführt. In einigen Fällen wurden sowohl Analysen als auch Ökoaudits verlangt.

Natürliche Ressourcen

Die EBWE unterzeichnete 1997 ein Darlehen zur Sanierung der Ölraffinerie Fergana in Usbekistan. Das Projekt sieht die Bereitstellung einer Entschwefelungsanlage vor sowie Investitionen zur Sicherheitsverbesserung einer Abfackelanlage, die Erneuerung der Wasserrohre für Löschwasser, eine Schwefelwasserstoff-Detektoranlage und ein Abfallentsorgungssystem. Die

Finanzierung dafür wird die Raffinerie bei der Einhaltung internationaler Umwelt- und Sicherheitsnormen unterstützen. Die Auswirkung der Investition der Bank wurde in einer Umweltanalyse untersucht, und ein Ökoaudit bestimmte den Umfang von Umwelt- und Arbeitsschutzrisiken sowie potentielle Haftungsansprüche im Zusammenhang mit der bestehenden Raffinerie.

Zusätzlich verlangte die Bank ein Expertengutachten sowie einen Bericht über Boden- und Grundwasserkontamination durch Kohlenwasserstofflecks, eine Bewertung der Qualität der bestehenden Ölauffanganlagen und Maßnahmen zur Minderung von Umweltbelastungen. Außerdem sind eine Prüfung der potentiellen Umweltkontamination und der Auswirkungen auf Grundwasser sowie möglicherweise auf Oberflächenwasser der Region vorgeschrieben. Ein besonderer Teil mit Informationen für die Öffentlichkeit ist in dem Programm zur Minderung von Umweltschäden enthalten. Außerdem liefert die Raffinerie der Öffentlichkeit regelmäßig Informationen über Arbeitsschutz und Umwelt.

Die EBWE zeichnete für RAO Gazprom in Rußland ein Unternehmensdarlehen zur Finanzierung des Kaufs von transportablen Verdichtern, des Austausches von undichten Trennventilen, der Instandsetzung und Modernisierung von Zählleinrichtungen für Exportlieferungen sowie der Einführung verbesserter Zähler an der Hauptpipeline und den Verdichteranlagen. Außerdem geht es um die Einführung eines Pipeline-Inspektionsprogramms und um Unterstützung bei der Errichtung eines Umweltmanagementsystems sowie den Ankauf von Ausrüstungen zum Umweltschutz. Die Bestandteile des Investitionsprojekts dienen der Reduzierung von Methanaustritten und Emissionen. Transportable Verdichter, die während der Reparaturarbeiten an den Pipelines benutzt werden, dienen zur Reduzierung der Gasfreisetzung und vermindern somit erheblich die Emission von Treibhausgasen. Gazprom hat auf ISO 14000 (internationale Normen für Umweltmanagementsysteme) basierende Managementverfahren entwickelt.

Die EBWE ist durch ihr Mandat gehalten, bei all ihren Aktivitäten eine umweltbewußte und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie ist sich bewußt, daß der Schutz der Umwelt fester Bestandteil einer soliden Geschäftspraxis ist. Darüber hinaus sind im fortschreitenden Übergangsprozeß das Streben nach Wirtschaftswachstum und die Bemühungen um eine gesunde Umwelt untrennbar miteinander verknüpft.

Die EBWE setzt ihr umweltbezogenes Mandat durch zwei Hauptaktivitäten um. Ihre Projekte dienen der Umweltinfrastruktur und der Energieeinsparung (siehe Seite 28), außerdem berücksichtigt sie bei ihrer gesamten Investitionstätigkeit und den Programmen der Technischen Zusammenarbeit ihre Sorgfaltspflicht in bezug auf die Umwelt.

Elektrizität und Energie

Das Mutnowsky-Projekt zur Nutzung von Erdwärme war das bedeutendste Elektrizitätsprojekt, das 1997 unterzeichnet wurde (siehe Seite 28). Die EBWE hat der russischen Regierung ein Darlehen zur Verfügung gestellt, das an Geoterm weitergegeben werden soll. Dabei handelt es sich um eine russische Firma, die auf den Bau und Betrieb von geothermischen Elektrizitätswerken spezialisiert ist. Das Darlehen wird zur Errichtung eines geothermischen Elektrizitätswerks mit einer Leistung von 40 MW auf einem der größten geothermischen Felder der Welt auf der Halbinsel Kamtschatka (Rußland) benutzt. Diese Anlage wird es dem regionalen Elektrizitätswerk ermöglichen, ein altes und unproduktives ölgeheiztes Kraftwerk abzuschalten und dadurch die örtliche Luftverschmutzung deutlich zu verringern. Durch einen Umweltaktionsplan wird sichergestellt, daß Bau und Betrieb der Anlage nicht der einzigartigen Umwelt Kamtschatkas schaden.

Außerdem vergab die EBWE 1997 ein Darlehen an Aserenershi, einen staatlichen Energieversorger in Aserbaidschan, zur Finanzierung des Austausches von vier Generatoren und einer Turbine des Wasserkraftwerks Mingetschaur. Dazu kommen die Errichtung eines neuen Umspannwerks und Umweltentlastungsmaßnahmen. Eine Umweltanalyse und ein Ökoaudit stellten die Notwendigkeit von Verbesserungen bei Betriebsführung, Katastrophenschutz und Personalausbildung fest. Diese und ähnliche Fragen wurden im Umweltaktionsplan aufgegriffen, der auch die Schaffung einer Umweltabteilung in Aserenershi vorsieht. Das Projekt wird die Leistungsfähigkeit und Elektrizitätsproduktion des Wasserkraftwerks steigern sowie wesentliche Verbesserungen im Umweltmanagement des Bankkunden bewirken.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit zur Koordinierung der internationalen Bemühungen zum Wiederaufbau des Elektrizitätssektors in Bosnien und Herzegowina vergab die EBWE ein Darlehen zur Sanierung und Verbesserung des Stromerzeugungs-, Übertragungs- und Verteilungssystems. Das Darlehen ist Teil der internationalen Bemühungen, das Land bei der Überwindung der Kriegsschäden der letzten Jahre zu unterstützen. Die EBWE hat weitere Sanierungsprojekte mit positiven Umweltkomponenten in Kirgisistan und Usbekistan unterzeichnet.

Sodi-Projekt fördert
Umweltverbesserungen in
Bulgarien

Industrie

In Kasachstan vergab die EBWE ein Darlehen für die langfristige Finanzierung der Modernisierung eines der größten integrierten Stahlwerke der Welt an einem Standort (Ispat Karmet). In dem Projekt enthalten sind eigene Kraftwerke und Kohlebergwerke. Bestandteile des vereinbarten Investitionsprogramms sind Umweltinvestitionen einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsschutzes der Beschäftigten. Das Investitionsprogramm wird eine im Hinblick auf den Energie- als auch den Ressourcenverbrauch erheblich effizientere Stahlproduktion bewirken. Für das Eisen- und Stahlwerk, das Kraftwerk und die Kohlebergwerke wurden drei Umwelt- und Arbeitsschutzaudits und entsprechende Gutachten vorbereitet. Danach wurden drei Umweltaktionspläne entwickelt und mit Ispat Karmet abgesprochen. Durch deren Umsetzung wird schrittweise die Einhaltung der kasachischen Umweltnormen und der Umweltrichtlinien der Weltbank sichergestellt. Im Rahmen der Umweltsorgfaltspflicht wurde ein Plan zur Information der Öffentlichkeit entwickelt.

Im Jahr 1997 tätigte die EBWE zusammen mit Solvay SA und Turkiye sise ve Cam Fabrikalari eine Kapitalbeteiligung an der Privatisierung von Sodi, dem weltgrößten Produzenten von kalziniertem Soda. Der Betrieb befindet sich im Industriekomplex Dewnja in Ostbulgarien. Das Werk wird seit der Erschließung des Geländes in den fünfziger Jahren für schwerwiegende Umweltprobleme verantwortlich gemacht. Im Rahmen einer Umweltanalyse sowie eines Ökoaudits wurde eine Vielzahl von Umweltproblemen festgestellt, unter anderem die unzureichende Beseitigung von kontaminiertem Abwasser und Klärschlamm, entwichenem Staub und Luftverunreinigung sowie Lärmbelästigung und weitere Gesundheits- und Arbeitsschutzbelange. Auf der Grundlage der Umweltstudien wurde ein Umweltaktionsplan vereinbart, der sich mit diesen Problemen befaßt. Durch die Investitionen in das Werk Sodi wird die Wasserqualität der Seen Beloslaw und Warna sowie der Bucht von Warna am Schwarzen Meer wesentlich verbessert.

Agrarindustrie

Im Jahr 1997 tätigte die EBWE eine Kapitalbeteiligung an dem polnischen Fruchtsaft- und Gefrierkosthersteller Hortex, um die Rekapitalisierung des Unternehmens zu erleichtern (siehe Seite 31). Eine Umweltanalyse und ein Ökoaudit bestätigten die Einhaltung der geltenden polnischen Umweltnormen sowie der EU, stellten jedoch in einigen Firmenanlagen Probleme in bezug auf Luftemission, industrielle Abwässer und Lärmbelästigung fest. Die Kosten für die Durchführung eines Umweltaktionsplans wurden in die Kosten des Projekts aufgenommen. Außerdem forderte die Bank von Hortex ein Umweltmanagementsystem für das Unternehmen.

Die EBWE finanzierte eine Reihe weiterer Projekte im Agrarindustriesektor. Dazu gehören die Speiseölerstellung, die Nahrungsmittelverarbeitung und Getränkeherstellung sowie die Fleischverarbeitung und Süßwarenproduktion. Sämtliche Projekte waren der Umweltsorgfaltspflicht unterworfen, wobei besonders die Fragen im Mittelpunkt stehen, die gewöhnlich in der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie auftreten, d. h. Fragen des Umwelt- und Arbeitsschutzes, der Hygiene, der Produktqualität sowie möglicher Haftungsansprüche. Die Kunden der Bank sind in der Regel verpflichtet, jedes Jahr über Umwelt- und Arbeitsschutz sowie den aufsichtsrechtlichen Stand und die Durchführung der von der Bank geforderten Auflagen zu berichten. Die Fertigungsanlagen wurden gemäß den Sicherheits- und Umweltnormen der EU entworfen und gebaut.

Transport und Verkehr

Das Direktorium der EBWE stimmte 1997 einer aktualisierten Verkehrspolitik zu. In ihr wurden die Ansichten des Umweltbeirats (ENVAC) der Bank berücksichtigt, dessen Mitglieder zum Entwurf des Dokuments befragt wurden. Sie hoben hervor, daß der Bekämpfung der städtischen Luftverschmutzung im Umweltaktionsplan für Europa höchste Umweltpriorität eingeräumt wurde. Die Hauptverursacher der Luftverschmutzung in vielen Städten Mittel- und Osteuropas sind heute nicht mehr die in der Industrie und Heizungsanlagen verfeuerten Brennstoffe, sondern Kraftfahrzeugemissionen. Daraus folgt, daß die Verbesserung der städtischen Verkehrssysteme zum Schwerpunkt der Bemühungen zur Verbesserung der Luftqualität geworden ist. Der Notwendigkeit von Investitionen in den städtischen Verkehrssektor wird in der Verkehrspolitik der Bank Rechnung getragen.

Sämtliche 1997 unterzeichneten Verkehrsprojekte, einschließlich der Sanierung des Flughafens Taschkent, Straßenreparaturen in Turkmenistan sowie des Hafenausbaus in Turkmenbaschi (siehe Seite 27) wurden in Übereinstimmung mit den Umweltverfahren der Bank Umweltanalysen unterworfen. Diese führten zu der Aufnahme von Umweltentlastungsmaßnahmen in die Projektentwürfe.

Finanzintermediäre

Im Jahr 1997 traten in diesem Bereich zwei Hauptpunkte im Hinblick auf die Umweltsorgfaltspflicht in den Vordergrund. Erstens haben Projekte mit Finanzintermediären zu einer steigenden Anzahl von nachrangigen Darlehen und Investitionen geführt und bewirkt, daß sich das Gewicht der Umweltarbeit der EBWE auf diesem Gebiet von der Projekteinschätzung auf die Projektüberwachung verlagert hat. Die Mitarbeiter verwandten einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit auf die Beratung der Finanzintermediäre. Zweitens haben Umweltfragen aus der Sicht der Intermediäre an Bedeutung gewonnen, auch Finanzinstitutionen befassen sich mehr und mehr mit diesen Problemen.

Im Laufe des Jahres bildete die Bank ihre Finanzintermediäre weiterhin in der Wahrung der Umweltsorgfaltspflicht aus. Zunehmende Bedeutung wird der Identifizierung und Finanzierung von Umweltmaßnahmen beigemessen, wie zum Beispiel saubereren Produktionsverfahren und Energieeinsparungen. Siebzig Finanzintermediäre der Bank wurden in den letzten vier Jahren ausgebildet, hauptsächlich finanziert durch die Phare- und Tacis-Programme. Für Vertreter von Bankschulungsinstituten in Mittel- und Osteuropa wurde ein zweitägiger Workshop durchgeführt, um umweltrelevante Ausbildungsmaterialien vorzustellen, die von diesen Instituten sowohl für selbständige Kurse als auch in Verbindung mit bestehenden Kursen für Banker genutzt werden können. Ein ähnlicher Workshop wird Anfang 1998 in der GUS-Region veranstaltet.

EBWE stellt Schulung im Bereich Umweltsorgfalt bereit

Bank stellt Verbesserung des städtischen Verkehrs in den Mittelpunkt

Sonstige Initiativen

Die EBWE setzte ihr Programm für technische Zusammenarbeit im Umweltbereich fort. Dazu gehörten die abschließende Formulierung von Richtlinien für Investoren zu den Umwelt- und Arbeitsschutzanforderungen für alle Einsatzländer bis auf eines sowie die Veröffentlichung der Richtlinien für die Russische Föderation. Die Umweltindikatoren wurden in den *Transition Report 1997* der Bank aufgenommen. Für jedes Einsatzland wurden Entwicklung und Stand der Umweltgesetzgebung sowie die Übernahme und Anwendung von umweltpolitischen Instrumenten analysiert. Dieser Ansatz im Bereich der Umweltindikatoren zeichnete sich vor allem durch die Ausrichtung auf qualitative Fragen aus und wurde zu dem Zweck entworfen, den bislang erreichten Fortschritt in der Überwindung von Altlasten besser zu verstehen und den neuen Herausforderungen des Übergangsprozesses zu begegnen.

Der Projektvorbereitungsausschuß (PVA), dessen Sekretariat sich in der EBWE befindet, half weiterhin, die von der EBWE und anderen internationalen Finanzinstitutionen bereitgestellte marktgestützte Finanzierung durch Geber-Kofinanzierung für Umweltprojekte zu ergänzen. Der PVA organisierte 1997 neben vielen anderen Aktivitäten eine Tagung für Nordwestrußland und unterstützte die Ergänzung der Geberfinanzierung. Außerdem verbesserte er die Koordinierung mehrerer Projekte in dieser Region und wirkte an der Ergänzung der Geberfinanzierung für Projekte mit, die zu einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen führen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem das rumänische Projekt zur Einsparung von Wärmeenergie.

Durch ihre Teilnahme an der Klimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997 hat die EBWE das Konzept der „gemeinsamen Durchführung“ entscheidend unterstützt, das zusätzliche Finanzhilfe für Investitionsprojekte zum Abbau von Kohlendioxidemissionen bereitstellen soll.

Der EBWE-Umweltbeirat, ein Forum von Umweltpersonen aus den Einsatzländern der Bank und OECD-Ländern, hat den Präsidenten und die Mitarbeiter weiterhin über Grundsätze und Strategien in Bezug auf das Umweltmandat der Bank beraten. Im Jahr 1997 fanden zwei offizielle Tagungen des Beirats statt.

Im Laufe des Jahres 1997 wurden zwei Ausgaben des Bankbulletins *Environments in transition* veröffentlicht.

Die EBWE verwaltet sowohl das Reaktorsicherheitskonto (RSK) als auch den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF). Sie übt diese Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des jeweiligen Fonds aus und erbringt technische, finanzielle und rechtliche Leistungen und unterstützt die Projektumsetzung sowie die Verwaltungstätigkeit. Ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Beitragszahlern kommt sie durch Berichte an die Vollversammlung der Beitragszahler für beide Fonds nach. Diese Gremien sind für die gesamte Steuerung der Leitungstätigkeit des jeweiligen Fonds zuständig. Sie billigen Arbeitspläne für ein halbes Jahr, genehmigen die Jahresabschlüsse und fassen Beschlüsse zur Finanzierung der einzelnen Projekte.

Im einzelnen stellt die Bank eigene Mitarbeiter und externe Experten für die Arbeit an den Projekten zur Verfügung. Sie erarbeitet die Unterlagen für Zuschüsse, die sie auch verwaltet, und unterhält die erforderlichen Kontakte zu den Beitragszahlern, den Gebern, den Regierungen der Empfängerländer, den beteiligten Behörden und Versorgungsbetrieben sowie weiteren öffentlichen und privaten Einrichtungen. Sie erarbeitet die Jahresabschlüsse beider Fonds und bereitet die Vollversammlungen vor.

Die Bank erhält für die ihr entstehenden Kosten sowie für die Gebühren und Auslagen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der für die Verwaltung der Fonds verpflichteten Berater eine Vergütung.

Das Reaktorsicherheitskonto

Bei der Münchener Gipfelkonferenz im Juli 1992 boten die Staats- und Regierungschefs der G-7-Staaten den Ländern der Region ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit ihrer Atomkraftwerke (AKW) an. Es sollte Sofortmaßnahmen in folgenden Bereichen umfassen: Erhöhung der Betriebssicherheit, kurzfristige Verbesserungen der technischen Sicherheit der Kraftwerke auf der Grundlage von Sicherheitsanalysen sowie Verstärkung der Kraftwerksüberwachung. Weiterhin sollte im Rahmen dieses Programms ein Grundstein für langfristige Sicherheitsverbesserungen gelegt werden, indem der mögliche Aufwand einer Ersetzung von weniger sicheren Kraftwerken durch die Entwicklung alternativer Energiequellen und durch eine effizientere Nutzung von Energie untersucht wird. Darüber hinaus soll das Potential für technische Verbesserungen in Kernkraftwerken neuerer Bauart ausgelotet werden.

Die G-7-Länder befürworteten die Einrichtung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus, der Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebssicherheit und der technischen Sicherheit in Angriff nehmen sollte, die durch bilaterale Programme nicht abgedeckt sind. Sie riefen die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen.

Im Februar 1993 schlugen die G-7-Länder offiziell vor, daß die Europäische Bank ein Konto für Reaktorsicherheit eröffnen sollte, auf das Beiträge der Geberländer eingezahlt werden könnten und das für Zuschüsse an Sicherheitsprojekte in der Region verwendet werden sollte. Im März 1993 billigte das Direktorium der Bank diesen Vorschlag und die für das RSK geltenden Bestimmungen. Nach diesen Bestimmungen ist es die Aufgabe der Bank, die Projekte vorzubereiten und sie der Vollversammlung der Beitragszahler zur Bewilligung vorzulegen.

Insgesamt waren bis zum 31. Dezember 1997 von der Europäischen Gemeinschaft und 14 Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada,

Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika) Zusagen von insgesamt 260,6 Millionen Ecu eingegangen.

Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Bei der G-7-Gipfelkonferenz in Denver im Jahr 1997 sprachen sich die G-7, die Europäische Gemeinschaft und die Ukraine für die Schaffung eines zusätzlichen multilateralen Mechanismus zur Bereitstellung von Mitteln an die Ukraine aus. Diese sollen dem Land dabei helfen, den gegenwärtigen Sarkophag in Tschernobyl in ein sicheres und umweltstabiles System umzuwandeln. Die dafür vorgesehenen Maßnahmen sind im „Sarkophag-Durchführungsplan für Block 4“ vom 31. Mai 1997 dargelegt. Die G-7-Länder und die Europäische Gemeinschaft haben 300 Millionen Ecu zugesagt und verantwortungsbewußte Regierungen und andere Geber dazu aufgerufen, sich ihrer Initiative anzuschließen, um die vollständige Umsetzung dieses Konzepts zu ermöglichen.

Der Durchführungsplan wurde im Frühjahr 1997 mit Unterstützung des Tacis-Programms der EG und des amerikanischen Energieministeriums erarbeitet. Er verfolgt fünf Hauptziele: a) Verringerung der Einsturzgefahr für den bestehenden Block 4; b) Minderung der Folgen eines Einsturzes des Sarkophags, falls dieses Ereignis eintreten sollte; c) Verbesserung der atomaren Sicherheit des Sarkophags; d) Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Umweltschutzes im Bereich des Sarkophags; und e) Entwicklung einer langfristigen Strategie und Einleitung von Studien zur Umwandlung des Reaktorkomplexes in eine Anlage, von der keine Gefahren für die Sicherheit der Umwelt ausgehen. Für die Umsetzung des Durchführungsplans werden wahrscheinlich acht bis neun Jahre erforderlich sein, die Kosten dafür liegen bei etwa 760 Millionen US-Dollar.

Das Direktorium der Europäischen Bank stimmte im September 1997 der Beteiligung an dem Plan zu, im November 1997 nahm es die Bestimmungen für den Tschernobyl-Sarkophag-Fonds an. Bei der Konferenz im November 1997, die unter dem gemeinsamen Vorsitz des ukrainischen Präsidenten Kutschma und des amerikanischen Vizepräsidenten Gore in New York veranstaltet wurde, erklärten sich 13 neue Geberländer bereit, dem Beispiel der G-7-Länder und der Europäischen Gemeinschaft zu folgen und Zusagen für den TSF einzugehen. Der TSF nahm im Dezember 1997 seine Tätigkeit auf, nachdem die erforderlichen acht Beitragszahler entsprechende Beitragsabkommen mit der EBWE getroffen hatten.

Bis zum 31. Dezember 1997 hatte die Bank Abkommen über Beitragsleistungen in Höhe von insgesamt 262,7 Millionen Ecu mit der Europäischen Gemeinschaft und 15 weiteren Ländern (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten) getroffen. Anschließend schloß sie auch mit Kuwait und der Schweiz Abkommen über Beitragsleistungen ab. Darüber hinaus stand die Bank in Verhandlungen zum Abschluß von Beitragsabkommen mit den Ländern, die sich bei der Konferenz in New York zu Leistungen bereit gefunden hatten (Ukraine, Israel, Luxemburg und Spanien), sowie einigen anderen Ländern, die in New York die Absicht zum Ausdruck gebracht hatten, diesem wichtigen Projekt ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Aktivitäten des Reaktorsicherheitskontos

Reaktoren mit einem hohen Risiko, das durch kurzfristige Sicherheitsverbesserungen erheblich verringert werden kann, wird Priorität eingeräumt, sofern diese Reaktoren erforderlich sind, um eine kontinuierliche Stromversorgung in den Einsatzländern zu gewährleisten. Das Hauptaugenmerk richtet sich also

auf die vorhandenen RBMK- und WWER-440/230-Reaktoren sowie den Kauf von entsprechender Zusatzausrüstung, nicht jedoch auf die Erstellung von Studien, die von einigen Gebern bereits finanziert werden. Mit den betroffenen Ländern werden Absprachen angestrebt über die Bedingungen für die Einführung von neuen

auf gründlichen Sicherheitsanalysen basierenden Sicherheitsvorschriften sowie über die Entwicklung des Energiesektors und die vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren auf Grund von Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitserwägungen.

Laufende Projekte

Bis zum 31. Dezember 1997 wurden von der Vollversammlung der Beitragszahler Projekte in Bulgarien, Litauen, Rußland und der Ukraine gebilligt, für die die betroffenen Regierungen, die Versorgungsunternehmen und die EBWE-Zuschußabkommen unterzeichnet haben.

Bulgarien

Ein Projekt im Wert von 24 Millionen Ecu für die Blöcke 1 – 4 (Typ WWER-440/230) des AKW Kosloduj in Bulgarien wurde im Juni 1993 unterzeichnet und befindet sich derzeit im Stadium der Umsetzung. Der Abschluß der Arbeiten wird für Sommer 1998 erwartet. Gemäß dem Zuschußabkommen hat sich die bulgarische Regierung dazu verpflichtet, die Blöcke 1 und 2 und später die Blöcke 3 und 4 nach Fertigstellung einiger Projekte im Elektrizitätssektor abzuschalten. Die entsprechenden Investitionen haben sich jedoch verzögert. Sie werden frühestens 2003 abgeschlossen sein.

Litauen

Im Februar 1994 wurde ein Projekt im Wert von 34,8 Millionen Ecu für die Umsetzung von zwanzig kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für das AKW Ignalina (2 RBMK-1500-Reaktoren) in Litauen unterzeichnet. Dieses Projekt wird derzeit umgesetzt, der Abschluß der Arbeiten wird für 1998 erwartet.

Das Reaktorsicherheitskonto hat weiterhin Mittel für eine gründliche Sicherheitsüberprüfung des Kraftwerks zur Verfügung gestellt. Der Bericht über diese Sicherheitsanalyse und eine unabhängige Überprüfung wurden im Februar 1997 abgeschlossen. Ein Ausschuß internationaler Fachleute hat zu dieser Sicherheitsanalyse einen Bericht mit Empfehlungen veröffentlicht, dem die Regierung Litauens, die Aufsichtsbehörde und das Kraftwerk zugestimmt haben. Der Versorgungsbetrieb arbeitet an der Umsetzung eines umfassenden Aktionsplans, um eine neue Genehmigung für Block 1 zu erhalten, die bis zum Frühjahr 1999 abgeschlossen sein soll.

Die litauische Regierung hat zugestimmt, daß der Betrieb in den beiden Blöcken des Kraftwerks nicht über den Zeitpunkt hinaus verlängert wird, zu dem die Druckkanäle ausgewechselt werden müssen. (Für Block 1 wird das ungefähr im Jahr 2000 der Fall sein.) Im übrigen wird Block 1 stillgelegt, es sei denn, die Sicherheitsbehörde kann auf Grundlage der Befunde internationaler Sicherheitsexperten eine Neuzulassung genehmigen, und die Nachfrage nach Elektrizität rechtfertigt zusätzliche Sicherheitsverbesserungen auf Minimalkostenbasis.

Der Entwurf eines Minimalkostenkonzepts für den Energiesektor in Litauen wurde vor kurzem abgeschlossen. Darin wird eine Reihe von Investitionen in bestehende Wärmekraftwerke identifiziert, die erforderlich sind, um ein normales Leistungsniveau des Sektors ohne das AKW Ignalina zu gewährleisten.

Russische Föderation

Im Juni 1995 unterzeichnete die EBWE Abkommen mit der Regierung der Russischen Föderation, dem AKW Leningrad, Rosenergoatom (gemeinsam mit den AKW Nowoworonesh und Kola) und der Atomsicherheitsbehörde (RF Gosatomnadsor). Danach wurde ein gemeinsamer Ausschuß eingesetzt, der die bei der Umsetzung dieser Abkommen erzielten Fortschritte kontrollieren soll.

Von der gesamten Zuschußsumme erhält das AKW Leningrad (mit 4 RBMK-1000-Reaktoren) 30,4 Millionen Ecu, Rosenergoatom bekommt Zuschüsse in Höhe von 45,1 Millionen Ecu für die AKW Nowoworonesh und Kola (für 4 WWER-440/230-Reaktoren). Zu den Projekten gehören 41 kurzfristig umzusetzende Sicherheitsverbesserungen. Zum Ende des Jahres 1997 waren 14 von 15 Lieferverträgen für das AKW Leningrad unterzeichnet. Für die AKW Kola und Nowoworonesh waren zwei von insgesamt 26 Verträgen vergeben. Es wird erwartet, daß alle Projekte bis Ende 1998 abgeschlossen sind.

RF Gosatomnadsor erhält spezifische Unterstützung durch einen Zuschuß in Höhe von 0,9 Millionen Ecu. Mit diesem soll das Genehmigungsverfahren für die kurzfristig umzusetzenden Verbesserungen der Betriebssicherheit unter Beteiligung von Organisationen für die technische Sicherheit erleichtert werden.

Sicherheitsüberprüfung des Ignalina-Projekts abgeschlossen

Die RSK-Abkommen sehen auch die Einführung neuer Betriebsbestimmungen für zehn ausgewählte Blöcke mit RBMK- und WWER-400/230-Reaktoren vor, die nach gründlichen Sicherheitsüberprüfungen erfolgen soll. Gemäß dem Abkommen werden längerfristige Betriebsgenehmigungen nur dann erteilt, wenn die Betreiber der betreffenden Anlagen nachweisen können, daß die Sicherheitsstandards der Kraftwerke internationalen Sicherheitsgrundsätzen und -richtlinien und anerkannten Verfahren entsprechen. Betriebsgenehmigungen werden keinesfalls über den Zeitpunkt der ursprünglich vorhergesehenen Nutzungsdauer hinaus gültig sein.

Außerdem wurde im Rahmen der RSK-Abkommen die Entwicklung von Minimalkostenplänen für einschlägige Bereiche des Elektrizitätssektors in der Russischen Föderation aufgenommen. Damit ist die Absicht verbunden, Alternativprojekte einzuleiten, die eine vorzeitige Stilllegung von Hochrisiko-Reaktoren ermöglichen würden.

Ukraine

Gegenwärtig wird ein im November 1996 unterzeichnetes Projekt über 118,1 Millionen Ecu für das AKW Tschernobyl umgesetzt. Es ist Teil eines umfassenden Programms, die Entscheidung der Ukraine über die Stilllegung des AKW Tschernobyl bis zum Jahr 2000 zu unterstützen und entspricht der Absichtserklärung zwischen der Ukraine, den G-7-Ländern und der Europäischen Gemeinschaft. Das RSK-Projekt befaßt sich mit den Vorbereitungen für die Stilllegung der Blöcke 1, 2 und 3 nach der Schaffung von zwei entsprechenden Einrichtungen (Aufbereitungsanlage für radioaktive Abwässer und Zwischenlager für abgebrannte Brennstoffe), sowie mit Sicherheitsvorkehrungen am Block 3, die unmittelbar vor dessen Abschaltung zu treffen sind.

Tätigkeit des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds

Der Tschernobyl-Sarkophag-Fonds nahm seine Tätigkeit offiziell erst am 12. Dezember 1997 auf, dem Zeitpunkt der ersten Beratung der Vollversammlung der Beitragszahler. Die Vorbereitungen für das Projekt wurden dennoch gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Fondsbestimmungen und die Rahmenabkommen vorangetrieben. Letztere wurden von der EBWE und der Regierung der Ukraine im November 1997 unterzeichnet.

Die Unternehmen der engeren Wahl wurden Mitte Dezember schriftlich dazu aufgefordert, einen Berater für die Projektleitungsgruppe vorzuschlagen. Außerdem erhielten sie Informationen über alle vier in der Anfangsphase befindlichen Projekte. Vorbehaltlich der Ratifizierung des Rahmenabkommens durch das Parlament der Ukraine sowie des zeitgerechten Abschlusses der einzelnen Zuschußabkommen ist die Vergabe der ersten Aufträge für März 1998 geplant.

Die Verwirklichung des Sicherungskonzepts für den Sarkophag erfordert ein sehr hohes Maß an qualifiziertem Fachwissen sowie umfangreiche Projektleitungserfahrung. Beides wird von einer Projektleitungsgruppe aus Mitarbeitern des AKW Tschernobyl sowie einem westlichen Beratungsunternehmen gewährleistet. Eine internationale Beratergruppe von Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten steht zur Erörterung schwerwiegender fachlicher Probleme bereit. Dem für die EBWE tätigen Projektleiter steht ein von der Bank ernannter und vor Ort tätiger Projektkontrolleur sowie ein Berater für Fragen der Betriebsgenehmigung und Überwachung zur Seite. Die Federführung für das Projekt hat der gemeinsame Ausschuß der Ukraine und der EBWE übernommen.

Die Tätigkeit des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds ist zur Zeit auf die Fertigstellung der Bestimmungen zur Verwaltung des Fonds ausgerichtet. Dies bezieht sich auf Abkommen mit Beitragszahlern sowie die Unterstützung für die andauernden Bemühungen zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel, um den über einen Zeitraum von acht bis neun Jahren erforderlichen Betrag von etwa 760 Millionen Ecu aufzubringen.

Fonds für Technische Zusammenarbeit

Fonds de coopération technique
Фонд технико-экономического сотрудничества
Technical cooperation funds

Die Fonds für Technische Zusammenarbeit spielen eine wichtige Rolle. Sie unterstützen die EBWE bei der Umsetzung der operativen Ziele solide Bankarbeit, Additionalität und positive Auswirkung auf den Reformprozeß, und zwar durch:

- Erarbeitung und Pflege eines produktiven Bestands hochwertiger Investitionsvorhaben
- Unterstützung einer effizienten und leistungsstarken Umsetzung von Projekten
- Unterstützung der Entwicklung einer institutionellen Infrastruktur, die für die Geschäftstätigkeit der Bank eine unmittelbare Bedeutung hat
- Aufrechterhaltung einer ausgewogenen Unterstützung sowohl für den privaten als auch für den öffentlichen Sektor.

Die kumulativen Zusagen für im Rahmen des Fondsprogramms für Technische Zusammenarbeit (TCFP) finanzierte Berateraufträge beliefen sich 1997 auf 0,5 Milliarden Ecu. Die Zusagen im Berichtsjahr erreichten mit 103,0 Millionen Ecu den höchsten in einem Jahr zugesagten Betrag. Die Auszahlungen stiegen auf 71,9 Millionen Ecu, verglichen mit 58,0 Millionen Ecu im Vorjahr. Dadurch wuchsen die kumulativen Auszahlungen zum Jahresende 1997 auf 282,6 Millionen Ecu.

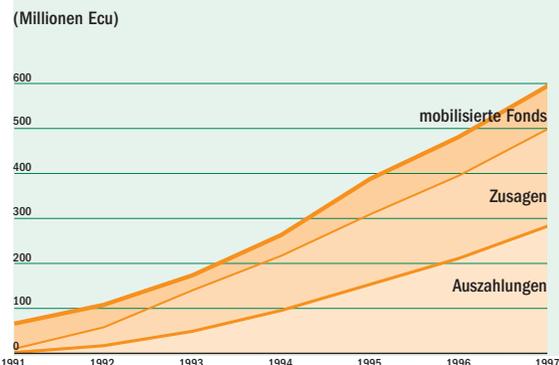
Im Jahr 1997 finanzierte die EBWE über das TCFP 348 Aufträge für Berater; damit erreichte deren Gesamtzahl 1.808. Da die meisten direkt mit bestimmten Bankprojekten verbunden sind, haben diese Aufträge eine hohe positive Auswirkung auf den Reformprozeß. Auf diese Weise hat das TCFP die Schaffung von 190 gezeichneten EBWE-Projekten unterstützt, für die die Bank Finanzierungen von 4,5 Milliarden Ecu zugesagt hat. Insbesondere wurden durch die von der Europäischen Gemeinschaft über die Bangkok-Fazilität bereitgestellten Mittel (40 Millionen Ecu im Jahr 1997) 48 Projekte der technischen Zusammenarbeit finanziert, die mit der Vorbereitung oder Durchführung von EBWE-Investitionsprojekten verbunden sind.

Die Konzentration auf EBWE-Projekte zeigt sich auch darin, daß 75 Prozent aller Zusagen entweder mit der Vorbereitung (39 Prozent) oder der Durchführung (36 Prozent) von Projekten zu tun haben. Ein heranreifender Projektbestand und die groß angelegte Unterstützung für die Tätigkeit von Regionalen Wagnisfonds, Nach-Privatisierungsfonds und Kreditlinien haben in den letzten Jahren zu vermehrten Zusagen für die Durchführung von Projekten geführt. Die übrigen Mittel wurden für Beraterdienste (20 Prozent), Sektorstudien (1 Prozent) und Schulung (4 Prozent) zugesagt.

Zusagen für technische Zusammenarbeit, nach Sektoren

	1997			Kumulativ 1991-97		
	Anzahl	Mio. Ecu	%	Anzahl	Mio. Ecu	%
KMU	75	38,6	37	258	169,4	34
Privatisierung	40	2,8	3	207	64,5	13
Energie	47	10,8	11	244	55,0	11
Finanzen	36	13,0	13	237	54,0	11
Transport und Verkehr	29	7,4	7	162	43,9	9
Umwelt	25	6,6	6	150	32,1	6
Umstrukturierung	18	15,1	15	123	27,7	6
Agrarindustrie	9	0,6	1	94	16,5	3
Telekommunikation	6	1,5	1	99	16,0	3
Rechtswesen	11	1,8	2	80	9,3	2
Verschiedenes	25	2,8	3	64	5,8	1
Industrie	27	2,1	2	81	5,4	1
Tourismus	0	0,0	0	9	1,5	<1
Gesamt	348	103,0	100	1.808	501,3	100

Kumulative für die technische Zusammenarbeit mobilisierte Mittel, zugesagt und ausgezahlt 1991-97



Zusagen für technische Zusammenarbeit, nach Empfängerländern

	1997			Kumulativ 1991-97		
	Anzahl	Mio. Ecu	%	Anzahl	Mio. Ecu	%
Russische Föderation	46	30,3	29	334	196,0	39
Rumänien	10	2,0	2	73	27,0	5
Ukraine	38	13,8	13	119	26,7	5
Kasachstan	8	1,5	1	41	15,8	3
Slowakische Republik	1	0,5	<1	46	11,4	2
Bosnien und Herzegowina	16	7,1	7	33	11,1	2
Weißrußland	15	0,4	<1	60	11,0	2
Slowenien	11	1,6	2	71	10,5	2
Ungarn	7	1,0	1	59	10,3	2
Lettland	15	1,5	1	85	9,8	2
Litauen	23	1,2	1	91	9,7	2
Estland	17	0,8	1	87	9,3	2
Usbekistan	6	3,5	3	28	9,2	2
Polen	9	2,5	2	64	8,8	2
Moldau	9	1,9	2	33	7,5	2
Kirgisistan	11	1,6	2	45	7,1	1
Bulgarien	3	1,6	2	25	6,8	1
Albanien	1	<0,1	<1	57	6,7	1
Tadschikistan	2	0,7	1	17	5,4	1
Aserbaidschan	7	1,8	2	25	5,3	1
Turkmenistan	6	1,6	2	19	4,9	1
EJR Mazedonien	1	<0,1	<1	29	3,8	1
Kroatien	11	0,9	1	31	3,5	1
Tschechische Republik	0	0,0	0	25	3,5	1
Georgien	11	1,2	1	25	3,3	1
Armenien	6	0,5	<1	20	2,5	1
Regional:						
Baltische Länder	10	3,4	3	45	8,8	2
Regional	48	19,8	19	221	65,6	13
Gesamt	348	103,0	100	1.808	501,3	100

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit

Stand 31. Dezember 1997

Geberland	Datum des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag		Geberland	Datum des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag	
			einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)				einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Belgien	27. Sept. 94	BEF	30,00	0,74	Italien (RWF für Westrußland) ²	6. Juni 95	USD	20,00	18,12
Dänemark	1. Juli 92	Ecu	3,12	3,12	Japan	5. Juli 91	JPY	9.597,73	66,72
Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden (TAM-Nordischer Rat)	22. Sept. 95	DKK	7,00	0,93	Kanada	24. Jan. 92	CAD	7,66	4,84
Deutschland	11. Dez. 92	DEM	10,00	5,06	Korea, Republik	25. April 93	USD	0,60	0,54
Deutschland KfW	27. Sept. 95	DEM	12,51	6,33	Luxemburg	26. Nov. 91	Ecu	0,70	0,70
Europäische Gemeinschaft (Bangkok-Fazilität) ¹	15. Okt. 91	Ecu	190,47	190,47	EJR Mazedonien (Finanzsektor) ³	14. Feb. 96	DEM	0,53	0,27
Europäische Gemeinschaft (Polnisches SRP)	12. Dez. 96	Ecu	2,00	2,00	Neuseeland	10. Juli 92	NZD	0,33	0,17
Europäische Gemeinschaft (Regional TAM-Phare)	26. Juni 95	Ecu	5,90	5,90	Niederlande	20. Nov. 91	NLG	23,88	10,72
Europäische Gemeinschaft (Rumänien PPF)	10. Okt. 96	Ecu	10,00	10,00	Niederlande (Niederländischer Umweltfonds)	22. Juni 95	NLG	0,90	0,40
Europäische Gemeinschaft (Slowakische PPF)	3. April 96	Ecu	8,00	8,00	Niederlande (Ostukraine PPF)	30. Jan. 97	NLG	8,60	3,86
Europäische Gemeinschaft (Usbekistan PPF)	17. Nov. 97	Ecu	1,30	1,30	Niederlande (Übergang)	3. Nov. 97	NLG	3,00	1,35
Finnland	13. Jan. 92	FIM	18,52	3,09	Norwegen (Allgemein)	27. April 93	Ecu	1,50	1,50
Finnland, Norwegen, Schweden (RWF für Nordwestrußland)	5. Juli 94	USD	20,00	18,11	Norwegen (Umwelt und Energie)	16. April 91	NOK	27,60	3,40
Flandern	9. Nov. 94	Ecu	0,40	0,40	Österreich	31. Dez. 91	USD	5,00	4,53
Frankreich (Auswärtige Angelegenheiten)	1. Aug. 91	FRF	19,51	2,95	Portugal	20. Okt. 92	PTE	80,00	0,40
Frankreich (Finanzministerium)	26. März 92	FRF	30,46	4,61	Schweden	13. Aug. 91	SEK	55,00	6,30
Frankreich (RWF für Südrußland) ²	28. Feb. 95	FRF	120,00	18,15	Schweiz	31. März 92	CHF	10,50	6,54
Georgien (Finanzsektor) ³	12. Dez. 96	USD	-	-	Spanien	21. Juli 92	ESP	534,55	3,19
Griechenland	4. April 95	GRD	179,00	0,57	Spanien (Südukraine PPF)	17. Jan. 97	Ecu	20,00	20,00
Irland	17. Sep. 93	Ecu	0,93	0,93	Taipeh-China	16. Sept. 91	USD	20,00	18,12
Island	3. Dez. 92	Ecu	0,20	0,20	Türkei	17. Juni 92	TRL	10.000,00	0,04
Israel	14. April 92	ILS	1,04	0,27	USA	30. Juli 91	USD	1,15	0,91
Italien	14. April 92	ITL	9.000,00	4,63	USA (Evergreen)	3. Juni 94	USD	4,15	3,75
Italien (Mittleuropäische Initiative)	14. April 92	ITL	21.000,00	10,82	USA (RWF für die Region Untere Wolga) ²	29. Sept. 94	USD	20,00	18,11
					USA (US-Berater)	10. Nov. 97	USD	0,52	0,47
					Vereinigtes Königreich ⁴	25. Nov. 91	GBP	4,82	7,23
					Vereinigtes Königreich – B ⁵	14. März 94	GBP	3,81	5,70
					Vereinigtes Königreich – C ⁶	25. März 94	GBP	3,31	4,96
					Wallonien	16. März 95	BEF	15,00	0,37
					Fonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt			511,79	

¹ Der Abkommensbetrag wurde von der EBWE geändert, um die jährliche Revision durch die EG widerzuspiegeln (Bangkok-Fazilität). Eingeschlossen in das Abkommen sind 1,8 Millionen Ecu an zur Durchführung von Projekten bestimmten Mitteln.

² In der Tabelle werden alle Übereinkommen über Technische Zusammenarbeit aufgelistet, die die EBWE direkt verwaltet und für die sie Beiträge erhalten hat. Zusätzliche Regionale Wagnisfonds, die nicht durch die EBWE verwaltet werden, sind unter „Offizielle kofinanzierende Institutionen und Behörden“ aufgeführt.

³ Beiträge zu diesen Fonds bestehen aus Gebühren für technische Hilfe, die gemäß den Darlehensvereinbarungen zwischen der EBWE und bestimmten Finanzintermediären von den Kreditnehmern zu entrichten sind. Die Gebühren sind an den in den Darlehensvereinbarungen vorgesehenen Zinszahlungstagen zu zahlen und werden am Eingangstag als Abkommens- und Beitragserrträge ausgewiesen.

⁴ Der Fonds Vereinigtes Königreich ist in der Russischen Föderation tätig.

⁵ Der Fonds Vereinigtes Königreich – B ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Russischen Föderation tätig.

⁶ Der Fonds Vereinigtes Königreich – C ist in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, EJR Mazedonien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und Slowenien tätig.

Seit ursprünglichem Abkommen aufgefüllte Fonds für Technische Zusammenarbeit

Abkommen über Fonds für Technische Zusammenarbeit

Stand 31. Dezember 1997

Sonderfonds	Datum des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag	
			einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	14. April 92	Ecu	11,33	11,33
Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation	18. Okt. 93	Ecu	45,92	45,92
Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit ⁷	12. Sept. 95	Ecu	0,70	0,70
Sonderfonds insgesamt				57,95
Projektspezifische Fonds				25,74
Fonds für Technische Zusammenarbeit insgesamt				511,79
Sonderfonds insgesamt				57,95
Projektspezifische Fonds insgesamt				25,74
Abkommen über Technische Zusammenarbeit insgesamt				595,48

⁷ Abkommens- und Beitragserträge schließen Rückzahlungen von verschiedenen Empfängern und direkte Einlagen von Gebern ein. Diese Beträge werden am Eingangstag als Abkommens- und Beitragserträge ausgewiesen.

Seit ursprünglichem Abkommen aufgefüllte Fonds für Technische Zusammenarbeit

Kooperationsfonds für Investitionen

Stand 31. Dezember 1997

Geber	Datum des ursprünglichen Abkommens	Währung	Betrag	
			einschließlich Auffüllungen (Millionen)	Ecu-Äquivalent (Millionen)
Europäische Gemeinschaft – Rumänische Energieeinsparung	26. Juni 97	Ecu	2,35	2,35
Italien – Bosnien und Herzegowina	12. Sept. 96	USD	7,50	6,79
Japanischer Unterstützungsfonds für Konfliktgebiete	11. Juli 97	JPY	1.000,00	6,95
Norwegen – Bosnien und Herzegowina	24. April 97	NOK	47,70	5,88
Norwegen – Ostslawonien	12. Dez. 97	NOK	15,00	1,85
Österreich – Bosnien und Herzegowina	5. Dez. 96	ATS	54,00	3,88
Kooperationsfonds für Investitionen insgesamt				27,70

Seit ursprünglichem Abkommen aufgefüllte Kooperationsfonds für Investitionen

Die Kategorie „Technische Zusammenarbeit“ enthält sämtliche Fonds der technischen Zusammenarbeit, projektspezifische und Sonderfonds. Das Ziel dieser Fonds ist die technische Hilfe bei Projektvorbereitung, Projektimplementierung, Beratungsdiensten und Schulung.

Die Kooperationsfonds für Investitionen konzentrieren sich primär auf die Projektimplementierung, einschließlich der Bereitstellung von Gütern und Arbeitsleistungen.

Viele Aufträge im Rahmen der technischen Hilfe unterstützen den Übergangsprozeß durch ihren Beitrag zum Aufbau von Institutionen (d. h. der Entwicklung von Finanzinstituten und der Stärkung des rechtlichen Rahmenwerks) auf direkte Weise. Außerdem fördert das TCFP durch den vermehrten Einsatz von ortsansässigen Beratern die Entwicklung einer lokalen Beraterbranche.

Die EBWE-Mitglieder finanzieren die technische Zusammenarbeit durch regelmäßige Beiträge zu Fonds der Technischen Zusammenarbeit, Abkommen über projektspezifische technische Zusammenarbeit und Sonderfondsbeiträge. Alle Einlagen der Geber erfolgen auf freiwilliger Basis.

Im Jahr 1997 zeichnete die EBWE fünf neue Abkommen über Fonds der Technischen Zusammenarbeit, deren Gesamtzahl damit auf 53 steigt. Zusätzlich wurden 13 bestehende Fonds der Technischen Zusammenarbeit wieder aufgefüllt, und ein Abkommen über projektspezifische technische Zusammenarbeit wurde unterzeichnet. Im Jahresverlauf 1997 erhöhten sich die gesamten Zuschußressourcen für technische Zusammenarbeit um 114,0 Millionen Ecu auf 595,5 Millionen Ecu – die bisher höchste Zunahme für ein Einzeljahr. Im Jahr 1997 unterzeichnete die EBWE ein neues Beitragsabkommen für den Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit (TCSF) mit Schweden. Der TCSF ist eine ungebundene Einrichtung, die durch zurückgezählte früher für Aktivitäten im Privatsektor zugeteilte Mittel für technische Zusammenarbeit und/oder durch direkte Einlagen der Geberländer finanziert wird. Zum Jahresende 1997 belief sich der TCSF auf 0,7 Millionen Ecu, von denen 0,3 Millionen Ecu zugesagt worden waren.

Résultats financiers et comptes annuels
Financial results and financial statements
Finanzergebnisse und Jahresabschluß
Результаты финансовой деятельности
и финансовый отчет

Inhalt

54 Finanzergebnisse

61 Jahresabschluß

61 Gewinn- und Verlustrechnung

61 Bilanz

62 Ausweis der Veränderungen im
Eigenkapital der Mitglieder

63 Mittelherkunfts- und
Mittelverwendungsrechnung

64 Anmerkungen zum Jahresabschluß

76 Bericht der Abschlußprüfer

77 Stand der Tätigkeiten der Sonderfonds

77 Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

83 Sonderfonds für technische Hilfe im
Ostseeraum

86 Sonderfonds für Investitionen in
Kleinunternehmen in der Russischen
Föderation

91 Sonderfonds für technische Zusammenarbeit
mit Kleinunternehmen in der Russischen
Föderation

93 Sonderfonds für Investitionen in
Kleinstunternehmen in Moldau

97 Sonderfonds der EBWE für Technische
Zusammenarbeit

99 Sonderfonds für Investitionen zur
Unterstützung von Finanzintermediären

Financial results Résultats financiers **Finanzergebnisse** Результаты финансовой деятельности

Einführung

Die Erträge der EBWE waren im Jahr 1997 höher als erwartet, insbesondere aufgrund höherer Einkünfte aus ihrem Aktienbestand und einer starken Leistung der Finanzabteilung. Wegen des sich herausbildenden Risikoprofils der Bank und Ungewißheiten im Umfeld der Geschäftstätigkeit traf die EBWE weiterhin angemessene Vorsichtsmaßnahmen. Bei Berücksichtigung dieser Entwicklungen und des wachsenden Bestands waren die Rückstellungen doppelt so hoch wie im Vorjahr. Der Gewinn nach Wertberichtigungen für das Geschäftsjahr betrug 16,1 Millionen Ecu, verglichen mit 4,9 Millionen Ecu für 1996. Die gesamten Reserven (einschließlich Rückstellungen) wurden weiter gestärkt und lagen zum Jahresende bei 508 Millionen Ecu, gegenüber 263,3 Millionen Ecu im Vorjahr. Diese Summe beläuft sich auf 11 Prozent der ausgezahlten im Umlauf befindlichen Darlehen und Kapitalbeteiligungen.

Der Beitrag der Bankingtätigkeit zu den Bruttoeinkünften der Bank belief sich nach wie vor auf nahezu 50 Prozent des Gesamtbetrags; in der Hauptsache war dies auf einen Jahreszuwachs im Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen von 8,7 Millionen im Jahr 1996 auf 76,1 Millionen Ecu im Jahr 1997 zurückzuführen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der EBWE waren niedriger als geplant und lagen nur leicht über denen für 1996. Berücksichtigt man die zusätzlichen Vorsorgerückstellungen, lagen die Verwaltungsausgaben unter dem Niveau des Vorjahres – ein Zeugnis andauernder straffer Budgetdisziplin und effektiver Kosteneindämmung.

Die Abschreibungen lagen 1997 infolge der Übernahme eines 12monatigen Abschreibungszyklus für Informationstechnik und Büromobiliar mit 15,1 Millionen Ecu geringfügig über denen des Vorjahres.

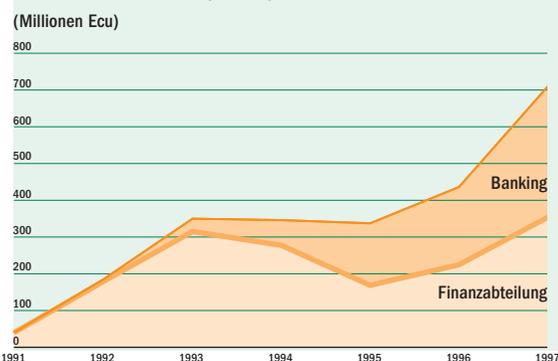
Im Jahresverlauf 1997 wurden zusätzliche Rückstellungen von 177,7 Millionen Ecu vorgenommen. Dies geschah im Einklang mit dem Anwachsen des Darlehens- und Aktienbestands und der grundsätzlichen Verpflichtung der EBWE, sich im Frühstadium ihres wachsenden Portfolios gegen bestehende und voraussichtliche Risiken abzusichern. Aufgrund einer im zweiten Quartal vorgenommenen Überprüfung der Rückstellungspraxis wurde eine neue allgemeine Rücklage für staatliche Risiken geschaffen.

Geschäftstätigkeit im Bereich Banking

Portfolio

Im Jahr 1997 bewilligte das Direktorium 143 Projekte im Gesamtwert von 4 Milliarden Ecu, einen wesentlichen Anteil davon im vierten Quartal, verglichen mit 116 Projekten im Wert von 2,8 Milliarden Ecu

Einkommensstruktur (brutto)



im Vorjahr. Ende 1997 beliefen sich die kumulativen Bewilligungen abzüglich Stornierungen auf 13,9 Milliarden Ecu.

Im Jahresverlauf wurden 108 Projekte im Wert von 2,3 Milliarden Ecu gezeichnet, verglichen mit 95 Projekten im Wert von 2,2 Milliarden Ecu im Jahr 1996. Dieser Erfolg steht im Einklang mit der Bankstrategie des kontrollierbaren Wachstums. Ende 1997 beliefen sich die Zusagen abzüglich Rückzahlungen und Stornierungen auf 8,9 Milliarden Ecu.

Projektauszahlungen lagen 1997 mit 2,0 Milliarden Ecu 50 Prozent höher als 1996. Für Aktienanlagen wurden 332,8 Millionen Ecu ausgezahlt, ein Betrag, der den von 1996 um 70 Prozent übersteigt. Das umlaufende Portfolio umfaßte zum Jahresende Darlehen im Wert von 3,6 Milliarden Ecu, Kapitalbeteiligungen im Wert von 946,4 Millionen Ecu und projektbezogene Schuldtitel im Wert von 32,5 Millionen Ecu. Der Privatsektor hat einen Anteil von ungefähr 73 Prozent am umlaufenden Portfolio.

Im Jahresverlauf gingen 796,1 Millionen Ecu an Darlehensrückzahlungen und Aktienanlagen ein – ein Betrag, der fast viermal so hoch war wie die Rückzahlungen für 1996. In diese Zahl eingeschlossen sind vorzeitige Darlehensrückzahlungen von 196 Millionen Ecu.

Risiken

Die Darlehens- und Aktieninvestitionen der EBWE werden laufend von der unabhängigen Risikomanagement-Abteilung der Bank überprüft, und einzelnen Operationen werden Risiko-Ratings auf einer Skala von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (mit Verlust ist zu rechnen) zugeordnet. Dieses Rating ist die Determinante eines projektspezifischen Kredit-Ratings und eines Länderisiko-Ratings. Vor dem Hintergrund der Märkte, in denen sie tätig ist, und ihres Übergangsmandats erwartet die Bank, daß ihre Projekte normalerweise den Risikokategorien 4 bis 6 zuzuordnen sind. Allgemein

lag das durchschnittliche Risiko-Rating für neue 1997 gezeichnete Projekte zwischen 5 und 6. Darin spiegelte sich das Risikoprofil wider, das mit dem wachsenden Anteil von Projekten in Ländern in den frühen und mittleren Übergangsphasen und der Produktpalette verbunden ist – beispielsweise dem höheren Anteil von Frühphasenbeteiligungen. Zum Ende des Jahres waren 24 Prozent der ausgezahlten Darlehen, gemessen an ihrem Wert (45 Prozent nach Anzahl), in die Rückzahlungsphase eingetreten.

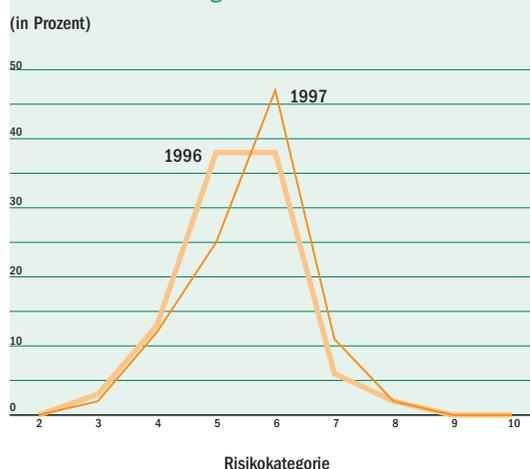
Zum Ende 1997 war die Mehrzahl der gezeichneten Projekte (über 85 Prozent) den Risikokategorien 4 bis 6 zugeordnet, wobei einige Projekte in die höher eingestuft Kategorien (1 bis 3) vorrückten und andere auf 7 (besondere Aufmerksamkeit) oder schlechter herabgestuft wurden. Mit Heranreifen des Portfolios wird damit gerechnet, daß weitere Kreditprobleme auftauchen können. Wenn dieser Fall eintritt, wird das mit dem Projekt verbundene Risiko-Rating entsprechend geändert. Da die Rückstellungspolitik der Bank auf Risiken basiert, entsprechen die Rückstellungen der Entwicklung des Risikoprofils. Das nebenstehende Schaubild zeigt für 1997 eine breitere Streuung der Projekte über die Risikokategorien als für 1996, wobei sich das gewichtete durchschnittliche Risiko-Rating des gezeichneten Portfolios im Jahresverlauf leicht zum höheren Ende des Spektrums hin verlagerte.

Ergebnisse

Die Bruttoerträge aus dem eigentlichen Bankinggeschäft beliefen sich 1997 auf ungefähr 50 Prozent der Gesamteinkünfte der Bank. Im Wert stiegen die Banking-Bruttoerträge gegenüber 1996 um über 68 Prozent. Die aus Darlehen erwirtschafteten Zinsen wuchsen um fast 50 Prozent auf 220,4 Millionen Ecu und machten somit 62 Prozent der Bruttoerträge des Bereichs Banking aus. Die Einkünfte auf Gebühren und Provisionen lagen mit 44,1 Millionen Ecu um 2 Millionen Ecu unter denen des Vorjahres.

Die Gewinne von 76,1 Millionen Ecu aus dem Verkauf von Aktienanlagen waren bedeutend höher als die mit 8,7 Millionen Ecu ausgewiesenen Gewinne des Jahres 1996. Dies war der zeitlichen Verschiebung der Ausstiege und deren unterschiedlichen Rendite zuzuschreiben, die zu beträchtlichen Veränderungen in der Struktur der Bankeinkünfte führten. Insbesondere ist der Zeitpunkt der Anlageveräußerungen vor allem mit dem Zeitpunkt der Fertigstellung von Projekten verknüpft. Es wird erwartet, daß die zukünftige Anzahl von Veräußerungen in dem Maße steigt, in dem der wachsende Anlagebestand weiter reift. Allerdings ist es schwierig, Aussagen über die potentiellen Erträge aus diesen Veräußerungen zu machen.

Bestandsrisikostreuung



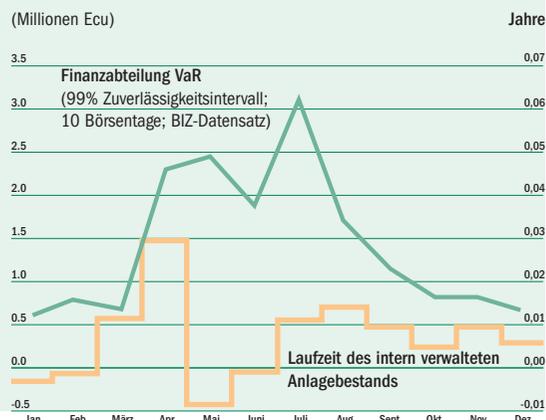
Der Anlagebestand erbrachte 16,2 Millionen Ecu an Dividendenerträgen, verglichen mit 7,7 Millionen Ecu im Vorjahr. Dies ist ein Ergebnis der wachsenden Reife von Kapitalanlagen und der steigenden Rentabilität dieser Geschäftstätigkeit.

Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung

Portfolio

Die Vermögenswerte im Management der Finanzabteilung nahmen im Jahresverlauf 1997 um 660,8 Millionen ab auf 6,5 Milliarden Ecu zum 31. Dezember 1997. Dies ist das Ergebnis laufender Auszahlungen für das Bankinggeschäft und des niedrigeren Niveaus der im Jahr in Anspruch genommenen kurzfristigen Fremdfinanzierung. Die Aktiva umfaßten Schuldtitel im Wert von 5,3 Milliarden Ecu und Plazierungen bei Kreditinstituten im Wert von 1,2 Milliarden Ecu. Zusätzlich zu diesen liquiden Mitteln wurde im Rahmen des strategischen Investitionsprogramms (siehe unten) sorgfältiger Gebrauch von Derivaten gemacht.

Zum Jahresende 1997 wurden 997,4 Millionen Ecu oder 15,1 Prozent des gesamten Anlagebestands von 14 externen Vermögensverwaltern betreut. Die extern verwalteten Portfolios umfaßten 489,3 Millionen Ecu eines auf Ecu lautenden Zinsterminkontraktprogramms und 508,1 Millionen Ecu eines auf US-Dollar lautenden vermögensbesicherten Wertpapierprogramms. Die Mittel werden bei unabhängigen Verwaltern plaziert, um Zugang zu spezialisierten Dienstleistungen und Investmenttechniken zu erlangen und um Leistungsmaßstäbe Dritter anlegen zu können. Die unabhängigen Verwalter sind gehalten, dieselben Investmentrichtlinien einzuhalten, die die Bank bei ihren intern verwalteten Ressourcen befolgt.

Entwicklung von Risikoprofilen 1997**Risiken**

Das Gesamtmarktrisiko der EBWE blieb während des ganzen Jahres 1997 relativ gemäßigt und hielt sich in den Grenzen der allgemeinen Risikobereitschaft der Bank. Outright-Zinsterminengagements wurden von Zeit zu Zeit gezielt eingegangen; allerdings berücksichtigten die meisten Strategien die Veränderung einzelner Zinsstrukturkurven für die Hauptwährungen oder die marktübergreifende Konvergenz/Abweichung europäischer Zinssätze. Das direkte Zinsveränderungsrisiko war selten und sehr gering; von Zinsoptionen wurde begrenzt Gebrauch gemacht. Das Währungsrisiko war minimal.

Zum 31. Dezember 1997 belief sich der Risikowert (*Value-at-Risk/VaR*) des intern verwalteten Bestands der Bank auf 0,7 Millionen Ecu, berechnet unter Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von 10 Tagen.¹ Wie das Schaubild zeigt, veränderte sich das VaR der Finanzabteilung im Jahresverlauf innerhalb einer Bandbreite von 0,5 Millionen Ecu auf 3,2 Millionen Ecu.

Insgesamt betrachtet entsprachen die Zahlen für 1997 weitgehend denen des Vorjahrs. Die VaR-Größen – selbst im oberen Kurvenbereich – sollten vor dem Hintergrund des gesamten Bestands von durchschnittlich 7,5 Milliarden im Jahr und einer vorsichtigen Berechnungsbasis gesehen werden. Auch das Marktrisiko der extern verwalteten Mittel war während des Berichtsjahrs gering und trug zu dem allgemeinen Risikoprofil des Gesamtbestands nicht wesentlich bei.

Die Kreditqualität des Bankbestands bewegte sich 1997 insgesamt auf hohem Niveau; 89,1 Prozent des Portfolios war bei Partnern oder Emittenten mit einem

Rating von mindestens AA- angelegt. Der Bestand ist über 26 Länder gestreut, darunter einige, die von der Finanzkrise in Südostasien betroffen waren, wobei es sich hauptsächlich um staatsnahe Schuldtitel aus Korea handelt. Länder, in denen das Gesamtengagement über 7,0 Prozent lag, waren die Vereinigten Staaten mit 35,3 Prozent und Japan mit 19,6 Prozent.

Ergebnisse

Von der Finanzabteilung der Bank verwaltete Investitionen erbrachten für das Berichtsjahr Bruttoeinkünfte in Höhe von 354,2 Millionen Ecu, verglichen mit 1996 ein Anstieg von 129,6 Millionen Ecu. Dies war das Ergebnis eines höheren Volumens und einer Leistung, die die Erwartungen übertraf.

Zum Ende des Geschäftsjahrs lag die Gesamtrendite der Finanzabteilung 67 Basispunkte über dem Liborsatz. Die Investitionsrendite lag 34 Basispunkte über Libor, und der Vorteil von Unter-Libor-Finanzierung machte 40 Basispunkte aus.

Finanzierung**Kapital***Anfangskapital*

Zum Ende 1997 belief sich das in Form von Bargeld und Schuldscheinen eingegangene eingezahlte Kapital auf insgesamt 2,9 Milliarden Ecu. Im Lauf des Jahres ging in Verbindung mit vorher überfälligen Zeichnungen ein Betrag von 18,2 Millionen Ecu ein, und Korea zahlte im Rahmen einer Sondererhöhung der Zuteilung von Anteilen für das Land 10,5 Millionen Ecu. Zusätzlich gingen Einlösungen von Schuldscheinen in Höhe von 81,7 Millionen Ecu ein. Die zum Jahresende von 12 Mitgliedern ausstehenden überfälligen Beträge von 13,2 Millionen Ecu entsprachen weniger als einem Prozent des anfangs eingezahlten gezeichneten Kapitals.

Kapitalerhöhung

Am 3. April 1997 trat die Verdoppelung des genehmigten Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Ecu in Kraft. Dadurch wurde die Bank in die Lage versetzt, ihre Strategie des kontrollierbaren Wachstums fortzuführen.

Zum 31. Dezember 1997 hatten insgesamt 48 Mitglieder ihre Zeichnungsurkunden für eine Gesamtzahl von 845.035 Anteilen hinterlegt. Dies entsprach etwa 85 Prozent der allgemeinen Kapitalerhöhung. Einige der übrigen 12 Mitglieder sind im Begriff, die notwendigen internen Verfahren für die Zeichnung der allgemeinen Kapitalerhöhung zum Abschluß zu bringen. Es wird daher erwartet, daß ein weiterer Anstieg des gezeichneten Kapitals der Bank bald erfolgen wird.

¹ Diese Zahl, die auf relativ vorsichtigen vom Baseler Grundsatzausschuß für die Bankenaufsicht empfohlenen Parametern beruht, entspricht der Aussage, die Wahrscheinlichkeit, daß die Bank aufgrund von widrigen Zinssatz- und Wechselkursänderungen im Verlauf von 10 Handelstagen mindestens 0,7 Millionen Ecu verlieren könne, betrage 1:100.

Kapitaladäquatheit

Die im April 1996 bewilligte Erhöhung des genehmigten Stammkapitals der EBWE auf 20 Milliarden Ecu erfolgte mit der Absicht, der Bank die weitere Umsetzung ihrer Strategie des kontrollierbaren Wachstums auf nachhaltiger Basis und ohne weiteren Zugriff auf Kapitalauffüllungen zu gestatten. Die Bank hat sich auf finanzielle Eigenständigkeit verpflichtet, und in diesem Sinne ist sie proaktiv in ihren Bemühungen, eine effektive und effiziente Nutzung von Kapital zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung ihrer Geschäftsstrategie läßt sich die EBWE bei der Kapitalnutzung von den satzungsmäßigen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Bank leiten. In dieser Hinsicht führt die Bank die Verfeinerung ihrer Verfahren für die Einschätzung der Kapitalnutzung und Kapitaladäquatheit weiter, indem sie die quantitativen Schätzungen des finanziellen Spielraums durch eine Risikoeinschätzung ergänzt.² Im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen der Finanzpolitik und des Kapitals wird in diesem Bereich fortlaufend weitergearbeitet.

Kapitalsicherung

Für voraussichtliche Kapitalzahlungen in US-Dollar und japanischen Yen hat die EBWE 1997 in Übereinstimmung mit den 1993 etablierten Grundsätzen für äquivalente Ecu-Beträge Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Differenzbeträge zwischen den tatsächlich eingegangenen Ecu-Beträgen und den durch feste Wechselkurse bestimmten Beträgen wurden der Umrechnungsrücklage zugeführt. Im Berichtsjahr entstand dadurch in der Umrechnungsrücklage ein Nettogewinn von 50,7 Millionen Ecu.

Kreditaufnahme

Bei der Kreditaufnahme läßt sich die EBWE von zwei Hauptgrundsätzen leiten. Erstens bemüht sie sich um Fristenkongruenz ihrer Aktiva und Passiva, um Refinanzierungsrisiken zu vermeiden. Zweitens sucht sie die Bereitstellung langfristiger Mittel bei optimaler Kosteneffizienz zu sichern.

Zum 31. Dezember 1997 betrug die Gesamtkreditaufnahme 7,4 Milliarden Ecu, gegenüber 1996 ein Anstieg um 0,4 Milliarden Ecu. Diese Zahl spiegelt die Nettoauswirkung neuer Emissionen, Fälligkeiten und Rückkäufe wider. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms begab die Bank

27 Neuemissionen; die Durchschnittskosten lagen nach Swap bei Libor abzüglich 47 Basispunkte. Zum Ende des Berichtsjahrs betrug die durchschnittliche Restlaufzeit mittel- und langfristiger Außenstände 5,5 Jahre. Bemerkenswerte Emissionen waren unter anderem die ersten öffentlichen Anleihen in Pfund Sterling, koreanischen Won und Neuen Taiwan-Dollar sowie eine erste Euro-Emission im Rahmen des mittelfristigen Euro-Anleiheprogramms.

Mit als verbrieftes Schulden klassifizierten kurzfristigen Emissionen fanden 20 Transaktionen statt; die Durchschnittskosten lagen nach Swap bei Libor abzüglich 45 Basispunkte.

Aufwendungen

Einschließlich Abschreibungen beliefen sich die Gesamtaufwendungen für das Berichtsjahr auf 152,1 Millionen Ecu; dieser Betrag lag 5,7 Millionen Ecu über dem des Jahres 1996. Die Verwaltungsaufwendungen für das Jahr waren um 3,9 Millionen Ecu höher als im Vorjahr. Dies lag hauptsächlich an einer Ende des Jahres vorgenommenen Rückstellung für den Mitarbeiterbonus 1997 (8,0 Prozent der gesamten Gehälter), der im März 1998 ausgezahlt wird. Dies entsprach einer vor kurzem verabschiedeten internationalen Rechnungslegungsnorm zu betrieblichen Leistungen für Beschäftigte. Es ist Grundsatz der Bank, wesentliche Aspekte neuer Normen möglichst rasch zu übernehmen. Unter Berücksichtigung der Auswirkung dieser Bonusrückstellung lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen etwa 1,0 Millionen Ecu niedriger als im Vorjahr.

Die Verwaltungsaufwendungen gingen nicht über das Budget für 1997 hinaus; damit stellte die Bank ihr gleichbleibendes Engagement für Budgetdisziplin, effektive Kosteneindämmung und ein proaktives Kostendeckungsprogramm unter Beweis.

Durch den Abschluß von Wechselkurskontrakten verhindert die Bank, daß sich Schwankungen des Ecu/Sterling-Wechselkurses bei der Umrechnung in Ecu für Berichtszwecke negativ auf die überwiegend auf Pfund Sterling lautenden Aufwendungen auswirken. Diese Verfahrensweise hatte mit einem Gewinn von 25,4 Millionen Ecu einen günstigen Einfluß auf das Kostenniveau. Im Jahresverlauf wurden Sterlinaufwendungen zu einem Durchschnittssatz von 1,453 Pfund Sterling pro Ecu umgerechnet. Aufgrund der Wechselkurskontrakte wurde jedoch ein Durchschnittssatz von 1,2295 Pfund Sterling pro Ecu erreicht. Außerdem schloß die Bank eine Reihe von Optionskontrakten ab, um die Sterlingkosten für zukünftige Verwaltungsaufwendungen zu besichern. Zum 31. Dezember 1997 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn von 39,8 Millionen Ecu aus, der gemäß der Rechnungs-

² Als finanzieller Spielraum wird die Höhe der Mittel bezeichnet, die der Bank für Zusagen neuer Darlehen, Beteiligungsanlagen und Garantien zur Verfügung stehen, bevor sie ihren Grenzverschuldungsgrad von 1:1 erreicht. Dieser Verschuldungsgrad verlangt, daß die Gesamtsumme umlaufender Darlehen, Beteiligungsanlagen und Garantien der Bank im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit die Gesamtsumme ihres ungeminderten gezeichneten Kapitals, ihrer Rücklagen und Überschüsse nicht übersteigen darf.

legungspraxis der Bank abgegrenzt wurde und zu gegebenem Zeitpunkt ergebniswirksam verbucht wird.

Mit 15,1 Millionen Ecu lagen die Abschreibungen 1,9 Millionen Ecu über denen des Vorjahres. Der Grund war die auf 12 Monate beschleunigte Abschreibung aller Gegenstände des Anlagevermögens (mit Ausnahme von Um- und Einbauten auf Pachtbesitz) infolge einer Überprüfung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Dadurch wird die Abschreibung älterer Vermögensgegenstände beschleunigt, und laufende und zukünftige Kosten werden in einen 12monatigen Abschreibungszyklus überführt.

Rückstellungen

Die Rückstellungspraxis der Bank gewährleistet, daß die Höhe der allgemeinen Rückstellungen durch das Kreditrisiko-Rating einzelner Darlehen und Kapitalanlagen bestimmt wird, das die unabhängige Risikomanagement-Abteilung der Bank feststellt. Darüber hinaus nimmt die Bank angesichts der regionalen Konzentration der EBWE und einer kleinen Anzahl hoher Risikopositionen im gefährdeten Bestand eine Rückstellung gegen allgemeine unvorhergesehene Risiken für das Gesamtportfolio in Höhe von 0,75 Prozent der umlaufenden gezeichneten Zusagen vor. Eine im zweiten Quartal unternommene Rückstellungsüberprüfung hatte zum Ergebnis, daß inzwischen eine zusätzliche allgemeine Rückstellung von 3 Prozent der umlaufenden ausgezahlten staatlichen Risikopositionen vorgenommen wird.

Im übrigen wird die Bank weiterhin bei Bedarf von Fall zu Fall Sonderrückstellungen vornehmen.

Die Kombination der verschiedenen Rückstellungskategorien resultierte in einer Zuführung von 177,7 Millionen Ecu für das Berichtsjahr. Dies bedeutet gegenüber dem Gesamtbetrag für 1996 eine Zunahme von mehr als 90 Prozent. Die Zunahme der Gesamtrückstellungen entspricht dem stetigen Wachstum im Portfolio der Geschäftstätigkeit und dem damit verbundenen Anwachsen in den Rückstellungen für das allgemeine Bestandsrisiko. Die Zuführungen für 1997 schließen neue Sonderrückstellungen von 57,8 Millionen Ecu zum Jahresende ein, ein Ergebnis des reifenden Portfolios. Die gesamten derartigen Sonderrückstellungen erreichten zum Jahresende eine Höhe von 81,0 Millionen Ecu. Die Auswirkung der Einführung von Rückstellungen für staatliche Risikopositionen in bezug auf das bestehende Portfolio belief sich auf 33,3 Millionen Ecu.

Als Ergebnis dieser Zuführung für 1997 erreichten die gesamten Rückstellungen 409,4 Millionen Ecu, die zusammen mit den Rücklagen 11 Prozent des umlaufenden ausgezahlten Portfolios von Darlehen und Aktienanlagen ausmachten.

Ausblick auf 1998

Es wird erwartet, daß die EBWE ihren Weg zur nachhaltigen Rentabilität auch 1998 fortsetzt. Die Finanzlage wird jedoch nach wie vor anfällig gegenüber eventuellen negativen Entwicklungen im Bestand und Unsicherheiten im Umfeld der Geschäftstätigkeit der Bank bleiben.

Die Priorität der Bank besteht darin, weiterhin Rücklagen zu bilden und alle notwendigen vorsorglichen Schritte zu unternehmen, um ihre finanzielle Tragfähigkeit zu konsolidieren.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

In ihrer Berichterstattung und Offenlegung hält sich die EBWE gemäß der besten Geschäftspraxis an die Berichtsgewohnheiten der Finanzinstitutionen des Privatsektors.

Grundsätze der Finanzverwaltung und des Risikomanagements

Die EBWE folgt in ihrer Finanzpolitik den Richtlinien eines soliden Finanzmanagements, die auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank aufbauen und den finanziellen Rahmen bilden, innerhalb dessen die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der Bank hat folgende Zielsetzungen:

- Streben nach finanzieller Eigenständigkeit
- Bildung von Rücklagen und Sicherung nachhaltiger Rentabilität
- Markt- und Leistungsorientierung bei allen Aktivitäten
- Tätigkeit innerhalb eines umfassenden Rahmens der Risikosteuerung
- Sicherstellung von Transparenz und Verantwortlichkeit auf allen Ebenen sowie Förderung einer leistungsstarken Unternehmensführung

In ihren normalen Geschäften und den Aktivitäten ihrer Finanzabteilung ist die EBWE Kreditrisiken ausgesetzt. Kreditrisiken entstehen entweder, weil Kreditnehmer und Geschäftspartner der Finanzabteilung möglicherweise nicht ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen, oder weil der Wert der Bankprojekte beeinträchtigt werden könnte. Die weitaus meisten Kreditrisiken liegen im Bankingbestand. Die unabhängige Risikomanagementgruppe der Bank ist bestrebt sicherzustellen, daß alle Risiken ordnungsgemäß identifiziert und angemessen gelenkt und abgedeckt werden. Dies geschieht durch ein umfassendes und stringentes Kreditverfahren, das jährlich revidiert wird, um aufgrund der gewonnenen Erfahrungen seine Wirksamkeit und Effizienz zu ermitteln und zu verfeinern. Alle regulären Aktivitäten werden regelmäßig überprüft, um erforderliche Anpassungen der Risiko-Ratings umgehend zu identifizieren.

Das Marktrisiko der EBWE besteht hauptsächlich darin, daß Zinssauschläge und Wechselkursänderungen die von der Bank bezogenen Positionen ungünstig beeinflussen können, insbesondere im Hinblick auf ihren eigenen Bestand. Es ist Ziel der Bank, Marktrisiken für den Vermögensbestand durch aktives Aktiva- und Passivmanagement und die Lenkung von Fremdwährungsrisiken möglichst einzugrenzen und zu steuern. Devisengeschäfte werden ausschließlich zum Zweck der Absicherung eingegangen, und es werden keine aktiven Positionen übernommen. Zinsrisiken werden durch Abgleichen des Zinsprofils der Aktiva mit dem der Passiva und durch Einsatz von Derivaten gesteuert. Durch eine Kombination von Grenz- und VaR-Berichten werden Währungs- und Zinsrisiken unabhängig von der Funktion der Finanzabteilung kalkuliert, um die Einhaltung der geltenden Richtlinien zu gewährleisten.

Anfang 1997 verbesserte die EBWE ihr Risikomessungssystem durch die Umsetzung eines eigenen Belastungstests, der ihre VaR-Analytik ergänzt. Die VaR-Analytik gibt Aufschluß über die möglichen Auswirkungen von Marktveränderungen auf den gegenwärtigen Nettowert der Aktiva und Passiva der Bank. Sie geht von bestimmten Annahmen aus und beruht auf jüngsten historischen Finanzdaten. Der Belastungstest ist auf umfassende, aber wenig wahrscheinliche Bewegungen angelegt und weniger durch die restriktiven Annahmen eingeschränkt, die in der VaR-Analytik angewendet werden. In Ergänzung zur VaR-Analytik untersucht der Belastungstest das Marktverhalten über einen längeren Zeitraum. Somit erlaubt er, die Zuverlässigkeit einiger Annahmen, die der VaR-Analytik zugrundegelegt werden, weiter zu überprüfen.

In Übereinstimmung mit dem vorrangigen Ziel der EBWE, der Kapitalerhaltung, wird mittels der Werte der VaR-Analytik und des Belastungstests das Risiko errechnet, das über den Libor-bezogenen Maßstab für Investitionen hinausgeht.³ Die Bank achtet besonders darauf, daß sich das eingegangene Marktrisiko weit unterhalb der Grenzen ihrer Risikobereitschaft bewegt; daher werden VaR-Trends und Belastungstests aufmerksam überwacht.

Das Geschäftsrisiko wird ermittelt, indem alle Aspekte der Risikoanfälligkeit untersucht werden, die nicht in den Bereich Kredit- und Marktrisiko fallen. In groben Zügen handelt es sich beim Geschäftsrisiko um das Verlustrisiko, das durch Fehler oder Versäumnisse bei der Abwicklung und beim Abschluß von Transaktionen oder bei der Rechnungslegung entstehen kann. Darunter fallen auch alle Betrugsfälle sowie fehlerhafte Kontrollen. Im weiteren Sinne umfaßt das Geschäftsrisiko den gesamten Kontrollbereich einschließlich der Geschäftsethik und Führung der Bank.

Obwohl die Auswirkungen des Markt- und Kreditrisikos aktiv als Gewinnquelle genutzt werden können, gilt es vor allem sicherzustellen, daß solche Risiken die Risikobereitschaft der Bank nicht übersteigen. Daher geht es in erster Linie nicht darum, solche Risiken vollständig zu eliminieren, sondern sie zu messen und gegebenenfalls abzufedern. Das Geschäftsrisiko wird dagegen nie aktiv gesucht, da es normalerweise nur ein Negativrisiko ist; aus diesem Grund liegt der Schwerpunkt hier auf Erkennung und Vorbeugung.

Innerhalb der Bank werden Grundsätze und Verfahren angewandt, die alle wesentlichen Aspekte des Geschäftsrisikos abdecken, unter anderem:

- Verhaltenskodex der Bank
- Katastrophenverhalten/Eventualplanung
- Grundsatz des öffentlichen Zugangs und der Offenlegung von Informationen
- Verfahren in bezug auf korrupte Praktiken und Geldwäsche
- Verfahrensregeln in Fällen von Betrug oder Betrugsverdacht
- Grundsätze der Informationssteuerung
- Richtlinien für die Steuerung von Geschäftsrisiken in der Finanzabteilung
- Beschaffungspolitik.

Diese Strategien ergänzen die anspruchsvolle Geschäftsethik der Bank und das etablierte System interner wechselseitiger Kontrollen sowie der Trennung von Zuständigkeiten, die die Bank vor grundsätzlicher Anfälligkeit gegenüber Geschäftsrisiken schützen.

³ Liegt der VaR-Wert beispielsweise bei Null, deutet dies auf das Fehlen jeglichen Fremdwährungsrisikos und die völlige Übereinstimmung des Zinsrisikos für die Aktiva der Bank mit dem entsprechenden Eckwert hin.

Nutzung von Derivaten

Derivate sind Kontrakte, deren Wert von einem (oder mehreren) zugrundeliegenden Finanzinstrument(en) oder Index abgeleitet wird. Die EBWE macht unter anderem von Derivaten wie Zins- und Währungsswaps, Devisenterminkontrakten, Futures, Optionen sowie Kombinationen dieser Produkte Gebrauch.

Die EBWE benutzt Derivate hauptsächlich zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen der Geschäftstätigkeit der Banking- und Finanzabteilung auftreten. Außerdem wird im Rahmen der allgemeinen Anlagetätigkeit der Finanzabteilung vorbehaltlich der Risikovorsorge in Derivatgeschäften investiert. Darüber hinaus benutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu bestimmten Wertpapieranlagen. Die nachstehende Tabelle enthält Informationen über das Kreditrisiko im Zusammenhang mit den Derivatgeschäften der Bank.

(Millionen Ecu)	31. Dezember 1997	31. Dezember 1996
Kreditderivate ¹	1.936	1.400
Swaps und Optionsvereinbarungen im Freiverkehr ²		
Handelsbestandsrisiko, vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	617	652
Handelsbestandsrisiko, nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	353	460

¹ Diese Beträge entsprechen dem größtmöglichen Verlust der Bank für den Fall, daß die Gegenparteien aufgrund ihrer Kreditderivatvereinbarungen aktiv werden können und die spezifischen Aktiva nicht beizutreiben sind.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

Auf dem Gebiet des Risikomanagements der Finanzabteilung hat die EBWE die G-30-Empfehlungen über den Einsatz von Derivaten angenommen und sich zur besten Geschäftspraxis verpflichtet. Die Bank befolgt sämtliche für die Endbenutzer relevanten Bestimmungen, wie sie in den G-30-Empfehlungen festgelegt sind. Außerdem hat sie sich zur Einhaltung der Empfehlungen über Marktmacher verpflichtet, da sie wie diese Derivate für eine strategische Positionierung innerhalb klar umrissener Grenzen einsetzt.

Die Zinsrisiken im Zusammenhang mit Derivaten werden mit denen aller anderen zinsabhängigen Instrumente verbunden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei solchen Risiken, die für den Einsatz von Derivaten spezifisch sind. Das geschieht zum Beispiel durch die Überwachung des Risikos von Kursschwankungen bei Optionen, des Margenrisikos für Swaps und des Basisrisikos für Terminkontrakte.

Die EBWE wendet bei der Steuerung des Kreditrisikos der Partner bei Freiverkehrstransaktionen mit Derivaten strenge Kriterien an. Nur Unternehmen mit AAA-Rating, Banken mit einem Rating von AA- oder besser sowie staatliche Partner kommen für solche Geschäfte in Frage.

Die Bank bemüht sich um eine weitere Abfederung des Kreditrisikos, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Verfahren zur Verbesserung der Kreditbedingungen zurückgreift. Derivatvorfälle im Freiverkehr werden systematisch im Rahmen von Globalvereinbarungen dokumentiert, die ein Clearing nach Verrechnung sicherstellen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich für diese Bestimmung durch den Nachweis eines möglichst breiten Spektrums an gehandelten Instrumenten mit einem bestimmten Partner im Rahmen einer einzelnen ISDA-basierten Globalvereinbarung zu dokumentieren.

Außerdem greift die Bank weitaus häufiger auf Sicherungsvereinbarungen zurück als zuvor; entsprechende Verhandlungen zum Abschluß solcher Vereinbarungen mit der überwiegenden Mehrheit der Bankpartner im Derivatgeschäft sind derzeit im Gang oder wurden bereits abgeschlossen.

Unternehmensführung

Die EBWE ist dem Prinzip der effektiven Unternehmensführung verpflichtet; die Zuständigkeiten und entsprechenden Kontrollmechanismen sind für alle Bereiche der Bank eindeutig festgelegt und gegeneinander abgegrenzt. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Unternehmensführung. Dieser strukturelle Rahmen wird darüber hinaus durch ein Berichterstattungssystem unterstützt, durch das die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsebenen der Bank zugeschnitten und an die unterschiedlichen Stellen weitergeleitet werden. Dadurch wird sichergestellt, daß das System der wechselseitigen Kontrollen der Bank wirksam umgesetzt wird.

Die grundlegende Satzung der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank. Darin wird festgelegt, daß sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten, leitende Angestellte und einen Mitarbeiterstab verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 60 Anteilseigner der Bank vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat seine Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Es ist für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich übertragenen Befugnisse aus sowie diejenigen, die ihm vom Gouverneursrat übertragen worden sind.

Das Direktorium hat zu seiner Unterstützung drei Ausschüsse gebildet:

- den Finanzprüfungsausschuß
- den Ausschuß für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten
- den Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 1997 ist auf Seite 113 des vorliegenden Berichts im einzelnen aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuß

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt. Er ist der gesetzliche Vertreter der EBWE und führt nach den Weisungen des Direktoriums die laufenden Geschäfte der Bank.

Der Exekutivausschuß besteht aus Mitgliedern der oberen Führungsebene der Bank und untersteht dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Das Konzept der Unternehmensführung der Bank wird durch ein entsprechendes Finanz- und Managementberichtswesen untermauert. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Erfolge ihrer Tätigkeit bereitzustellen und bei der Erarbeitung ihrer für die Öffentlichkeit bestimmten Finanzberichte die Prinzipien der besten Praxis anzuwenden. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung der Budgetvorgaben überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen der für multilaterale Institutionen geltenden Bestimmungen hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, die die nachstehenden Zielsetzungen verfolgt:

- Wettbewerbsfähigkeit, um das Interesse von Spitzenkräften zu wecken und sie an sich zu binden
- Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen
- ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können
- Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diesen Zielsetzungen näherzukommen, haben die Anteilseigner der Bank beschlossen, Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung anzuwenden. Die Bezahlung ist leistungsorientiert.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge von einzelnen Mitarbeitern oder Teams zu den Gesamtleistungen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen diese Bonuszahlungen nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keinerlei Zuwendungen aus dem Bonusfonds. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Das Jahr 2000

Ein Lenkungsausschuß aus Mitgliedern der obersten Führungsebene leitet die Bemühungen der EBWE, dem Softwareproblem zum Jahrtausendwechsel zu begegnen, das zahlreiche Computersysteme bedroht. Das für 1998 vorgesehene Budget für Informationstechnik wurde mit angemessenen Mitteln ausgestattet, um zu gewährleisten, daß rechtzeitig wesentliche Fortschritte zum Schutz der Computersysteme der Bank erzielt werden.

Die Ausgangsposition der Bank ist dank ihrer jungen Geschichte und ihrer zum Großteil modernen Software und Hardware im Hinblick auf die Herausforderung des Jahrtausendwechsels relativ günstig.

Einige Systeme der EBWE, darunter Softwarepakete und maßgeschneiderte Anwendungen, wurden bereits geprüft, und die für einen reibungslosen Übergang notwendigen Korrekturen wurden identifiziert. Die übrigen Systeme werden im Laufe des Jahres 1998 geprüft. Die zur vollständigen Anpassung notwendigen Änderungen bzw. der Austausch von Geräten sollen bis Mitte 1999 abgeschlossen bzw. gründlich getestet sein.

Gleichzeitig bemüht man sich sicherzustellen, daß die sonstige interne Geschäftstätigkeit der Bank durch die Datumsumstellung nicht beeinträchtigt wird.

Der Euro

Die Berichtswährung der EBWE ist der Ecu; daher verfügt die Bank bereits seit ihrer Errichtung über ein komplettes duales Devisenbuchhaltungs- und Rechnungslegungssystem. Da die EBWE Kredite in verschiedenen Währungen aufnimmt und vergibt und keine Privatkunden hat, dürfte die Einführung des Euro wesentlich geringere Auswirkungen auf die EBWE haben als auf viele andere Finanzinstitutionen.

Rechtliche Fragen, die die Kontinuität der Aktiva, Passiva und Derivatkontrakte der EBWE betreffen, sind angesprochen worden, und ein leitender Koordinator wurde ernannt, der gewährleisten soll, daß alle Aspekte des Übergangs hinsichtlich Geschäftstätigkeit, Zahlungen und Dokumentation umfassend und rechtzeitig von der Bank in Angriff genommen werden. Der Umsetzungsplan sieht vor, daß die EBWE an sämtlichen maßgeblichen Umwandlungsprogrammen aller relevanten Zentralbanken teilnimmt.

Stand der Tätigkeit der EBWE

Gewinn und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		220.410	149.446
Aus festverzinslichen Wertpapieren		287.639	160.329
Sonstige Zinsen		54.732	60.615
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(365.536)	(192.371)
Nettozinseinkünfte		197.245	178.019
Dividendenerträge aus Aktienanlagen		16.236	7.726
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	3	44.059	46.049
Finanzgeschäfte	4		
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		76.074	8.715
Reingewinn aus Handelsgeschäften		15.768	3.963
Kursgewinne und -verluste		(3.418)	(730)
Betriebliche Erträge		345.964	243.742
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	5	(137.061)	(133.187)
Abschreibungen		(15.075)	(13.213)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		193.828	97.342
Wertberichtigungen für Verluste	6	(177.678)	(92.454)
Jahresgewinn		16.150	4.888

Bilanz

zum 31. Dezember 1997

	Anmerkung	31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen und Schuldtitel			
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		1.211.801	1.757.849
Schuldtitel	7	5.335.798	5.450.558
		6.547.599	7.208.407
Sonstige Aktiva	8	655.750	487.522
Darlehen und Aktienanlagen			
Darlehen	9	3.462.098	2.460.740
Aktienanlagen	9	842.450	619.737
		4.304.548	3.080.477
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	11	46.816	51.994
Eingezahltes Kapital			
Von Mitgliedern eingegangene Schuldscheine	15	12.315	86.745
Fällige, jedoch noch nicht eingegangene Zahlungen	14	10.218	27.447
Zugesagte, jedoch noch nicht fällige Zahlungen	14	1.917.892	21.622
Summe der Aktiva		13.495.138	10.964.214
Passiva			
Aufgenommene Gelder			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		511.536	1.404.504
Verbriefte Schulden	12	6.874.147	5.572.257
		7.385.683	6.976.761
Sonstige Verbindlichkeiten	13	982.687	872.484
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	6	151.204	121.909
Gezeichnetes Kapital	14	18.369.100	9.883.750
Abrufbares Kapital		(13.492.115)	(6.918.625)
Eingezahltes Kapital		4.876.985	2.965.125
Rücklagen		82.429	23.047
Jahresgewinn		16.150	4.888
Eigenkapital der Mitglieder		4.975.564	2.993.060
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder		13.495.138	10.964.214
Bilanzvermerke			
Verpflichtungen	10	4.345.399	4.056.451

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr

	Gezeichnetes Kapital Ecu 000	Abrufbares Kapital Ecu 000	Rücklage für Umrech- nungs- differenzen Ecu 000	Allgemeine Rücklage Ecu 000	Sonder- rücklage Ecu 000	Rücklage für aufge- laufene Verluste Ecu 000	Zwischen- summe Rücklage Ecu 000	Jahres- gewinn Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Zum 31. Dezember 1995	9.883.750	(6.918.625)	7.397	12.705	31.641	(39.653)	12.090	7.507	2.984.722
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	(128)	-	-	-	(128)	-	(128)
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	3.578	-	-	3.578	-	3.578
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	19.670	(19.670)	-	-	-
Gewinnzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	7.507	7.507	(7.507)	-
Jahresgewinn	-	-	-	-	-	-	-	4.888	4.888
Zum 31. Dezember 1996	9.883.750	(6.918.625)	7.269	16.283	51.311	(51.816)	23.047	4.888	2.993.060
Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung der Kapitaleinlagen	-	-	50.703	-	-	-	50.703	-	50.703
Interner Steueraufwand für das Geschäftsjahr	-	-	-	3.791	-	-	3.791	-	3.791
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	22.701	(22.701)	-	-	-
Gewinnzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	-	-	-	4.888	4.888	(4.888)	-
Kapitalerhöhung	8.450.350	(6.583.990)	-	-	-	-	-	-	1.866.360
Zusätzliche zugeteilte Anteile – Anfangskapital	35.000	10.500	-	-	-	-	-	-	45.500
Jahresgewinn	-	-	-	-	-	-	-	16.150	16.150
Zum 31. Dezember 1997	18.369.100	(13.492.115)	57.972	20.074	74.012	(69.629)	82.429	16.150	4.975.564

Gemäß dem Übereinkommen ist vorgesehen, eine Summe von 22,4 Millionen Ecu 1998 aus dem Gewinn für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr in die Sonderrücklage zu überstellen. Diese Summe besteht aus den designierten Gebühren und Provisionen, die in dem am 31. Dezember 1997 abgelaufenen Geschäftsjahr eingenommen wurden.

In die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen werden die Unterschiedsbeträge eingestellt, die sich aus der Umrechnung von nicht auf Ecu lautenden Kapitaleinlagen ergeben. Es ist übliche Praxis in der Bank, Devisenterminkontrakte abzuschließen, um den bekannten Ecu-Wert zukünftiger in US-Dollar oder japanischen Yen denominierten Kapitalzeichnungen festzulegen. Unterschiedsbeträge zwischen den durch diese Kontrakte erworbenen Erträgen zum einen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Ecu-Beträge zum anderen werden in die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen eingestellt. Wenn vorgesehene Eingänge oder Einlösungstermine nicht eingehalten worden sind, werden Ersatzdevisenterminkontrakte abgeschlossen, die ebenfalls Anpassungen der Umrechnungsrücklage erforderlich machen können. Die Veränderung von 50,7 Millionen Ecu in der Bilanz der Rücklage für Umrechnungsdifferenzen im Jahr 1997 entspricht in der Hauptsache den nicht realisierten Gewinnen aus den Terminalsicherungsgeschäften der zweiten Kapitalaufstockung in bezug auf ihre festen Wechselkurse. Da dies sich auf Kapitaleingänge bezieht, wurde der Gewinn direkt in die Rücklage eingestellt und nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen.

Die allgemeine Rücklage besteht aus den gemäß Artikel 53 des Übereinkommens gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitenden und sonstigen Mitarbeiter einer von der Bank erhobenen internen Steuer auf die von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen verbleibt der Bank die zu ihren Gunsten eingezogene interne Steuer. Laut Artikel 53 des Übereinkommens und Artikel 16 des Sitzabkommens sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt.

Gemäß Übereinkommen wird eine Sonderrücklage zum Ausgleich bestimmter, dort näher definierter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den finanziellen Richtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Sonderrücklage durch Einstellung in Höhe des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Konsortialgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat.

Der Verlustvortrag aus Vorjahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisungen von designierten Gebühren- und Provisionseinkünften in die Sonderrücklage.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung

für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Jahresgewinn für das Geschäftsjahr		16.150		4.888
Anpassungen für:				
Rückstellungen für Verluste		177.678		92.454
Abschreibung auf Sachanlagen		15.075		13.213
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen		(76.074)		(8.715)
Interner Steueraufwand		3.791		3.578
Nicht realisierte Verluste auf Wertpapiere des Handelsbestands		1.303		18.680
Realisierte Gewinne auf Wertpapiere des Anlagenbestands		(4.063)		(1.501)
Devisenschwankungen von Rückstellungen		5.583		–
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen (Zunahme)/Abnahme des Betriebsvermögens:		139.443		122.597
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungskosten		(54.290)		(31.393)
Nettoabnahme der Wertpapiere des Handelsbestands		69.844		1.705.620
Zunahme der Betriebspassiva:				
Zinsaufwand und Zuführungen zu den Rückstellungen		41.670		65.902
Mittelbereitstellung durch laufende Geschäftstätigkeit (netto)		196.667		1.862.726
Cashflow aus der Investitionstätigkeit				
Mittelzufluß aus Rückzahlung von Darlehen		769.923		198.168
Mittelzufluß aus dem Verkauf von Aktienanlagen		102.151		18.510
Mittelzufluß aus Einlösung/Verkauf von Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren		10.562.122		2.670.090
Kauf von festverzinslichen Wertpapieren		(10.566.324)		(5.331.291)
Mittelabfluß für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren		(2.173.518)		(1.328.638)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung		(9.897)		(7.275)
Mittelverwendung (netto) für Investitionstätigkeit		(1.315.543)		(3.780.436)
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Kapitalzeichnungen				228.214
Erhaltene Kapitaleinzahlungen		32.819		
Von Mitgliedern eingelöste Schuldscheine		74.430		
Rücklagen für Umrechnungsdifferenzen		50.703		
Aufnahme verbrieftter Schulden		2.361.674		2.004.534
Tilgung verbrieftter Schulden		(1.053.830)		(750.300)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		1.465.796		1.482.448
Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		346.920		(435.262)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Geschäftsjahres		353.345		788.607
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum Ende des Geschäftsjahres ¹		700.265		353.345
		1997		1996
		Ecu 000		Ecu 000
¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende Bilanzausweise:				
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		1.211.801		1.757.849
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		(511.536)		(1.404.504)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember		700.265		353.345

Anmerkungen zum konsolidierten Jahresabschluß

1 Errichtung der Bank

i Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 1997 waren 58 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

ii Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluss entspricht den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank, die mit den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS) sowie den Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten übereinstimmen. Die folgenden revidierten Grundsätze wurden bereits vor Inkrafttreten angenommen: IAS 1 (1997 revidiert) über die Vorlage von Jahresabschlüssen und IAS 17 (1997 revidiert) zu Pachten.

Mit Ausnahme von Schuldtiteln und damit verbundenen Derivaten, die zu Handelszwecken gehalten und zu Marktpreisen ausgewiesen werden und von Grundbesitz, der zum fairen Marktpreis gehalten wird, wird die Bilanz der Bank gemäß dem Anschaffungskostenwertprinzip ausgewiesen. Finanzielle Aktiva und Passiva werden in die Bilanz aufgenommen, wenn damit verbundene Risiken und Vergütungen übernommen worden sind.

ii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendet die Bank die Europäische Währungseinheit (Ecu) als Maßeinheit für die Ausweise im Jahresabschluss.

Finanzielle Aktiva und Passiva, die in ausländischen Währungen ausgewiesen sind, werden zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Kassakursen umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Ecu umgerechnet. Einkommens- und Aufwendungsposten werden am Monatsende des Auftretens in Ecu umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in britischen Pfund. Diese werden gesichert und zur durchschnittlichen gewichteten Sicherungsrate umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Geschäftsjahres werden erfolgswirksam behandelt. Wo Fremdwährungsaktiva oder -passiva gesichert worden sind, wird der Differenzbetrag zwischen Schlußdevisenkassakurs und gesichertem Kurs unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iii Kapitalzeichnungen

Gemäß dem Übereinkommen sind Kapitalzeichnungen der Mitglieder entweder in Ecu, in US-Dollar oder in japanischen Yen zu leisten. Kapitalzeichnungen in US-Dollar oder japanischen Yen werden gemäß Artikel 6.3 des Übereinkommens zu festen Wechselkursen abgerechnet.

Entsprechend den oben unter (ii) dargestellten Umrechnungsgrundsätzen der Bank werden am Bilanzstichtag im Bestand befindliche Schuldverschreibungen in US-Dollar und japanischen Yen zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Die Differenzbeträge zwischen den nach diesen und den durch die festen Wechselkurse bestimmten Ecu-Gegenwerten werden unter „Sonstige Aktiva“ oder „Sonstige Passiva“ eingestellt.

iv Schuldtitel

Schuldtitel, die langfristig oder bis zur Fälligkeit gehalten werden sollen, werden zum Buchwert abzüglich dauernder Wertminderungen ausgewiesen. Anteilige Agios oder Disagios, die bei Erwerb anfallen, werden in den Zinserträgen ausgewiesen. Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere werden entsprechend der Marktentwicklung bewertet und der resultierende Gewinn oder Verlust wird unmittelbar in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen und zusammen mit dem sich aus der Finanzierung dieser Wertpapiere ergebenden Zinseinkommen und Zinsaufwand unter „Nettogewinn aus dem Wertpapierhandel“ eingestellt.

v Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für dauernde Wertminderung ausgewiesen.

Aktienanlagen, in deren Zusammenhang die Bank Kauf- und Verkaufsoptionsgeschäfte mit kreditwürdigen Partnern eingegangen ist und die eine Mindestrendite garantieren, weisen mit Schuldinstrumenten verbundene Risikomerkmale auf und werden entsprechend als Darlehen eingestuft und ausgewiesen. Aktienanlagen, die der Bank eine Verkaufsoption nur zum Zweck einer Rückzahlung ihrer Investition zuzüglich einer zinsgebundenen Rendite bieten, werden ebenfalls als Darlehen ausgewiesen.

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen für Partner in den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS 28) sowie der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluß von Banken und anderen Finanzinstituten geprüft. Die Bank vertritt die Auffassung, daß im allgemeinen, selbst nach der Übernahme von 20% oder mehr des Beteiligungskapitals, derartige Investitionen noch nicht unter den Begriff Partnerschaft fallen, da die Bank im Normalfall keinen nennenswerten Einfluß auf die Geschäftstätigkeit der Zielunternehmen ausübt. Demgemäß werden diese Investitionen ebenfalls zu Anschaffungskosten abzüglich Rückstellungen ausgewiesen. In Anmerkung 9 finden sich Einzelheiten zu den Aktienanlagen der Bank, die 20% des Aktienkapitals des Zielunternehmens überschreiten oder bei denen die Anschaffungskosten über 10 Millionen Ecu liegen.

vi Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Abwertungen durch Schätzung ermittelt. Die allgemeinen Wertberichtigungen für mögliche Verluste aus nichtstaatlichen Risikoanlagen, die zum Jahresende nicht besonders identifiziert sind, werden in zwei Schritten vorgenommen: bei der Zusage und beim Mittelabfluß. Allgemeine Rücklagen für staatliche Risikoanlagen sind im laufenden Jahr zum ersten Mal eingestellt worden. Diese Rücklagen werden bei Mittelabfluß vorgenommen. Im Falle der Regionalen Wagnisfonds und der Nach-Privatisierungsfonds erfolgt wiederum die erste Wertberichtigung in zwei Schritten: bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung und dann bei der Bewilligung der einzelnen Teilinvestitionen. Zusätzliche allgemeine Wertberichtigungen werden zur Abdeckung der latenten Bestandsrisiken an vertraglichen Verpflichtungen (einschließlich Bürgschaften) sowie von Darlehen und Aktienanlagen vorgenommen. Diese Wertberichtigungen werden außerdem bei Zeichnung der Rahmenvereinbarung über Regionale Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds vorgenommen. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen innerhalb des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. In Anmerkung 6 finden sich Einzelheiten zu den Wertberichtigungen der Bank.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Diese Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sachanlagen werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz:	Null
Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit:	Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung:	1 Jahr

Grundbesitz wird zum fairen Marktwert ausgewiesen, der gegenwärtig dem Buchwert des Besitzes nahekommt. Eine Bewertung des Besitzes wird in Zukunft in regelmäßigen Abständen durchgeführt, und bei Bedarf wird der Buchwert im Jahresabschluss angepaßt. Grundbesitz wird gegenwärtig zu Anschaffungskosten ausgewiesen, da er im Dezember 1997 erworben wurde.

viii Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitaufteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Einkommen aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebührenzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, kann jedoch bei Eingang auf Basis der zugrunde liegenden Leistung des Projekts verbucht werden. Die Bank vereinnahmt Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor nur bei Zahlungseingang.

Pauschalgebühren werden nach Zeichnung der Vereinbarung oder Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt und zwar zum jeweils späteren Zeitpunkt. Bereitstellungsgebühren und für über einen Zeitraum hinweg erbrachte Leistungen eingegangene Gebühren werden für den Zeitraum vereinnahmt, in dem die Zusage besteht oder die Leistungen erbracht werden. Andere Gebühren und Provisionen werden auf Cash-Grundlage ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungsjagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

ix Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans tragen die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) zu gleichen Teilen Beiträge, um bei Eintreten des Ruhestands eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttobasisgehalts ab. Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten und können nur für die Erbringung der Leistungen im Rahmen der Pläne verwendet werden. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitrags- und festgelegten Leistungsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Zuwendungen zu dem festgelegten Leistungsplan entsprechen den laufenden Leistungskosten nach Gutachten qualifizierter externer Versicherungssachverständiger. Versicherungsmathematische Überschüsse werden über die betriebsgewöhnliche Restarbeitsdauer der Mitarbeiter abgeschrieben.

x Besteuerung

In Übereinstimmung mit Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xi Öffentliche Zuschüsse

Öffentliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschufähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet.

Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz passivisch abgegrenzt.

xii Derivate als Finanzinstrumente

Im Rahmen ihrer laufenden Geschäftstätigkeit ist die Bank Partei derivativer Transaktionen, einschließlich Devisen- und Zinsswapvereinbarungen, Termin- und Optionsgeschäften sowie Devisenterminkontrakten. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Zins- und Währungsrisiken der Bank in ihrem Aktiv- und Passivgeschäft und voraussichtliche zukünftige Cashflows in fremder Währung zu steuern und bei der Investition der flüssigen Mittel der Finanzabteilung die Marktstimmung zu berücksichtigen. Außerdem handelt die Bank als intermediäre Bereitstellerin dieser Instrumente für ihre Kunden und sichert sich selbst durch Ausgleichsgeschäfte mit Dritten gegen entsprechende Verluste. Bei Derivatgeschäften, die im Jahresabschluss als Sicherungsgeschäfte erfasst werden, muß das Verlustrisiko der besicherten Position entweder eliminiert oder stark verringert werden, die Transaktion muß von Anfang an als Sicherungsgeschäft bezeichnet werden und während des Verlaufs des Sicherungszeitraums in Kraft bleiben. Gewinne und Verluste aus Sicherungsgeschäften werden auf gleicher Basis wie die aus gesicherten Geschäften verbucht. Mit dem eigenen Wertpapierhandel der Bank in Verbindung stehende Derivate werden zum Marktwert angesetzt, und die entsprechenden Gewinne und Verluste werden sofort unter „Finanzgeschäft“ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Die Bank stellt für ihr Swap- und Freiverkehrsoptions-Portfolio eine Rücklage für Kreditrisiken, Abschlusskosten und laufende Verwaltungskosten ein.

xiii Tochtergesellschaft

Der konsolidierte Jahresabschluss schließt die Beteiligung der Bank an The Minotaur Fund Limited ein. Dabei handelt es sich um eine auf den Bermudas eingetragene Investmentfondsgesellschaft mit beschränkter Haftung, bei der die Bank 100% der Anteile hält. Diese Gesellschaft ist nicht aktiv.

3 Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Pauschalgebühren	21.193	21.311
Bereitstellungsgebühren	16.295	16.176
Managementgebühren	1.929	2.120
Sonstige	4.642	6.442
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	44.059	46.049

4 Finanzgeschäfte

	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen	76.074	8.715

Der Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen 1997 spiegelt die Veräußerung von Anlagen in Estland, Lettland, Polen und der Tschechischen Republik sowie die teilweise Veräußerung von Anlagen in den baltischen Ländern, Polen, der Ukraine, Ungarn und den Regionalfonds wider.

Der Gewinn im Jahr 1996 ist mit der Veräußerung von Investitionen in Estland und Ungarn und der teilweisen Veräußerung von Investitionen in Lettland, Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn verbunden.

Nettogewinn aus Handelsgeschäften	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Anlagebestand	4.063	1.501
Handelsbestand	11.705	2.462
Nettogewinn aus Handelsgeschäften	15.768	3.963

Im Fall des Anlagebestands der Bank bedeutet Nettogewinn aus Handelsgeschäften die realisierten Gewinne aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Portfolio. Im Fall des Handelsbestands schließt der Nettogewinn sowohl realisierte

als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen ein.

5 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	1997	1996
	Ecu 000	Ecu 000
Personalaufwand (i) (ii)	84.868	81.787
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse (iii)	52.193	51.400
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	137.061	133.187

(i) Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfaßten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 786 Festangestellten (1996: 756), 128 vertraglichen Mitarbeitern (davon 100 mit Sonderverträgen und 28 Praktikanten/Aushilfskräfte), 153 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 76 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren wurden 37 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 1997 waren beschäftigt: 804 (1996: 766) Festangestellte, 122 vertragliche Mitarbeiter (davon 96 mit Sonderverträgen und 26 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 190 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 73 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren wurden 35 extern finanziert.

(ii) Der Personalaufwand für das Geschäftsjahr schließt Kosten für die Altersversorgung in Höhe von 12,6 Millionen Ecu ein (1996: 10,7 Millionen Ecu). Weitere Einzelheiten in Verbindung mit den Pensionsplänen für Mitarbeiter finden sich in Anmerkung 22.

(iii) Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Ecu in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (1996: 2,1 Millionen Ecu).

Die Bank pflegt Devisenkontrakte abzuschließen, um die hauptsächlich in Pfund Sterling denominierten Aufwendungen abzusichern und dafür zu sorgen, daß sie bei der für die Berichterstattung vorgenommenen Umrechnung in Ecu durch eine Aufwertung des Pfunds gegenüber dem Ecu nicht negativ beeinflusst werden. Die Anwendung dieser Praxis hatte zur Folge, daß die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen 1997 um 25,4 Millionen Ecu (1996: 4,1 Millionen Ecu) vermindert werden konnten. Außerdem hat die Bank eine Reihe von Optionskontrakten abgeschlossen, um die Aufwendungen in Pfund Sterling abzusichern, die für künftige allgemeine Verwaltungsaufwendungen erforderlich sind. Sicherungsgeschäfte bestehen für etwa 75% des bewilligten Budgets für 1998, 50% der geschätzten Aufwendungen für 1999 und 25% für die für 2000 und 2001. Zum 31. Dezember 1997 wies der Marktwert dieser Optionen einen Gewinn von 39,8 Millionen Ecu aus, der gemäß den Rechnungslegungsvorschriften der Bank passivisch abgegrenzt worden ist und in den entsprechenden Jahren ergebniswirksam verbucht wird.

6 Rückstellungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Darlehen Ecu 000	Normale Beteiligung Ecu 000	Frühphasen- beteiligung Ecu 000	Gesamte Darlehen und Beteiligungen Ecu 000	Garantien und Sonstiges Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000	1996 Gesamt Ecu 000
Rückstellungen für das Geschäftsjahr:							
Allgemeine Rückstellungen für:							
im Umlauf befindliche Auszahlungen	24.229	12.439	6.088	42.756	509	43.265	34.559
ausstehende Zusagen	11.440	1.994	4.255	17.689	-	17.689	24.270
Garantien	-	-	-	-	(982)	(982)	698
Allgemeine Rückstellungen für Länderrisiken	47.360	-	-	47.360	-	47.360	-
Sonderrückstellungen	32.835	24.922	-	57.757	-	57.757	20.022
Bestandsrisiko	10.634	1.711	124	12.469	120	12.589	12.905
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	126.498	41.066	10.467	178.031	(353)	177.678	
Für das am 31. Dezember 1996 abgelaufene Geschäftsjahr	52.427	30.060	8.897	91.384	1.070		92.454

Veränderungen bei Rückstellungen	Darlehen Ecu 000	Normale Beteiligung Ecu 000	Frühphasen- beteiligung Ecu 000	Gesamte Darlehen und Beteiligungen Ecu 000	Garantien und Sonstiges Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Stand 1. Januar 1997	126.992	77.633	27.792	232.417	2.948	235.365
Rückstellungen	126.498	41.066	10.467	178.031	(353)	177.678
Kursberichtigungen	4.407	1.166	-	5.573	10	5.583
Abzüglich abgeschriebener Darlehen	(9.213)	-	-	(9.213)	-	(9.213)
Zum 31. Dezember 1997	248.684	119.865	38.259	406.808	2.605	409.413
Analyse nach:						
Allgemeine Rücklagen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	67.243	54.218	7.783	129.244	597	129.841
Allgemeine Rücklagen für Länderrisiken	47.360	-	-	47.360	-	47.360
Sonderrückstellungen	39.018	41.990	-	81.008	-	81.008
Rückstellungen für Verluste, abgezogen von den Aktiva	153.621	96.208	7.783	257.612	597	258.209
Allgemeine Rücklagen für ausstehende Zusagen	36.055	13.412	27.813	77.280	-	77.280
Allgemeine Rücklagen für Garantien	-	-	-	-	327	327
Bestandsrisiko	59.008	10.245	2.663	71.916	1.681	73.597
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	95.063	23.657	30.476	149.196	2.008	151.204
Zum 31. Dezember 1997	248.684	119.865	38.259	406.808	2.605	409.413

„Frühphasenbeteiligung“ bezieht sich auf Projekte, die Umstrukturierung und nachfolgende Privatisierung staats eigener Unternehmen oder die Umstrukturierung kürzlich privatisierter Unternehmen erleichtern.

Die allgemeinen Rücklagen stützen sich auf eine risikobewertende Vorgehensweise bei nichtstaatlichen Risikoanlagen, die in zwei Schritten angewendet wird. Ein anfänglicher Betrag von 50% der Rücklage wird zum Zeitpunkt der Zusage und die verbleibenden 50% werden zum Zeitpunkt des Mittelabflusses fällig. Für alle staatlichen Risikowerte wird eine 3%ige Rücklage für im Umlauf befindliche Auszahlungen fällig. Von den Gesamtgebühren von 47,4 Millionen Ecu im Jahr 1997 entfielen 33,3 Millionen Ecu auf staatliche Verlustrisiken zum 31. Dezember 1996.

Im Fall von Regionalen Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds, die einen Teil der Frühphasenbeteiligung ausmachen, werden 25% bei Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung fällig. Weitere 25% fallen bei Unterzeichnung der einzelnen Teilinvestition an, und die verbleibenden 50% der Rückstellung werden wiederum beim Mittelabfluß vorgenommen. Die mit der Zusage verbundene Rückstellung ist eingeschlossen, außerdem eine Rückstellung für das Bestandsrisiko, zum Satz von 0,75% für alle Zusagen abzüglich Rückzahlungen die unter „Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken“ ausgewiesen wird. Allgemeine bei Mittelabfluß vorgenommene Rückstellungen sowie Sonderrückstellungen werden als Abzüge von den Aktivkategorien „Darlehen“ und „Aktienanlagen“ ausgewiesen.

7 Wertpapiere

	1997	1996
	Buchwert	Buchwert
	Ecu 000	Ecu 000
<i>Aufgegliedert nach Emittenten</i>		
Regierungen	603.690	1.601.600
Körperschaften des öffentlichen Rechts	915.310	439.423
Sonstige Kreditnehmer	3.816.798	3.409.535
	5.335.798	5.450.558
<i>Aufgegliedert nach Bestand</i>		
Anlagebestand	4.331.820	4.482.129
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	18.020	125.054
Extern verwaltete Fonds	985.958	843.375
	1.003.978	968.429
Zum 31. Dezember	5.335.798	5.450.558

8 Sonstige Aktiva

	1997	1996
	Ecu 000	Ecu 000
Zinsforderungen	185.930	154.732
Aus dem Wertpapiergeschäft	413.016	308.945
Sonstige	56.804	23.845
Zum 31. Dezember	655.750	487.522

9 Darlehen und Aktienanlagen

	Darlehen	Normale	Frühphasen-	Gesamte
	Ecu 000	Beteiligung	beteiligungen	Aktienanlagen
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf				
Stand 1. Januar 1997	2.554.149	632.633	7.073	639.706
Auszahlungen	1.714.188	306.215	26.597	332.812
Rückzahlungen/Vorzeitige Tilgungen/Abgänge zu Anschaffungskosten	(769.923)	(26.040)	(37)	(26.077)
Kursberichtigungen	126.518	-	-	-
Abschreibungen	(9.213)	-	-	-
Zum 31. Dezember 1997	3.615.719	912.808	33.633	946.441
Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	(153.621)	(96.208)	(7.783)	(103.991)
Gesamt abzüglich Rückstellungen Stand 31. Dezember 1997	3.462.098	816.600	25.850	842.450
Gesamt abzüglich Rückstellungen Stand 31. Dezember 1996	2.460.740	614.359	5.378	619.737
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt				
Zum 31. Dezember 1997	3.674.710	355.487	103.403	458.890
Zum 31. Dezember 1996	3.474.616	316.462	59.419	375.881

Im Forderungsbestand zum 31. Dezember 1997 sind acht Darlehen über insgesamt 117,6 Millionen Ecu (1996: 10,2 Millionen Ecu) an notleidenden Forderungen enthalten, für die weder Zins- noch Tilgungsleistungen eingingen. Besondere Rückstellungen von 7,5 Millionen Ecu (1996: 6,4 Millionen Ecu) wurden für diese Darlehen vorgenommen.

Frühphasenbeteiligungen schließen Regionale Wagnisfonds und Nach-Privatisierungsfonds ein, bei denen Zusagen erst bei Unterzeichnung einzelner Teilprojektvereinbarungen ergebniswirksam verbucht werden. Wagnisfonds-Rahmenvereinbarungen abzüglich gezeichneter Teilprojekte beliefen sich zum 31. Dezember 1997 auf 351,1 Millionen Ecu (1996: 338,5 Millionen Ecu).

Zusätzlich zu den oben aufgeführten Darlehen und Aktienanlagen hat die Bank Garantien in Höhe von 195,1 Millionen Ecu zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt (1996: 206,0 Millionen Ecu).

Nachfolgend aufgelistet sind Anlagen, bei denen die Bank mit Stand vom 31. Dezember 1997 20% des Aktienkapitals des Zielunternehmens besaß und wo die Gesamtinvestition der Bank sich auf mehr als 10,0 Millionen Ecu belief. Bedeutende Aktienanteile hält die Bank normalerweise möglichst nur dann, wenn mit nachfolgender externer Beteiligung zu rechnen ist.

	Anteil in %
Barum	24,4
Budapest Bank	32,4
Framlington Russian Investment Fund	24,9
Korado	44,3
Lafarge	31,0
Polish Private Equity Fund	33,3
Schooner Capital	34,9
Sodi	24,3
United Bulgarian Bank	35,0

10 Übersicht über die Geschäftstätigkeit

Aufgliederung nach Ländern

	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1997 Ecu 000	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1996 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1997 Ecu 000	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1996 Ecu 000
Albanien	33.789	34.528	24.250	24.571
Armenien	53.689	35.425	28.610	40.964
Aserbaidschan	30.246	8.045	80.421	64.388
Bosnien und Herzegowina	6.171	-	42.968	26.343
Bulgarien	164.014	79.108	93.717	123.953
Estland	108.383	66.362	30.903	55.211
Georgien	28.701	9.660	39.651	20.850
Kasachstan	38.293	29.455	162.786	112.420
Kirgisistan	84.093	63.202	39.825	22.917
Kroatien	196.813	117.939	133.145	194.207
Lettland	73.289	59.654	89.936	101.211
Litauen	90.772	58.739	32.081	74.815
EJR Mazedonien	79.207	55.552	61.364	86.259
Moldau	50.791	30.978	85.444	77.378
Polen	485.568	341.547	351.816	353.798
Rumänien	384.513	232.516	566.374	519.765
Russische Föderation	1.128.126	634.028	1.097.512	995.021
Slowakische Republik	244.792	241.155	34.396	34.791
Slowenien	173.303	149.566	137.784	166.031
Tadschikistan	1.540	-	7.518	6.684
Tschechische Republik	115.090	158.477	135.443	85.706
Turkmenistan	30.152	4.335	101.808	49.096
Ukraine	149.301	84.457	349.443	214.945
Ungarn	562.532	507.804	221.825	336.288
Usbekistan	117.896	91.132	242.733	128.741
Weißrußland	92.327	48.926	51.263	88.122
Regional	71.270	59.038	102.383	51.976
Stand 31. Dezember	4.594.661	3.201.628	4.345.399	4.056.451

Aufgliederung nach Sektoren

Energie/Elektrizitätserzeugung	312.453	246.123	985.959	660.441
Finanz-/Geschäftswesen	1.534.469	940.532	1.083.875	1.332.987
Handel und Fremdenverkehr	154.302	53.438	168.050	146.983
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	42.471	20.523	127.787	127.370
Primärindustrien	82.577	137.493	37.819	18.797
Rohstoffindustrien	315.101	301.671	97.262	118.781
Telekommunikation	513.369	356.168	218.313	317.127
Verarbeitende Industrie	718.269	463.766	652.924	344.592
Verkehrswesen	921.650	681.914	973.410	989.373
Stand 31. Dezember	4.594.661	3.201.628	4.345.399	4.056.451

11 Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen Ecu 000	Technik und Büroausstattung Ecu 000	Gesamt Ecu 000
<i>Anschaffungskosten</i>			
Stand 1. Januar 1997	62.391	42.474	104.865
Zugänge	3.045	6.852	9.897
Abgänge	–	(2.187)	(2.187)
Stand 31. Dezember 1997	65.436	47.139	112.575
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 1997	17.290	35.581	52.871
Belastungen	5.089	9.986	15.075
Abgänge	–	(2.187)	(2.187)
Stand 31. Dezember 1997	22.379	43.380	65.759
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 1997	43.057	3.759	46.816
Stand 31. Dezember 1996	45.101	6.893	51.994

Bevorstehende Zusagen in Verbindung mit dem Erwerb von Grundbesitz belaufen sich auf insgesamt 0,3 Millionen Ecu.

12 Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung zum 31. Dezember 1997 enthält die nicht getilgten verbrieften Schulden der Bank und dazugehörige Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert Ecu 000	Agio/ (Disagio) Ecu 000	Korrigierte Kapital- beträge Ecu 000	Forderungen/ Verbindlichkeiten aus Währungs- swaps Ecu 000	1997 Nettowährungs- verbind- lichkeiten Ecu 000	1996 Nettowährungs- verbind- lichkeiten Ecu 000
Australische Dollar	226.393	–	226.393	(226.393)	–	–
Belgische Francs	98.105	–	98.105	(98.105)	–	–
Britische Pfund	466.015	406	466.421	(282.283)	184.138	39.847
Deutsche Mark	194.746	(759)	193.987	–	193.987	697.159
Ecu	735.000	–	735.000	(72.390)	662.610	791.474
Französische Francs	128.564	(38.190)	90.374	–	90.374	88.034
Goldbarren	672.081	–	672.081	(672.081)	–	–
Griechische Drachmen	145.871	–	145.871	(145.871)	–	–
Holländische Gulden	145.930	(15.668)	130.262	(130.262)	–	–
Hongkong-Dollar	185.852	666	186.518	(186.518)	–	–
Italienische Lire	258.041	–	258.041	(157.091)	100.950	119.538
Japanische Yen	1.202.580	–	1.202.580	(662.470)	540.110	571.176
Kanadische Dollar	208.250	19	208.269	(208.269)	–	–
Neue Taiwan-Dollar	249.558	–	249.558	(249.558)	–	–
Neuseeländische Dollar	23.500	–	23.500	(23.500)	–	–
Philippinische Pesos	66.687	–	66.687	(66.687)	–	–
Schwedische Kronen	28.649	–	28.649	(28.649)	–	–
Schweizer Franken	36.511	93	36.604	(36.604)	–	–
Spanische Peseten	428.270	–	428.270	(428.270)	–	–
Südafrikanische Rand	5.408.273	(5.088.546)	319.727	(319.727)	–	–
Südkoreanische Won	50.663	–	50.663	(50.663)	–	–
Tschechische Kronen	26.279	(18)	26.261	–	26.261	29.409
Ungarische Forint	13.327	–	13.327	–	13.327	14.946
US-Dollar	1.011.169	5.830	1.016.999	4.045.391	5.062.390	3.220.674
Stand 31. Dezember	12.010.314	(5.136.167)	6.874.147	–	6.874.147	5.572.257

Zusätzlich zu den öffentlichen und privaten Plazierungen enthält die vorstehende Tabelle 73 Kredite mit einem Gesamtwert von insgesamt 2,6 Milliarden Ecu, die im Rahmen des mittelfristigen Euro-Emissionsprogramms der Bank aufgenommen wurden. Weiterhin gehören 45 Kredite mit einem Gesamtwert von 939,1 Millionen

Ecu dazu, die im Rahmen des kurzfristigen Emissionsprogramms der Bank aufgenommen wurden. Im Lauf des Jahres zahlte die Bank Anleihen und mittelfristige Schuldtitel im Wert von 847,0 Millionen Ecu vor Fälligkeit zurück und erwirtschaftete damit einen Nettogewinn von 6,3 Millionen Ecu.

13 Sonstige Verbindlichkeiten

	1997	1996
	Ecu 000	Ecu 000
Zinsverbindlichkeiten	153.741	141.227
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	730.840	671.680
Sonstige	98.106	59.577
Stand 31. Dezember	982.687	872.484

14 Gezeichnetes Kapital

	1997	1997	1996	1996
	Anzahl der	Gesamt	Anzahl der	Gesamt
	Anteile	Ecu 000	Anteile	Ecu 000
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>Davon:</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.875	9.918.750	988.375	9.883.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	845.035	8.450.350	–	–
Teilsomme – gezeichnetes Kapital	1.836.910	18.369.100	988.375	9.883.750
Noch nicht gezeichnet	142.165	1.421.650	1.000.000	10.000.000
Zuzuteilende Anteile ¹	4.675	46.750	–	–
Nicht zugeweilte Anteile	16.250	162.500	11.625	116.250
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die den Ländern, die ehemals Teile Jugoslawiens waren, potentiell zur Verfügung stehen.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Ecu. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, daß Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, daß im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluß aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Durch die am 15. April 1996 angenommene Resolution Nr. 59 bewilligte das Direktorium vorbehaltlich der Bedingungen dieser Resolution eine Verdoppelung des genehmigten Stammkapitals der Bank von 10 Milliarden Ecu auf 20 Milliarden Ecu. Von den 10 Milliarden Ecu, um die das Stammkapital erhöht wurde, sind 22,5% eingezahlte Anteile, die in acht gleichen Jahresraten einzuzahlen sind, und der Rest (77,5%) besteht aus abrufbaren Anteilen. In der Resolution wurde der 31. Dezember 1997 als Schlußtermin für die Zeichnung der Kapitalerhöhung durch die Mitglieder festgesetzt. Eine Verlängerung der Frist muß, falls erforderlich, vom Gouverneursrat genehmigt werden.

Gemäß den Regelungen der Resolution trat die Kapitalerhöhung am 3. April 1997 zu dem Zeitpunkt in Kraft, als die bei der Bank eingegangenen Zeichnungen die in der Resolution vorgeschriebene Höhe übertrafen. Zum 31. Dezember 1997 hatten 48 Mitglieder – wie in der folgenden Aufstellung der Kapitalzeichnungen im einzelnen aufgeführt – Zeichnungsurkunden für insgesamt 845.035 Anteile bei der Bank hinterlegt.

Die ursprünglich im Übereinkommen vorgesehene Anzahl von nicht zugeweilten Anteilen belief sich auf 125 Anteile. Durch Resolution Nr. 15 des Gouverneursrats

wurden 15.500 Anteile, die ursprünglich für die Zeichnung durch die ehemalige Deutsche Demokratische Republik bestimmt waren, den nicht zugeweilten Anteilen hinzugefügt. Von diesen wurden im letzten Quartal 1991 1.000 Anteile Albanien zugeweiht, und je 1.000 Anteile wurden im ersten Quartal 1992 Estland, Lettland und Litauen zugeweiht. Die Zahl der übrigen nicht zugeweilten Anteile (11.625) wurde infolge der Kapitalerhöhung verdoppelt. Durch die am 9. Mai 1997 angenommene Resolution Nr. 63 des Gouverneursrats wurden 3.500 zusätzliche Anteile des ursprünglichen Stammkapitals der Republik Korea zugeweiht. Mit Inkrafttreten dieser Sonderzeichnungserhöhung erhielt die Republik Korea das auch in Anspruch genommene Recht, im Rahmen der Kapitalerhöhung 3.500 weitere Anteile zu zeichnen. Dies hatte zum Ergebnis, daß die Gesamtzahl der verbleibenden nicht zugeweilten Anteile zum Jahresende 16.250 betrug.

Durch die Resolutionen Nr. 21, 27 und 37 des Gouverneursrats wurden die von der ehemaligen UdSSR gezeichneten 60.000 Anteile Ländern (außer den baltischen Ländern) zugeweiht, die früher Teil der UdSSR waren. Durch die Resolutionen Nr. 30, 31, 34, 35, 53 und 56 des Gouverneursrats wurden 8.125 der 12.800 durch das ehemalige Jugoslawien gezeichneten Anteile Kroatien (3.646 Anteile), Slowenien (2.098 Anteile), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (691 Anteile) und Bosnien und Herzegowina (1.690 Anteile) zugeweiht. Die übrigen 4.675 Anteile werden zu gegebener Zeit Ländern des ehemaligen Jugoslawien zugeweiht.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht verteilten Anteile, überfälligen Zeichnungen und der beschränkten Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Außerdem weist diese aus, welche Länder die Kapitalerhöhung gezeichnet haben. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig solange reduziert, bis die Verpflichtung erfüllt ist. In Anmerkung 15 finden sich Einzelheiten über überfällige Einlösungen von durch Mitglieder hinterlegten Schuldscheinen.

Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)	Kapital- erhöhung, gezeichnete Anteile (Anzahl)	Gesamt- anteile (Anzahl)	Stimm- rechte, eingeschränkte Stimmen ¹	Stimm- rechte, resul- tierende Stimmen	Gesamtes Kapital Ecu 000	Abruf- bares Kapital Ecu 000	Einlage- kapital; noch nicht fällige Beträge Ecu 000	Einlage- kapital; fällige, noch nicht einge- gangene Beträge Ecu 000	Einlage- kapital; einge- gangene Beträge Ecu 000
Aufstellung der Kapitalzeichnungen Stand 31. Dezember 1997									
Mitglieder									
Mitglieder der Europäischen Union									
Belgien	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	51.300	–	68.400
Dänemark	12.000	24.000	–	24.000	240.000	177.000	27.000	–	36.000
Deutschland	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	191.640	–	255.525
Finnland	12.500	25.000	–	25.000	250.000	184.370	28.130	–	37.500
Frankreich	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	191.640	–	255.525
Griechenland	6.500	13.000	–	13.000	130.000	95.870	14.630	–	19.500
Irland	3.000	6.000	–	6.000	60.000	44.250	6.750	–	9.000
Italien	–	85.175	–	85.175	851.750	596.225	–	–	255.525
Luxemburg	2.000	4.000	–	4.000	40.000	29.500	4.500	–	6.000
Niederlande	24.800	49.600	–	49.600	496.000	365.800	55.800	–	74.400
Österreich	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	51.300	–	68.400
Portugal	4.200	8.400	–	8.400	84.000	61.950	9.450	–	12.600
Schweden	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	51.300	–	68.400
Spanien	–	34.000	10	33.990	340.000	238.000	–	–	102.000
Vereinigtes Königreich	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	191.640	–	255.525
Europäische Gemeinschaft	30.000	60.000	–	60.000	600.000	442.500	67.500	–	90.000
Europäische Investitionsbank	30.000	60.000	–	60.000	600.000	442.500	67.500	–	90.000
Weitere europäische Länder									
Island	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	2.250	–	3.000
Israel	6.500	13.000	–	13.000	130.000	95.870	14.630	–	19.500
Liechtenstein	200	400	–	400	4.000	2.950	450	–	600
Malta	100	200	–	200	2.000	1.470	230	–	300
Norwegen	12.500	25.000	–	25.000	250.000	184.370	28.130	–	37.500
Schweiz	22.800	45.600	–	45.600	456.000	336.300	51.300	–	68.400
Türkei	11.500	23.000	–	23.000	230.000	169.620	25.880	–	34.500
Zypern	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	2.250	–	3.000
Einsatzländer									
Albanien	1.000	2.000	733	1.267	20.000	14.750	2.250	2.200	800
Armenien	500	1.000	–	1.000	10.000	7.370	1.130	–	1.500
Aserbaidshjan	–	1.000	700	300	10.000	7.000	–	1.500	1.500
Bosnien und Herzegowina	–	1.690	451	1.239	16.900	11.830	2.028	1.014	2.028
Bulgarien	7.900	15.800	–	15.800	158.000	116.520	17.780	–	23.700
Estland	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	1.856	–	3.394
Georgien	1.000	2.000	667	1.333	20.000	14.750	2.250	900	2.100
Kasachstan	–	2.300	–	2.300	23.000	16.100	–	–	6.900
Kirgisistan	–	1.000	367	633	10.000	7.000	–	1.100	1.900
Kroatien	3.646	7.292	–	7.292	72.920	53.780	10.328	–	8.812
Lettland	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	2.250	–	3.000
Litauen	1.000	2.000	–	2.000	20.000	14.750	2.250	–	3.000
EJR Mazedonien	691	1.382	62	1.320	13.820	10.200	1.904	–	1.716
Moldau	1.000	2.000	67	1.933	20.000	14.750	2.250	–	3.000
Polen	12.800	25.600	–	25.600	256.000	188.800	28.800	–	38.400
Rumänien	4.800	9.600	–	9.600	96.000	70.800	10.800	–	14.400
Russische Föderation	40.000	80.000	–	80.000	800.000	590.000	90.000	–	120.000
Slowakische Republik	4.267	8.534	–	8.534	85.340	62.939	9.600	–	12.801
Slowenien	2.098	4.196	–	4.196	41.960	30.940	5.920	–	5.100
Tadschikistan	–	1.000	800	200	10.000	7.000	–	1.800	1.200
Tschechische Republik	8.533	17.066	–	17.066	170.660	125.861	19.200	–	25.599
Turkmenistan	100	200	3	197	2.000	1.470	230	–	300
Ukraine	8.000	16.000	–	16.000	160.000	118.000	18.000	–	24.000
Ungarn	7.900	15.800	–	15.800	158.000	116.520	17.780	–	23.700
Usbekistan	2.100	4.200	–	4.200	42.000	30.970	4.730	–	6.300
Weißrußland	2.000	4.000	–	4.000	40.000	29.500	4.500	–	6.000
Nicht zugeweilte Anteile für die Länder, die ehemals Bestandteil Jugoslawiens waren	–	4.675 ²	–	–	46.750	32.730	11.216	–	2.804
Außereuropäische Länder									
Australien	–	10.000	–	10.000	100.000	70.000	–	–	30.000
Ägypten	–	1.000	–	1.000	10.000	7.000	–	–	3.000
Japan	85.175	170.350	–	170.350	1.703.500	1.256.335	191.640	–	255.525
Kanada	34.000	68.000	–	68.000	680.000	501.500	76.500	–	102.000
Republik Korea	10.000	20.000	–	20.000	200.000	147.500	22.500	–	30.000
Mexiko	–	3.000	–	3.000	30.000	21.000	–	–	9.000
Marokko	–	1.000	33	967	10.000	7.000	–	–	3.000
Neuseeland	–	1.000	–	1.000	10.000	7.000	–	–	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	100.000	200.000	568	199.432	2.000.000	1.475.000	225.000	1.704 ³	298.296
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	845.035	1.836.910	4.461	1.827.774	18.369.100	13.492.115	1.917.892	10.218	2.948.875
Nicht zugeweilte Anteile		20.925			209.250				
Autorisiertes und begebenes Stammkapital		1.857.835			18.578.350				

¹ Stimmrechte nicht ausübbar aufgrund nicht eingegangener Beträge aus Verpflichtungen des Mitglieds im Hinblick auf Einlagekapital.

² Die mit diesen Anteilen verbundenen Stimmrechte sind bis zur Neuaufteilung ausgesetzt worden. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.832.235.

³ Geplante Einzahlungstermine für die Gesamtsumme der ausstehenden Beträge sind von den Vereinigten Staaten bestätigt worden; die letzte Überweisung ist im Oktober 1998 fällig.

15 Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	Insgesamt erhalten Ecu 000	Wechselkurs-gewinn/(-verlust) Ecu 000	In Anspruch genommener Betrag Ecu 000	1997 Ausstehender Betrag Ecu 000	1996 Ausstehender Betrag Ecu 000
<i>Emissionswährung</i>					
Europäische Währungseinheiten	657.830	–	(653.930)	3.900	54.424
Japanische Yen	127.762	4.684	(132.446)	–	10.245
US-Dollar	363.760	(7.360)	(347.985)	8.415	22.076
Stand 31. Dezember	1.149.352	(2.676)	(1.134.361)	12.315	86.745

Gemäß dem Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50% jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60% jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen.

Die Schuldscheine oder anderen Schuldtitel lauten auf Ecu, US-Dollar oder japanische Yen. In Übereinstimmung mit einem vom Direktorium eingeführten Verfahren für die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen von

Mitgliedern im Zusammenhang mit ihren ursprünglichen Zeichnungen 1992 oder später hinterlegten Schuldtiteln ist jeder derartige Schuldschein oder andere Schuldtitel in drei gleichen jährlichen Raten abgerufen worden. Das in Verbindung mit Zeichnungen für die Kapitalerhöhung angenommene Verfahren sieht die Inanspruchnahme von Schuldscheinen oder anderen Schuldtiteln in fünf gleichen Jahresraten vor.

Die in US-Dollar oder Yen ausgestellten Schuldscheine oder anderen Anleihen wurden entweder zu den am Einlösungstag gültigen Wechselkursen oder, falls sie am Jahresende noch im Bestand waren, zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Marktkursen in Ecu umgerechnet.

Neun Mitgliedsländer sind mit der Einlösung der hinterlegten Schuldscheine wie folgt im Rückstand:

Mitgliedsland	1991 Schuld-scheine Ecu 000	1992 Schuld-scheine Ecu 000	1993 Schuld-scheine Ecu 000	1994 Schuld-scheine Ecu 000	1995 Schuld-scheine Ecu 000	Zusätzliches Kapital ¹ Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000
Aserbaidtschan	106	211	317	–	–	–	634
Bosnien und Herzegowina	–	–	–	–	–	169	169
EJR Mazedonien	–	–	–	–	10	177	187
Georgien	–	211	317	317	318	–	1.163
Marokko	–	–	–	–	100	–	100
Moldau	–	–	–	–	211	–	211
Spanien	–	–	–	–	32	–	32
Tadschikistan	–	317	211	106	–	–	634
Turkmenistan	–	–	–	–	11	–	11
Stand 31. Dezember	106	739	845	423	682	346	3.141

¹ Bezieht sich auf Anteile, die Ländern zugeteilt sind, die Teil des ehemaligen Jugoslawien waren.

Darüber hinaus steht noch die Einlösung der früher vom ehemaligen Jugoslawien gehaltenen, aber noch nicht zugeteilten Anteile in Höhe von 1,40 Millionen Ecu aus.

Die oben aufgeführten ausstehenden Schuldscheineinlösungen kommen zu den fälligen, aber noch nicht eingegangenen in der Tabelle unter Anmerkung 14 aufgestellten 10,2 Millionen Ecu hinzu. Dies schließt den Nichteingang von Schuldscheinen im Wert von 1,7 Millionen Ecu ein.

16 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Japanische Yen Ecu 000	Deutsche Mark Ecu 000	Sonstige Währungen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	126.212	898.913	117.695	665	68.316	1.211.801
Schuldtitel	526.235	2.726.789	1.348.437	43.023	691.314	5.335.798
Andere Aktiva	88.098	325.118	32.866	20.090	189.578	655.750
Darlehen	244.615	2.386.990	2.086	678.852	149.555	3.462.098
Aktivanlagen	(62.001)	52.225	–	2.737	849.489	842.450
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	46.816	–	–	–	–	46.816
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	3.899	8.416	–	–	–	12.315
Kapitalzeichnungen	1.027.556	671.784	228.770	–	–	1.928.110
Aktiva gesamt	2.001.430	7.070.235	1.729.854	745.367	1.948.252	13.495.138
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(112.933)	(172.846)	(196.724)	(3.208)	(25.825)	(511.536)
Verbriefte Schulden	(735.000)	(1.016.999)	(1.202.580)	(193.987)	(3.725.581)	(6.874.147)
Sonstige Verbindlichkeiten	(394.801)	(334.316)	(59.241)	(12.718)	(181.611)	(982.687)
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	(151.204)	–	–	–	–	(151.204)
Passiva gesamt	(1.393.938)	(1.524.161)	(1.458.545)	(209.913)	(3.933.017)	(8.519.574)
Über-/ (Unter-)deckung	607.492	5.546.074	271.309	535.454	(1.984.765)	4.975.564
Derivative Finanzinstrumente						
Währungsswaps	1.506.829	(4.095.953)	122.689	50.456	2.415.979	–
Devisenterminkontrakte	2.031.492	(1.472.407)	(395.320)	(583.084)	419.319	–
Stand 31. Dezember 1997	4.145.813	(22.286)	(1.322)	2.826	850.533	4.975.564
Stand 31. Dezember 1996	2.432.860	(32.378)	(888)	(6.267)	599.733	2.993.060

Die Währungspositionen werden für die Währungen einzeln aufgeführt, in denen die Bank die größte Bruttobilanz besitzt. Alle anderen werden unter „Sonstige Währungen“ zusammengefaßt.

Positionen unter „Sonstige Währungen“ sind in der Hauptsache das Ergebnis örtlicher Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zugänglich waren.

17 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um mit Finanzinstrumenten verbundene Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition schlägt sich in Grundsätzen nieder, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45% ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten 36 Monate mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, daß 40% ihrer eigenen Nettoinvestitionen eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, daß die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90% der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Analyse der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder in relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer zurückhaltenden Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeiten nicht näher bestimmt“ zusammengefaßt.

	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Über 5 Jahre Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	534.265	677.536	-	-	-	-	1.211.801
Schuldtitle	368.801	157.669	478.260	1.895.372	2.435.696	-	5.335.798
Sonstige Aktiva	460.138	28.691	134.264	11.296	21.361	-	655.750
Darlehen	78.837	211.803	383.755	1.627.022	1.275.284	(114.603)	3.462.098
Aktienanlagen	-	-	-	-	-	842.450	842.450
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	-	-	-	-	-	46.816	46.816
Von Mitgliedern begebene Schuldscheine	-	-	3.459	2.463	1.850	4.543	12.315
Gezeichnetes Kapital:							
Fällig, aber noch nicht erhalten	-	-	1.703	-	-	8.515	10.218
Abgerufen, aber noch nicht fällig	16.902	11.268	238.564	937.497	702.446	11.215	1.917.892
Aktiva gesamt	1.458.943	1.086.967	1.240.005	4.473.650	4.436.637	798.936	13.495.138
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(309.471)	(83.895)	-	-	(118.170)	-	(511.536)
Verbriefte Schulden	(637.321)	(608.601)	(478.208)	(3.544.569)	(1.605.448)	-	(6.874.147)
Sonstige Verbindlichkeiten	(411.086)	(29.254)	(27.615)	(114.291)	(117.072)	(283.369)	(982.687)
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	-	-	-	-	-	(151.204)	(151.204)
Kapitalbeteiligungen der Mitglieder	-	-	-	-	-	(4.975.564)	(4.975.564)
Passiva und Kapitalbeteiligungen der Mitglieder insgesamt	(1.357.878)	(721.750)	(505.823)	(3.658.860)	(1.840.690)	(5.410.137)	(13.495.138)
Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	101.065	365.217	734.182	814.790	2.595.947	(4.611.201)	-
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	101.065	466.282	1.200.464	2.015.254	4.611.201	-	-
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1996	666.410	942.684	1.618.247	1.942.016	2.385.427	-	-

18 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, daß der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist.

Maßgebend ist dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei zinsvariablen Instrumenten die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, daß sie unter die Kategorie „Bis zu einem Monat“ fallen.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über 1 Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Über 5 Jahre Ecu 000	Ohne Zinserträge Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	534.265	677.536	–	–	–	–	1.211.801
Schuldtitel	2.321.229	813.739	448.917	1.010.158	741.755	–	5.335.798
Sonstige Aktiva	452.496	–	184.252	–	–	19.002	655.750
Darlehen	535.416	1.017.635	1.575.396	155.342	292.912	(114.603)	3.462.098
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich gezeichnetes, abgerufenes, aber noch nicht fälliges Kapital	–	–	–	–	–	2.829.691	2.829.691
Aktiva gesamt	3.843.406	2.508.910	2.208.565	1.165.500	1.034.667	2.734.090	13.495.138
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(309.471)	(83.895)	–	–	(118.170)	–	(511.536)
Verbriefte Schulden	(900.141)	(516.772)	(735.061)	(3.125.610)	(1.596.563)	–	(6.874.147)
Sonstige Verbindlichkeiten	(401.163)	–	(153.741)	–	–	(427.783)	(982.687)
Rückstellungen für das allgemeine Bestandsrisiko	–	–	–	–	–	(151.204)	(151.204)
Kapitalbeteiligungen der Mitglieder	–	–	–	–	–	(4.975.564)	(4.975.564)
Passiva und Kapitalbeteiligungen der Mitglieder insgesamt	(1.610.775)	(600.667)	(888.802)	(3.125.610)	(1.714.733)	(5.554.551)	(13.495.138)
Unter-/ (Über-)deckung	2.232.631	1.908.243	1.319.763	(1.960.110)	(680.066)	(2.820.461)	–
Derivative Finanzinstrumente	(688.566)	15.470	(1.967.080)	1.960.110	680.066	–	–
Zinsänderungsrisiko Stand 31. Dezember 1997	1.544.065	1.923.713	(647.317)	–	–	(2.820.461)	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko Stand 31. Dezember 1997	1.544.065	3.467.778	2.820.461	2.820.461	2.820.461	–	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko Stand 31. Dezember 1996	2.224.761	2.395.917	2.271.715	2.292.573	2.292.573	–	–

Die Bemessung der Zinsänderungsrisikorate der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (Value-at-Risk), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Aktiva und Passiva der Bank werden aktiv verwaltet und im Rahmen genehmigter Laufzeitrichtlinien investiert. Zum 31. Dezember 1997 betrug die allgemeine Laufzeit 0,01 Jahre (1996: 0,01 Jahre) bei einem Jahresdurchschnitt von 0,01 Jahren (1996: 0,05 Jahre). Zinsänderungsrisiken im

Hinblick auf die Aktiva und Passiva der Bank werden täglich überwacht, indem die sich aus der Veränderung der Zinssätze um einen Basispunkt ergebenden Wertveränderungen festgestellt werden. Zum 31. Dezember 1997 hätte eine Anhebung um einen Basispunkt für die Zinssätze aller Währungen, in denen die Finanzabteilung der Bank Positionen hält, einen Verlust von 13.200 Ecu verursacht (1996: Verlust von 7.000 Ecu).

19 Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Bank

	31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Kreditderivate ¹	1.935.932	1.400.396
Swaps und Optionsvereinbarungen im Freiverkehr: ²		
Vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarung	616.931	652.040
Nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarung	352.799	460.470

¹ Diese Beträge entsprechen dem größtmöglichen Verlust der Bank für den Fall, daß die Gegenparteien aufgrund ihrer Kreditderivatvereinbarungen aktiv werden können und die spezifischen Aktiva nicht beizutreiben sind.

² Diese Beträge entsprechen den Ersatzkosten für die Bank für den Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien bei denjenigen Swap- und Freiverkehrsoptionsvereinbarungen, die für die Bank einen positiven Wert haben.

Die Bank legt bei der Wahl ihrer Partner ein hohes Maß an Umsicht an den Tag und deshalb wird davon ausgegangen, daß Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Für Derivatgeschäfte mit einer Laufzeit von weniger als drei Monaten müssen die Partner ein Mindestrating von A- oder besser, für Laufzeiten über drei Monate ein Mindestrating von AA- oder besser haben, oder mit den Partnern muß ein Übereinkommen über eine unterlegte Sicherheit unterzeichnet worden sein.

20 Informationen über den geschätzten Veräußerungswert

Nachfolgend finden sich Informationen über die geschätzten Veräußerungswerte der finanziellen Aktiva und Passiva der Bank. Diese bedeuten den geschätzten ungefähren Betrag, für den zwischen sachkundigen und willigen Parteien in einer geschäftlichen Transaktion ein Vermögenswert eingetauscht oder eine Forderung beglichen werden könnte. Wo für ein bestimmtes Instrument ein aktiver Markt besteht, wurden notierte Preise eingesetzt. Wo kein aktiver Markt besteht, wurden geschätzte Werte von intern angewandten Preisbestimmungsmodellen verwendet, die mit Ausnahme von Aktienanlagen (siehe (d) unten) auf diskontierten Cashflow-Techniken beruhen.

Folgendes sollte bei der unten aufgeführten Darstellung geschätzter Veräußerungswerte berücksichtigt werden:

(a) Der Wert kurzfristiger Finanzinstrumente, d. h. derjenigen mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, nähert sich dem in der Bilanz der Bank ausgewiesenen Wert.

(b) Der Wert in bezug auf Schuldtitel und verbrieftete Schulden schließt den geschätzten Veräußerungswert von damit verbundenen derivativen Instrumenten

ein. Für die Emissionen verbriefteter Schulden der Bank, die privat plaziert werden, sind Informationen nur für die Emissionen zugänglich, bei denen die Bank später einen Teil der Emission zurückgekauft hat.

(c) Der Bilanzwert von Darlehen wird abzüglich Rückstellungen ausgewiesen, was ihrem geschätzten Veräußerungswert nahekommt. Da die Bank ihr Zinsveränderungsrisiko auf Bestandsbasis steuert, ist es nicht möglich, die spezifischen Derivatinstrumente zu identifizieren, die das Zinsrisiko im Darlehensbestand der Bank absichern. Folglich berücksichtigt der ausgewiesene Betrag des Darlehensbestands nicht den Schätzwert der möglicherweise damit verbundene Derivatinstrumente.

(d) Der Wert von Aktienanlagen, die an einer amtlichen Börse gehandelt werden, wird durch notierte Börsenpreise bestimmt. Die notierten Aktienanlagen der Bank befinden sich normalerweise in Märkten, die relativ wenig flüssig und volatil sind, und der nachfolgend angegebene Wert berücksichtigt diese Tatsache nicht zusätzlich. In allen anderen Fällen wird angenommen, daß der Wert den Anschaffungskosten der Bank abzüglich Rückstellungen entspricht.

	Bilanzwert 1997 Ecu 000	Geschätzte Anpassung des Veräußerungs- werts 1997 Ecu 000	Geschätzter Veräußerungs- wert 1997 Ecu 000	Geschätzter Veräußerungs- wert 1996 Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	1.211.801	-	1.211.801	1.757.849
Schuldtitel	5.335.798	(87.708)	5.248.090	5.452.219
	6.547.599	(87.708)	6.459.891	7.210.068
Darlehen	3.462.098	-	3.462.098	2.460.740
Aktienanlagen	842.450	298.206	1.140.656	743.500
Sonstiges Sachvermögen	2.642.991	-	2.642.991	675.330
Aktiva Gesamt	13.495.138	210.498	13.705.636	11.089.638
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(511.536)	-	(511.536)	(1.404.504)
Verbrieftete Schulden	(6.874.147)	11.819	(6.862.328)	(5.562.181)
	(7.385.683)	11.819	(7.373.864)	(6.966.685)
Sonstige nichtfinanzielle Verbindlichkeiten	(1.133.891)	-	(1.133.891)	(994.393)
Kapitalbeteiligungen der Mitglieder	(4.975.564)	-	(4.975.564)	(2.993.060)
Passiva und Kapitalbeteiligungen der Mitglieder insgesamt	(13.495.138)	11.819	(13.483.319)	(10.954.138)
Geschätzter Veräußerungswert (netto)				
Stand 31. Dezember			222.317	135.500

Im Anlagebestand der Bank gehaltene Schuldtitel sollen bis zur Fälligkeit gehalten werden; daher werden sie in der Bilanz zum Buchwert ausgewiesen. Die Anpassung des geschätzten Veräußerungswertes zum 31. Dezember 1997 ist

hauptsächlich auf eine beträchtliche Erweiterung der Spannen infolge der Krise in Südostasien zurückzuführen. Dort besteht das Engagement der Bank vor allem in staatsnahen Schuldtiteln aus Korea.

21 Gültige Pachtverträge

Die Bank hat den Hauptsitz in London und Gebäude für einen Teil ihrer Ländervertretungen in Einsatzländern gepachtet. Dabei handelt es sich um normale Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind für die Bank im normalen Geschäftsverlauf ohne erhebliche Vertragsstrafen nicht kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Nach einer solchen Überprüfung kann die Miete entweder unverändert bleiben oder erhöht werden. Es besteht eine Kündigungsklausel, die im Jahr 2006 rechtswirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden. Der Sitzpachtvertrag verpflichtet die Bank, den ursprünglichen Zustand des Gebäudes wiederherzustellen. Eine Rücklage zur Deckung der voraussichtlichen Gesamtkosten dieser Wiederherstellung wird monatlich vergrößert, und zwar auf Grundlage einer

Schätzung der Bausachverständigen der Bank. Die mit der Wiederherstellung der Ländervertretungen verbundenen Aufwendungen werden als unerheblich betrachtet, und es wird daher diesbezüglich keine entsprechende Rücklage geschaffen.

Die Bank hat für zwei Stockwerke des Sitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen; die Bedingungen dieser Verträge entsprechen den Bedingungen des Hauptpachtvertrags der Bank. Die voraussichtlichen zukünftigen Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Verträge betragen zum 31. Dezember 1997 19,6 Millionen Ecu. Die erfolgswirksam verbuchten Mieteingänge für das Berichtsjahr belaufen sich auf 1,6 Millionen Ecu.

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Operate-Leasingverträge sind nachfolgend ausgewiesen:

Zahlbar:	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
innerhalb eines Jahres	23.510	21.661
in ein bis fünf Jahren	88.505	81.836
in mehr als fünf Jahren	81.033	93.771
Stand 31. Dezember	193.048	197.268

22 Pensionsplan

Eine versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Wertentwicklung der Anteile durchgeführt. Die letzte Schätzung fand am 31. August 1997 statt. Dabei waren die Hauptannahmen eine reale Investitionsrendite von 4% und eine reale Erhöhung der Gehälter um 3%.

Diese letzte versicherungsmathematische Schätzung zeigte, daß der Marktwert der Planvermögenswerte 39,5 Millionen Ecu und der gegenwärtige Wert der vorhergesagten Ruhegeldleistungen 36,0 Millionen Ecu betrug.

Die für das Jahr erfolgswirksam verbuchte Pensionsaufwendung betrug 12,6 Millionen Ecu (1996: 10,7 Millionen Ecu) und findet sich unter „Allgemeine Verwaltungskosten“ in der Gewinn- und Verlustrechnung (Anmerkung 5). Sie enthielt ein Guthaben von 0,3 Millionen Ecu für die ergebniswirksame Verbuchung des versicherungsmathematisch ermittelten Überschusses. Letzterer wird für 13,5 Jahre verbucht, die voraussichtliche betriebsgewöhnliche Restarbeitsdauer der betreffenden Mitarbeiter. Der im Rahmen des festgelegten Beitragsplans erfolgswirksam verbuchte Pensionsaufwand betrug 4,1 Millionen Ecu (1996: 2,8 Millionen Ecu) und im Rahmen des festgelegten Leistungsplans 8,5 Millionen Ecu für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Jahr (1996: 7,9 Millionen Ecu) und ist in den allgemeinen Verwaltungskosten enthalten.

23 Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen, um den Einsatzländern technische Unterstützung und Investitionshilfen zu gewähren. Diese Abkommen sind vorwiegend auf Vorbereitung und Durchführung von Projekten (unter Einschluß von Warenlieferungen und Bereitstellung von Tätigkeiten) sowie auf Beratungsleistungen und Schulung ausgerichtet. Die durch diese Abkommen bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den gewöhnlichen Mitteln der Bank geführt und unterliegen einer externen Rechnungsprüfung.

Zum 31. Dezember 1997 verwaltete die Bank 53 Kooperationsfondsvereinbarungen (1996: 47) mit einem Gesamtvolumen von 51,8 Millionen Ecu (1996: 423,8 Millionen Ecu). Dieser Betrag umfaßt auch Mittel für die Tacis- und Phare-Programme der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 190,5 Millionen Ecu. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 1997 insgesamt 330,9 Millionen Ecu eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betragen zum 31. Dezember 1997 insgesamt 88,7 Millionen Ecu.

Darüber hinaus verwaltete die Bank 52 projektgebundene Kooperationsvereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von 25,7 Millionen Ecu und sechs Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von 27,7 Millionen Ecu. Außerdem verwaltet die Bank den EBWE – Japan Special

Earmarked Fund, der 1994 zu dem Zweck eingerichtet wurde, die japanischen Beiträge in das Programm für russische Kleinunternehmen zu leiten.

Aufgrund eines Vorschlags der G-7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 1997 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Ecu eingegangen.

Die G-7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds (TSF). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des TSF ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabiles System beizustehen. Zum 31. Dezember 1997 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 16 Beitragszahlern Zusageerklärungen über 262,7 Millionen Ecu eingegangen.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 61 bis 76 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß unter Beachtung der Internationalen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluß und den Konzernabschluß von Banken und anderen Finanzinstituten in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 1997 und der Ergebnisse der Geschäftstätigkeit sowie der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996	
		Ecu 000		Ecu 000	
Zinsen und zinsähnliche Erträge					
Aus Darlehen			774		865
Sonstige Zinsen			735		650
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen			41		35
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen	3		3.009		-
Devisen			74		(189)
Sonstiger betrieblicher Aufwand	4		(23)		(103)
Übertragung von Zinserträgen an den Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum	5		(1.090)		-
Betriebsgewinn vor Rückstellungen			3.520		1.258
Rückstellungen für Verluste	6		(338)		(191)
Gewinn für das Jahr			3.182		1.067

Bilanz zum 31. Dezember	Anmerkung	31. Dezember 1997		31. Dezember 1996	
		Ecu 000		Ecu 000	
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten			19.149		18.221
Sonstige Aktiva	7		5.763		537
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	8		11.475		11.472
Aktienanlagen	8		2.868		4.822
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	10		3.222		30
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	10		3.500		7.500
Summe der Aktiva			46.077		42.582
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten			23		39
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	6		567		238
Einlagen	10		41.500		41.500
Rücklagen	11		805		(262)
Gewinn für das Jahr			3.182		1.067
Beitragsressourcen			45.487		42.305
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen			46.077		42.582
Bilanzvermerke					
Zusagen	9		7.076		2.829

Übersicht über Veränderungen der
Beitragsressourcen

für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Einlagen Ecu 000	Sonder- rücklage Ecu 000	Aufgelaufener Gewinn/(Verlust) Ecu 000	Gewinn für das Jahr Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Stand 31. Dezember 1995	30.000	-	1.870	-	31.870
Einlagenergänzung	11.500	-	-	-	11.500
Designierte Gebühren aus dem Vorjahresergebnis	-	146	(146)	-	-
Verlustzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	(2.132)	-	(2.123)
Gewinn für das Jahr	-	-	-	1.067	1.067
Stand 31. Dezember 1996	41.500	146	(408)	1.067	42.305
Gewinnzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	-	1.067	(1.067)	-
Gewinn für das Jahr	-	-	-	3.182	3.182
Stand 31. Dezember 1997	41.500	146	659	3.182	45.487

Gemäß dem Übereinkommen wird beabsichtigt, 1998 einen Betrag von 31.000 Ecu aus dem Gewinn für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Jahr in die Sonderrücklage einzustellen. Der Betrag ergibt sich aus den bis zum 31. Dezember 1997 eingenommenen designierten Gebühren und Provisionen für das Jahr.

Die Sonderrücklage wird gemäß dem Übereinkommen gehalten, um bestimmte abgegrenzte Verluste des Fonds abzudecken. Entsprechend den Finanzgrundsätzen

des Fonds wird diese Sonderrücklage dadurch gebildet, daß 100% der eingegangenen designierten darlehensbezogenen Gebühren und Provisionen in die Rücklage eingestellt werden, bis das Direktorium entscheidet, daß der Umfang der Sonderrücklage ausreicht.

Der Gewinnvortrag aus früheren Jahren entspricht den aufgelaufenen Gewinnen abzüglich Einstellung von designierten Gebühren- und Provisionseinkünften in die Sonderrücklage.

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Betriebsgewinn für das Jahr	3.182		1.067	
Berichtigungen:				
Abschreibungen und Wertberichtigungen	338		191	
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	(3.009)		-	
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	511		1.258	
Zunahme betrieblicher Vermögenswerte:				
Zinsforderungen	(84)		(92)	
Sonstige Vermögenswerte	(5.142)		-	
Abnahme sonstiger Verbindlichkeiten	(16)		(66)	
Nettobarmittel verwendet für/(bereitgestellt aus) Geschäftstätigkeit		(4.731)		1.100
Cashflow aus Investitionstätigkeit				
Erlös aus Kreditrückzahlungen	3.714		2.073	
Erlös aus dem Verkauf von Aktienanlagen	6.031		-	
Mittel für Darlehen und Aktienanlagen	(4.794)		(3.542)	
Nettobarmittel bereitgestellt aus/(verwendet für) Investitionstätigkeit		4.951		(1.469)
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Einlagen	708		3.970	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Finanzgeschäften		708		3.970
Nettozunahme liquider Mittel und gleichgestellter Aktiva		928		3.601
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 1. Januar		18.221		14.620
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 31. Dezember		19.149		18.221

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 14. April 1992 („das Fondsübereinkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden („die nordischen Länder“).

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Das Ziel des Fonds ist, die Entwicklung des privaten Sektors durch Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen („die baltischen Länder“) zu fördern.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen (IAS).

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva werden zu am 31. Dezember 1996 gültigen Kassakursen in Ecu übertragen. Nichtmonetäre Instrumente werden in den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu ausgedrückt.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei den Geschäftsvorfällen während des Geschäftsjahres werden erfolgswirksam behandelt.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich der Wertberichtigungen für eine dauernde Wertminderung ausgewiesen. Dividenden werden nach Eingang unter Einkommen ausgewiesen.

iv Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Für zweifelhafte Darlehen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des

voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Wertberichtigungen durch Schätzung ermittelt. Allgemeine Rücklagen für mögliche Verluste bei nichtstaatlichen Risikoanlagen, die zum Ende des Geschäftsjahres nicht besonders ausgewiesen sind, erfolgen in zwei Schritten: bei der Zusage und bei der Auszahlung. Es bestehen Rücklagen für Bestandsrisiken zur Abdeckung der latenten Risiken im Bestand vertraglicher Verpflichtungen (einschließlich Garantien) und im Forderungs- und Aktienbestand. Die Zuführungen zu den Rückstellungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4.

v Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsen und Bereitstellungsprovisionen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder von 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden danach nur bei Zahlungseingang vereinnahmt.

Pauschalgebühren werden bei Zeichnung der Vereinbarung oder Inkrafttreten des Darlehens als Zahlungseingang vereinnahmt, und zwar zum jeweilig späteren Zeitpunkt. Bereitstellungsprovisionen im Zusammenhang mit über einen Zeitraum hinweg bereitzustellenden Dienstleistungen werden innerhalb des Zeitraums vereinnahmt, in dem die Verpflichtung besteht oder die Dienstleistungen erbracht werden.

vi Derivative Finanzinstrumente

Im Rahmen seiner laufenden Geschäftstätigkeit ist der Fonds Vertragspartei von Derivatgeschäften einschließlich Währungsswapvereinbarungen. Diese Finanzinstrumente dienen dazu, die Währungsrisiken des Fonds im Aktivgeschäft zu steuern.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten, die der Kurssicherung dienen, werden mit den Verlusten und Gewinnen aus den kursgesicherten Geschäften verrechnet.

3 Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen	1997	1996
	Ecu 000	Ecu 000
Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen	3.009	-

Der Nettogewinn aus dem Verkauf von Aktienanlagen im Jahr 1997 ist das Ergebnis der Veräußerung von Anlagen in Estland und Lettland und der teilweisen Veräußerung einer Regionalinvestition.

4 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 2,5 Prozent jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

5 Zuführung von Zinseinkünften an den Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum

Gemäß Artikel 3.01(c) der Bestimmungen des Fonds wurden die aus der Investition der Fondsressourcen erzielten Zinseinkünfte von 1,1 Millionen Ecu an den Sonderfonds für Technische Unterstützung im Ostseeraum übertragen, um dessen Ressourcen zu ergänzen.

6 Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Portfoliorisiken

Zuführungen für Gewinn und Verlust	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000	1996 Gesamt Ecu 000
Rückstellungen im Geschäftsjahr:				
Allgemeine Rückstellungen für:				
in Umlauf befindliche Auszahlungen	125	249	374	268
noch nicht ausgezahlte Zusagen	1	288	289	(384)
Sonderrückstellungen	-	(350)	(350)	350
Bestandsrisiko	(6)	31	25	(43)
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	120	218	338	
Für das am 31. Dezember 1996 abgelaufene Geschäftsjahr	(101)	292		191

Veränderungen in der Rückstellung	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Zum 1. Januar 1997	316	812	1.128
Rückstellungen	120	218	338
Wechselkursanpassungen	14	9	23
Zum 31. Dezember 1997	450	1.039	1.489
<i>Analysiert nach:</i>			
Allgemeine Rückstellungen für im Umlauf befindliche Auszahlungen	313	609	922
Rückstellungen für von Aktiva abgezogene Verluste	313	609	922
Allgemeine Rückstellungen für ausstehende Zusagen	98	71	169
Bestandsrisiko	39	359	398
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	137	430	567
Zum 31. Dezember 1997	450	1.039	1.489

Allgemeine Rückstellungen werden nach dem Risikoprinzip für nichtstaatliches Risikovermögen in zwei Schritten vorgenommen. Ein anfänglicher Betrag von 50% der Gesamtrückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage eingestellt und die restlichen 50% bei Auszahlung. Die Rückstellung für Zusagen wird – zusammen mit einer Bestandsrisikorückstellung in Höhe von 0,75% der Bruttozusagen abzüglich

der Rückzahlungen – in die „Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken“ eingeschlossen. Allgemeine Rückstellungen bei Auszahlung sowie Sonderrückstellungen werden als Abzüge von den Aktivakategorien Darlehen und Aktienanlagen ausgewiesen.

7 Sonstige Aktiva

	1997	1996
	Ecu 000	Ecu 000
Zinsforderungen	472	388
Erlöse aus dem Verkauf von Aktienanlagen	5.245	-
Sonstige	46	149
Zum 31. Dezember	5.763	537

Erlöse aus dem Verkauf von Aktienanlagen im Dezember 1997 gingen im Januar 1998 beim Fonds ein.

8 Darlehen und Aktienanlagen

	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf			
Zum 1. Januar 1997	11.651	5.533	17.184
Auszahlungen	3.653	966	4.619
Rückzahlungen/Abgänge zu Anschaffungskosten	(3.714)	(3.022)	(6.736)
Wechselkursanpassungen	198	-	198
Zum 31. Dezember 1997	11.788	3.477	15.265
Rücklagen zum 31. Dezember 1997	(313)	(609)	(922)
Gesamtsumme abzüglich der Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	11.475	2.868	14.343
Gesamtsumme abzüglich der Rückstellungen zum 31. Dezember 1996	11.472	4.822	16.294
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:			
Zum 31. Dezember 1997	1.081	5.995	7.076
Zum 31. Dezember 1996	1.772	1.057	2.829

Für diese Darlehen und Aktienaussahlungen wurden 1997 keine Einzelrückstellungen vorgenommen (1996: 350.000 Ecu).

9 Analyse der Geschäftstätigkeit

	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1997	In Umlauf befindliche Auszahlungen 1996	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1997	Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt 1996
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Aufgegliedert nach Ländern				
Estland	6.273	11.062	42	42
Lettland	2.392	3.491	120	730
Litauen	4.723	1.600	919	1.000
Regional	1.877	1.031	5.995	1.057
Zum 31. Dezember	15.265	17.184	7.076	2.829

10 Einlagen

	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Die von den nordischen Ländern zugesagten Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:		
Eingegangene aufgelaufene Einlagen		
Dänemark	7.140	7.140
Finnland	8.048	7.384
Island	388	344
Norwegen	6.240	6.240
Schweden	12.862	12.862
	34.678	33.970
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen		
Dänemark	960	-
Norwegen	810	30
Schweden	1.552	-
	3.322	30
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Dänemark	840	1.800
Finnland	581	1.245
Island	39	83
Norwegen	682	1.462
Schweden	1.358	2.910
	3.500	7.500
Zum 31. Dezember	41.500	41.500
Gesamteinlagen	Ecu 000	%
Dänemark	8.940	21,6
Finnland	8.629	20,8
Island	427	1,0
Norwegen	7.732	18,6
Schweden	15.772	38,0
Zum 31. Dezember	41.500	100,0

11 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	Deutsche Mark Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Litauische Litas Ecu 000	Sonstige Währungen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei Kreditinstituten	19.109	-	40	-	-	19.149
Sonstige Aktiva	3.437	2.136	190	-	-	5.763
Darlehen	(313)	6.273	5.515	-	-	11.475
Aktienanlagen	(609)	-	-	1.600	1.877	2.868
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	3.322	-	-	-	-	3.322
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	3.500	-	-	-	-	3.500
Summe der Aktiva	28.446	8.409	5.745	1.600	1.877	46.077
Passiva						
Sonstige Verbindlichkeiten	(21)	-	(2)	-	-	(23)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	(567)	-	-	-	-	(567)
Summe der Verbindlichkeiten	(588)	-	(2)	-	-	(590)
Aktiva (netto)	27.858	8.409	5.743	1.600	1.877	45.487
Derivate						
Währungsswaps	3.708	(2.751)	(957)	-	-	-
Devisenposition zum 31. Dezember 1997	31.566	5.658	4.786	1.600	1.877	45.487
Devisenposition zum 31. Dezember 1996	31.884	4.231	1.007	1.600	3.583	42.305

12 Liquiditätsrisiko	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über 1 Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Über 5 Jahre Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva							
Plazierungen bei Kreditinstituten	19.149	–	–	–	–	–	19.149
Sonstige Aktiva	5.372	303	44	–	–	44	5.763
Darlehen	–	–	–	11.229	559	(313)	11.475
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	2.868	2.868
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen	–	–	–	–	–	3.322	3.322
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	–	–	3.500	–	–	–	3.500
Aktiva gesamt	24.521	303	3.544	11.229	559	5.921	46.077
Passiva							
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(23)	–	–	–	–	(23)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	–	–	–	–	–	(567)	(567)
Beitragsressourcen	–	–	–	–	–	(45.487)	(45.487)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	–	(23)	–	–	–	(46.054)	(46.077)
Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	24.521	280	3.544	11.229	559	(40.133)	–
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	24.521	24.801	28.345	39.574	40.133	–	–
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1996	18.331	18.539	22.575	35.833	37.726	–	–

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie der Ergebnisse seiner Geschäftstätigkeit und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für technische Hilfe im Ostseeraum

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds
für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996 Ecu 000
Bilanzvortrag		3.470	5.143
Eingegangene Einlagen	3	833	330
Zinsen und zinsähnliche Erträge		111	167
Übertragung von Zinserträgen aus dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum	4	1.090	–
		5.504	5.640
Auszahlungen	5	(2.805)	(2.150)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	(50)	(20)
Fondsvermögen		2.649	3.470

Bilanz
zum 31. Dezember 1997

	Anmerkung	31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	7	2.564	2.806
Sonstige Aktiva		96	673
Summe der Aktiva		2.660	3.479
Passiva			
Nichteingesetztes Fondsvermögen	8	(164)	897
Eingesetztes Fondsvermögen	5	2.813	2.573
		2.649	3.470
Sonstige Verbindlichkeiten		11	9
Summe der Passiva		2.660	3.479

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen eines Übereinkommens vom 14. April 1992 („das Fondsabkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und den Regierungen des Königreichs Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, des Königreichs Norwegen und des Königreichs Schweden („die nordischen Länder“).

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, die Entwicklung der Marktwirtschaft in Estland, Lettland und Litauen zu fördern. Dabei stellt der Fonds die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen im Privatsektor in den Mittelpunkt.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden ergebniswirksam verbucht. Zinserträge und Betriebsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Auszahlungen in nicht auf Ecu lautenden Währungen werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkursen in Ecu umgerechnet.

iii Fertiggestellte Projekte

Ein Projekt gilt als fertiggestellt, wenn alle beteiligten Berater sämtliche vertragliche Verpflichtungen erfüllt haben und alle auf das Projekt bezogenen Rechnungen zur Zahlung vorliegen.

Nach Fertigstellung eines Projekts werden zugesagte und nicht ausgezahlte Beträge in das nicht zugewiesene Fondsvermögen zurückgeführt.

3 Einlagen

	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Die von den nordischen Ländern zugesagten Beiträge werden nachfolgend aufgeführt:		
Einlagen im Geschäftsjahr		
Dänemark	248	79
Finnland	172	55
Island	11	4
Norwegen	-	64
Schweden	402	128
Stand 31. Dezember	833	330
Fällige, aber noch nicht eingegangene Einlagen		
Norwegen	202	-
Stand 31. Dezember	202	-
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Dänemark	93	101
Finnland	64	70
Island	4	4
Norwegen	75	82
Schweden	149	163
Stand 31. Dezember	385	420

4 Zuführungen von Zinseinkünften aus dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum

Gemäß Artikel 3.01(c) der Bestimmungen des Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum („SIO“) wurden 1,1 Millionen Ecu, die den Einkünften aus Investitionen der Ressourcen des SIO entsprechen, zur Auffüllung seiner Ressourcen an den Fonds übertragen.

5 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen entspricht allen von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens bewilligten Zusagen abzüglich der Summe der Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugewilltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1997	5.625	3.052	2.573
Veränderungen im Geschäftsjahr	2.041	1.801	240
Stand 31. Dezember 1997	7.666	4.853	2.813
Fertiggestellte Projekte			
Stand 1. Januar 1997	2.902	2.902	-
Veränderungen im Geschäftsjahr	1.004	1.004	-
Stand 31. Dezember 1997	3.906	3.906	-
Projekte insgesamt			
Stand 1. Januar 1997	8.527	5.954	2.573
Veränderungen im Geschäftsjahr	3.045	2.805	240
Stand 31. Dezember 1997	11.572	8.759	2.813

6 Sonstige Betriebsaufwendungen

Sonstige Betriebsaufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar verbundenen Verwaltungsaufwendungen sowie die an die Bank für die Verwaltung des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 5% jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

7 Plazierungen bei Kreditinstituten

Alle Plazierungen bei Kreditinstituten sind Sichteinlagen und lauten auf Ecu.

8 Nicht zugewilltes Fondsvermögen

Das nicht zugewillte Fondsvermögen umfaßt zugesagte, aber noch nicht eingegangene Beiträge, die vom Fonds einbehaltenen Nettoeinkünfte und Zuführungen von Nettoeinkünften aus dem Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für technische Hilfe im Ostseeraum zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	
		31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge:			
Aus Darlehen		2.062	888
Sonstige Zinsen		1.235	795
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(282)	(151)
Devisenneubewertung		4.213	289
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(147)	(726)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		7.081	1.095
Wertberichtigungen	4	(7.910)	(4.768)
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr		(829)	(3.673)

Bilanz zum 31. Dezember 1997	Anmerkung	31. Dezember 1997 Ecu 000		31. Dezember 1996 Ecu 000	
		Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten			20.866		26.096
Sonstige Aktiva			841		370
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	5	15.072		6.872	
Aktienanlagen	5	880		290	
			15.952		7.162
Zugesagte, jedoch nicht fällige Einlagen	6		1.196		5.976
Summe der Aktiva			38.855		39.604
Passiva					
Sonstige Passiva			699		630
Einlagen	6		45.699		45.688
Rücklagen			(6.714)		(3.041)
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr			(829)		(3.673)
Beitragsressourcen			38.156		38.974
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen			38.855		39.604
Bilanzvermerke					
Zusagen	7		65.486		42.544

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Aufgelaufener		Verlust für das Geschäftsjahr Ecu 000	Gesamt Ecu 000
	Einlagen Ecu 000	Verlust Ecu 000		
Zum 31. Dezember 1995	19.020	(1.339)	-	17.681
Umrechnungsdifferenz bei der Konvertierung zugesagter, aber noch nicht eingegangener Einlagen	42	-	-	42
Einlagenergänzung	26.626	-	-	26.626
Verlustzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	(1.702)	-	(1.702)
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr	-	-	(3.673)	(829)
Zum 31. Dezember 1996	45.688	(3.041)	(3.673)	38.974
Umrechnungsdifferenz bei der Konvertierung der fälligen, aber noch nicht eingegangenen Einlagen	11	-	-	11
Verlustzuführung aus dem Vorjahresergebnis	-	(3.673)	3.673	-
Fehlbetrag für das Geschäftsjahr	-	-	(829)	(829)
Zum 31. Dezember 1997	45.699	(6.714)	(829)	38.156

**Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr**

	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997		Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996	
	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000	Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Verlust aus der Geschäftstätigkeit für das Jahr	(829)		(3.673)	
Anpassungen an:				
Wertberichtigungen	7.910		4.768	
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	7.081		1.095	
Zunahme der betrieblichen Vermögenswerte:				
Zinsforderungen	(471)		(222)	
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten	69		339	
Eingegangene Mittel (netto) aus der Geschäftstätigkeit		6.679		1.212
Cashflow aus Investitionstätigkeiten				
Erlös aus Kreditrückzahlungen	1.370		1.467	
Fonds für Darlehen und Aktienanlagen	(18.070)		(10.437)	
Mittelverwendung (netto) für Investitionen		(16.700)		(8.970)
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Einlagen	4.791		24.122	
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften		4.791		24.122
Nettozunahme/(-abnahme) der liquiden Mittel und gleichgestellter Aktiva		(5.230)		16.364
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 1. Januar		26.096		9.732
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember		20.866		26.096

Anmerkungen zum Jahresabschluß
1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation („der Fonds“) wurde vom Direktorium („das Direktorium“) der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1993 genehmigt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der am gleichen Tag vom Direktorium genehmigten Satzung des Fonds verwaltet. Der Fonds nahm 1994 seine Tätigkeit auf, als die Zusagen der Geber 3,0 Millionen US-Dollar erreicht hatten. Die Anlaufphase des Programms wurde im gleichen Jahr erneut verlängert. Das Direktorium verabschiedete am 14. Juli 1994 eine Änderung der Satzung, wonach das Fondskapital nicht mehr auf Ecu, sondern auf US-Dollar lautet. Das Direktorium bewilligte die volle Betriebsphase des Fondsprogramms für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation anlässlich seiner Sitzung am 30. August 1995, und eine geprüfte Fassung der Geschäftsordnung des Fonds wurde am 1. April 1996 vom Direktorium im Zusammenhang mit der vollen Betriebsphase bewilligt.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Es ist Zweck des Fonds, Unterstützung bei der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in Rußland zu gewähren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze
i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsnormen (IAS).

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva in anderen Währungen als Ecu wurden zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Kassakursen in Ecu umgerechnet. Nichtmonetäre Instrumente werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet.

Eingegangene Einlagen werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Ausstehende Einlagen werden zu den am 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres werden erfolgswirksam verbucht.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für dauernde Wertminderungen ausgewiesen. Dividenden werden bei Eingang den Einkünften zugerechnet.

iv Wertberichtigungen für Verluste

Für zweifelhafte Darlehen und Ausleihungen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Für die Bestände an Aktien und anderen Anteilspapieren werden die bei einer dauernden Wertminderung erforderlichen Abwertungen durch Schätzung ermittelt. Zur Abdeckung der latenten Risiken im Forderungs- und Aktienbestand sowie aus schwebenden Geschäften bestehen zusätzliche allgemeine Rückstellungen. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4.

v Zinsen

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Zinserträge aus ausfallsgefährdeten Darlehen oder solche mit Zins- oder Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor und 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden folglich nur bei Zahlungseingang vereinnahmt.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 3% jeder Leistung auf die eingegangenen Einlagen berechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamte Darlehen und Beteiligungen Ecu 000	Garantien Ecu 000	1997 Gesamt Ecu 000	1996 Gesamt Ecu 000
Zuführungen für Gewinn und Verlust						
Rückstellungen im Geschäftsjahr: Allgemeine Rückstellungen für: in Umlauf befindliche Auszahlungen	7.320	590	7.910	-	7.910	4.237
Sonderrückstellungen	-	-	-	-	-	531
Für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	7.320	590	7.910	-	7.910	
Für das am 31. Dezember 1996 abgelaufene Geschäftsjahr	4.382	234	4.616	152		4.768
Veränderungen bei Rückstellungen			Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000	
Stand 1. Januar 1997			6.871	290	7.161	
Rückstellungen			7.320	590	7.910	
Wechselkursanpassungen			882	-	882	
Stand 31. Dezember 1997			15.073	880	15.953	

Gemäß Abschnitt 5.04 (i) der Bestimmungen des Fonds trägt der Fonds Verluste für durch den Fonds finanzierte Investitionen und für Parallelinvestitionen der Bank bis zu einem Gesamtbetrag von 75 Millionen US-Dollar. Darüber hinaus tragen der

Fonds und die Bank Verluste zu gleichen Teilen. Dementsprechend wird sowohl bei Darlehens- als auch bei Beteiligungsinvestitionen bei Auszahlung eine allgemeine Rückstellung von 50% vorgenommen.

5 Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen in Umlauf	Darlehen Ecu 000	Aktien- anlagen Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Stand 1. Januar 1997	13.743	580	14.323
Auszahlungen	16.011	1.180	17.191
Rückzahlungen	(1.370)	-	(1.370)
Wechselkursanpassungen	1.761	-	1.761
Stand 31. Dezember 1997	30.145	1.760	31.905
Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	(15.073)	(880)	(15.953)
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	15.072	880	15.952
Insgesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1996	6.872	290	7.162
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt			
Stand 31. Dezember 1997	10.562	3.802	14.364
Stand 31. Dezember 1996	19.248	4.434	23.682

Alle Darlehen und Aktienanlagen sind für Projekte in Rußland bestimmt.

6 Einlagen

	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Die von den Geberländern zugesagten Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:		
Eingegangene Einlagen, kumulativ		
Deutschland	5.698	2.739
Frankreich	5.323	3.116
Italien	6.719	6.719
Japan	21.162	21.162
Kanada	761	761
Schweiz	2.360	2.360
Vereinigte Staaten von Amerika	2.480	2.855
Stand 31. Dezember	44.503	39.712
Zu leistende, aber noch nicht fällige Einlagen		
Frankreich	-	2.255
Deutschland	1.196	3.721
	1.196	5.976
Stand 31. Dezember	45.699	45.688
Gesamteinlagen		
	Ecu 000	%
Deutschland	6.894	15,1
Frankreich	5.323	11,6
Italien	6.719	14,7
Japan	21.162	46,3
Kanada	761	1,7
Schweiz	2.360	5,2
Vereinigte Staaten von Amerika	2.480	5,4
Stand 31. Dezember	45.699	100,0

7 Zusagen

Zum 31. Dezember 1997 umfaßten die Zusagen Garantien von 51,1 Millionen Ecu (1996: 18,8 Millionen Ecu) und noch nicht ausgezahlte Darlehens- und Beteiligungszusagen von 14,4 Millionen Ecu (1996: 23,7 Millionen Ecu). Der

Betrag für Garantien entspricht dem latenten Risiko des Fonds im Falle von Verlusten, die sich aus den in Anmerkung 4 dargestellten, von der Bank finanzierten garantierten Parallelinvestitionen ergeben.

8 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Russische Rubel Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei Kreditinstituten	9	20.857	-	20.866
Sonstige Aktiva	-	841	-	841
Darlehen	(15.073)	30.145	-	15.072
Aktienanlagen	(880)	-	1.760	880
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	-	1.196	-	1.196
Summe der Aktiva	(15.944)	53.039	1.760	38.855
Passiva				
Sonstige Passiva	(111)	(588)	-	(699)
Summe der Passiva	(111)	(588)	-	(699)
Währungsposition zum 31. Dezember 1997	(16.055)	52.451	1.760	38.156
Währungsposition zum 31. Dezember 1996	(7.363)	45.757	580	38.974

Der Fonds verwendet Ecu als Maßeinheit für die Aufstellung des Jahresabschlusses; die Aktivitäten des Fonds lauten jedoch auf US-Dollar.

9 Liquiditätsrisiko	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr Ecu 000	Über 1 Jahr und bis zu 5 Jahren Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva						
Plazierungen bei Kreditinstituten	20.866	-	-	-	-	20.866
Sonstige Aktiva	290	360	191	-	-	841
Darlehen	-	-	8.144	21.529	(14.601)	15.072
Aktienanlagen	-	-	-	-	880	880
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen	-	-	1.196	-	-	1.196
Aktiva gesamt	21.156	360	9.531	21.529	(13.721)	38.855
Passiva						
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(111)	-	-	(588)	(699)
Beitragsressourcen	-	-	-	-	(38.156)	(38.156)
Gesamtpassiva und Beitragsressourcen	-	(111)	-	-	(38.744)	(38.855)
Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	21.156	249	9.531	21.529	(52.465)	-
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	21.156	21.405	30.936	52.465	-	-
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1996	26.186	27.616	31.908	45.545	-	-

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie der Ergebnisse seiner Geschäftstätigkeit und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds für das Geschäftsjahr bis 31. Dezember 1997

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1996 Ecu 000
Bilanzvortrag		7.439	2.089
Eingegangene Einlagen	3	23.545	10.840
Zinsen und zinsähnliche Erträge		996	195
Devisen		2.329	205
Übertragung von Einlagen aus dem Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation	4	375	2.176
		34.684	15.505
Auszahlungen	5	(12.138)	(7.671)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	6	(721)	(395)
Fondsvermögen		21.825	7.439

Bilanz zum 31. Dezember 1997

	Anmerkung	31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	7	21.750	7.532
Sonstige Aktiva		97	22
Summe der Aktiva		21.847	7.554
Passiva			
Nichteingesetztes Fondsvermögen		9.191	1.424
Eingesetztes Fondsvermögen	5	12.634	6.015
		21.825	7.439
Sonstige Verbindlichkeiten		22	115
Summe der Passiva		21.847	7.554

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung auf seiner Sitzung vom 18. Oktober 1993 genehmigt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der am gleichen Tag vom Direktorium bewilligten Satzung des Fonds verwaltet. Das Direktorium billigte am 14. Juli 1994 eine Änderung der Satzung, wonach das Fondskapital nicht mehr auf Ecu, sondern auf US-Dollar lautet. Das Direktorium bewilligte die volle Inbetriebnahme des Fonds auf seiner Sitzung vom 30. August 1995, und eine im Hinblick auf die volle Betriebsphase geprüfte Fassung der Satzung des Fonds wurde am 1. April 1996 gebilligt.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, die technische Zusammenarbeit für die Gestaltung und Durchführung der Versuchsphase, der verlängerten Versuchsphase und der vollen Betriebsphase des Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zu finanzieren.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Einlagen und Auszahlungen werden erfolgswirksam verbucht. Zinseinkünfte und Betriebsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva, die nicht auf Ecu lauten, wurden zu den am 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet. Geschäftsvorfälle in anderen Währungen als Ecu werden zu den am Monatsende geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Zusagen wurden zu den am 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne und -verluste, die sich aus der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Jahres ergeben, werden dem Mittelzufluß und der Mittelverwendung des Fonds zugerechnet.

iii Fertiggestellte Projekte

Ein Projekt gilt als fertiggestellt, wenn alle beteiligten Berater sämtliche vertragliche Verpflichtungen erfüllt haben und alle mit dem Projekt verbundenen Rechnungen zur Zahlung vorliegen.

Bei Fertigstellung eines Projekts werden alle nicht ausgezahlten zugesagten Beträge dem nicht zugewiesenen Fondsvermögen zugeführt.

3 Einlagen

Von den Geberländern zugesagte Einlagen werden nachfolgend aufgeführt:	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Einlagen während des Geschäftsjahres		
Deutschland	-	1.329
Frankreich	1.261	948
Italien	-	1.208
Japan	-	2.588
Kanada	2.849	1.157
Vereinigtes Königreich	889	3.216
Vereinigte Staaten of America	18.546	394
Stand 31. Dezember	23.545	10.840

3 Einlagen (Fortsetzung)

	1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Zugesagte, aber noch nicht fällige Einlagen		
Deutschland	299	266
Frankreich	-	1.288
Vereinigtes Königreich	-	821
Stand 31. Dezember	299	2.375

4 Zuführungen von Einlagen aus dem Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation

In Übereinstimmung mit dem Beitragsabkommen vom 29. September 1994 zwischen der US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) und der Bank wurden dem Fonds Einlagen von 0,4 Millionen Ecu (1996: 2,2 Millionen Ecu) aus dem Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zugeführt.

5 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen entspricht allen von der Bank bewilligten Zusagen im Rahmen des Fondsübereinkommens abzüglich der Summe der Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugeteiltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1997	17.597	11.582	6.015
Veränderungen im Geschäftsjahr	10.453	3.834	6.619
Stand 31. Dezember 1997	28.050	15.416	12.634
Fertiggestellte Projekte			
Stand 1. Januar 1997	2.466	2.466	-
Veränderungen im Geschäftsjahr	8.304	8.304	-
Stand 31. Dezember 1997	10.770	10.770	-
Projekte insgesamt			
Stand 1. Januar 1997	20.063	14.048	6.015
Veränderungen im Geschäftsjahr	18.757	12.138	6.619
Stand 31. Dezember 1997	38.820	26.186	12.634

6 Sonstige Betriebsaufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergeben sich aus den mit dem Fonds direkt verbundenen Verwaltungsaufwendungen sowie die an die Bank für die Tätigkeit des Fonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 3% je Leistung auf die Einlagen berechnet.

7 Plazierungen bei Kreditinstitutionen

Alle Plazierungen bei Kreditinstitutionen sind Sichtguthaben und lauten auf US-Dollar.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in der Russischen Föderation zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Moldau

Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum	Geschäftsjahr zum
		31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
Aus Darlehen		26	–
Sonstige Zinsen		63	5
Nettogeühren und Provisionenerträge		6	–
Devisen		159	28
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(39)	(1)
Betriebsgewinn vor Wertberichtigungen		215	32
Wertberichtigungen für Verluste	4	(303)	(13)
(Verlust)/Gewinn für den Zeitraum		(88)	19

Bilanz zum 31. Dezember 1997	Anmerkung	31. Dezember	31. Dezember
		1997 Ecu 000	1996 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten		892	1.263
Sonstige Aktiva		20	5
Darlehen	5	319	13
Summe der Aktiva		1.231	1.281
Passiva			
Sonstige Verbindlichkeiten		39	1
Einlagen		1.261	1.261
Rücklagen	6	19	–
(Verlust)/Gewinn für den Zeitraum		(88)	19
Beitragsressourcen		1.192	1.280
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen		1.231	1.281
Bilanzvermerke			
Verpflichtungen	7	1.287	1.060

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr	Einlagen Ecu 000	Akkumulierter Gewinn Ecu 000	(Verlust) Gewinn für den Zeitraum Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Gewinn für den Zeitraum	–	–	19	19
Stand 31. Dezember 1996	1.261	–	19	1.280
Gewinn, in die Vorjahresrücklage eingestellt	–	19	(19)	–
Verlust für das Jahr	–	–	(88)	(88)
Stand 31. Dezember 1997	1.261	19	(88)	1.192

**Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung
für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr**

	Ecu 000	Jahr bis zum 31. Dezember 1997 Ecu 000	Ecu 000	Zeitraum zum 31. Dezember 1996 Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit				
Betriebsgewinn/(-verlust) für den Zeitraum	(88)		19	
Anpassungen für:				
Wertberichtigungen für Verluste	303		13	
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	215		32	
Zunahme von betrieblichen Vermögenswerten:				
Zinsforderungen	(15)		(5)	
Zunahme sonstiger Verbindlichkeiten	38		1	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Investitionstätigkeiten		238		28
Cashflow aus Investitionstätigkeiten				
Mittel für Darlehen	(609)		(26)	
Nettobarmittel verwendet für Finanzgeschäfte		(609)		(26)
Cashflow aus Finanzgeschäften				
Einlagen	-		1.261	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Finanzgeschäften		-		1.261
Nettozunahme /(-abnahme) liquider Mittel und gleichgestellter Aktiva		(371)		1.263
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 1. Januar		1.263		-
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva am 31. Dezember		892		1.263

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Der Sonderfonds für Investitionen in Kleinstunternehmen in Moldau („der Fonds“) wurde errichtet und wird verwaltet im Rahmen des Übereinkommens vom 3. September 1996 („das Fondsübereinkommen“) zwischen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) und der Regierung der Schweiz („die Schweizer Regierung“).

Der Sonderfonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet. Ziel des Fonds ist es, die Entwicklung von Kleinstunternehmen über die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau zu fördern.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsvorschriften.

ii Fremdwährungen

Auf Fremdwährungen lautende monetäre Aktiva und Passiva werden zu am 31. Dezember 1997 gültigen Kassakursen in Ecu übertragen. Nichtmonetäre Instrumente werden zu den zur Zeit des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen umgerechnet.

Einlagen werden zu den zur Zeit des Eingangs geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Ausstehende Beiträge werden zu am 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei den Geschäftsvorfällen während des Geschäftsjahres werden erfolgswirksam behandelt.

iii Wertberichtigungen für Verluste

Für zweifelhafte Darlehen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe des voraussichtlichen Ausfalls auf den noch offenen Forderungssaldo gebildet. Allgemeine Rücklagen werden hinsichtlich solcher Verluste vorgenommen, die, obwohl nicht im einzelnen definiert, in jedem Bestand vertraglicher Zusagen, Darlehen und Kapitalanlagen latent sind. Die Zuführungen zu den Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahres in der Gewinn- und Verlustrechnung erfaßt. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4.

iv Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Zinserträge aus ausfallgefährdeten Darlehen oder solchen mit Zins- und Tilgungsrückständen von über 180 Tagen für Darlehen an den öffentlichen Sektor oder 60 Tagen für Darlehen an den privaten Sektor werden nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Zinsen auf solche notleidenden Kredite werden danach nur bei Zahlungseingang vereinnahmt. Bereitstellungsgebühren werden für den Zeitraum ausgewiesen, für den die Zusage besteht.

3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten und schließen Gebühren ein, die der Bank für die Verwaltung des Fonds zu zahlen sind. Letztere werden mit 3% jeder Leistung auf die Einlagen berechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste

Zuführungen für Gewinn und Verlust	Darlehen Ecu 000
Rückstellungen für das Geschäftsjahr Allgemeine Rückstellungen für in Umlauf befindliche Auszahlungen	303
Für den am 31. Dezember 1997 abgelaufenen Zeitraum	303
Für den am 31. Dezember 1996 abgelaufenen Zeitraum	13
Darlehen	
Zum 1. Januar 1997	13
Rückstellungen	303
Kursanpassungen	3
Stand 31. Dezember 1997	319

Gemäß Abschnitt 5.04 der Bestimmungen des Fonds trägt dieser bis zu 75% der aus fondsfinanzierten Kapitalanlagen und Parallelinvestitionen der Bank anfallenden Verluste. Darüber hinausgehende Verluste werden zu gleichen Teilen

vom Fonds und von der Bank getragen. Dementsprechend erfolgt bei der Auszahlung für Darlehen eine allgemeine Rückstellung von 50%.

5 Darlehen

Umlaufende Auszahlungen:	Darlehen Ecu 000
Zum 1. Januar 1997	26
Auszahlungen	609
Wechselkursanpassungen	3
Stand 31. Dezember 1997	638
Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	(319)
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	319
Gesamt abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1996	13
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:	
Zum 31. Dezember 1997	87
Zum 31. Dezember 1996	1.005

Alle Darlehen sind für Projekte in Moldau bestimmt.

6 Einlagen

Die gemäß Fondsübereinkommen zahlbaren Einlagen sind 1996 vollständig von der Schweizer Regierung eingegangen.

7 Zusagen

Zum 31. Dezember 1997 schlossen die Zusagen Garantien von 1,2 Millionen Ecu (1996: 55.000 Ecu) und noch nicht ausgezahlte Darlehenszusagen von 87.000 Ecu (1996: 1,0 Millionen Ecu) ein. Der Betrag für die Garantien entspricht dem möglichen Risiko des Fonds bei anfallenden Verlusten bei von der Bank finanzierten garantierten Parallelinvestitionen, wie in Anmerkung 4 im einzelnen dargelegt.

8 Nettowährungsposition

	Ecu Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva			
Plazierung bei Kreditinstituten	–	892	892
Sonstige Aktiva	–	20	20
Darlehen	(319)	638	319
Gesamte Aktiva	(319)	1.550	1.231
Passiva			
Sonstige Verbindlichkeiten	(39)	–	(39)
Gesamte Verbindlichkeiten	(39)	–	(39)
Währungsposition zum 31. Dezember 1997	(358)	1.550	1.192
Währungsposition zum 31. Dezember 1996	(14)	1.294	1.280

Der Fonds verwendet Ecu als Maßeinheit für den Ausweis im Jahresabschluss. Die Aktivitäten des Fonds lauten jedoch auf US-Dollar.

9 Liquiditätsrisiko	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat bis zu 3 Monaten Ecu 000	Über ein Jahr bis zu 5 Jahren Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten	892	–	–	–	892
Sonstige Aktiva	4	16	–	–	20
Darlehen	–	–	638	(319)	319
Gesamte Aktiva	896	16	638	(319)	1.231
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten	–	(39)	–	–	(39)
Beitragsressourcen	–	–	–	(1.192)	(1.192)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	–	(39)	–	(1.192)	(1.231)
Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	896	(23)	638	(1.511)	–
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	896	873	1.511	–	–
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1996	1.268	1.267	1.280	–	–

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen in Kleinstunternehmen in Moldau zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie der Ergebnisse seiner Geschäftstätigkeit und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Mittelzufluß und Mittelverwendung des Fonds
für das am 31. Dezember 1997 abgelaufene Geschäftsjahr

	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 1997 Ecu 000	Zeitraum bis 31. Dezember 1996 Ecu 000
Bilanzvortrag		247	–
Einlagen	3	452	247
Zinsen und zinsähnliche Erträge		12	4
		711	251
Auszahlungen	4	(84)	–
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	(12)	(4)
Fondsvermögen		615	247

Bilanz
zum 31. Dezember 1997

	Anmerkung	31. Dezember 1997 Ecu 000	31. Dezember 1996 Ecu 000
Aktiva			
Plazierungen bei Kreditinstituten	6	618	249
Sonstige Aktiva		2	–
Summe der Aktiva		620	249
Passiva			
Nicht zugeteiltes Fondsvermögen		447	247
Zugeteiltes Fondsvermögen	4	168	–
		615	247
Sonstige Verbindlichkeiten		5	2
Summe der Passiva		620	249

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („das Direktorium“) bei seiner Sitzung am 12./13. September 1995 bewilligt, und er wird im Rahmen der Bestimmungen des Sonderfonds, die ebenfalls zu diesem Zeitpunkt vom Direktorium bewilligt wurden, verwaltet. Nach Eingang der ersten Einlage nahm der Fonds im Juni 1996 seine Tätigkeit auf.

Der Fonds wurde gemäß Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, als Einrichtung für die Finanzierung von Projekten der Technischen Zusammenarbeit in den Einsatzländern der Bank zu dienen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt. Eingänge und Auszahlungen werden erfolgswirksam verbucht. Zinserträge und betriebliche Aufwendungen sind periodengerecht abgegrenzt.

ii Fremdwährungen

Auszahlungen in einer anderen Währung als Ecu werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles gültigen Wechselkursen umgerechnet. Zusagen abzüglich der Auszahlungen, die nicht in Ecu erfolgt sind, werden zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Kassakursen umgerechnet.

3 Einlagen

Die Einlagen während des Jahres umfassen Rückzahlungen von verschiedenen privaten Empfängern. Gemäß der Bestimmungen des Fonds können Einlagen nur von Gebern getätigt werden, die ein Beitragsabkommen mit der Bank unterzeichnet haben. Zum 31. Dezember 1997 hatten folgende acht Geberländer ein solches Abkommen unterzeichnet.

Finnland
Irland
Israel
Norwegen
Portugal
Schweden
Schweiz
Vereinigtes Königreich

Im Jahr 1997 waren keine direkten Einlagen zu verzeichnen (1996: 247.000 Ecu vom Vereinigten Königreich).

4 Zugeteiltes Fondsvermögen und Auszahlungen

Das zugeteilte Fondsvermögen besteht aus allen von der Bank im Rahmen des Fondsübereinkommens bewilligten Zusagen abzüglich der aufgelaufenen geleisteten Auszahlungen.

	Bewilligte Zusagen Ecu 000	Auszahlungen Ecu 000	Zugeteiltes Fondsvermögen Ecu 000
Laufende Projekte			
Stand 1. Januar 1997	-	-	-
Bewegungen im Geschäftsjahr	252	(84)	168
Stand 31. Dezember 1997	252	(84)	168

5 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Sonstige betriebliche Aufwendungen umfassen die mit der Tätigkeit des Sonderfonds unmittelbar verbundenen Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Die Gebühr ist so festgelegt, daß sie die Zinseinkünfte abzüglich direkte Kosten nicht übersteigt.

6 Plazierungen bei Kreditinstituten

Die Plazierungen bei Kreditinstituten bestehen aus auf Ecu lautenden Sichtguthaben.

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß auf der Grundlage der Ausführungen in Anmerkung 2 in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie des Mittelzuflusses und der Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 16. Dezember 1996 bis 31. Dezember 1997		Zeitraum bis zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
	Anmerkung	
Zinsen und zinsähnliche Erträge		
Sonstige Zinsen		29
Devisen		68
Sonstiger betrieblicher Aufwand	3	(14)
Betriebsgewinn vor Rückstellungen		83
Rückstellungen für Verluste	4	(62)
Gewinn für den Zeitraum		21

Bilanz zum 31. Dezember 1997		31. Dezember 1997 Ecu 000
	Anmerkung	
Aktiva		
Plazierungen bei Kreditinstituten		1.063
Sonstige Aktiva		2
Aktienanlagen	5	1.470
Summe der Aktiva		2.535
Passiva		
Sonstige Verbindlichkeiten		760
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	4	17
Einlagen	6	1.737
Gewinn für das Jahr		21
Beitragsressourcen		1.758
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen		2.535
Bilanzvermerke		
Zusagen	5	240

Übersicht über Veränderungen der Beitragsressourcen für den Zeitraum vom 16. Dezember 1996 bis 31. Dezember 1997

	Einlagen Ecu 000	Gewinn für den Zeitraum Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Beitragsabkommen	1.737	–	1.737
Gewinn für den Zeitraum	–	21	21
Stand 31. Dezember 1997	1.737	21	1.758

Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für den Zeitraum vom 16. Dezember 1996 bis 31. Dezember 1997

	Ecu 000	Zeitraum bis zum 31. Dezember 1997 Ecu 000
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
Betriebsgewinn für den Zeitraum:	21	
Anpassungen für:		
Abschreibungen und Wertberichtigungen	62	
Betriebsgewinn vor Veränderungen im Betriebsvermögen	83	
Zunahme betrieblicher Vermögenswerte		
Zuwachs an Zinsforderungen	(2)	
Zunahme sonstiger Verbindlichkeiten	10	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Geschäftstätigkeit		91
Cashflow aus Investitionstätigkeit		
Mittel für Aktienanlagen	(765)	
Mittelverwendung (netto) für Investitionstätigkeit		(765)
Cashflow aus Finanzgeschäften		
Einlagen	(1.737)	
Nettobarmittel bereitgestellt aus Finanzgeschäften		1.737
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember		1.063

Anmerkungen zum Jahresabschluß

1 Errichtung des Sonderfonds

Die Errichtung des Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären („der Fonds“) wurde vom Direktorium der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“) bei seiner Sitzung vom 16. Dezember 1996 bewilligt. Der Fonds wird unter anderem im Rahmen der Bedingungen des Sonderfonds verwaltet, die das Direktorium zu diesem Zeitpunkt genehmigt hat. Nach Eingang der ersten Beiträge nahm der Fonds am 22. Mai 1997 seine Geschäftstätigkeit auf.

Der Fonds wurde in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank errichtet. Ziel des Fonds ist es, Finanzintermediäre in den Einsatzländern der Bank durch Investitionen in ihr Kapital zu unterstützen.

2 Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

i Generalnorm

Der Jahresabschluß wurde nach dem Anschaffungskostenprinzip aufgestellt und entspricht den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen.

ii Fremdwährungen

Monetäre Aktiva und Passiva, die nicht auf Ecu lauten, werden zu den am 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet. Nichtmonetäre Instrumente werden zu dem zur Zeit des Geschäftsvorgangs geltenden Wechselkursen in Ecu ausgedrückt.

Einlagen werden zu den zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles geltenden Wechselkursen in Ecu umgerechnet. Ausstehende Einlagen werden zu den zum 31. Dezember 1997 geltenden Kassakursen in Ecu umgerechnet.

Wechselkursgewinne oder -verluste bei der Umrechnung von Aktiva und Passiva sowie bei Geschäftsvorfällen während des Berichtszeitraums werden erfolgswirksam verbucht.

iii Aktienanlagen

Aktienanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen für eine dauernde Wertminderung ausgewiesen. Dividenden werden bei Eingang vereinnahmt.

iv Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

Für Aktienanlagen werden Einzelwertberichtigungen in Höhe einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung gebildet. Allgemeine Wertberichtigungen für mögliche Verluste bei nichtstaatlichen Anlagen zum Ende des Zeitraums werden in zwei Stufen vorgenommen: bei der Zusage und bei der Auszahlung. Wertberichtigungen für Bestandsrisiken werden für latente im Bestand vertraglicher Zusagen inhärente Verluste gebildet. Wertberichtigungen werden nach Verrechnung mit den Auflösungen des Geschäftsjahres erfolgswirksam verbucht. Einzelheiten zu den Wertberichtigungen des Fonds finden sich in Anmerkung 4.

3 Sonstige Betriebsaufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten die mit der Geschäftstätigkeit des Fonds unmittelbar zusammenhängenden Verwaltungskosten sowie die an die Bank für die Verwaltung des Sonderfonds zu entrichtenden Gebühren. Diese werden mit 1% jeder Leistung auf die eingegangenen Einlagen berechnet.

4 Wertberichtigungen für Verluste und allgemeine Bestandsrisiken

	Aktienanlagen Ecu 000
Zuführungen für Gewinn und Verlust	
Rückstellungen im Berichtszeitraum:	
Allgemeine Rückstellungen für:	
in Umlauf befindliche Auszahlungen	45
noch nicht ausgezahlte Zusagen	4
Bestandsrisiko	13
Für den am 31. Dezember 1997 abgelaufenen Zeitraum	62
Veränderungen in der Rückstellung	
Rückstellungen	62
Zum 31. Dezember 1997	62
<i>Analysiert nach:</i>	
Allgemeine Rückstellungen für im Umlauf befindliche Auszahlungen	45
Rückstellungen für von Aktiva abgezogene Verluste	45
Allgemeine Rückstellungen für ausstehende Zusagen	4
Bestandsrisiko	13
Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken	17
Zum 31. Dezember 1997	62

Allgemeine Rückstellungen werden nach dem Risikoprinzip für nichtstaatliches Risikovermögen in zwei Schritten vorgenommen. Ein anfänglicher Betrag von 50% der Gesamtrückstellung wird zum Zeitpunkt der Zusage eingestellt und die verbleibende Hälfte bei Auszahlung. Die Rückstellung für Zusagen wird – zusammen mit einer Bestandsrisikorückstellung in Höhe von 0,75% der Zusagen

abzüglich der Rückzahlungen – in die „Rückstellungen für allgemeine Bestandsrisiken“ eingeschlossen. Allgemeine Rückstellungen bei Auszahlung sowie Sonderrückstellungen werden als Abzüge von der Aktivakategorie „Aktienanlagen“ ausgewiesen.

5 Aktienanlagen

	Aktienanlagen Ecu 000
Auszahlungen im Umlauf:	
Auszahlungen	1.515
Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	(45)
Gesamtsumme abzüglich Rückstellungen zum 31. Dezember 1997	1.470
Zugesagt, aber noch nicht ausgezahlt:	
Zum 31. Dezember 1997	240

Alle Aktienanlagen sind für Projekte in Slowenien bestimmt.

6 Einlagen

Die laut Beitragsabkommen zu leistenden Einlagen gingen insgesamt am 22. Mai 1997 von den Vereinigten Staaten ein.

7 Nettowährungsposition	Ecu Ecu 000	US-Dollar Ecu 000	Holländische Gulden Ecu 000	Slowenische Tolar Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva					
Plazierungen bei Kreditinstituten	-	202	861	-	1.063
Sonstige Aktiva	-	1	1	-	2
Aktienanlagen	(45)	-	-	1.515	1.470
Summe der Aktiva	(45)	203	862	1.515	2.535
Passiva					
Sonstige Verbindlichkeiten	(1)	(9)	-	(750)	(760)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	(17)	-	-	-	(17)
Summe der Verbindlichkeiten	(18)	(9)	-	(750)	(777)
Devisenposition zum 31. Dezember 1997	(63)	194	862	765	1.758

8 Liquiditätsrisiko	Bis zu einem Monat Ecu 000	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten Ecu 000	Laufzeiten nicht näher bestimmt Ecu 000	Gesamt Ecu 000
Aktiva				
Plazierungen bei Kreditinstituten	1.063	-	-	1.063
Sonstige Aktiva	2	-	-	2
Aktienanlagen	-	-	1.470	1.470
Summe der Aktiva	1.065	-	1.470	2.535
Passiva				
Sonstige Verbindlichkeiten	(750)	(10)	-	(760)
Wertberichtigungen für allgemeine Bestandsrisiken	-	-	(17)	(17)
Beitragsressourcen	-	-	(1.758)	(1.758)
Summe der Verbindlichkeiten und Beitragsressourcen	(750)	(10)	(1.775)	(2.535)
Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	315	(10)	(305)	-
Kumulatives Liquiditätsrisiko zum 31. Dezember 1997	315	305	-	-

Bericht der Abschlußprüfer an die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben die Bilanz des Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären zum 31. Dezember 1997 und die zugehörige Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Mittelherkunfts- und Mittelverwendungsrechnung für das zu diesem Stichtag abgelaufene Geschäftsjahr, wie sie auf den Seiten 77 bis 82 wiedergegeben sind, geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses oblag der Geschäftsführung der Bank. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage unserer Abschlußprüfung diesem Jahresabschluß ein Testat zu erteilen.

Wir haben bei unserer Prüfung die Internationalen Grundsätze über die ordnungsmäßige Durchführung von Abschlußprüfungen beachtet. Nach diesen Grundsätzen sind wir gehalten, die Abschlußprüfung so zu planen und durchzuführen, daß wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, daß der Jahresabschluß keine unzulässigen Ausweise und Wertansätze oder falschen Angaben von wesentlicher Bedeutung enthält. Eine Abschlußprüfung umfaßt die stichprobenweise Nachweis- und Belegprüfung hinsichtlich der Ausweise und sonstigen Angaben des Jahresabschlusses. Sie beinhaltet auch eine Bewertung der von der Geschäftsführung bei der Erstellung des Abschlusses angewandten Bewertungsgrundsätze und der von ihr vorgenommenen Schätzungen sowie der Darstellung des Jahresabschlusses insgesamt. Wir sind der Auffassung, daß die von uns durchgeführte Abschlußprüfung eine ausreichende Grundlage für unser Testat darstellt.

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage des Fonds zum 31. Dezember 1997 sowie der Ergebnisse seiner Geschäftstätigkeit und der Mittelherkunft und Mittelverwendung für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr.



Arthur Andersen
London
10. März 1998

Projektbewilligungen 1997

Stand 31. Dezember 1997

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projektinvestitionen in Mio Ecu
Albanien						
Kreditlinie zur Entwicklung von KMU Kreditlinie an albanische Banken zur Weitervergabe an KMU	Banken	C/0	Darlehen	(16. Dezember)	9,1	9,1
Aserbaidschan						
Kraftwerk Mingetschaur Finanzierung für Ausrüstungen z. Elektrizitätserzeugung aus Wasserkraft	Energie-wirtschaft	B/1	Darlehen	24. Juni (3. Juni)	19,6	40,4
Schmierölerschnitt und Abpackung, Werk Atoil Errichtung einer Anlage für Qualitätsschmierölerschnitt und Abpackung für örtlichen Bedarf und Förderung des lokalen Markts	Verarbeitende Industrie	B/1	Darlehen und Aktien	(9. September)	8,3	23,8
Azerbajjan Multi Bank Framework Financing Facility Unterstützung privater KMU sowie Entwicklung d. Bankensektors	Banken	C/0	Aktien	(16. Dezember)	17,2	17,2
Aserdemirjolbank			Darlehen	(16. Dezember)	0,63	0,63
Bosnien und Herzegowina						
Micro-Enterprise Bank (MEB) Errichtung einer spezialisierten Bank f. Kleinst- und Kleinunternehmen	Banken	C/0	Aktien	30. September (7. Mai)	0,5	6,7
Kapitalbeteiligung an Market Banka, Sarajewo Mittelbereitstellung für Privatsektorinvestitionen in örtlichen Banken	Banken	C/0	Aktien	4. November (15. Juli)	1,0	1,0
Horizonte-Unternehmensfonds für Bosnien und Herzegowina Erste Einrichtung f. Kapitalbeteiligungen. Fonds zur Maximierung des Kapitals durch Direktinvestitionen in Unternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	(9. September)	4,5	16,7
Notprojekt zum Wiederaufbau der Energieversorgung Dringend erforderlicher Wiederaufbau kriegszerstörter Stromerzeugungs-, Übertragungs- und Verteilungsanlagen	Energie	B/1	Darlehen	27. November (22. September)	13,9	143,7
Sarajevska Pivara Finanzierung der Modernisierung einer Brauerei, Aufnahme der Produktion von alkoholfreien Getränken	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	27. November (18. November)	4,1	11,6
Bulgarien						
BNP – Dresdner (Bank) Bulgarien/Kapitalerhöhung Anteilmäßige Beteiligung an Kapitalerhöhung	Banken	C/0	Aktien	12. März (11. März)	1,0	1,5
3. Kapitalerhöhung Anteilmäßige Beteiligung an Kapitalerhöhung zur Erfüllung der neuen Mindestkapitalbestimmungen der Zentralbank	Banken	C/0	Aktien	15. Dezember (2. Dezember)	0,8	4,0
Bulgarian Investment Bank, Kapitalerhöhung Anteilmäßige Beteiligung an Kapitalerhöhung	Banken	C/0	Aktien	6. Mai (5. Mai)	0,3	0,7
Danone Multiprojektfazilität (MPF) – Serdika, Kapitalerhöhung Zeichnung zur Erhöhung des Grundkapitals	Nahrungsmittel	C/0	Aktien	9. Juni (5. Mai)	1,5	4,1
First Investment Bank Erhöhung des Grundkapitals, Entwicklung zur Universalbank	Banken	C/0	Aktien	5. Juni (20. Mai)	3,6	3,6
First Investment Bank – Kapitalerhöhung	Banken	C/0	Aktien	(28. November)	1,8	1,8
Privatisierung von Sodi Hilfe bei erster Barprivatisierung eines großen Staatsunternehmens	Chemische Industrie	B/1	Aktien	27. Juni (3. Juni)	35,6	209,7
United Bulgarian Bank – Kapitalbeteiligung Unterstützung der Privatisierung und Rekapitalisierung der UBB	Banken	C/0	Aktien	22. Juli (15. Juli)	10,3	43,5
Bulgarischer Nach-Privatisierungsfonds Auswahl von und Investitionen in mittleren privatisierten Unternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	18. Dezember (16. Dezember)	30,0	45,0

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projektinvestitionen in Mio Ecu
Estland						
AS Eesti Hoiupank – Wohnungsbaufinanzierungsfazilität Langfristige Finanzierungsfazilität für den Wohnungsbau zur Förderung von privatem Wohneigentum	Banken	C/0	Darlehen	29. Januar (28. Januar)	7,6	7,6
AS Eesti Forekspank – Nachrangiges Darlehen Grundkapitalerhöhung, Möglichkeit zur Erweiterung der Banktätigkeit	Banken	C/0	Darlehen	13. März (11. März)	2,0	2,0
Tallinna Pank – Nachrangiges Darlehen Grundkapitalerhöhung, Möglichkeit zur Erweiterung der Banktätigkeit	Banken	C/0	Darlehen	15. April (8. April)	2,5	2,5
AS Eesti Maapank – Nachrangiges Darlehen Grundkapitalerhöhung, Möglichkeit zur Erweiterung der Banktätigkeit	Banken	C/0	Aktien	30. April (22. April)	1,5	2,5
AS Hansapank Estonia – Nachrangiges Darlehen Grundkapitalerhöhung, Hilfe bei der Expansion	Banken	C/0	Darlehen	1. Mai (22. April)	7,6	7,6
Eesti Uhispank – Wohnungsbaufinanzierungsfazilität Langfristige Wohnungsbaufinanzierungsfazilität zur Förderung von privatem Wohneigentum	Banken	C/0	Darlehen	25. Juli (1. Juli)	6,1	6,1
Eisenbahnprojekt Estland Langfristige Finanzierung zur Gleiserneuerung, Reparatur und Rationalisierung der Instandsetzungswerkstätten	Eisenbahn	B/0	Darlehen	(27. August)	23,2	70,3
AS Eesti Hoiupank – Nachrangiges Darlehen Kapitalerhöhung zur Ausweitung der Vergabetätigkeit an den privaten Unternehmenssektor	Banken	C/0	Darlehen	4. Dezember (18. November)	12,6	12,6
Erweiterung Sägewerk Imavere Erweiterung der Produktionskapazität des Unternehmens, Verarbeitung aller anfallenden Stammgrößen	Forstwirtschaft	B/1	Darlehen	17. Dezember (2. Dezember)	7,0	17,5
Wiederaufbauprojekt Passagierabfertigung Flughafen Tallinn Instandsetzung und Verbesserung des Passagierterminals	Verkehr	B/0	Darlehen	(16. Dezember)	7,5	17,2
Georgien						
Projekte für Großhandelsmarkt, Georgien Schaffung von Einrichtungen für den Obst-/Gemüsegroßhandel	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	26. Juni (3. Juni)	8,7	12,5
Borschomi Modernisierung der Flaschenfertigung und Mineralwasser-Abfüllungseinrichtungen	Verarbeitende Industrie	B/1	Darlehen	25. Juni (17. Juni)	9,1	19,5
United Georgian Bank Grundkapitalerhöhung, stabile Mittelausstattung zur Weitervergabe	Banken	C/0	Darlehen und Aktien	20. November (4. November)	9,1	9,1
Kasachstan						
Stahlwerk Ispat – Karmet Modernisierung der bestehenden Anlagen, Anlagenneubau, Qualitätsverbesserung, Erhöhung der Produktivität	Primäre Metallverarbeitung	A/1	Darlehen	5. Dezember (7. Oktober)	122,3	753,1
Handelsförderungsprogramm Kasachstan Garantie für kurzfristige Handelsobligationen	Banken	C/0	Garantie	(30. September)	36,2	36,2
Programm für Kleinunternehmen Kasachstan Arbeit mit örtlichen Banken, Bereitstellung von Finanzierungen für Kleinst- und Kleinunternehmen	Banken	C/0	Darlehen	5. Januar 98 (18. November)	77,5	77,5

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projekt- investitionen in Mio Ecu
Kirgisistan						
Hotel Kyrgyzstan Mittelbereitstellung für das erste privat finanzierte Hotel in Mittelasien mit internationalem Standard	Tourismus	B/O	Darlehen	27. November (4. November)	7,2	17,2
Verbesserung Leitungsnetz Talas Mittelbereitstellung zur besseren Energieversorgung für Privatkunden und KMU	Energie- wirtschaft	B/O	Darlehen	18. Dezember (2. Dezember)	22,4	27,4
Demonstrationsprojekt Unternehmensinvestitionen Pilotinvestitionen in drei Unternehmen	Holding/sonstige Investitionen	B/1	Aktien	(16. Dezember)	7,0	7,0
Kroatien						
Medimurska Banka d. d. Darlehensfazilität zur Finanzierung von KMU in Kroatien	Banken	C/O	Darlehen	17. Oktober (7. Oktober)	5,1	5,1
Croatia Capital Partnership Ltd. Investitionen in bestehende KMU im Privatsektor	Holding/sonstige Investitionen	C/O	Aktien	25. November (4. November)	4,5	22,6
Bjelovarska Banka Darlehensfazilität zur Finanzierung von KMU in Kroatien	Banken	C/O	Darlehen	20. November (18. November)	7,6	7,6
Großmarktprojekt Hilfe bei der Entwicklung einer modernen Infrastruktur für den Großhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	8. Dezember (2. Dezember)	16,9	35,0
Lettland						
Mobilfunkprogramm GSM Lettland Finanzierung f. Bau und Betrieb eines zweiten nationalen Mobilfunknetzes GSM 900	Fernmelde- wesen	B/O	Darlehen und Aktien	18. Juni (20. Mai)	21,0	61,3
A/S Saules Banka – Kreditlinie Zusätzliche mittelfristige Bereitstellung von Mitteln für die wachsende Anzahl kreditwürdiger KMU	Banken	C/O	Darlehen	15. Oktober (7. Oktober)	7,2	7,2
A/S Hansabank-Lettland – Nachrangiges Darlehen Verbesserte Kapitalisierung und Erweiterung der Geschäftstätigkeit	Banken	C/O	Darlehen	1. Dezember (4. November)	3,6	3,6
Rigas Kommercbanka – Revolvierendes Bereitschaftsdarlehen Erweiterte Mittelbereitstellung für lettische Unternehmen	Banken	C/O	Darlehen	22. Januar 98 (2. Dezember)	9,1	9,1
Litauen						
Darlehensversicherungsfazilität/Kofinanzierung Infrastruktur Absicherung von Wechselkursrisiken in drei von JEXIM kofinanzierten EBWE-Projekten	Behörden	C/O	Garantie	(16. Dezember)	5,7	5,7
Moldau						
International Commercial Black Sea Bank Finanzierung für die Einrichtung einer neuen Handelsbank	Banken	C/O	Aktien	(14. Januar)	0,8	2,7
Modernisierung der Wasserversorgung Chisinau Mittelbereitstellung zur Verbesserung der Wasserversorgung, Verringerung der Umweltverschmutzung	Wasser- versorgung	B/O	Darlehen	20. November (4. November)	27,2	54,4
Kreditlinie Victoria Bank, Kapitalerhöhung Unterstützung der Geschäftsziele, Entwicklung des Instituts	Banken	C/O	Aktien	11. Dezember (2. Dezember)	0,2	1,9

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projekt- investitionen in Mio Ecu
Polen						
Kredyt Bank PBI S.A. Kapitalerhöhung Erhöhung der Kapitalanlage	Banken	C/0	Aktien	29. April (8. April)	1,8	1,8
Kapitalerhöhung Kredyt Bank PBI S.A. Beteiligung an einer Kapitalerhöhung	Banken	C/0	Aktien	17. Dezember (7. Oktober)	6,9	72,9
Bank Przemyslowo – Handlowy (BPH) Wandelanleihe, Fällig: 2002 Erwerb von 15% der Eurobondemission	Banken	C/0	Darlehen	20. Mai (22. April)	13,6	13,6
Danuta S.A. Kapitalbeteiligung an einem Teigwarenwerk	Nahrungsmittel	B/1	Aktien	19. Dezember (8. April)	9,1	53,4
Erweiterung von Waresco sp Z.o.o. Finanzierung einer Erweiterung des Bürokomplexes Sienna Center	Immobilien	B/0	Darlehen	9. Juni (20. Mai)	1,2	3,6
Hortex Unterstützung bei der Modernisierung und Erweiterung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens	Nahrungsmittel	B/1	Aktien	17. Juni (3. Juni)	24,0	99,2
Poland Emerging Growth Fund Investition in private Kapitalgesellschaften im Rahmen des Massenprivatisierungsprogramms	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	(17. Juni)	9,1	90,6
Cementownia Chelm S.A. Finanzierung für abschließende Modernisierung eines Zementwerks	Baustoffe	B/1	Darlehen und Aktien	8. August (17. Juni)	28,3	53,1
Central Poland Fund Erwerb eines Anteils in privatem Kapitalbeteiligungsfonds für Investitionen in polnischen Unternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	5. November (17. Juni)	9,1	45,3
Krono-Wood Spolka Z.o.o. Bau und Betrieb einer neuen Anlage für Holzplattenfertigung	Rohholz- und Holzverarbeitung	B/0	Darlehen	2. Oktober (9. September)	25,3	80,0
Kruszwica S.A. Modernisierungshilfe für Polens führenden Ölsaatenverarbeitungsbetrieb	Nahrungsmittel	B/1	Aktien	1. Dezember (7. Oktober)	16,8	49,8
CGC ESCO Polen Polnisches Energiedienstleistungsunternehmen	Energie- verteilung	C/0	Darlehen und Aktien	18. Dezember (18. November)	10,6	34,0
Pioneer Polish Real Estate Fund Bereitstellung für Investitionen in Immobilienmärkten	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	24. Dezember (18. November)	9,1	45,3
Forte S.A. Unterstützung bei Erwerb von 20% von weiterem poln. Möbelhersteller	Möbel und Ausstattung	B/1	Aktien	(2. Dezember)	6,2	6,2
Getreideterminale Europort Gdansk Finanzierung für Bau eines modernen Getreideterminals	Verkehrswesen	B/1	Darlehen	(2. Dezember)	29,4	78,4
Wydawnictwo Naukowe (PWN) Privatplatzierung zur Unterstützung eines Investitionsprogramms	Druck- und Verlagswesen	C/0	Aktien	5. Januar 98 (16. Dezember)	12,7	20,8
Honeywell ESCO Poland Fremd- und Eigenfinanzierung von Honeywells erstem Energiedienstleistungsbetrieb	Energie- verteilung	C/0	Darlehen und Aktien	(16. Dezember)	10,0	27,5
ESCO International S.A. Unterstützung von Energiesparprojekten im privaten und öffentlichen Sektor	Energie	C/0	Darlehen und Aktien	18. Dezember (16. Dezember)	12,1	50,5
Stalexport Privat platzierte Teilfinanzierung eines Investitionsprogramms	Primäre Metall- verarbeitung	B/1	Aktien	22. Januar 98 (16. Dezember)	29,0	171,2

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projekt- investitionen in Mio Ecu
Rumänien						
Kreditmittel für die Bank of Bucharest Mittelfristige Fazilität für die Finanzierung kleiner und mittlerer Investitionsprojekte	Banken		Darlehen	(11. Februar)	7,2	7,2
Kapitalbeteiligung Bank of Bucharest Zur mittelfristigen Weitervergabe an Unternehmen im Privatsektor	Banken		Aktien	17. Dezember (11. Februar)	1,8	9,1
Einsparprojekt für Wärmeenergie Verminderung von Energieverschwendung und Luftverschmutzung	Energie- verteilung	B/0	Darlehen	13. April (8. April)	40,8	76,7
Virolite S.A. Erweiterung Weitere Zusage für Bereitstellung von Betriebskapital	Chemische Industrie	B/0	Darlehen	28. April (22. April)	1,8	1,8
Mobifon S.A. – Romania GSM Erstes größeres langfristiges syndiziertes Darlehen zur Erweiterung eines der beiden bestehenden Mobiltelefonnetze	Fernmelde- wesen	B/0	Darlehen	22. September (15. Juli)	86,1	335,1
Entwicklungsprogramm II für Versorgungswerke Darlehen für Investitionen in der Wasserwirtschaft von zehn Städten	Wasserversorgung	B/0	Darlehen	4. August (22. Juli)	67,9	170,0
Arctic S.A. Privatisierung und Modernisierung Durchführung umfassender Modernisierungsinvestitionen zur Verbesserung der Produktionseinrichtungen	Verschiedenes	B/1	Aktien	14. Oktober (7. Oktober)	12,5	29,4
EPH Getreidelagerung Mittel für neue Getreideumschlags- und -speichereinrichtungen	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	8. Januar 98 (2. Dezember)	7,2	38,9
Reformprojekt Rom Telecom Hilfe bei der Entwicklung des Telefonnetzes und der Privatisierung des rumänischen Telekommunikationsbetreibers	Fernmelde- wesen	B/0	Darlehen	6. Januar 98 (16. Dezember)	101,5	639,2
Russische Föderation						
Russia Life Investments – Kapitalerhöhung Kapitalerhöhung für langfristige Entwicklung	Versicherungs- wesen	C/0	Aktien	17. Juli (11. März)	1,9	5,6
Kapitalbeteiligung NBD Bank Finanzierung der Entwicklung des Instituts, Mittelweitervergabe an Unternehmen im Privatsektor	Banken	C/0	Aktien	(11. März)	5,0	5,0
Kreditlinie Moskau – Rahmenvereinbarung Uneximbank – Teilprojekt Unterstützung bei mittelfristiger Kreditvergabe an Bau- und andere Investitionsprojekte im Privatsektor	Banken	C/0	Darlehen	16. April (25. März)	18,1	18,1
Uneximbank – Teilprojekt Mittelvergabe für Bautätigkeit in Moskau	Banken	C/0	Darlehen	27. November (21. Oktober)	90,6	90,6
Roseximbank – Teilprojekt Finanzierung nachrangiger Darlehen für Investitionsprojekte an Privatunternehmen	Banken	C/0	Darlehen	5. Januar 98 (16. Dezember)	13,6	13,6
Metallurgitscheski Savod Amatist (MZA) Finanzierung für Bau einer Anlage für Recycling von Elektronikschrott und Rückführung von Edelmetallen	Metallerzeugnisse	B/1	Darlehen	(25. März)	9,6	30,0
Pepsi International Bottlers Errichtung e. integrierter Verteilungssystems für alkoholfreie Getränke	Nahrungsmittel	B/0	Darlehen	18. Juli (8. April)	40,8	173,0
MMK Strukturierte Finanzierungsfazilität für Exportvorbereitung Unterstützung des Unternehmens bei Barleistungen zur Beschaffung von Material, Energie und Transport	Primäre Metall- verarbeitung	C/1	Darlehen	30. Oktober (8. April)	86,1	90,6
Kommunales Förderungsprojekt St. Petersburg Umstrukturierung zur Stabilisierung der Stadtfinanzen, Umsetzung eines mittelfristigen Investitionsprogramms	Kommunal- finanzierung	C/0	Darlehen	13. Juni (7. Mai)	54,3	362,3
Knjas Rurik – Efes Brewery JSC Bau einer neuen Brauereianlage in Moskau	Nahrungsmittel	B/0	Darlehen	30. Juni (7. Mai)	28,5	98,4

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projektinvestitionen in Mio Ecu
PLM Getränkedosenherstellung AOZT Finanzielle Unterstützung für moderne Dosenproduktionsanlage	Steine, Ton, Glas	B/0	Darlehen und Aktien	15. Dezember (17. Juni)	27,6	148,0
Wasser- und Umweltsektor St. Petersburg Hilfe für kommunale Investitionen für Wasserversorgung	Wasser- versorgung	B/0	Darlehen	17. Juli (3. Juni)	64,2	152,9
Regionale Wagnisfonds Untere Wolga – FlexoPrint Kapitalbeteiligung an einer Etikettendruckerei	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	5. November (22. Juli)	0,5	0,5
Untere Wolga – Natur Produkt Holdings Arzneimittelproduktion und -vertrieb	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	31. Oktober (27. August)	2,0	2,3
St. Petersburg – Natur Produkt Holdings Arzneimittelproduktion und -vertrieb	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	31. Oktober (27. August)	2,2	2,3
Black Earth – Polipak Teelinvestition in eine Verpackungsmaterialfirma	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	1. Dezember (7. Oktober)	2,7	3,0
Projekt Sachalin II (Phase 1) Kommerzielle Entwicklung einer Öl- und Gaslagerstätte vor der Insel Sachalin	Öl und Gas	A/0	Darlehen	(1. Juli)	105,1	709,2
Glaswerk Bor Mittelbereitstellung zur Sicherung der Position des Unternehmens als führender Hersteller von hochwertigem Flachglas	Stein, Ton, Glas	B/1	Aktien	1. Dezember (22. Juli)	13,2	71,2
Internationales Flughafenterminal Pulkovo Für neues internationales Passagierterminal in St. Petersburg	Luftverkehr	A/0	Darlehen	(27. August)	48,9	188,9
Moscow Industrial Bank Interbankdarlehen zur Weitervergabe an Unternehmen im Privatsektor	Banken	C/0	Darlehen	5. Dezember (9. September)	27,2	27,2
Avtobank Unterstützung bei der Bereitstellung von mittel- und langfristigen Kapital zur Weitervergabe an Privatunternehmen im Industriesektor	Banken	C/0	Aktien	19. Januar 98 (21. Oktober)	1,5	1,5
Unabhängiges Kraftwerk Mutnowskij Bau und Inbetriebnahme eines geothermischen Kraftwerkes (40MWe)	Energieerzeugung	B/0	Darlehen	8. Januar 98 (21. Oktober)	90,5	136,1
ZAO DIROL Unterstützung beim Bau einer neuen Kaugummifabrik	Nahrungsmittel	B/0	Darlehen	5. Januar 98 (21. Oktober)	30,4	89,0
FM Rußland Mittelbereitstellung für FM Logistics (SEVO) ZAO für Bau, Ausrüstung u. Betrieb v. Lagereinrichtung sowie Verteilungs- und Logistikzentrum	Immobilien	B/0	Darlehen und Aktien	11. Dezember (4. November)	15,2	43,5
Incombank Kapitalbeteiligung und Darlehen Deckung der Nachfrage nach mittelfristiger Finanzierung für KMU	Banken	C/0	Darlehen und Aktien	19. Dezember (4. November)	54,0	105,1
Elektrometallurgisches Werk Oskol Mittel für weitere Modernisierung und Erweiterungsprogramm	Primäre Metall- verarbeitung	B/1	Darlehen	2. Januar 98 (4. November)	79,0	537,4
Roslau/Far East Shipping Company (FESCO) II Finanzierung des Ankaufs von drei Container-Schiffen	Schifftransport	B/0	Darlehen	12. Dezember (18. November)	28,2	84,7
Ideal Molinos Neubau einer Sonnenblumenölraffinerie und -abfüllanlage	Nahrungsmittel	B/0	Aktien	(16. Dezember)	22,6	64,3
A.O. Mosenergo Finanzierung für Fertigstellung einer strategischen Anlage sowie für allgemeine Unternehmenskonzepte	Elektrizität	B/1	Darlehen	(16. Dezember)	90,6	167,6
Slowakische Republik						
Prva Komunalna Banka – Kreditlinie Mittelweitervergabe an Privatunternehmen	Banken	C/0	Darlehen	27. November (15. Juli)	10,1	10,1
Priemyselna Banka Kapitalbeteiligung Mittelbereitstellung zur Festigung der Kapitalbasis der Bank	Banken	C/0	Aktien	29. Januar 98 (16. Dezember)	8,8	8,8

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projektinvestitionen in Mio Ecu
Slowenien						
Aquasava 2 d.o.o. Finanzierung der Modernisierung von Produktionseinrichtungen	Bekleidung	B/1	Darlehen und Aktien	20. Oktober (30. September)	5,2	11,2
Merkur Kapitalbeteiligung im größten slowenischen Ausrüstungsbetrieb für Industrie, Handwerk und Verbraucher	Handelswaren	B/0	Aktien	20. Oktober (30. September)	12,0	32,3
Sarrio Slovenia II Darlehen für weitere Modernisierung und Produktionserweiterung	Zellstoff und Papier	B/1	Darlehen	17. Dezember (2. Dezember)	17,7	27,3
Tadschikistan						
Chujand Verpackung Unterstützung zur Verbesserung der Qualität von Verpackungsmaterial	Nahrungsmittel	B/0	Darlehen	28. Juli (22. Juli)	1,5	3,6
Tschechische Republik						
Czech Private Equity Fund Kapitalbeteiligung im Regionalfonds in Ostrava	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	12. November (15. Juli)	7,6	40,5
Korado a.s. Kapitalbeteiligung für neues Verfahren zur Herstellung von Heizkörpern	Verarbeitende Industrie	B/1	Aktien	22. Juli (15. Juli)	29,9	86,8
SIS Mutual Funds Förderung der Entwicklung von Kapitalmärkten	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	9. Dezember (21. Oktober)	9,1	30,2
Agrobanka Praha a.s./GE Capital Bank Prague Gründung einer neuen tschechischen Aktiengesellschaft	Banken	C/0	Aktien	(16. Dezember)	358,8	358,8
Turkmenistan						
Projekt zur Entwicklung des Straßennetzes Verbesserung der Straßenverbindung zwischen der Hauptstadt und dem Industriezentrum Mary	Verkehr	B/0	Darlehen	18. Dezember (4. November)	45,3	101,8
Projekt zur Hafenenwicklung von Turkmenbaschi Finanzierung zur Verbesserung des Haupthafens	Schifffahrt und Häfen	B/0	Darlehen	18. Dezember (16. Dezember)	27,2	38,9
Ukraine						
Finanzierung von Gaszählern Unterstützung bei Finanzierung der Installation von Gaszählern	Gasherstellung und Verteilung	B/0	Darlehen	31. Dezember (1. Juli)	73,0	87,9
Multi Bank Equity Financing Framework in Ukraine Erhöhung des Grundkapitals ausgewählter Kundenbanken	Banken	C/0	Darlehen und Aktien	30. November (9. September)	3,3	9,2
VA-Bank				16. Dezember (9. September)	8,6	8,6
West Ukrainian Commercial Bank				(9. September)	5,9	5,9
Ölpressanlage II Dnipropetrowsk Zweite Finanzierungsrate für zusätzliche Produktionserweiterung und Vergrößerung des Absatzes von raffiniertem Pflanzenöl in Flaschen	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	16. September (9. September)	18,1	25,5
Brauerei Obolon Erweiterung des bestehenden Verteilungsnetzes und Vergrößerung der Produktionskapazität	Nahrungsmittel	B/1	Darlehen	10. Dezember (4. November)	36,2	36,2
Ukraine Energy Saving Company Einrichtung des ersten Energiedienstleistungsunternehmens in der Ukraine	Energie-wirksamkeit	C/0	Darlehen	(18. November)	27,2	27,2
BNP Dresdner Ukraine Erhöhung der Qualität der Finanzdienstleistungen in der Ukraine	Banken	C/0	Aktien	(18. November)	2,0	10,0
Nach-Privatisierungsfonds, Ost-Ukraine Mittelbereitstellung für Investitionen in mittleren privaten und privatisierten Unternehmen	Finanzen	C/0	Aktien	31. Dezember (2. Dezember)	24,0	24,0

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projekt- investitionen in Mio Ecu
AD-Zaria Inbetriebnahme eines internationalen Spitzenunternehmens zur Herstellung von Glasbehältern	Glas	B/1	Aktien	(2. Dezember)	11,2	44,2
Verbesserung des Flugsystems Beschaffung und Installation moderner Leiteinrichtungen für den Luftverkehr und damit verbundener Dienstleistungen	Transport und Verkehr	C/0	Darlehen	(16. Dezember)	23,0	39,1
Ungarn						
Kereskedelmi es Hitel Bank Rt Verbesserung der Kapitalisierung, Unterstützung der Privatisierung und Expansionsmöglichkeiten	Banken	C/0	Darlehen und Aktien	5. November (8. April)	26,2	27,2
Raba Rt Investition in die Privatisierung von Raba	Transport-ausrüstung	C/1	Aktien	30. September (9. September)	9,6	75,5
Kapitalerhöhung bei Hungarian Foreign Trade Bank Ltd Weitere Kapitalanlage	Banken	C/0	Aktien	5. November (4. November)	11,5	66,6
Kommerzielles Fernsehen, Ungarn Finanzierung zur Förderung der Privatisierung des elektronischen Mediensektors in Ungarn	Nachrichtenwesen	B/0	Darlehen	12. Dezember (4. November)	12,4	54,2
MÁV – Modernisierung des Wagenparks und Absatzprojekt Verbesserung der Dienstleistungen und finanziellen Leistungskraft der Eisenbahn in Ungarn	Transport und Verkehr	B/0	Darlehen	(2. Dezember)	40,0	220,0
Usbekistan						
Modernisierung der Raffinerie Fergana Erwerb neuer Ausrüstungen, Verbesserung der Sicherheit und Verringerung der Umweltverschmutzung	Erdöl	B/1	Darlehen	20. Januar (14. Januar)	81,5	177,1
ABN Amro Uzbekistan Equity Fund – Rahmen Kapitalbeteiligungsfonds für Investitionen in mittleren usbekischen privatisierten Unternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	8. April (28. Januar)	30,0	36,0
Modernisierung Kraftwerk Syrdarija Erhöhung der Energiewirksamkeit in der Stromerzeugung, Unterstützung für Kommerzialisierung des Energiesektors	Energieerzeugung	B/1	Darlehen	5. November (30. September)	25,2	40,9
Modernisierung Flugplatz Taschkent Modernisierung des Passagierterminals, Verbesserung der Rollbahnen und Abstellflächen	Flugplatz, Luftverkehr	B/0	Darlehen	18. Dezember (2. Dezember)	43,5	47,1
Weißrußland						
Glaswerk Elisowo Bau einer modernen, effektiven und umweltfreundlichen Produktionseinrichtung für Glasbehälter	Glaserzeugnisse	B/1	Darlehen und Aktien	19. Dezember (4. November)	7,9	20,8
Priorbank Kapitalanlage für die Entwicklung von Banken im Privatsektor	Banken	C/0	Aktien	1. Januar 98 (16. Dezember)	2,8	2,8
Regionale Projekte						
MPF Samsung Unterstützung von Direktinvestitionen durch großes Industrieunternehmen	Elektronik	C/0	Darlehen und Aktien	2. April (14. Januar)	150,0	450,0
Caucasus Fund LLC Investitionen in KMU-Joint-Ventures in Armenien, Aserbaidschan und Georgien	Holding/sonstige Investitionen	C/0	Aktien	(8. April)	4,1	11,3
CGE Municipal Services MPF Unterstützung privater und kommunaler Dienstleistungen, Finanzierung von Umweltleistungen und Infrastruktur	Umwelt	C/0	Darlehen und Aktien	30. Juni (8. April)	89,5	288,8
Regionale Mülldeponie Bau und Betrieb einer Mülldeponie in der Slowakischen Republik			Darlehen	30. Juni (8. April)	1,0	4,5

	Sektor	UPK*	Art	Zeichnungsdatum (Bewilligt am)	Bewilligte Bankmittel in Mio Ecu	Ges. Projektinvestitionen in Mio Ecu
Royal & Sun Alliance Insurance Group plc MPF Abdeckung des wachsenden Bedarfs an Versicherungsleistungen und Pensionsplänen	Versicherungsunternehmen	C/O	Aktien	30. Juli (22. April)	39,4	112,4
DBG Osteuropa Holding GMBH Investitionen in privaten Beteiligungsfonds zur Unterstützung von KMU	Holding/sonstige Investitionen	C/O	Aktien	1. Oktober (17. Juni)	10,1	50,6
Kofinanzierungsfazilität für Cofides Finanzierung kleiner und mittlerer Privatunternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/O	Aktien	(1. Juli)	10,0	10,0
Handelsförderungsprogramm Omnibus Garantien für die Handelsfinanzierung	Banken	C/O	Garantie	(1. Juli)	90,6	90,6
Baring Communications Equity (Emerging Europe) Ltd Privater Kapitalbeteiligungsfonds für Medien und Telekommunikation	Telekommunikation/ Finanzinstitute	C/O	Aktien	5. Dezember (22. Juli)	11,0	67,6
Baltic Small Equity Fund Unterstützung von Kleinunternehmen	Holding/sonstige Investitionen	C/O	Aktien	15. Dezember (27. August)	4,5	9,7
BARC Versicherungs-Holding AG Schaffung/Ankauf von Sachversicherungsunternehmen	Versicherungen	C/O	Aktien	(30. September)	18,1	54,3
Lafarge MPF Framework Polen: Malogoszcz and Wierzbica Finanzierung des Ankaufs und der Modernisierung von Zementwerken	Baustoffe	C/O	Aktien	1. Oktober (30. September)	13,6	165,0
Romania Romcim Privatisierungsfinanzierung von Unternehmen, Modernisierungsprogramm				21. Januar 98 (16. Dezember)	72,5	289,9
Parmalat MPF Framework Unterstützung für Parmalat-Investitionen im milchverarbeitenden Sektor und der Nahrungsmittelindustrie	Nahrungsmittel	C/O	Aktien	(21. Oktober)	45,3	181,2
Rumänien Kapitalbeteiligung an Milchverarbeitungsunternehmen				(21. Oktober)	3,4	9,7
Black Sea Fund Bereitstellung von Kapitalbeteiligungen im Bereich des Schwarzen Meeres für mittelgroße lokale Unternehmen	Finanzen	C/O	Aktien	(2. Dezember)	18,1	72,5
Soufflet MPF Framework Finanzierung des Investitionsprogramms für ein getreideverarbeitendes Unternehmen	Nahrungsmittel	B/O	Darlehen	(16. Dezember)	45,3	139,8
Malting Soufflet St Petersburg Erstes Teilprojekt im Rahmen der Kofinanzierungsfazilität Soufflet				(16. Dezember)	14,0	41,4
Advent Central & Eastern Europe II – Regionalfonds Kapitalbeteiligung zur Unterstützung von KMU	Banken	C/O	Aktien	6. Januar 98 (16. Dezember)	22,6	22,6
Gesamt					4.014	11.541

Darlehen sind zu den am 31. Dezember 1997 gültigen Wechselkursen ausgewiesen.
Aktien sind zu den am Tag der Auszahlung gültigen Ecu-Wechselkursen umgerechnet.

Wegen Auf- und Abrundens von Einzelzahlen ergibt sich möglicherweise eine
Differenz bei der Gesamtsumme.

* Umweltprüfungskategorien:

Das Projekt erfordert:

A – eine vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung

B – eine Umweltanalyse

C – keine Umweltverträglichkeitsprüfung oder Umweltanalyse

O – kein Ökoaudit

1 – ein Ökoaudit

Gouverneure

Gouverneure und stellvertretende Gouverneure

31. Dezember 1997

Mitglied	Gouverneure	Stellvertretende Gouverneure
Ägypten	Ahmad Ahmad Goueli	Youssef Boutros-Ghali
Albanien	Ermelinda Meksi	Elizabeth Gjoni
Armenien	Armen R. Darbinian	Bagrat Asatrian
Aserbaidzhan	Elman S. Roustamow	Fuad Achundow
Australien	Peter Costello	Kathy Sullivan
Belgien	Philippe Maystadt	Grégoire Brouhns
Bosnien und Herzegowina	–	–
Bulgarien	Murawej Radew	Martin Saimow
Dänemark	Marianne Jelved	Michael Dithmer
Deutschland	Theo Waigel	Jürgen Stark
Estland	Mart Opmann	Agu Lellep
Finnland	Sauli Niinistö	Leif Fagermäs
Frankreich	Dominique Strauss-Kahn	Jean Lemierre
Georgien	Teimuras Mamatsaschwili	Konstantin Saldastanischwili
Griechenland	Yannos Papantoniou	Nicolaos Zachariadis
Irland	Charlie McCreedy	Paddy Mullarkey
Island	Finnur Ingólfsson	Halldór J. Kristjánsson
Israel	Jacob A. Frenkel	David Brodet
Italien	Carlo Azeglio Ciampi	Mario Draghi
Japan	Hiroshi Mitsuzuka	Yasuo Matsushita
Kanada	Paul Martin	Donald Campbell
Kasachstan	Umirsak Schukejew	Anvar Saidenov
Kirgisistan	Askar Sarygulow	Umar Toigonbajew
Republik Korea	Chang-Yuel Lim	Kyung Shik Lee
Kroatien	Borislav Skegro	Josip Kulisic
Lettland	Roberts Zile	Atis Sausnitis
Liechtenstein	Egmond Frommelt	Roland Marxer
Litauen	Algirdas Semeta	Jonas Niaura
Luxemburg	Jean-Claude Juncker	Yves Mersch
Malta	Leo Brincat	Emanuel Ellul
Marokko	Driss Jettou	Abdefettah Benmansour
EJR Mazedonien	Taki Fiti	Zlatka Popovska
Mexiko	Guillermo Ortíz	Martin Werner
Moldau	Ion Gutu	Dumitru Ursu
Neuseeland	Don McKinnon	Richard Grant
Niederlande	Gerrit Zalm	Hans van Mierlo
Norwegen	Gudmund Restad	Harriet E. Berg
Österreich	Rudolf Edlinger	Hans Dietmar Schweisgut
Polen	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Pawel Samecki
Portugal	António de Sousa Franco	Fernando Teixeira dos Santos
Rumänien	Daniel Dăianu	Mugur Isarescu
Russische Föderation	Sergej Dubinin	Alexei Leonidowitsch Kudrin
Schweden	Erik Åsbrink	Kari Lotsberg
Schweiz	Jean-Pascal Delamuraz	Rudolf Ramsauer
Slowakische Republik	Sergej Kozlík	Vladimír Masár
Slowenien	Mitja Gaspari	Meta Bole
Spanien	Rodrigo Rato	José Manuel Fernández Norriella
Tadschikistan	Murotali M. Alimardonow	Scharif M. Rachimow
Tschechische Republik	Ivan Pilip	Josef Tosovský
Türkei	Yener Dinçmen	Cüneyt Sel
Turkmenistan	Hudaiberdy A. Orasow	Alexander Grischin
Ukraine	Igor Mitjukow	Wiktor A. Juschtschenko
Ungarn	Péter Medgyessy	Zoltán Bodnár
Usbekistan	Rustam S. Asimow	Abdurafik A. Achadow
Vereinigtes Königreich	Gordon Brown	Clare Short
Vereinigte Staaten von Amerika	Robert Rubin	–
Weißrußland	Walerij I. Kokorew	Nikolai P. Saitschenko
Zypern	Christodoulos Christodoulou	Antonis Malaos
Europäische Gemeinschaft	Yves-Thibault de Silguy	Giovanni Ravasio
Europäische Investitionsbank	Sir Brian Unwin	Wolfgang Roth

Alle Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat. Der Gouverneursrat hat viele seiner Befugnisse dem Direktorium übertragen, das für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit der Bank verantwortlich ist. Unter anderem legt das Direktorium Richtlinien fest und trifft Entscheidungen in Verbindung mit Darlehen, Kapitalbeteiligungen und anderen Geschäften, die den allgemeinen Grundsätzen des Gouverneursrats entsprechen.

Der Präsident steht dem Direktorium vor. Unter Anleitung des Direktoriums führt er die laufenden Geschäfte der Bank und ist als Personalchef für die Organisation und die Ernennung von Mitarbeitern verantwortlich.

Vorsitzender des Gouverneursrats

Philippe Maystadt, Belgien

Stellvertretende Vorsitzende des Gouverneursrats

Yener Dinçmen, Türkei
Rustam S. Asimow, Usbekistan

Direktoren

Direktoren und stellvertretende Direktoren

31. Dezember 1997

Direktoren	Stellvertretende Direktoren	Länderbereich
Jan Bielecki Elisabeth Bukspan ¹ John Coleman ² Staffan Crona Torsten Gersfelt	Boshidar Kabaktschijew Lucien Bernadine Tom MacDonald Baldur Erlingsson Tony Brown	Polen/Bulgarien/Albanien Frankreich Kanada/Marokko Schweden/Island/Estland Dänemark/Irland/Litauen/ EJR Mazedonien
Wilhelm Jaggi	Mehmet Kaytas	Schweiz/Türkei/Liechtenstein/Usbekistan/ Kirgisistan/Aserbaidschan/Turkmenistan
Michail Jernow	Michail Tatjantschenko	Russische Föderation/Weißrußland/ Tadschikistan
Roger Lavelle Heiner Luschin	Walter Cernoia Amos Rubin	Europäische Investitionsbank Österreich/Israel/Zypern/Malta/ Kasachstan
Michael McCulloch Kari Nars Tomás Parízek ³	Alex Gibbs Rolf Næss Péter Bod	Vereinigtes Königreich Finnland/Norwegen/Lettland Tschechische Republik/Ungarn/ Slowakische Republik/Kroatien
Philippe Petit-Laurent Jurij Polunejew	Vassili Lelakis Maria Sultanoiu	Europäische Gemeinschaft Ukraine/Rumänien/Moldau/ Georgien/Armenien
Enzo Quattrociocche Huhn-Gunn Ro Karen Shepherd Bernard Snoy Fernando Soares Carneiro Kazuhiro Tatebe Miguel Valle Pim van Ballekom Günter Winkelmann	Pasquale Terracciano Jim Short nicht besetzt Georges Heinen Stefanos Vavalidis Takashi Kurai Carlos Escribano Kees Spaans Jörg Ranau	Italien Korea/Australien/Neuseeland/Ägypten Vereinigte Staaten von Amerika Belgien/Luxemburg/Slowenien Portugal/Griechenland Japan Spanien/Mexiko Niederlande Deutschland

Direktoriums-ausschüsse

31. Dezember 1997

Finanzprüfungsausschuß	Ausschuß für Budget und Verwaltungsangelegenheiten	Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit
Kari Nars (Vorsitzender) Torsten Gersfelt (Stellvertretender Vorsitzender) Roger Lavelle Heiner Luschin Michael McCulloch Enzo Quattrociocche Huhn-Gunn Ro	Fernando Soares Carneiro (Vorsitzender) Kazuhiro Tatebe (Stellvertretender Vorsitzender) Jan Bielecki Staffan Crona Michail Jernow Karen Shepherd Pim van Ballekom Günter Winkelmann	Tomás Parízek (Vorsitzender) ³ Elisabeth Bukspan (Stellvertretende Vorsitzende) ¹ Wilhelm Jaggi Philippe Petit-Laurent Jurij Polunejew Bernard Snoy Miguel Valle

Der Finanzprüfungsausschuß beschäftigt sich mit der Ernennung und dem Aufgabenbereich der externen Rechnungsprüfer. Er überprüft den Jahresabschluß, die allgemeinen Rechnungslegungsprinzipien, die Grundsätze und Tätigkeit des Innenrevisors, die Genehmigung der Ausgaben, die Kontrollsysteme sowie die Beschaffungsgrundsätze und Projektbewertung.

Der Ausschuß für Budget und Verwaltungsangelegenheiten prüft die allgemeinen Budgetgrundsätze sowie diesbezügliche Vorschläge, Verfahren und Berichte. Er beschäftigt sich außerdem mit Personalfragen, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten sowie mit Verwaltungsangelegenheiten im Zusammenhang mit Direktoren und ihren Mitarbeitern.

Der Ausschuß für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit überprüft die Finanzpolitik einschließlich der für die Kreditaufnahme, allgemeine Grundsätze im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit sowie die Erfordernisse für Verfahrensweisen und Berichterstattung.

Die Lenkungsgruppe des Direktoriums wurde 1994 eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Koordinierung zwischen dem Direktorium und dem Management im Hinblick auf die Vorbereitung für Sitzungen des Direktoriums, der Ausschüsse und von Workshops zu verbessern.

¹ Bis November 1997.

² Bis August 1997.

³ Verstorben im November 1997.

Lenkungsgruppe des Direktoriums

Karen Shepherd (Vorsitzende)
Philippe Petit-Laurent
(Stellvertretender Vorsitzender)
Kari Nars
Fernando Soares Carneiro
Tomas Párízek³
Torsten Gersfelt
Kazuhiro Tatebe
Elisabeth Bukspan¹
Antonio Maria Costa (Generalsekretär)

Kontakte und Informationen

10. März 1998

Präsident (Amtierend) Charles Frank

Banking

Sekretariat

Erster Vizepräsident Charles Frank
 Stellvertretende Vizepräsidenten David Hexter
 Jean-François Maquet

Leiter, Neue Produkte,
 Grundsatzfragen Gavin Anderson
 Leiter, Ländervertretungen
 Grundsätze und Geschäftstätigkeit Rolf Westling

Länderteams

Leiter
 Bulgarien/Albanien/EJR Mazedonien/
 Slowenien/Armenien/Georgien/
 Aserbaidschan Olivier Descamps
 Ungarn Peter Reiniger
 Kasachstan/Usbekistan/Kirgisistan/
 Tadschikistan/Turkmenistan Kazuya Murakami
 Polen/Tschechische Republik/
 Slowakische Republik/Estland/
 Lettland/Litauen Alain Pilloux
 Rumänien/Moldau/Kroatien/
 Ukraine/Weißrußland/Bosnien und
 Herzegowina Josué Tanaka
 Russische Föderation Reinhard Schmoelz

Bereichsteams

Leiter
 Agrarindustrie Hans Christian Jacobsen
 Bodenschätze Vittorio Jucker
 Elektrizität/Energie Ananda Covindassamy
 Energiewirksamkeit Bernard Jamet
 Finanzinstitutionen und Aktienfonds Kurt Geiger,
 Dragica Pilipovic-Chaffey
 Immobilien/Tourismus/Schifffahrt Marc Mogull
 Kommunale Infrastruktur/Umwelt Johan Bastin
 Telekommunikation Peter Reiniger
 Transport und Verkehr Roy Knighton

Unterstützungsgruppen

Leiter
 Umweltprüfung Tim Murphy
 Operative Verwaltung Lieve Reckers
 TurnAround-Managementprogramm Michael McAlister
 Beratungsgruppe EG Antonio Mendes

Finanzen

Vizepräsident Steven Kaempfer
 Stellvertretende Vizepräsidentin Noreen Doyle

Planung und Controlling

Leiter, Rechnungswesen
 und Berichterstattung Nigel Kerby
 Gemeinsame Leitung,
 Budget, Finanzpolitik und
 Strategische Planung Claus Biering
 Evelyn Cox
 Leiterin, Unternehmensplanung Magdi Bona

Geschäftstätigkeit und Informationstechnologie

Leiter, Geschäftstätigkeit und
 Informationstechnologie Christopher Holyoak
 Leiter, Geschäftstätigkeit Peter Franklin
 Entwicklungsleiter,
 Informationstechnologie Tim Goldstone

Risikomanagement

Leiterin Noreen Doyle
 Risikocontroller Jean-André Sorasio
 Leiter, Kreditwesen Bob Harada
 Leiter, Portfolioprüfung Mike Williams
 Leiter, Konsortialfinanzierung Lorenz Jorgensen
 Leiter, Sondervermögen Charles Wrangham

Finanzabteilung

Leiter Marcus Fedder
 Stellvertretender Leiter Andrew Donaldson
 Leiter, Investitionen – Kredite Constantine Kazantzidis
 Leiter, Investitionen – Zinssätze Bart Mauldin
 Leiter, Analytik/Externe
 Vermögensverwaltung Jaakko Kärki
 Leiter, Finanzierung Ayesha Shah
 Leiter, Aktiva- und Passiva-
 management Axel van Nederveen

Personal und Verwaltung

Vizepräsident Miklós Németh
 Leiter, Personalwesen Franco Furno
 Leiter, Verwaltung John McNess

Projektbewertung, Unterstützung der Geschäftstätigkeit und Reaktorsicherheit

Vizepräsident Joachim Jahnke

Kofinanzierung mit internationalen Finanzinstitutionen und Berater

Leiter Ullrich Kiermayr

Projektbewertung

Leiter Fredrik Korfker

Beschaffung und Technische Unterstützung

Leiter Peder Blomberg

Reaktorsicherheit

Amtierender Teamleiter Lars Larsson

Generalsekretariat

Generalsekretär Antonio Maria Costa
 Stellvertretender Generalsekretär Daud Ilyas
 Stellvertretender Generalsekretär Nigel Carter
 Assistierender Generalsekretär
 (Jahrestagung) Gilbert Sabathé
 Leiter, Direktoriumsplanung und
 Koordinierung Alvin Jackson

Rechtsabteilung

Leiter John Taylor
 Stellvertretender Leiter Emmanuel Maurice
 Assistierender Leiter Norbert Seiler

Volkswirtschaftliche Abteilung

Chefvolkswirt Nicholas Stern
 Stellvertretender Chefvolkswirt Ricardo Lago
 Leiter, Grundsatzstudien Mark Schankerman

Innenrevision

Leiter Tarek Rouchdy

Medien

Leiterin Barbara Clay

Vertretungen der EBWE ***Albanien**

Rruga Deshmoret e4
Shkurtit Nr. 26
Tirana, Albanien
Tel: +355 42 32898
Fax: +355 42 42580
Ständiger Repräsentant:
Philippe Leclercq

Aserbaidshjan

ul. Sabir 5
Baku 370004, Aserbaidshjan
Tel: +99 412 971 014
Fax: +99 412 971 019
Leiter des Büros/Senior Banker:
Murat Jildiran

Bosnien und Herzegowina

2. Etage, Obala Kulina Bana 4
Sarajewo 71000
Bosnien und Herzegowina
Tel: +387 71 667 945
Fax: +387 71 667 950
Sonderrepräsentant: Paul Monnory
Stellvertretende Ständige
Repräsentantin: Zsuzsanna Hargitai

Bulgarien

ul. Moskowska 17
Sofia 1000, Bulgarien
Tel: +359 2 987 6611
Fax: +359 2 981 5336
Ständiger Repräsentant:
Jean-Marc Peterschmitt
Stellvertreter: Shirin Fozouni

Estland

Haiju 6, EE 0001
Tallinn, Estland
Tel: +372 6310 580
Fax: +372 6310 581
Leiter des Büros: Jonathan Harfield
Stellvertreter: Urmas Paavel

Georgien

ul. Nikoladse 7, Appt. 2
380008 Tiflis, Georgien
Tel: +995 32 920 512
Fax: +995 32 931 335
Ständiger Repräsentant:
Jürgen Schramm

Kasachstan

Prospekt Abaja 10a, 8. Etage
480013 Almaty, Kasachstan
Tel: +7 3272 63 22 47
Fax: +7 3275 81 14 24
Ständiger Repräsentant: Martyn Nicholls
Stellvertreter: Paul Burton

Kirgisistan

ul. Geologitscheskaja 26
Bischkek, Kirgisistan
Tel: +996 3312 440 868
Fax: +996 3312 620 800
Ständiger Banker: Nikolaj Hadschijski
Stellvertreterin: Jyldys Galiewa

Kroatien

Petrinjska 59, 5. Etage
10000 Zagreb, Kroatien
Tel: +385 1 4557 120
Fax: +385 1 4819 468
Ständige Repräsentantin: Juliet Sjoborg

Lettland

15 Kalku StraÙe, 4. Etage
LV 1050 Riga, Lettland
Tel: +371 7 830 300
Fax: +371 7 830 301
Leiter des Büros: George Krivicky

Litauen

Jaksto 5, 3. Etage
2600 Wilna, Litauen
Tel: +370 2 227 258
Fax: +370 2 224 666
Leiter des Büros: George Krivicky

EJR Mazedonien

Dame Gruev 14, 2. Etage
91000 Skopje,
EJR Mazedonien
Tel: +389 91 134 394
Fax: +389 91 126 047
Missionsberaterin:
Biljana Miloschewska

Moldau

StraÙe des 31. August 1989, 98
277012 Chisinau, Moldau
Tel: +373 2 248 414
Fax: +373 2 249 363
Missionsberater: Marina Cotruta,
Maxim Kakareka

Polen

15-10 LIM Centre-Marriott
Al. Jerozolimskie 65/79
00-697 Warschau, Polen
Tel: +48 22 630 7275
Fax: +48 22 630 6551
Leiter des Büros: Alain Pilloux

Rumänien

Strada J. L. Calderon 38
Sektor 2, Bukarest, Rumänien
Tel: +401 312 2232
Fax: +401 312 2233
Ständiger Repräsentant: Henry Russell
Stellvertreter: Andre Van Steenberge

Russische Föderation

6. Etage, ul. Gasccheka 8/10
125047 Moskau
Russische Föderation
Tel: +7 503 956 1111
Fax: +7 503 956 1122
Ständiger Repräsentant: Neil Parison

Regionalvertretung:

25 Nevsky Prospect
St. Petersburg 191186
Russische Föderation
Tel: +7 812 326 2525
Fax: +7 812 326 2526
Leiter des Büros: Robert Sasson

Regionalvertretung:

ul. Mordowzewa 12
690 000 Wladiwostok
Russische Föderation
Tel: +7 4232 43 07 50
Fax: +7 4232 43 09 49
Ständige Repräsentantin:
Elena Danysch

Regionalvertretung:

ul. Gogolia 15A
620151 Jekaterinburg
Russische Föderation
Tel: +7 34 32 592 980
Fax: +7 34 32 592 980
Ständige Repräsentantin:
Tatjana Jembulajewa

Slowakische Republik

Grösslingova 4, 814 18 Preßburg
Slowakische Republik
Tel: +427 367 835
Fax: +427 321 459
Stellvertretender Ständiger
Repräsentant: Tom Sipos

Slowenien

Trg Republike 3, 9. Etage
Ljubljana 61000, Slowenien
Tel: +386 61 126 3600
Fax: +386 61 126 3636
Ständige Repräsentantin:
Agneta Hallman

Tadschikistan

c/o Tadschik-Bank-Business
ul. Shotemur 29
734025 Duschanbe, Tadschikistan
Tel: +7 3772 210 763
Fax: +7 3772 210 763
Missionsassistentin: Naciba Achrorowa

Tschechische Republik

Karlova 27, Prag 1,
Tschechische Republik
Tel: +42 02 2423 9070
Fax: +42 02 2423 3077
Gemeinsame Leiter des Büros:
Joaquin Gefaell, Igor Ocka

Turkmenistan

ul. Tellija 54a
Aschgabat, Turkmenistan
Tel: +99 312 354 700
Fax: +99 312 354 700
Missionsleiter: Jaap Sprey
Missionsberaterin: Gulja Chidirowa

Ungarn

Rakoczi ut 42
1072 Budapest, Ungarn
Tel: +36 1 266 6000
Fax: +36 1 266 6003
Leiter: Hubert Warsmann

Ukraine

Zimmer 407, Hotel National
Korpus 1, ul. Lypska 5
252021 Kiew, Ukraine
Tel: +380 44 230 2626
Fax: +380 44 291 8966
Ständiger Repräsentant:
Jaroslav Kinach
Stellvertreterin: Marykay Fuller

Usbekistan

4. Etage, Internationales Finanzzentrum
Turab-Tula 1
Taschkent 700003, Usbekistan
Tel: +7 3712 45 57 93
Fax: +7 3712 40 61 21
Ständiger Repräsentant:
Isao Kawanischi
Stellvertreter: Franco Delneri

Weißrußland

ul. Sowjetskaja 7, 6. Etage
Minsk 220050, Weißrußland
Tel: +375 172 201 537
Fax: +375 172 207 668
Ständiger Repräsentant: Allan Popoff

* Orts-/Regionalvertretungen und
Missionsberater

Weitere Informationen

Veröffentlichungen

Allgemeine Veröffentlichungen

Die EBWE veröffentlicht eine Reihe von Publikationen, Grundsatzpapieren, Zusammenfassungen von Länderstrategien und Broschüren. Regelmäßig erscheinen unter anderem: *Alternative Finanzierungsquellen für kleine und mittlere Projekte*; *Environments in Transition* (über das Umweltprogramm der EBWE, mit aktualisierten Informationen über Projekte); *Law in Transition* (zu Fragen der Zusammenarbeit und regionalen Ausbildung in Rechtsangelegenheiten). Alle kostenlos erhältlichen Veröffentlichungen sind im *Guide to Publications* aufgelistet und bei der Publikationsstelle der EBWE erhältlich.

(Tel: +44 171 338 7553;
Fax: +44 171 338 6139).

Viele finden sich auch auf der Webseite der EBWE: <http://www.ebrd.com>.

Transition Report

Eine jährlich erscheinende Veröffentlichung, in der Fragen des Übergangsprozesses und des gesamtwirtschaftlichen und rechtlichen Fortschritts in den Einsatzländern behandelt werden (publiziert im November, £30); außerdem der *Transition Report Update* (publiziert im April, £15).

Erhältlich bei der EBWE und The Stationery Office Publication Centre, PO Box 276, London SW8 5DT, Vereinigtes Königreich, (Tel: +44 171 873 8200).

Procurement Opportunities

Erscheint monatlich, Jahresabonnement £85. Veröffentlicht eine Liste aller EBWE-Projekte in Vorbereitung, informiert über den Projektbestand im öffentlichen Sektor mit Anmerkungen zu Status- und Beschaffungsfragen und enthält Informationen über technische Kooperationsvorhaben. Erhältlich bei EBRD Procurement Opportunities, Subscription Department, 82-84 Peckham Rye, London SE15 4HB, Vereinigtes Königreich.

EBRD Directory of Business

Information Sources on Central and Eastern Europe and the CIS

Dieses vom Wirtschaftsinformationszentrum (BIC) zusammengestellte Verzeichnis enthält eine Liste von über 1500 Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, On-Line- und CD-ROM-Datenbanken und Internetressourcen einschließlich Kontaktinformationen und Kurzbeschreibungen. Hauptauflistungen nach Regionen und Ländern, Register aufgeschlüsselt nach Quellen und Sektoren/ Betätigungsfeldern. Erscheint im März. Preis £149.

EBRD Business Information Review

Das vierteljährlich erscheinende Mitteilungsblatt enthält Informationen über wirtschaftliche Perspektiven und kritische Analysen in Zusammenhang mit neuen Entwicklungen bei der Bereitstellung von Wirtschaftsinformationen in Mittel- und Osteuropa und der GUS. Diese Analyse ergänzt das EBWE-Directory und beinhaltet verschiedene Materialien, unter anderem einen Überblick über die Region betreffende On-Line und CD-ROM-Datenbanken, eine Zusammenstellung der wichtigsten Nachrichten des letzten Vierteljahres und neue Internetressourcen, Bücher und Berichte. Zusätzlich gibt es Auskunft über bevorstehende Veranstaltungen, die für die Investoren in der Region von Bedeutung sind, und enthält eine ständig aktualisierte Liste wichtiger Kontaktadressen und gelegentlich Interviews mit leitenden Industriellen und Regierungsmitgliedern. Der Preis eines Jahresabonnements beträgt £149.

Erhältlich bei Effective Technology Marketing Limited, PO Box 171, Grimsby DN35 0TP, Vereinigtes Königreich, (Tel/Fax: +44 1472 699027; E-mail: sales@etmld.demon.co.uk).

Informationssuchdienste für Abonnenten

Das Wirtschaftsinformationszentrum (BIC) der EBWE bietet einen Informationssuchdienst für Mittel- und Osteuropa und die GUS. Das BIC-Recherchenteam sucht und beschafft öffentlich zugängliches Informationsmaterial, unter anderem über demographische und wirtschaftliche Trends, Märkte und Industrien, Privatisierung und Unternehmen, den Erwerb von Dokumentationen und Handelspartner. Ein Abonnement berechtigt Mitarbeiter der betreffenden Organisationen auch zu freiem Zugang zum BIC zu Studienzwecken. Nähere Informationen: BIC (Tel: +44 171 338 6361; Fax: +44 171 338 6155; E-mail: kroonr@ebrd.com).

Jahrestagung

Die Jahrestagung der EBWE umfaßt auch ein Programm für potentielle Investoren in der Region. Über Einzelheiten informiert: EBRD Annual Meetings Management Unit (Tel: +44 171 338 7319; Fax: +44 171 338 7320). Im April 1999 findet die Jahrestagung in London statt, im Jahr 2000 soll sie in Riga (Lettland) durchgeführt werden.

Hinweise

Wechselkurse

Gegebenenfalls wurden andere Währungen auf Grundlage der am 31. Dezember 1997 gültigen Wechselkurse in Ecu umgerechnet. (Annähernde Ecu-Wechselkurse: 1,98 DM, 6,61 FF, 143,86 Yen, 0,67 britische Pfund, 1,10 US-Dollar)

Geschäftsvorfälle und Abrechnungsmodus

Da es bei einer Rahmenvereinbarung mehrfach zur Vergabe von Darlehen kommen kann, können Geschäftsvorfälle als Bruchzahlen geführt werden. Da es sich um gerundete Zahlen handelt, kann es in Tabellen zu Abweichungen zwischen Einzelbeträgen und deren Summen kommen.

Zum Begriff „Region“

Verweise auf „die Region“ bedeuten, daß alle 26 Einsatzländer der Europäischen Bank gemeint sind (siehe Umschlaginnenseite).

Übergangsphasen

Die EBWE teilt ihre Einsatzländer nach ihrem Fortschritt in Richtung auf eine Marktwirtschaft ein.

Die Russische Föderation wird gesondert behandelt. „Regionale“ Projekte werden der mittleren Phase zugerechnet.

- *Frühe/Mittlere Phase:* Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, EJR Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland, Regionale Projekte.
- *Fortgeschrittene Phase:* Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.
- *Russische Föderation*

Abkürzungen und Akronyme

Die Bank, EBWE Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
BIP Bruttoinlandsprodukt
CEAL Mitteleuropäische Exportkreditlinie
ECA Exportkreditgesellschaft
ECLAT Exportkreditdarlehensvereinbarung
Ecu Europäische Währungseinheit
EIB Europäische Investitionsbank
EG Europäische Gemeinschaft
EJR Mazedonien Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien
ESCO Energiedienstleistungsunternehmen
EU Europäische Union
EVU Energieversorgungsunternehmen
FIDP Entwicklungsprogramm für Finanzinstitute
G-7 Gruppe der Sieben (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, USA, Vereinigtes Königreich)
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IFC Internationale Finanz-Corporation
IFI Internationale Finanzinstitution
IWF Internationaler Währungsfonds
JEXIM Japanische Export- und Importbank
KKU Kleinst- und Kleinunternehmen

KMU Kleine und mittlere Unternehmen
Libor Londoner Interbanken-Angebotssatz
MPF Multiprojektfazilität
OECD Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Phare Hilfsprogramm zur wirtschaftlichen Umstrukturierung in Polen und Ungarn (EU)
PPF Nach-Privatisierungsfonds
RSBF Sonderfonds für Kleinunternehmen in der Russischen Föderation
RSK Reaktorsicherheitskonto
RWF Regionaler Wagniskapitalfonds
SRP Spezielles Umstrukturierungsprogramm
Tacis Technisches Unterstützungsprogramm für die GUS-Länder (EU)
TAM Sanierungsprogramm (TurnAround Management Programme)
TC Technische Zusammenarbeit
TCCF Fondsprogramm für Technische Zusammenarbeit
TSF Tschernobyl-Sarkophag-Fonds
USAID Behörde für Internationale Entwicklung (USA)
VaR Value at Risk (Risikowert)



Veröffentlicht von der **Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**.

Zusammengestellt und herausgegeben von der Publications Unit, Abteilung Medien. Übersetzung ins Deutsche, Französische und Russische: Sprachendienst.

Layout und Produktion: Gruppe Design und Druck. Gedruckt in England von Royle Print Ltd. auf Consort Royal Era Satin und Retreeve. Die Papiersorte Consort Royal Era Satin wird umweltbewußt produziert: 50% der Papierfaser stammen aus Altpapier, 10% davon wurden entfärbt. Neupulpe wird ohne jede Verwendung von Chlordioxid gebleicht; bei der Herstellung werden keine optischen Auffeller zugesetzt. Retreeve besteht zu 100% aus Recyclingstoffen mit 10% Altmaterial.

Hauptsitz

**Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung**

One Exchange Square
London EC2A 2EH
Vereinigtes Königreich

Telefonzentrale:

Tel: +44 171 338 6000
Fax: +44 171 338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
Swift: EBRDGB2L
Webseite: <http://www.ebrd.com>

Publikationsanforderungen:

Tel: +44 171 338 7553
Fax: +44 171 338 6102

Allgemeine Anfragen über die EBWE:

Tel: +44 171 338 7931/6372

Projektanfragen und Vorschläge:

Tel: +44 171 338 6282
Fax: +44 171 338 6102